Heft 4 April 1998 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Währungskrieg: Euro gegen Dollar
- Autonome: Wir-Gefühl im Vakuum
- Unmensch auf Reisen: Ernst Jünger bei den Negern
- Leichen-Show: Der Mensch als Präparat
- Guildo Horn: Regression als Kult

wieder gut machung: deutsch land zahlt heim

in konkret April 1998

hier Konkret von Ralf Milbrandt

Mit viel Getute und Gebläse stemmten sich vor einiger Zeit größere Presseorgane dem Großen Lauschangriff entgegen und erreichten tatsächlich, daß sie aus der Formation der potentiellen Lauschobjekte entfernt wurden. KONKRET fragte Ralf Milbrandt, der im Zusammenhang mit den Verfahren gegen »Radikal« von der Bundesanwaltschaft verfolgt und abgehört wurde, nach der Relevanz dieser Vorgänge für die eher ehrenamtliche Pressearbeit

von Konkret

an Konkret

Wir haben keine Wahl von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten von Joachim Rohloff

Deutschland zahlt heim von Rolf Surmann

Beide Nachfolgestaaten des III. Reichs haben sich nach Kräften bemüht, so preisgünstig wie möglich die Kriegsschuld zu begleichen. Ihre neuen Alliierten sind ihnen dabei großzügig entgegengekommen - die überlebenden Opfer wurden gar nicht erst gefragt

Der Krieg hat sich gelohnt von Otto Köhler

Brief aus Jamaica von Peter-Paul Zahl

Im Herzen immer noch Nazis von Kate Katzki

Im Juli 1947 kehrte die vor den Nazis geflohene jüdische Emigrantin Kate Katzki für einige Wochen ins besiegte Deutschland zurück. Was sie dort erlebte, hat sie noch im gleichen Jahr in einem Bericht festgehalten, den KONKRET in diesem und im nächsten Heft erstmals veröffentlicht

Unter Deutschen von Jens Hoffmann

Versuchsmenschen von Oliver Tolmein

Noch eine Anhörung im Rechtsausschuß des Bundestags, dann wird auch die Bundesrepublik Deutschland das »Menschenrechtsabkommen zur Biomedizin« unterzeichnen. So plant es zumindest Bundesjustizminister Schmidt-Jortzig. Und viel spricht dafür, daß er Erfolg haben wird

Wir-Gefühl im Vakuum von Georg Fülberth

Die autonome Bewegung zieht Bilanz und will das Gejammer über den Zerfall der Szene beenden

Das große Fressen von Jürgen Elsässer

Weltmarkt und globale Einflußzonen werden durch Mega-Fusionen und die Asien-Krise neu sortiert. Deutschland hat dabei die Nase vorn

Jetztzeit von Peter Hacks

Götterschlacht am Währungshimmel von Robert Kurz

Kommt es zur Weltmacht-Konkurrenz zwischen Euro und Dollar?

Konstruktive Rolle von Oliver Geden

»Agenda 21« und »Nachhaltige Entwicklung«: zwei Schlagworte, mit denen sich die vollständige Befriedung des umwelt- und entwicklungspolitischen Widerstands

verbindet

Blutrausch von Ralf Schröder
Angesichts der Ereignisse im Kosovo agitieren deutsche Liberale und Reaktionäre einmütig für den nächsten völkisch konstruierten Kleinstaat in Europa - gegen EU und USA

In diesem Sinne - Von Lakai zu Lakai von Georg Fülberth

In diesem Sinne - Form und expliziter Inhalt von Gerhard Nordmann

In diesem Sinne - Schluß mit lustig von Mark-Stefan Tietze

Deutschland, ein Osterspaziergang von Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe von Rayk Wieland

Body counts von Jürgen Roth
»Körperwelten«, die erfolgreichste Ausstellung in der Geschichte der Bundesrepublik, ist zu Ende gegangen. Ihre Exponate: »plastinierte« Leichen

Newski Prospekt von Kay Sokolowsky
Der 100. Geburtstag Sergej Eisensteins war dem Feuilleton willkommener Anlaß, den Regisseur und sein Werk für immer abzuwickeln. Damit eröffnet sich die Chance, ihn als Ahnherrn einer explizit linken Filmästhetik zurückzugewinnen

Film & Theater von Jan Pehrke

Herrenmensch auf Reisen von Joachim Rohloff
Der Käfer- und Kriegsfreund Ernst jünger hatte auch ein Herz für »Neger«. Seine Tagebuchnotate über eine Reise nach Angola zeigen ihn als einen ganz ordinären Rassisten

Jünger nicht älter von Rayk Wieland

Im alten Garten von Stefan Ripplinger
Jünger hatte Jünger vor allem in Frankreich. Woher rührte die Faszination der Franzosen für den Literaten im Forstbaus?

Nachhitlerische Unschuld von Jürgen Roth
Literaturkritik hat aus der Geschichte gelernt. Ihr Credo: nationale Größe oder deutsche Zeitgenossenschaft. Für letztere plädiert Gustav Seibt

Avocado diaboli von Mark-Stefan Tietze
Des Angestellten Wesen und sein Aktenkoffer. Eine neue Studie verrät kaum Neues über dieses Thema, wohl aber über ihren Autor - einen Angestellten

Buch & Deckel von Otto Köhler
Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Band 14: Repression und Kriegsverbrechen. Verlag der Buchläden Schwarze Risse, Berlin/Rote Straße, Göttingen 1997, 208 Seiten, 26 Mark

Buch & Deckel von Frank Schäfer
Ulrich Enzensberger: Georg Forster. Ein Leben in Scherben. Die Andere Bibliothek, Eichborn Verlag, Frankfurt/M. 1996, 340 Seiten, 49,50 Mark

Spießer im Turbo-Kapitalismus von Karl Pawek
Die Hamburger Anstalt für neue Medien hat sich dem Kampf gegen TV-Softpornos verschrieben. Ihre Zensurbegründungen wirken obszöner als jeder dieser Filme

Melodie & Rhythmus von Georg Seeßlen

Der Campus, Virgin; Romeo & Juliet, Volume 2, EMI; Jean-Luc Godard: Nouvelle Vague, ECM, New Serie

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 04/98, S. 3

Ralf Milbrandt

hier Konkret

Mit viel Getute und Gebläse stemmten sich vor einiger Zeit größere Presseorgane dem Großen Lauschangriff entgegen und erreichten tatsächlich, daß sie aus der Formation der potentiellen Lauschobjekte entfernt wurden. KONKRET fragte Ralf Milbrandt, der im Zusammenhang mit den Verfahren gegen »Radikal« von der Bundesanwaltschaft verfolgt und abgehört wurde, nach der Relevanz dieser Vorgänge für die eher ehrenamtliche Pressearbeit

konkret: Die Verleger und Chefredakteure der großen Oppositionspresse - »Spiegel«, »Stern«, »Brigitte«, »Manager-Magazin« undsoweiter - sahen ihre Freiheit durch den Großen Lauschangriff schwer gefährdet. Nur vom »Bayernkurier« und von Ihrer Zeitschrift hatte man keine Proteste gehört. Fühlten Sie sich nicht bedroht?

Milbrandt: Vorweg noch einige Worte in eigener Sache. Ich bin ja im Zuge der »Aktion Wasserschlag« der BAW (Bundesanwaltschaft) verfolgt worden, weil ich Redakteur der »Radikal« sein soll. Dabei sind über 10.000 Telefonate abgehört worden, es war nicht eins zwischen mir und dem »Bayernkurier« dabei. Von daher liegen selbst der Bundesanwaltschaft keine Erkenntnisse über ein Joint-venture zwischen der »Radikal«-Redaktion und dem »Bayernkurier« vor.

konkret: Der »Spiegel« schien zu befürchten, daß sein investigativer Journalismus leidet, wenn seine Hintergrundgespräche mit Gauck oder mit dem Verfassungsschutz vom BKA abgehört werden. Für Sie könnte ein ähnliches Problem dadurch entstehen, daß der Verfassungsschutz auf einer Wanze mithört, wie das LKA bei Ihnen eine Wanze installiert.

Milbrandt: Dieser Punkt hat sehr widersprüchliche Aspekte. Zum einen ist der Repressionsapparat in der BRD ja so aufgebläht, daß der Innenminister eine Kampagne nach der anderen zur »inneren Sicherheit« anstrengen muß, um seinen Angestellten wieder Arbeit und Arbeitsplätze zu sichern. Und da hat es schon eine Logik, wenn nun jede und jeder ständig abgehört werden soll, und am besten dann auch noch doppelt. Anstatt den Sozialhilfeempfängern nur noch Zähne aus recyceltem Plastik zuzugestehen, sollte der Staat im Zuge der Kostenersparnis zumindest darauf drängen, daß diese Geheimdienste die gleichen Wanzen benutzen. Und die freigewordenen Arbeitskräfte könnten dann endlich mal dafür sorgen, daß z. B. Demonstranten vor Castor-Transporten geschützt werden. Außerdem wäre es langsam an der Zeit, daß der Staat nach anderen Wegen sucht, als immer die Arbeitslosenstatistiken durch imaginäre ABM-Maßnahmen zu kaschieren. Ich schlage deshalb vor, mehr Arbeitslose zum direkten Abhören einzusetzen, nach dem Motto: »Willst du eine Chance, werde Wanze!« Das könnte auch das gesellschaftliche Klima verbessern, wenn ich jeden Morgen mit meinem Spitzel am Frühstückstisch sitzen würde, anstatt daß die immer in den Autos vor der Tür rumlungern. Und es würde die ausgesprochen durchdachte Ökopolitik der Regierung ergänzen, weil dann ja der Kraftstoff für die Standheizungen in den Autos wegfallen würde.

konkret: Macht es oder macht es nicht einen Unterschied, ob man legal oder illegal von denselben Leuten abgehört wird?

Milbrandt: In unserem Verfahren hat das keine Rolle gespielt. Die »Radikal« ist in den 80er Jahren legal abgehört worden und hat sich dann als Konsequenz dazu entschlossen, die redaktionelle Arbeit im Verborgenen weiterzumachen. Im Jahre 1993 hat die BAW dann über 90 Verfahren gegen vermeintliche Redaktionsmitglieder eingeleitet und dabei illegale Abhöraktionen gemacht. Das macht also keinen Unterschied, weil der Staat immer die radikalen revolutionären Kräfte belauscht, und es kommt immer das gleiche dabei raus: Unmengen an bespielten Tonbändern!

konkret: Wissen Sie, wie man Wanzen entdecken und/oder unwirksam machen kann? Haben Sie davon gehört, daß es technisch erzeugte Töne gibt, bei deren Abhörung der Lauscher sich Hörschäden wie Tinitus und ähnliches zuzieht?

Milbrandt: Mir ist klar, daß so etwas gerade für mich als politisch denkenden Menschen eine sehr wichtige Sache ist, aber ich kenne mich nur mit Katzen aus. Im Branchenbuch von Hamburg habe ich alleine 51 Fachfirmen für Schädlingsbekämpfung gefunden, die »schnelle Hilfe durch Techniker in Ihrer Nähe« versprechen. Ich werde mal alle ansprechen und mich dann wieder melden. Die Sache mit den gehörschädigenden Tönen halte ich für eine Propagandalüge. Damit soll doch bloß wieder der arme bedrohte Polizist in den Medien dargestellt werden, in Wirklichkeit entspringt diese Idee aus den Führungsetagen der Hörgeräteindustrie.

konkret: Wir dürfen doch annehmen, daß »Radikal« keine feste Redaktionsadresse hat. Könnten Sie sich vorstellen, daß ein Gericht Sie bei der Meidung eines Zwangsgeldes verpflichten könnte, die bei Ihnen installierten Wanzen im Falle eines Wohnungswechsels sachgemäß aus- und wieder einzubauen?

Milbrandt: Sie haben recht, die »Radikal« ist ja im Untergrund tätig, und da ist sicher falsch, von einer festen Redaktionsadresse zu sprechen. Aber trotzdem steht auf jeder Ausgabe auf der zweiten Seite, daß die Zeitung in den Niederlanden per Post zu erreichen ist. Dort hat die »Radikal« aber mittlerweile auch mit den Auswirkungen von El Ninho zu kämpfen, weil die Tunnel dort sicher immer wieder vollaufen. Deshalb heißt es schon manchmal scherzhaft »die

>Radikal< sei untergetaucht«. Als kleine Hilfe kann da zumindest das Internet gelten, denn dort gibt es viele Adressen, die zur »Radikal« weiterverbinden. Und zu Ihrer weiteren Frage kann ich sagen, daß ich mir nach meinen Erfahrungen mit den Verfahren gegen die »Radikal« gut vorstellen kann, daß es solche Gerichtsbeschlüsse geben könnte.

Konkret 04/98, S. 4

von Konkret

Neu erschienen in der konkret-texte-Reihe ist ein Buch des Professors für Politikwissenschaft und KONKRET-Autors Georg Fülberth: Das Ende als Chance? Überlegungen zum tendenziellen Fall der sozialistischen Bewegung 1988 - 1998. Darin untersucht Fülberth u. a. Gründe und Verlaufsformen des Zusammenbruchs der kommunistischen Parteien im Westen sowie das scheinbare Verschwinden der kommunistischen Parteien des Ostblocks. Näheres zu Einzel- bzw. Abonnementsbestellungen der konkret-texte-Reihe siehe Seite 59.

Der »ND«-Korrespondent Marcel Braumann, eskortiert von seinen Anwälten und überflüssig bestrebt, nicht in Vergessenheit zu geraten, geht KONKRET um eine Richtigstellung an. Zur Erinnerung: KONKRET-Autor Samuel Salzborn hatte in seinem Artikel »Ostdeutsche Allianzen« (KONKRET 12/97) u. a. festgestellt, daß Braumann sich per Leserbrief der »Jungen Freiheit« »angedient« und in der »schwarzbraunen« Zeitschrift »Mut« Beiträge veröffentlicht hatte. Vor dem Landgericht Berlin, das Braumann, diese Anwürfe abzustrafen, bemühte, hat Salzborn in diesen beiden Punkten recht bekommen (vgl. das Editorial in KONKRET 2/98; auch in der Märzausgabe von »Mut« ist Braumann wieder vertreten). Das Gericht entsprach lediglich im Fall eines verkürzt und sinnentstellend wiedergegebenen Zitats Braumanns Forderung auf Unterlassung und erließ eine einstweilige Verfügung, mit der KONKRET untersagt wurde, die zitierte Äußerung zu verbreiten oder verbreiten zu lassen. Daraus hat Braumann einen Anspruch auf Richtigstellung abgeleitet, dem wir im folgenden nachkommen:

Richtigstellung

In der Zeitschrift KONKRET Heft 12/97 auf Seite 17 unter der Überschrift »Ostdeutsche Allianzen«, haben wir über Herrn Marcel Braumann folgendes berichtet:

Marcel Braumann schreibe in der Zeitschrift »Mut«: »daß >mehr als 90 Prozent der Asylbewerber in ihrem Herkunftsland< tatsächlich nicht verfolgt würden, sei zwar kein Grund, sie >pauschal abzuwehren<, doch solle man sich von der >moralischen Wohlfühlposition< verabschieden und die >Bedürfnisse der einheimischen Unterschicht berücksichtigen<. «

Hierzu stellen wir richtig, daß Herr Braumann sich in der Zeitschrift »Mut«, Heft 7197 auf Seite 21, tatsächlich wie folgt geäußert hat:

»Selbst wenn mehr als 90 Prozent der Asylbewerber in ihrem Herkunftsland weder von politischer Verfolgung noch von blanker Not bedroht sein sollten, spricht das keinesfalls dafür, diese Menschen pauschal abzuwehren. Man muß sich nur von der moralischen Wohlfühlposition verabschieden, Anwalt des Elends zu sein, und neben den Interessen der zuwandernden Ex-Mittelschicht auch die Bedürfnisse der einheimischen Unterschicht berücksichtigen. «

Samuel Salzborn

KONKRET-Redaktion

Finden Sie sieben Unterschiede.

»Deutsche Zustände. Politische Alternativen im Wahljahr 1998«: Das 2. KONKRET-Kaderfrühstück gibt es auf der Leipziger Buchmesse. Auf dem Podium sitzen und debattieren werden der Schriftsteller Hermann Kant, der Publizist und KONKRET-Autor Dr. Mathias Wedel und Hermann L. Gremliza. Tag und Beginn: Samstag, 28. März, 19.30 Uhr. Ort: Museum für Bildende Künste, Grimmaische Str. 1-7, 04109 Leipzig.

Das 3. KONKRET-Kaderfrühstück, in Kooperation mit der Werkstatt 3, findet am Freitag, dem 3.4.98, um 19 Uhr in der Werkstatt 3 (Nernstweg 32, Hamburg-Altona) statt. Gezeigt wird Sergej Eisensteins Film »Die Generallinie«. Im Anschluß daran diskutieren Kay Sokolowsky und Günther Jacob über Rezeption und Ikonisierung Eisensteins in der Geschichte der deutschen Linken.

Getrennt dichten, vereint vortragen. Ab Mai 98 steht das sehr gemischte Doppel Hermann L. Gremliza und Horst Tomayer wieder zu Lesungen bereit. Interessenten wenden sich bitte an den Verlag.

Konkret 04/98, S. 6

an Konkret

Beispiele

KONKRET 1/98: »Führer unser« von Peter Kratz; 2/98: div. Leserbriefe

Im Nachtrag zu meinem Artikel »Führer unser« in KONKRET 1/98 sei noch auf drei neue Beispiele hingewiesen, die ebenfalls die Nähe der »Freireligiösen« zum (Neo-)-Nazismus zeigen: In ihrer Zeitschrift »Wege ohne Dogma« machte der einschlägig bekannte Autor Henning Eichberg 1992 den Rechtsstaat lächerlich und pries ungeniert die Rückkehr zu brachialen zwischenmenschlichen Auseinandersetzungen mit Fäusten, die dem Recht des Stärkeren folgen. Sogar der Verfassungsschutz sieht in Eichberg einen der führenden Ideologen des Rechtsextremismus, vgl. z. B. Verfassungsschutzbericht Hamburg 1996, in der »freireligiös-unitarischen Bewegung« aber ist er seit Jahren immer wieder ein gern gesehener Gast. Noch 1995 wurde in »Wege ohne Dogma« der Aufmarschplatz der SS im »Sachsenwald« bei Verden an der Aller, den Himmler und Rosenberg in den 30er Jahren als heidnisches Heiligtum anlegen ließen, als antichristliche Gedenkstätte der »Freireligiösen« vorgestellt, ohne jedoch den Ursprung des monströsen Hinkelstein-Kultplatzes im Nationalsozialismus zu erwähnen. Und der Präsident des »Bundes Freireligiöser Gemeinden Deutschlands«, Bernd Elsner, übernahm 1997 für einen Lexikon-Artikel über seine Sekte vor allem und ganz offen zitierend die Ideen des Anhängers der Strasser-Linie des Nazismus, Peter Bahn, eines bekannten Ideologen aus NPD- und REP-nahen nationalrevolutionären Zirkeln, Autors zahlreicher rechtsextremer Publikationen (u. a. der »Nordischen Zeitung« der »Artgemeinschaft« Jürgen Riegers), bei den »Deutschen Unitariern« aktiv, dann Chef des rechtsextrem-okkultistischen Verlages »Helios« in Mainz.

Peter Kratz

Berlin

Debatte

KONKRET 3/98: »medium der bewegung<« von Stefan Ripplinger

Leider hat Stefan Ripplinger in dem (ansonsten ja ganz schönen) Artikel über uns eine Falschmeldung eingebaut. Selbstverständlich war man sich »in der Gesamtredaktion« (die es im übrigen hier nicht gibt) durchaus nicht einig darüber, daß die geplante Russ-Meyer-Demontage wg. Porno nicht gesendet werden dürfe. So weit geht das mit dem »medium der bewegung« nun nicht! Die Sendung wurde nicht »nach einstimmigem Beschluß niemals produziert«, sondern fiel einfach wegen Krankheit bzw. anderweitiger Verhinderung zweier Beteiligter aus. Erst danach erhielten wir einen Brief von einer Frauengruppe, die, offenbar in dem Glauben, die Sendung sei wie in der Programmzeitung »transmitter« angekündigt ausgestrahlt worden, schärfstens gegen unsere »Porno-Video-Nacht« protestierte. Das löste dann wiederum eine FSK-interne Debatte aus, die nun also zu einem Zeitpunkt stattfand, zu dem es gar nichts mehr zu beschließen gab.

Andreas Kühne f. d. Anbieterinnengemeinschafi,

Hamburg

Korrektur

KONKRET 3/98: »Buch & Deckel« von Oliver Tolmein

Peinlich, peinlich war die Rezension der Neuauflage des Buches von Rolf Gössner: *Die vergessenen Justizopfer des kalten Krieges.* Statt klarer Definition dieser Klassenjustiz gegen die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) wird undeutlich von »politischer Justiz« gegen »links« geschrieben... Welche Justiz ist eigentlich unpolitisch? Die Waldheim-Prozesse und die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse waren es jedenfalls nicht!

Dann der Klopfer, der einer Korrektur bedarf: »Eines der Verfahren, die Gössner aufgreift, richtete sich 1961 gegen Elfriede Kautz und Gerhard Schröder .. « Das genannte Verfahren endete zu je einem Jahr ohne Bewährung wegen Organisation von Kinderferienfreizeiten in der Deutschen Demokratischen Republik. Verurteilt wurde jedoch nicht ein Gerhard Schröder, auch wenn ein gleichnamiger Kanzlerkandidat vor vielen Jahren einmal in der SPD gegen Berufsverbote und für antifaschistische Zusammenarbeit mit KommunistInnen eintrat, sondern die antifaschistische Widerstandskämpferin Gertrud Schröter aus Celle.

Gertrud Schröter wurde bereits vom Naziregime verfolgt und kämpfte ihr gesamtes Leben gegen Faschismus und Reaktion. Vor allem in Niedersachsen ist sie auch vielen jungen AntifaschistInnen bekannt, nicht zuletzt auch durch ihre langjährige

Tätigkeit im Vorstand der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen (VVN-BdA), aber auch durch viele antifaschistische Bündnisaktivitäten zum Beispiel gegen das Nazizentrum in Hetendorf.

In der DDR wurden während ihrer Haftzeit Plakate veröffentlicht: »Freiheit für Gertrud Schröter«, was bei Mitgliedern der RAF-Hungerstreik-Unterstützungsgruppen nicht selten Schmunzeln hervorruft... Wie auch immer, vielleicht liegen solche Schnitzer eben auch daran, wenn man Oliver Tolmein über Themen schreiben läßt, die mit Kommunismus und Antikommunismus zu tun haben, hat er doch zumindest vom ersteren bekanntermaßen wenig Ahnung.

Erich Müller Göttingen

Tatsache

KONKRET 3/98: »Volkstümelnde Ignoranz« von Alexander Dockerill

»Als wir der Bauernschaft die Sozialisierung des Grund und Bodens versprachen, machten wir damit ein Zugeständnis, denn wir begriffen, daß es unmöglich ist, die Nationalisierung sofort durchzuführen. Wir wissen, daß es vielleicht gar ein Fehler gewesen ist. ... Das war ein Zugeständnis an die linken Sozialrevolutionäre« (LW, Bd 27, S. 527). In bewundernswerter Offenheit legt hier Lenin im Juli 1918 dar, daß die Bolschewiki eigentlich gern sofort nationalisiert, also verstaatlicht hätten, aber dies aus taktischen Gründen nicht konnten, weil sie sonst die Bauernschaft gegen sich gehabt hätten (inkl. die Linken Sozialrevolutionäre). Unter »Sozialisierung« ist dabei zu verstehen, daß sich der Grund und Boden nicht mehr in Privatbesitz befindet, sondern in ausgleichender Landnutzung hauptsächlich von Kleinbauern bearbeitet wird, wobei die Linken Sozialrevolutionäre glaubten, damit die »Tür zum Sozialismus« und der Kollektivierung »aufgestoßen zu haben« (Häfner), weil das Land niemand mehr gehörte, auch nicht dem Staat, während Lenin der Überzeugung war, »daß die ausgleichende Bodenverteilung Unsinn ist« (LW, Bd. 28, S. 170).

Was gibt's da dran zu deuteln, lieber Herr Dockerill, und wer hat da seinen Lenin nicht gelesen?

Tatsache bleibt weiterhin, daß die Pauperisierung der Bauern in Rußland ausblieb, also auch keine ursprüngliche Akkumulation stattfand, ergo der Marx von 1881 auch 1917 recht behielt. Verstanden habe ich aber erst nach Dockerills Ausführungen, warum es zum Stalinismus kam, weil die zögerliche Luxemburg und der lasche Liebknecht durch »praktisches Versagen« in Deutschland keine saubere Revolution hingelegt haben (was ja bekanntlich noch niemandem in einem hoch industrialisierten Land gelungen ist). Da bin ich jetzt schon gespannt auf die »revolutionäre Praxis« von Dockerill, der es bei der nächsten deutschen Revolution bestimmt besser macht und sich wundern wird, wie schnell er von Sozialdemokraten vom Typus des feinsinnigen Hanseaten, den Otto Köhler in seinem vorzüglichen Beitrag so treffend geschildert hat, zwecks »Schutzmaßnahme gegen Partisanen« entsprechend behandelt wird.

Klaus Gietinger

Frankfurt/Main

Satire

KONKRET 3/98: »Kunst und Gewerbe« von Jürgen Roth

Nichts geht über eine zuverlässige Feindschaft. Ich weiß die Daueraufmerksamkeit zu würdigen. Zuletzt einer Schiffsfahrt empfohlen (mich langweilen solche Fahrten extrem, mit Autoren zusammen ein folterverdächtiger Zustand), will mich Herr Gremliza gern in Heino-Schaum-Suppe tranchiert und serviert sehen. Ja, die kannibalischen Gelüste - ich nehme es als Kompliment, das Fleisch in der Suppe zu sein. Verbissener (aber ohne Speise) ist Jürgen Roth bei der Sache und zitiert sich meine Brecht-Satire zurecht. Bitte, man bediene sich. Nur einige Fakten sollten stimmen. Ich liebe die Klagen so wenig wie die Klage, dieser Leserbrief mag die Gegendarstellung ersetzen. Unlieber Herr Roth, zum »Historiker« habe ich mich am 23. 1. in der »Taz« nicht »ernannt«, sondern höchstens an das von einer Universität erhaltene Diplom für ein vollendetes Geschichtsstudium erinnert. Ein Journalist bleibt ja auch ein Journalist, wenn er plötzlich pflichtbewußt KONKRET statt gut informiert arbeitet. Warum, warum ist die Banane einfach dumm.

Lutz Rathenow

Berlin

Konkret 04/98, S. 9

Hermann L. Gremliza

Wir haben keine Wahl

Gutes tun ist gar nicht schwer.

Man kann soviel Gutes tun

Zu Hause und im Kreisverkehr

Fanny van Dannen

Ich bin bereit

Gerhard Schröder

Ich habe fertig

Giovanni Trappattoni

Wenn Wahlen etwas ändern könnten, sagt der Anarchist, wären sie längst verboten. Entschieden wird am 27. September immerhin, wie der nächste Kanzler heißt: Helmut Kohl, Wolfgang Schäuble oder Gerhard Schröder. Heißt er Kohl, regiert die CDU/CSU mit der FDP Heißt er Schröder, regiert die SPD mit der CDU/CSU oder mit den Grünen oder mit der FDP oder mit diesen und jenen. Heißt er Schäuble, regiert die CDU/CSU mit der SPD. Doch was würde es ändern?

»Sie sind drei Zentner fleischgewordene Vergangenheit«, hat der Abgeordnete Josef Fischer dem Kanzler einmal zugerufen. Da war mehr und besseres dran, als der Redner meinte. Kohl mit seiner Liebe zur alten, sozial befriedeten Bundesrepublik ist den Standortpolitikern - und zwar den schwarzen wie den grünen und den rosaroten - im Weg, so störend, daß Tyll Necker, der Vizepräsident des BDI, und Mark Wössner, der Chef von Bertelsmann, von ihm verlangen, noch vor der Wahl zu erklären, daß er im Falle eines Sieges sein Amt spätestens am 1. Januar 2000 an Wolfgang Schäuble übergeben werde. Nur so sei für die Wirtschaft der Wille zur Veränderung klar genug erkennbar. Wäre Kohl wie Schröder, hätte er dem Willen der Wirtschaft längst entsprochen.

Schäuble? Schäuble ist Kohl ohne Sentimentalitäten. Er garantiert die Exekution der Wünsche, die das Kapital an die Politik hat, so reibungslos wie Schröder. Das Liebste am Staat sind ihm das Deutschlandlied, die Polizei und die Bundeswehr. Weil mehr Polizei ihm noch näher am Herzen liegt als weniger Sozialhilfe, hegt er eine tiefe Abneigung gegen die FDP Schäuble ist der Kanzler einer großen Koalition.

Schröder ist allzeit bereit, zu fast allem. Das macht ihn zum modernsten der Bewerber. Er hängt nicht wie Kohl an der alten Republik, nicht wie Schäuble an der schimmernden Wehr. Es ist ihm beides recht, je nachdem. Er ist die personifizierte Flexibilisierung und Deregulierung. Der Kanzler, man fühlt mit ihm, hat ihn den charakterlosesten seiner Herausforderer genannt, der hessische CDU-Vorsitzende klagt: »Wir haben noch nie gegen ein Chamäleon Wahlkampf geführt.«

»Schröders Regierungsprogramm«, vorgestellt von der ihm wohlgesonnenen und intellektuell wie moralisch durchaus kompatiblen »Bild«-Zeitung, sieht so aus:

Weniger Sozialhilfe für Faule, keine Atomkraft, mehr Polizei, bessere Ausstattung, sofortige Abschiebung krimineller Ausländer. flexiblere Arbeitszeiten und Tarifverträge, niedrigere Einstiegslöhne, steuerliche Entlastung der Unternehmen, Ja zur Gentechnologie, freiwillige Umwelt-Absprachen zwischen Industrie und Regierung, weniger strenge Vorschriften, gegen jede Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen.

»Ich bin ein Automann«, sagt der Kandidat und spricht von »meiner Wirtschaftsnähe, zu der ich mich durchaus bekenne«. 48 Prozent der CDU-Wähler finden Schröder prima. (Und würden ihn gewiß wählen, wenn sie SPD wählen würden, was sie natürlich nicht tun werden.) »Das Ende der Langeweile«, das die »Zeit« durch Schröders Kandidatur gekommen sieht, hatte seinen Anfang schon bei der Niedersachsen-Wahl genommen, als die DVU auf eine Kandidatur verzichtete und ihr Vorsitzender, der Nazi Gerhard Frey, seine Anhänger in 80.000 Briefen zur Wahl Gerhard Schröders aufgerufen hatte. Es war ein Propaganda-Gag, gewiß, und doch hätte es keiner werden können, hätten die 80.000 Empfänger des Briefes nur höhnisch gelacht.

Noch Fragen? Vielleicht die, ob nicht die Hoffnung auf einen grünen Koalitionspartner den Gang zum Wahllokal doch lohnen könnte. Immerhin war in der »Bild-Zeitung«, deren berühmter Professor Wolffsohn das Urteil sprach, Schröders SPD sei »die beste CSU, die es je gab«, auch zu lesen, was geschehe, »wenn die Grünen mitregieren«: Dann gibt es nix als »Frauen-Taxis, Schwulenreferate, Fahrrad-Parkvorschriften, Luxus-Haft«. Die Beschlüsse ihres letzten Parteitags seien

geradezu ein »grüner Alptraum: Benzin 5 DM, Tempo 100, Hasch frei, Nato auflösen«. Von Pestillenz und Theuerung mal gar nicht zu reden.

Glücklicherweise konnte Josef Fischer am selben Ort für Aufklärung sorgen, zweireihig: »Ich werde mich im Wahlkampf dafür einsetzen, daß diese Beschlüsse uns bei den Wahlen nicht schaden.« Unverzichtbar sei den Grünen im Falle einer Koalition nämlich eigentlich gar nichts, das heißt, in Fischers etwas anderen Worten: bloß eine ökologische Steuerreform, der Ausstieg aus der Atomenergie und ein Bündnis für Arbeit.

Die Deutung des grünen Alptraums betr. deutsches Militär in aller Welt, übernahm Jürgen Trittin, zweiteilig: »Wir wollen kein militärisches Abenteuertum. Alles, was die Bundesregierung mit dem Bosnien-Einsatz verbunden hat, wird von uns scharf abgelehnt.« Einerseits. Und »wir sind immer dafür, frühzeitig einzugreifen, aber dagegen, abzuwarten und, wenn es zu spät ist, zu schießen. Im übrigen: Unser Parteitags-Beschluß sagt nur: Wir schreiben zum Bosnien-Einsatz nichts ins Programm. Sonst sagt dieser Beschluß gar nichts... Die Grünen sind die einzigen Realpolitiker.« Andererseits.

Die Politik einer Koalition aus Schröders SPD und den Grünen unterschiede sich von der einer Großen Koalition so sehr wie die Politik einer Großen Koalition von der einer Koalition aus CDU/CSU und FDP oder wie Tyll Necker von Mark Wössner. Wer die Differenz klavierspielen könnte, bliebe am Flohwalzer hängen, lebenslänglich. Jeder wird in jeder Kombination mit jedem alles tun, den Standort Deutschland durch den Abbau des Sozialstaats und den Ausbau des Polizeistaats für das nächste Jahrhundert fit zu machen, wie es im Programm der ... (welche Partei das war, ist mir entfallen) heißt.

Wen nun aber am 27. September herrlichster Sonnenschein vor die Tür getrieben haben wird, könnte der nicht wenigstens dafür sorgen, daß die Opposition gegen das moderne Deutschland eine Stimme im Bundestag erhält? Leicht gesagt, schwer getan. Er oder sie wählte dann beispielsweise die Angela Marquardt, mit deren Kandidatur die Partei des Demokratischen Sozialismus den jungen Leuten jugendlich-bunte Hoffnungen machen will. Erst hatte Frau Marquardt ja gezögert:

Ich war mir selber nicht im klaren darüber ob ich nun will oder nicht. Zwei Sachen sind für mich entscheidend gewesen: Politik ist das, was mir Spaß macht, was ich gerne machen möchte. Ich möchte das auch auf einer Ebene machen, wo man die Möglichkeit hat, auch in die Öffentlichkeit zu gehen. Das habe ich immer zugegeben, daß ich das als positiv empfinde. Die zweite Sache ist, daß ich mit den anderen jungen Kandidaten ein Zeichen setzen will, daß nicht nur Ältere für die PDS kandidieren...

Bei einer Bewerberin, die so genau weiß, was sie will und wie man für den Sozialismus Zeichen setzt, konnte eine Partei, die immer sehr wählerisch ist und größten Wert darauf legt, daß der Geheimdienst, für den der Kandidat gearbeitet hat, ein westlicher und kein östlicher war, einfach nicht nein sagen. Ob die Anbiedermänner und -frauen, aus denen sich mittlerweile die führenden Kader der PDS zusammensetzen, noch eine Runde im Bundestag abbrummen, bevor sie sich in die SPD oder zu den Grünen verflüchtigen, ist keine politische, sondern eine soziale Frage. Als Bund der Vereinigungsgeschädigten wird die PDS in wenigen Jahren ihre soziale Basis in der Ex-DDR ebenso verloren haben, wie es dem BHE, dem Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, Ende der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik geschah. Linke, sozialistische, kommunistische Politik wird sich andere Orte suchen müssen. Wahlen wären längst verboten, wenn sie daran etwas ändern könnten.

PS: Das Vorstehende gilt nicht für Leipzig-Süd. Dort bewirbt sich als Direktkandidat der PDS Gustav Adolf (genannt »Täve«) Schur. Dem verehrten Radsportler für die nächsten vier Jahre ein anständiges Salär zu verschaffen, ist ein vorzüglicher Grund, zur Wahl zu gehen. Und der einzige, der mir einfällt.

Konkret 04/98, S. 10

Joachim Rohloff

Herrschaftszeiten

Austritt 1

Schon als sie die Umbenennung der Wilhelm-Koch-Straße in Adelsdorf, Kreis Erlangen, durchsetzte, fiel die Kreisrätin Christiane Kolbet im SPD-Ortsverein unangenehm auf. Koch war SA-Rottenführer, zeitweilig Bürgermeister und bis zum Mai 1945 Ortsgruppenleiter der NSDAP Bei der Zerstörung der Synagoge in der Reichspogromnacht und bei der Deportation Adelsdorfer Juden führte er persönlich die Aufsicht. Dennoch sei es Ansichtssache, ob eine Straße nach diesem Mann benannt sein kann, erklärte der SPD-Ortsvorsitzende Jörg Bubel. Im September 1997 nun wurden die Teilnehmer eines Gedenkmarsches für die Opfer des Holocaust von 300 Adelsdorfer Gegendemonstranten beschimpft, ausgepfiffen und mit antisemitischen Parolen bedacht.

Der »Fränkische Tag« berichtete: »Szenen wie im 3. Reich. Pöbeln des Volk störte das Gedächtnis an ermordete Juden. Immer wieder wurden Rufe wie >Juden raus< und >Euch hat man beim Vergasen vergessen< laut.« Christiane Kolbet entdeckte unter den Randalierern dreizehn SPD-Mitglieder und forderte den Kreisverband erfolglos auf, sie zur Rechenschaft zu ziehen. Die Beschuldigten sprachen von Verleumdung und beantragten ihrerseits ein Ordnungsverfahren. Mitte Februar verließ Frau Kolbet die SPD.

Austritt 2

Mit »großem Bedauern« nahm die Frankfurter SPD die Austrittserklärung ihres langjährigen Unterbezirksvorsitzenden, Stadtrats und Landtagsabgeordneten Fred Gebhardt entgegen. Der 70jährige Politologe begründete seine Entscheidung mit der »immer stärker neoliberal ausgerichteten Politik«. Insbesondere beklagte er die Zustimmung zum Lauschangriff, mangelnde Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, fehlende Profilierung gegenüber der CDU und die »Distanzierung von der PDS«. Nun erwägen weitere Parteilinke, die nicht namhaft werden wollen, einen Einstieg in den Austritt: »Gebhardt hat das getan, worüber wir lange nachdenken.«

Eintritt

Eine Woche nach seinem Austritt verkündete Gebhardt, er werde auf der hessischen Liste der PDS für den Bundestag kandidieren. Obige Nachricht ist also gar keine. Bitte wieder vergessen.

Hilfe

Minister Spranger ließ Verhandlungen mit der Regierung Zimbabwes über Entwicklungshilfe »vorerst« aussetzen. Bereits vereinbarte Projekte sollen »administrativ verzögert« werden. »Damit reagiert die Bundesregierung auf Sorgen über geplante entschädigungslose Enteignungen weißer Zimbabwer sowie auf das Vorgehen gegen Regierungskritiker«, meldete die »FAZ«.

Krieg den Palästen

Klaus Landowsky, der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, will zwei sogenannte Gebäudekomplexe mit 500 bzw. 300 Sozialwohnungen in die Luft jagen: den Schöneberger »Sozialpalast« und das »Neue Kreuzberger Zentrum«. Sie seien »nicht mehr reparierbar. Hier lebt nur noch eine Restbevölkerung, die nicht mehr stadttypisch ist«. Oberhaupt gebe es in Kreuzberg nur mehr »Gewalt, Junkies, Ausländer« und »kaum noch normale Berliner«. Deshalb fordert er: »Sprengt diese Wohn-Ghettos!« Die Mieter sollen aber vorher evakuiert werden.

Hunger 1

Ohne verstärkte Hilfe werde der Hunger in Afrika anhalten und zunehmen, sagte der äthiopische Präsident Negasso Gidado : auf einer Tagung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) der UN in Addis Abeba. Schon jetzt haben in den Ländern südlich der Sahara vierzig Prozent der Bevölkerung keinen Zugang zu ausreichender Versorgung. Äthiopien hat in den vergangenen zwanzig Jahren stets weniger Nahrungsmittel produziert als gebraucht wurden. In diesem Jahr wird der Ernteertrag schätzungsweise um ein Viertel niedriger ausfallen als 1997.

Ruck am Kap

Bundespräsident Herzog warnte im südafrikanischen Parlament vor »Afropessimismus«. Seit seinen Staatsbesuchen in Eritrea und Äthiopien vor zwei Jahren hätten sich die Anzeichen einer Wende zum Besseren »dramatisch erhärtet«. Er sei mit Zuversicht nach Südafrika gekommen, denn Demokratie und Marktwirtschaft hätten auf dem Kontinent an Boden gewonnen, die Wirtschaft entwickele sich aufwärts, und immer mehr Länder Afrikas befreiten sich aus der Abhängigkeit von fremder Hilfe. Die Menschen in Südafrika und Namibia hätten ihm auf liebenswürdige Weise gezeigt, wie man mit Problemen umgehen könne. Anders als in Deutschland müsse er hier seine »innere Fröhlichkeit« nicht verbergen.

Hunger 2

Wer fastet, kann neuesten Forschungsergebnissen zufolge Glücksgefühle wie im Drogenrausch erleben. Der Göttinger Neurobiologe Gerald Hülther hat dieses Phänomen im Tierversuch nachgewiesen: Wenn Ratten nur mit der Hälfte der üblichen Nahrungsmenge gefüttert wurden, ließen sich nach einigen Tagen in ihrem Gehirn Veränderungen feststellen, die man bisher allein bei Verabreichung von bewußtseinsverändernden Mitteln wie Ecstasy beobachtet hatte. Minister Spranger läßt prüfen, ob die Forschungsergebnisse von Nagern auf Neger übertragbar sind, um die Entwicklungshilfe gegebenenfalls ganz einzustellen. Gruner + Jahr will die neueste »Brigitte«-Diät als Designerdroge auf den Markt werfe n.

Hunger 3

»Lebensmittel sind Mittel zum Leben«, behauptete die evangelische Kirche und rief zur Fastenaktion »Sieben Tage ohne« auf Zwei Millionen Menschen verzichten alljährlich zur Passionszeit auf Süßigkeiten, fettes Essen, Alkohol, Fernsehen und andere Gewohnheiten. Das Gemeinschaftswerk Evangelischer Publizistik gab heuer einen Kalender mit Texten zum Nachdenken, mit Gebeten, Auszügen aus der Bibel und einem »Body-Mass-Index« zur Errechnung des Idealgewichts heraus, ferner eine Diaserie für Fastengruppen. Katholische Kirchengemeinden riefen derweil zum »Auto-Fasten« auf. Aus Umweltgründen sei es nicht notwendig, jede Kurzstrecke mit dem Auto zurückzulegen, teilte der ADAC mit, dessen Regionalverbände Saarbrücken und Mittelrhein sich an der Aktion beteiligten.

Mampf

In Italien gilt das Lebensmittelgesetz neuerdings auch für Hostien. Die Leiber Christi müssen fortan in Plastikfolie abgepackt und mit einem Verfallsdatum sowie einer Liste der Zutaten versehen werden. Die katholische Kirche protestierte gegen diese Vorschrift.

Infarkt

In den Kies- und Kohlegruben zumal der deutschen Preßindustrie wird das Humankapital derart geschunden, daß kaum einer sich noch ins Rentenalter rettet. Die Herren Verleger aber lachen sich ins Fäustchen. »Gruner Jahr erwartet hervorragendes Jahr«, nämlich einen »deutlich zweistelligen« Zuwachs des Betriebsergebnisses, meldet die »Welt« am 25. Februar auf Seite 19. Springer habe 1997 den Gewinn um 28 Prozent auf 2 10 Millionen gesteigert und zahle je 50-DM-Aktie eine Dividende von 20 DM sowie einen Bonus von vier DM. Die Opferstatistik wird auf Seite 10 geführt: »>Freundin<-Chef Henschel tot. Eberhard Henschel, Chefredakteur der zur Burda-Gruppe gehörenden Frauenzeitschrift>Freundin<, ist im Alter von 53 Jahren an den Folgen eines Herzinfarkts gestorben.« Und Schirrmacher, eben noch ein junger Mann, sieht auch schon aus wie Klaus Hartung.

Mehr Infarkte

Die Zahl der tödlichen Herzinfarkte stieg in Ostdeutschland von 1990 bis 1994 um 72 Prozent. Die Deutsche Herzstiftung vermutet als Ursache eine Art Vereinigungsstreß und den radikalen Wandel der Lebensgewohnheiten.

Noch mehr Infarkte

Zynismus schlägt aufs Herz. Zynismus verengt die Herzkranzgefäße. Menschen mit dieser Geistesverfassung seien besonders anfällig für Herzkrankheiten, berichtete die Fachzeitschrift »Ärztliche Praxis« unter Berufung auf eine Studie zweier norddeutscher Reha-Kliniken. Dabei wurden 73 Männer, die einen Herzinfarkt oder eine Bypass-Operation hinter sich hatten, nach einer »Hostility-Skala« befragt. Es ergab sich, daß Männer mit mehreren verengten Herzkranzgefäßen signifikant höhere Zynismus-Werte aufwiesen als solche, bei denen nur ein Gefäß betroffen war.

Brüder in Christo

Auf die Frage, ob es denn ein Zufall sei, daß die Brüder Seiters dieselben Vornamen tragen wie der Führer und sein Stellvertreter, antwortete der einstige Innenminister einst: »Ich komme aus einer christlichen Familie.« Wer war eigentlich der heilige Adolf?

Kameraden 1

Und was macht Rudolf heute? Basisarbeit im Wahlkreis Papenburg: »Eines, das laßt mich ganz eindeutig sagen: / Den Extremen, denen geht es zu Recht an den Kragen. / Jedoch die Soldaten, die für Sicherheit sorgen, / Sind unsere Söhne, die Väter von morgen. / Die in Bosnien dienen, beim Oderbruch, / Bei Naturkatastrophen Zug um Zug, / Die sind schon in Ordnung, das sind Demokraten, / Und sie sollten nicht lang auf ein Dankeschön warten.«

Kameraden 2

Gewaltbereitschaft dürfe in der Bundeswehr nicht toleriert werden, erboste sich die Beauftragte Marienfeld anläßlich der Vorlage ihres Jahresberichts. Sondern Verteidigungsbereitschaft. Und neuerdings Friedensschaffungs-, Friedenserhaltungs- und Friedenserzwingungsbereitschaft.

Kameraden 3

Zu einer Freiheitsstrafe von elf Jahren verurteilte das Bamberger Landgericht einen 29jährigen deutschen Soldaten, der einen französischen Kameraden in Bosnien per Kopfschuß getötet hatte. Es hob damit eine zuvor verhängte lebenslange Strafe mit der Begründung auf, wegen der Kriegshandlungen sei eine mindere Schuldfähigkeit anzunehmen.

Denkanstoß 1

Man muß mit ihnen reden. Denn das treffende Argument kann auf die Dauer seine Wirkung nicht verfehlen. Zu Führers Zeiten gab es in Deutschland mehr Ausländer als heute, argumentiert deshalb in bester aufklärerischer Absicht ein vom SDR produzierter Dokumentarfilm über die Gesundheitspolitik der Nazis. Nämlich acht Millionen Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter. Daran werden sie zu knabbern haben.

Kameraden 4

»Götzfried, Alfons hat an sämtlichen Gefechten der Kaukasier Kompanie gegen die Kolpak Bande teilgenommen und den Fremdvölkischen ein gutes Beispiel von Pflichterfüllung gegeben.«

Der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD für den Distrikt Galizien, SS-Obersturmbannführer Sporrenberg, über den SS-Unterscharführer Götzfried, der 1997 gestand, im KZ Majdanek 500 Juden erschossen zu haben.

Un homme

Deutschland bevorzuge in der Frage des Nato- bzw. EU-Beitritts die mittel- und osteuropäischen Länder und setze damit die Lebensraumpolitik der Nazis fort. Sagte der türkische Ministerpräsident Yilmaz. Die Bundesregierung nannte diese Äußerung eine »unentschuldbare Diffamierung«. Ob er das denn wirklich so gesagt habe, wurde Yilmaz daraufhin gefragt. Jawohl, erwiderte er, und so habe er es auch gemeint.

Denkanstoß 2

Der niedersächsische Innenminister Glogowski (SPD) meint, auch Angehörige der Berufsgruppen, die nach großem parlamentarischen Gerangel angeblich vom Lauschangriff verschont werden, könne man mit etwas gutem Willen jederzeit abhorchen. Sie müßten halt nur der Beteiligung an Straftaten verdächtig sein - und nicht bloß irgendwelcher »Verbindungen zu kriminellen Gruppen«.

Fakten

Während sich die »FAZ« am 7. März noch über »chinesische Zahlenspiele« lustig machte und spekulierte, ob es nun 16,8 oder 12 oder 7,2 oder nur 4,8 Millionen Arbeitslose in China gebe, wußte «Focus« längst Bescheid: »Schon jetzt haben 190 Millionen Chinesen, das sind 30 Prozent der Erwerbstätigen, keinen Job.«

»Bewunderung für die Befreiungsarmee der Kosovo-Albaner«

Überschrift in der »FAZ«, 4.3.98

Konkret 04/98, S. 12

Rolf Surmann

Deutschland zahlt heim

Beide Nachfolgestaaten des III. Reichs haben sich nach Kräften bemüht, so preisgünstig wie möglich die Kriegsschuld zu begleichen. Ihre neuen Alliierten sind ihnen dabei großzügig entgegengekommen - die überlebenden Opfer wurden gar nicht erst gefragt

»Zweite Schuld« oder »Verfolgung«, »vergessene Opfer« oder »Retraumatisierung« sind einige Stichworte der Kritik an der Entschädigungspolitik der Bundesregierung und am generellen Verhalten der Deutschen gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus. So zutreffend diese Kritik ist, so benennt sie in der Regel doch nur einen Aspekt des Themas: die Einstellung zu den Opfern. Denn auch die rassistische Raubpolitik der Arisierung, die Plünderung der überfallenen Länder und die Schäden durch den Vernichtungskrieg gehören zu den Verbrechen, für die die Deutschen nach 1945 Rechenschaft ablegen mußten bzw. hätten ablegen sollen. Wie sie Reparationsleistungen, Rückerstattung geraubter Vermögenswerte und Entschädigungszahlungen für die nazistische Verfolgung regelten, war ihnen allerdings nicht völlig freigestellt. Es hing auch von den Nachkriegskonzeptionen der Siegermächte ab.

Schlupfwinkel der Weltpolitik

»Dieses Nazitum steckt unendlich tief in den Deutschen drin, und man muß es einfach entwurzeln, was aber nicht dadurch getan ist, daß man einfach ein paar Leute erschießt.« Mit diesen Worten plädierte US-Außenminister Cordell Hull 1944 für eine Deutschlandpolitik, die sich nicht darauf beschränkte, einige führende Persönlichkeiten des NS-Regimes zur Rechenschaft zu ziehen und ansonsten gemeinsam mit den herrschenden Eliten des Dritten Reichs »die Scherben zusammenzukehren«. Die Beamten seines eigenen Ministeriums hingegen sprachen lieber von Deutschlands »segensreicher Rolle in der Weltwirtschaft«; ihr Credo lautete: Effizienz vor Entnazifizierung.

Die Ursache für diese Meinungsverschiedenheit lag in der unterschiedlichen Bestimmung der Rolle Nachkriegsdeutschlands. Die wiederum hing mit einem anderen Streitpunkt zusammen: »der russischen Frage«. Wer meinte, die Sowjetunion »eindämmen« zu müssen, brauchte Deutschland. Entsprechend war die Friedenskonzeption dieser »soft peace boys« angelegt. Wer dagegen wie Henry Morgenthau der Ansicht war, daß die militärische Niederlage die Deutschen nicht von einem weiteren Weltkrieg abschrecken würde, mußte diesen Staat strukturell kriegsunfähig machen. Industrielle Demontage war da eine notwendige Schlußfolgerung.

Die Differenzen in der Deutschlandpolitik wirkten sich auch auf die Rückerstattungs- und Entschädigungsproblematik aus. Ende Juli 1944 legte eine Arbeitsgruppe der US-Regierung ihre Ergebnisse vor. Eckpunkte dieses Vorschlags waren die Gewährleistung einer Umsiedlungshilfe für »Displaced Persons« und - mit Rücksicht auf deutsche Befindlichkeiten - lediglich eine Pauschalentschädigung für Vermögensverluste. Denn: »Eine vollständige Rückgabe von Eigentum an Angehörige dieser Gruppen und zu einer Zeit, wo der durchschnittliche Deutsche große Schwierigkeiten durchlebt, würde wahrscheinlich erhebliche soziale Spannungen in Deutschland auslösen.«

Da die USA nicht direkt vom Krieg betroffen waren, waren sie auch an direkten Reparationen nicht sonderlich interessiert, dafür aber an »indirekten«, um prinzipielle wirtschaftliche und politische Interessen zur Geltung zu bringen. Als Leitmotiv wurde dabei die Sicherung des Friedens genannt. Dieser solle einerseits durch Maßnahmen gegen eine erneute industrielle Kriegsvorbereitung Deutschlands gewährleistet werden, andererseits durch die Schaffung von Bedingungen, die die Integration Deutschlands in eine »friedliche und expandierende Weltwirtschaft« ermöglichten. Dementsprechend waren Reparationen als Lieferungen aus laufender Produktion vorgesehen. Dies sei auch die Voraussetzung dafür, »um die wirtschaftliche Rehabilitierung der Minderheitengruppen in Deutschland, die systematisch ausgeplündert wurden, soweit als möglich durchzuführen«.

Morgenthau erkannte sofort, daß dieses Konzept zur wirtschaftlichen Stärkung Deutschlands führen müßte und folglich dessen Dominanz in Europa nicht brechen würde. Er bestand deshalb auf einschneidenden Reparationen durch Demontage. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Lediglich hinsichtlich der Vermögensrückerstattung bekam die Militäradministration mit der Direktive JCS 1067 die klare Vorgabe, sie zügig durchzuführen.

Auch Großbritannien war an Reparationen nicht besonders interessiert. Zum einen deshalb, weil die Industrie der Insel keinen nennenswerten Schaden genommen hatte und die Lieferung demontierter Fabriken folglich keinen Sinn machte. Zum anderen war man aber auch skeptisch gegenüber Entnahmen aus der laufenden deutschen Produktion oder Geldleistungen. Denn beides wäre nach britischen Vorstellungen nur bei einer expandierenden deutschen Wirtschaft möglich gewesen. Längerfristig hätte es bedeutet, mit einem gestärkten deutschen Konkurrenten auf dem Weltmarkt konfrontiert zu werden. Die Briten nahmen deshalb eine abwartende Haltung ein, die sich indirekt gegen die Forderungen der UdSSR richtete.

Denn diese hatte, ähnlich wie Frankreich, ein großes Interesse an Reparationen. Dabei spielten neben sicherheitspolitischen Erwägungen - Demontage als Mittel zur »industriellen Entwaffnung« Deutschlands - für die Sowjetunion vor allem die ungeheuren Verwüstungen eine Rolle, die durch den nazistischen Vernichtungskrieg entstanden waren. Auf 20 Milliarden Dollar bezifferte sie deshalb in Jalta die Gesamthöhe der zu leistenden Reparationen.

Während Roosevelt den sowjetischen Forderungen prinzipiell zustimmte, war den Briten die Summe zu hoch. Obwohl eine Kommission zur Regelung der Streitpunkte eingesetzt wurde, konnte keine Einigung erzielt werden. Die Konferenz von Potsdam führte deshalb zur »reparationspolitischen Teilung« Deutschlands: Jede Besatzungsmacht sollte grundsätzlich ihre Ansprüche aus der eigenen Zone befriedigen.

Die Ursache für diesen bloß vordergründigen Kompromiß waren nicht strittige »Sachfragen«, sondern eher personelle und politische Veränderungen: Truman war Präsident geworden und hatte die Politik der »Eindämmung« des Kommunismus eingeleitet. Europäische Bündnispolitik unter Einbezug der Westzonen gegen die UdSSR bekam deshalb Priorität. Das hatte auch Auswirkungen auf Reparationen, Rückerstattung und Entschädigung.

Zum Beispiel forderten die USA von den neutralen Staaten die Rückgabe des berüchtigten NS-Raubgoldes nur noch sehr moderat. Davon profitierte die Schweiz bei den Verhandlungen in Washington 1946. Spanien etwa brauchte fast gar keine Rückerstattung zu leisten. Im Gegenzug konnten die USA auf der iberischen Halbinsel Militärbasen errichten.

In den westlichen Besatzungszonen verlagerte sich das Interesse der Alliierten auf die Schaffung wirtschaftlicher Prosperität und politischer Stabilität. Entschädigungsmaßnahmen mußten sich dieser Maßgabe unterordnen. Der Marshallplan wäre sonst wohl auch wenig sinnvoll gewesen. Zwar gehörte zu den Vorstellungen der Westalliierten von einer wirtschaftlichen und politischen Integration der Deutschen auch weiterhin der Aspekt ihrer Rehabilitierung. Aber die Entschädigung der NS-Opfer als ein wichtiger Indikator für die Legitimität dieser Rehabilitierung wurde nun zu einer Variablen des westdeutschen Wiederaufstiegs. Das schuf Spielraum für die Bonner Politik.

»Wiederherstellung deutschen Kredits«

Als Adenauer 1949 nach seiner Wahl zum Bundeskanzler eine Regierungserklärung abgab, waren die Erwartungen hoch. Tatsächlich ging er auch auf die Leiden der Menschen in der Nazizeit ein. Er sprach von den Opfern des Bombenkriegs, von Flüchtlingen, Vertriebenen und vielen anderen. Die vom Nationalsozialismus Verfolgten erwähnte er jedoch mit keinem Wort. International brach ein Sturm der Entrüstung los. Zu dreist hatte Adenauer die Volksgemeinschaft zu seinem politischen Adressaten gemacht und seinen »Spielraum« offensichtlich überschätzt. In einer anderen Frage war die US-Regierung von vornherein nicht bereit, sich auf Ränkespiele westdeutscher Politiker einzulassen. Die hatten zunächst noch die Hoffnung, es ginge den Alliierten vor allem um internationale Restitution. Bald aber wurde ihnen klar, daß sie nicht um die Rückgabe verfügbarer Vermögenswerte in den Westzonen selbst herumkommen würden. Sie leisteten daraufhin so entschlossen wie erfolglos Widerstand: Die US-Besatzungsbehörde oktroyierte ihnen das Militärregierungsgesetz Nr. 59, mit dem die Rückerstattung vorhandener Vermögenswerte angeordnet wurde. Zwar hält das einige Historiker nicht davon ab, den Düpierten einen »eigentlich« guten Willen zu unterstellen. Was aber die Besatzungsmächte selbst davon hielten, machten sie dadurch deutlich, daß sie als oberste Entscheidungsinstanz ein alliiertes Gericht einsetzten.

Die Reaktion der Deutschen konnte nicht überraschen. Es formierte sich ein Widerstand, der durchweg antisemitisch geprägt war.

Organisiert wurde er von der »Bundesvereinigung für loyale Restitution«, die großen Einfluß. auf die Regierungsparteien hatte. Ihre Argumentationsweise bringt der Verfasser des ersten Kommentars zum Rückerstattungsgesetz mit der Klage zum Ausdruck, daß »ein Ausgebombter, der mit öffentlicher Unterstützung Hausrat erworben hat, diesen wieder herausgeben muß, weil er jüdischer Besitz war, der Eigentümer selbst aber verstorben und seine Sippe verdorben ist«. In solchen Äußerungen artikulierte sich nicht nur ein Antisemitismus nazistischer Prägung, sondern auch die Wut darüber, daß die gemeinschaftliche Nutznießung der Judenvernichtung nun doch gefährdet war. Sicher haben nicht alle, die gegen die Rückerstattung geraubter Vermögenswerte Stellung nahmen, sich derart offen geäußert. Doch kommt in dieser Formulierung eine weit verbreitete Grundstimmung zum Ausdruck.

Ein Wendepunkt in der Frage, wie Kriegszerstörungen, Raub und Verbrechen »entschädigt« werden sollten, war das Londoner Schuldenabkommen vom Februar 1953. Nach den begrenzten Demontagen der unmittelbaren Nachkriegszeit regelte es die Gesamtverpflichtung, der die Bundesrepublik nachzukommen hatte. Es legte damit die Grundlage für die schon lange angestrebte wirtschaftliche, politische und auch militärische Integration Westdeutschlands in die antisowjetischen Bündnisstrukturen.

Von deutscher Seite wurde das Abkommen zu Recht als »Wiederherstellung des deutschen Kredits« gefeiert. Im Kein einigte man sich darauf, daß die Tilgung der Vor- und Nachkriegsschulden Deutschlands Priorität vor Reparationen habe. Verhandlungen über Reparationen wurden aufgeschoben. Sie sollten - allenfalls - in einem späteren Friedensvertrag festgelegt werden.

Damit konnten die USA und Großbritannien ihre Interessen als Hauptgläubiger weitgehend durchsetzen. Verlierer waren die alliierten Staaten mit großen Kriegsschäden. Verlierer waren aber auch alle NS-Opfer, die ihren Wohnsitz nicht in der Bundesrepublik hatten. Denn nach der herrschenden Rechtsauffassung konnten sie ihre Forderungen nicht direkt an die Bundesregierung richten, sondern waren auf zwischenstaatliche Abkommen angewiesen. Dieser Weg war jetzt gezielt verstellt worden. Zwar hatten die Niederlande in London auf dieses Problem hingewiesen und gefordert, daß individuelle Entschädigungsansprüche nicht unter den Reparationsaufschub bzw. -vorbehalt fallen sollten. Die drei Westalliierten und die Bundesregierung hatten diesen Antrag einhellig zurückgewiesen.

Im Anschluß an das Londoner Abkommen wurden zwischen der BRD und verschiedenen westeuropäischen Staaten dennoch pauschale Entschädigungsabkommen mit einer Gesamtsumme von 825 Millionen DM abgeschlossen. Die NS-Opfer in diesen Staaten hatten Druck gemacht. Gleichwohl war, was sie erhielten, allenfalls ein Almosen.

Ähnlich schlecht stand es um die Interessen der jüdischen Verfolgten. Neben verschiedenen jüdischen Organisationen hatte Israel deshalb ihre Vertretung übernommen. Anfang der 50er Jahre traten die israelische Regierung und die Claims Conference an die Siegermächte mit der Bitte heran, in dieser Angelegenheit zu vermitteln. Die Westmächte lehnten ab, aber Adenauer hatte seine Lektion inzwischen gelernt., Er bot, obwohl oder gerade weil ihm die finanzielle Dimension nicht klar war, direkte Verhandlungen an. »Sanfter Druck hinter den Kulissen« seitens einiger US-Politiker bestärkte ihn darin, sich für einen positiven Abschluß einzusetzen. Dabei mußte er heftigen Widerstand in der eigenen Regierung überwinden. Sein Finanzminister Schäffer hatte zum Beispiel eine Erhebung über die Höhe des Schadens in Auftrag gegeben, der durch Wirtschaftskriminalität der »Displaced Persons« nach dem Krieg entstanden sei. Dagegen sollten nach seinen Vorstellungen die jüdischen Forderungen aufgerechnet werden. Im Luxemburger Abkommen verpflichtete sich die Bundesrepublik jedoch zur Zahlung von 3,45 Milliarden DM. Das Abkommen wurde speziell in den USA positiv aufgenommen und erleichterte die internationale Akzeptanz der Westintegration der Bundesrepublik. Adenauer gilt seit diesem Schachzug als »Wegbereiter der Aussöhnung«.

»Was tun, wenn ein ganzes Volk backt?«

London war offensichtlich kein Versailles. Im Gegenteil. Die getroffenen Regelungen waren - wie sich ein ehemaliger Bundesfinanzminister ausdrückte - »kein schlechtes Geschäft«. Ein weiteres Geschäft war zudem parallel abgewickelt worden: die Beschlüsse zu den sozialen Konsequenzen der NS-Diktatur und des Krieges.

Die Ergebnisse sind bekannt. Mit dem 131er-Gesetz wurden die Büttel des NS-Regimes wieder in ihre Rechte eingesetzt. Hitlers Generäle bauten die Bundeswehr auf, Kriegsdienstverweigerer und Deserteure blieben verfemt. Wissenschaftler aus dem Exil galten als suspekt, während die alten Ordinarien ihre angestammten Plätze wieder einnahmen. Die neue Republik gab also dem alten Personal den Vorzug und versorgte es entsprechend.

Einiges wurde, widerwillig, auch für die NS-Opfer getan. Die ersten Formen ihrer Unterstützung direkt nach der Kapitulation ähnelten der Sozialhilfe. Wohnungen wurden zugewiesen und Lebensmittel verteilt. Auseinandersetzungen gehörten dabei zum Alltag, und oft lenkten die deutschen Behörden erst nach dem Eingreifen der Alliierten ein. Dann folgten gesetzliche Regelungen in den Besatzungszonen. »Kalter Krieg gegen die Wiedergutmachung« lautete das Motto, unter dem die Verfolgtenverbände wenig später die Untätigkeit der Bundesregierung anprangerten und eine gesetzliche Regelung auf Bundesebene forderten. Unterschiedliche Rechtsverhältnisse sollten vereinheitlicht und unzulängliche Formulierungen ersetzt werden. Genau dies mußte dann 1952 im Überleitungsabkommen, Teil des Deutschlandvertrags, der Bundesrepublik von den Alliierten auferlegt werden. Das Luxemburger Abkommen, an dem ja auch die Claims Conference beteiligt war, ergänzte diese Abmachungen und zwang die Regierung ebenfalls zum Handeln.

Dabei lief die allgemeine Stimmung eher darauf hinaus, die Rechte der NS-Verfolgten einzuschränken als sie auszuweiten. Von »Sonderrechten« war die Rede, die auf Kosten derjenigen gingen, »die gar nicht Nazi waren oder die zum mindesten wieder in die deutsche Volksgemeinschaft der Nichtnazis eingegliedert wurden« - so der CSU-Abgeordnete Josef Krempl im bayrischen Landtag. In dieser Atmosphäre wurde dann die Bundesgesetzgebung zur Entschädigung von NS-Verfolgten erlassen: das Bundesergänzungsgesetz 1953, da Bundesentschädigungsgesetz 1956 und das BEG-Schlußgesetz 1965.

Die Auswirkungen sind bekannt: systematische Schlechterstellung der NS-Opfer gegenüber den schon von Adenauer favorisierten Gruppen ehemaliger Nazis und Mitläufer, Ausschluß von Verfolgtengruppen, demütigende Entschädigungsverfahren wie erneute Begutachtung der Opfer durch ihre alten Peiniger usw.

Dieser Umgang mit den Folgen des Nationalsozialismus spiegelt die Haltung der deutschen Bevölkerung durchaus wider. Lediglich 54 Prozent der Befragten sprachen sich bei einer Umfrage für eine »Wiedergutmachung« gegenüber »den noch lebenden deutschen Juden« aus, nur 39 Prozent fanden es berechtigt, wenn ein arisiertes Geschäft zu gleichen Bedingungen zurückgegeben wird. Demgegenüber befürworteten die Unterstützung von Kriegswitwen und -waisen 93 Prozent, von Flüchtlingen und Vertriebenen 90 Prozent. Spätestens mit der »Bürgerblock-Regierung« 1953 und ihren in Kriegsverbrechen verstrickten Ministern wie Theodor Oberländer drückte sich diese Meinung in der Zusammensetzung der

Regierung aus, die diese Gesetzgebung verantwortete. Durchgeführt wurde »die uns auferlegte Wiedergutmachung« (Carlo Schmidt) schließlich von Ärzten, Richtern und Beamten, die bis 1945 auf Seiten der Täter standen. Sie war also ein Triumph der ehemaligen Volksgemeinschaft.

Der Zukunft zugewandt: die DDR

Eine andere Perspektive entwickelte die Regierung der SBZ/DDR. Sie sah sich nicht in der Nachfolge des NS-Regimes, sondern als politische Kraft, die den Kampf gegen dieses Regime geführt hatte und jetzt eine Wiederkehr des Faschismus unmöglich machen wollte. Die Frage des Bruchs mit dem Nationalsozialismus stellte sich also nicht in der Form wie in Westdeutschland. Ein Beispiel hierfür ist, daß die DDR keine Veranlassung sah, NS-Urteile gesetzlich aufzuheben, nachdem der Befehl Nr. 228 der Sowjetischen Militäradministration durch die generelle Aufhebung aller SMAD-Befehle 1954 außer Kraft gesetzt worden war.

Diese Position hatte auch Auswirkungen auf die NS-Opfer. Die ersten koordinierten Unterstützungsmaßnahmen begannen im Juni 1945. Mit Leistungen wie höchste Stufe der Lebensmittelkarte, bevorzugte Gesundheitsbetreuung und Wohnungszuweisung hatten auch sie angesichts knapper Mittel den Charakter von Sozialhilfe. Doch die schlechte Versorgungssituation hatte eine weitere Konsequenz: In den ersten Wochen nach Kriegsende wurden nur »die aktiven Kämpfer gegen den Faschismus, welche lange Jahre bis zuletzt in Haft gewesen waren« als unterstützungsberechtigt anerkannt. Erst nach Protesten bezog man im September 1945 auch die Opfer der Nürnberger Gesetze ein.

Damit wird ein Merkmal der Entschädigungsregelungen der DDR sichtbar: die Unterscheidung zwischen Kämpfern gegen den Faschismus und Opfern des Faschismus. Zudem wurden die Opfer der NS-Militärjustiz, Zwangssterilisierte und Homosexuelle, die in der Bundesrepublik »vergessenen Opfer« also, in der DDR ebenfalls nicht anerkannt. Von Entschädigung ausgeschlossen waren auch alle, die nicht in der DDR ihren Wohnsitz hatten, was gerade jüdische Opfer betraf Die DDR-Entschädigungskonzeption war also durchaus selektiv.

In der 1965 erlassenen »Verordnung über Ehrenpensionen für Kämpfer gegen den Faschismus und für Verfolgte des Faschismus« kommt nicht nur die Unterscheidung zwischen Kämpfern und Opfern bereits im Titel der Verordnung zum Ausdruck, sondern es wurden auch unterschiedlich hohe Renten gezahlt: 800 Mark für die Kämpfer, 600 für die Opfer. Dieser Betrag erhöhte sich bis 1989 auf 1.800 bzw. 1.600 Mark. Er lag damit deutlich über dem allgemeinen Rentenniveau der DDR.

Eine zweite Besonderheit war die Haltung der SBZ/DDR-Regierung zur Rückerstattung von Vermögenswerten. Zwar hatte die sowjetische Militäradministration bereits im September 1945 ein Rückerstattungsgesetz für wiederauffindbare Vermögenswerte erlassen, das jüdische Privatpersonen sowie Parteien, Gewerkschaften und religiöse Vereinigungen wieder in ihre alten Rechte einsetzte. Doch war diese Regelung an den Vorbehalt gebunden, daß dieser Besitz durch Behörden oder die NSDAP direkt beschlagnahmt worden war. Privatbesitzern, die ihr Eigentum unter Druck verkauft hatten, wurde keine Möglichkeit des Rückerwerbs eingeräumt.

Diese Einschränkungen wurden in späteren Jahren noch verschärft. Ein Beispiel dafür war der Prozeß gegen das Politbüro-Mitglied Paul Merker. Gegen ihn wurde in der Zeit des Slansky-Prozesses vorgebracht: »Es unterliegt keinem Zweifel, daß Merker ein Subjekt der USA-Finanz-Oligarchie ist, der die Entschädigung der jüdischen Vermögen nur forderte, um dem USA-Finanzkapital das Eindringen in Deutschland zu ermöglichen.« Außerdem wurde ihm vorgeworfen, er fälsche »die aus den deutschen und ausländischen Arbeitern herausgepreßten Maximalprofite der Monopolkapitalisten in angebliches Eigentum des jüdischen Volkes um. In Wirklichkeit sind bei der >Arisierung(dieses Kapitals nur die Profite >jüdischer< Monopolkapitalisten in die Hände >arischer< Monopolkapitalisten übergewechselt.«

Diese Argumentation macht - neben dem krassen Antisemitismus, der sie prägt -, deutlich, wie Rückerstattungsvorstellungen mit der Änderung der Eigentumsverhältnisse in der DDR kollidierten. Ausschlaggebend war offensichtlich die »Priorität der Klassenfrage«. Die Aufhebung von NS-Unrechtstaten wurde demgegenüber als sekundär empfunden. Besonders die Verknüpfung von Rückerstattungsforderungen mit dem Vorwurf, diese unterstützten das Expansionsstreben des US-Finanzkapitals, zeigt außerdem, wie sehr der Ausgleich von NS-Unrecht politischer Opportunität unterworfen blieb.

Diese Haltung bestimmte auch die Reaktion auf israelische Entschädigungsforderungen. Die DDR-Regierung lehnte Zahlungen an den Judenstaat mit der Begründung ab, sie habe ihre Verpflichtungen aus dem Potsdamer Abkommen bereits erbracht. Eine solche Antwort war reparationstechnisch nicht abwegig. Denn die sowjetischen Demontagen - erst nach dem 17. Juni 1953 verzichtete die UdSSR vollständig auf noch ausstehende Lieferungen - wurden bekanntlich so konsequent durchgeführt, daß westdeutsche Beobachter von der »Ausplünderung des deutschen Ostens« sprachen. Doch trifft das Argument der gleichmäßigen Lastenverteitung kaum das Problem. Die Ablehnung der israelischen Forderungen wurde von der DDR-Führung genutzt, um bei den arabischen Staaten einen Durchbruch für die staatliche Anerkennung der DDR zu erreichen.

Fortschrittsorientierung und der Anspruch, die Grundlagen von Faschismus und Rassismus beseitigt zu haben, bestimmten also das Verhalten gegenüber den NS-Verfolgten. Wie insbesondere die Rückerstattungspraxis und die Hierarchisierung der Verfolgten zeigen, fanden deren Rechte, so paradox es klingt, hierin allerdings auch ihre Schranken. Diese Politik war insofern »riskant«, weil sie das Gelingen der historischen »Aufarbeitung« mit dem Gelingen des gesellschaftlichen Emanzipationsprojekts verknüpfte. Scheiterte das eine, trat die Unzulänglichkeit des anderen zutage. Die Chance einer umfassenden »Aufarbeitung« der NS-Verbrechen war damit jedenfalls vertan.

Die neue Debatte - eine Seifenoper?

Nachdem die Bundesregierung die Entschädigung der NS-Verfolgten 1965 mit dem BEG-Schlußgesetz offiziell für abgeschlossen erklärt hatte, setzte zu Beginn der 80er Jahre überraschend eine neue Debatte ein. Ihr Stichwort lieferten die »vergessenen Opfer«. Zwar hatte die hiermit verbundene Aufdeckung andauernder Ausgrenzung und Verfolgung von NS-Opfergruppen in der Bundesrepublik durchaus spektakuläre Züge, doch ging es nicht einfach um eine Ergänzung bestehender Regelungen. Die Entschädigungsgesetzgebung wurde grundsätzlich kritisiert und wegen ihrer diskriminierenden Züge abgelehnt. Die gesellschaftliche Anerkennung aller NS-Opfer war das Ziel, was die Benennung der Täter voraussetzte. Diese Debatte war also der Versuch, den eindeutigen Bruch mit der NS-Vergangenheit gesamtgesellschaftlich endlich durchzusetzen.

Das wurde auch sehr schnell erkannt. So warnte Willy Brandt vor einer »zweiten Entnazifizierung«. Auf Einzelaspekte gab es jedoch auch positive Reaktionen. Es kam vor, daß Abgeordnete sich nach einer Anhörung im Bundestag durchaus »beeindruckt« zeigten oder von einer »historischen Sternstunde« sprachen. Die politische Realität war jedoch eine andere. Auf Bundesebene wurde ein Sonderfonds für einige Gruppen der »vergessenen Opfer« eingerichtet. Verschiedene Bundesländer schufen außerdem Härtefonds, die ursprünglich gefordert worden waren, um durch Soforthilfen die Zeit bis zur Verabschiedung eines neuen Entschädigungsgesetzes zu überbrücken. Doch dabei ist es bis heute geblieben. Die Konsequenz war, daß selbst die NS-Verfolgten, denen erst nach über 40jähriger Diskriminierung eine geringe Entschädigungssumme zugesprochen worden ist, deutlich schlechter gestellt sind als diejenigen, die nach dem BEG Leistungen erhalten.

Andere kämpfen bis heute noch darum. Die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter etwa, deren Kampf um Entschädigung die gesamte Geschichte der Bundesrepublik durchzieht. Sein Ausgangspunkt war der IG-Farben-Prozeß, in dem 13 leitende Angestellte des NS-Konzerns 1948 u. a. wegen des »Sklavenarbeiterprogramms« verurteilt worden waren. Ein Zwangsarbeiter, Norbert Wollheim, reichte daraufhin eine Privatklage nach dem bürgerlichen Gesetzbuch ein. Der Prozeß endete immerhin mit einem Vergleich. Die IG Farben zahlten 30 Millionen für die von ihr vernutzte Zwangsarbeit.

Im Wollheim-Prozeß trugen die Konzern-Vertreter bereits die Argumente vor, auf die sich deutsche Unternehmen noch heute stützen: Die Arbeitskräfte seien nicht angefordert, sondern ihnen aufgedrängt worden, in den Fabriken habe die SS die Leitung gehabt und schließlich auch Lohnzahlungen erhalten. Kurz: Nicht die Konzerne trügen die Verantwortung für die Zwangsarbeit, sondern der NS-Staat und damit eben dessen Rechtsnachfolger, der Staat Bundesrepublik. Der wiederum war durchaus bereit, diese Verantwortung zu übernehmen. Denn als der Vergleich geschlossen wurde, hatte er schon einen Weg gefunden, um seinerseits nicht haften zu müssen.

Die Möglichkeit eröffnete das bereits erwähnte Londoner Schuldenabkommen, indem es internationale staatliche Forderungen nach Reparationen auf den Zeitpunkt eines Friedensvertrags verschob und private Forderungen nicht zuließ. In der Folgezeit gab es deshalb nur marginale Zahlungen für Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen. Neben einer staatlichen Ausnahmeregelung rangen sich einige Konzerne im Laufe der Jahrzehnte zu »freiwilligen Zahlungen aus humanitären Gründen« durch. Sie griffen in der Regel dann in die Portokasse, wenn sie ihre Geschäftsbeziehungen in den USA verbessern wollten.

Ein Abkommen mit Polen, 1975 geschlossen, eröffnete noch eine andere Variante: Die Bundesregierung räumte einen Kredit über 1 Milliarde DM zu günstigen Konditionen ein und zahlte zusätzlich 1,3 Milliarden als Rentenausgleich, während Polen sich verpflichtete, 120.000 Deutsche ausreisen zu lassen. Dieser Vertrag ist Ausdruck der neuen »Brioni«-Politik, genannt nach der jugoslawischen Mittelmeerinsel. Sie verknüpft Entschädigungsleistungen mit der Erfüllung deutscher Forderungen.

Käme es zu einem allgemeinen Abkommen über die Entgeltung von Zwangsarbeit, dann würden solche Verträge sicher einschränkend berücksichtigt. Aktuell allerdings vertritt die Bundesregierung einen schlichteren Standpunkt. Sie meint, daß Forderungen, die 50 Jahre lang zu früh gestellt wurden, mittlerweile zu spät gestellt werden. Denn Lohnforderungen wegen Zwangsarbeit erklärt sie nun für verjährt.

Die Front der Ablehnung ist also weiterhin tief gestaffelt. Das gilt auch für die Entschädigung der NS-Verfolgten in Osteuropa, dem zweiten großen Thema des letzten Jahrzehnts. Auch hier soll eine individuelle Entschädigung nach Möglichkeit vermieden werden. Statt dessen ist man dazu übergegangen, Fonds einzurichten. Denn auch diese eignen sich,

wie das Beispiel Tschechien zeigt, nicht zuletzt zur Durchsetzung deutscher Interessen. Das Stichwort »Beutekunst« weist außerdem darauf hin, daß die Zeiten, in denen man vor allem bestrebt war, Forderungen abzublocken, vorbei sind. Nach der Zeit der »Wiedergutmachung« sind es nun die Deutschen, die »Entschädigungs«-Forderungen stellen.

Rolf Surmann ist Mitarbeiter der Forschungsstelle Nationalsozialismus und Nachkriegsordnung in Hamburg

Konkret 04/98, S. 14

Otto Köhler

Der Krieg hat sich gelohnt

Während der Durchschnittsbürger bei der Währungsreform von 1948 mit seinen Spargroschen für den verlorenen Krieg zahlen mußte, behielten die deutschen Kriegsgewinnler ihr Sachvermögen. Das geht aus »Neuordnung Europas« hervor. einem Sammelband von 20 Vorträgen vor der Ostberliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung, in dem sich abgewickelte oder mit einem Gnadenbrot abgespeiste DDR-Historiker mit einigen unangepaßten Westhistorikern zusammengetan haben.

Aufgrund von Berechnungen, die mit Hilfe von Angaben zur Körperschaftssteuer angestellt wurden, veranschlagt dort Dietrich Eichholtz den reinen Kriegsprofit des deutschen Großkapitals auf' 70 bis 80 Milliarden Reichsmark. Dazu kommt die Bereicherung durch Raub und Plünderung in den von den Deutschen besetzten Gebieten sowie von Milliardenzuwendungen aus der Staatskasse. Allein der IG-Farben-Konzern erhielt vor allem während des Krieges 4,9 Milliarden Reichsmark. Die Kriegskonjunktur und der Gewinnüberfluß führten dazu, daß die Rüstungsindustrie immer mehr investierte - auf Kosten der Konsumgüterindustrien. Das endete damit, daß die Bevölkerung nach dem mißglückten Endsieg jahrelang eine Versorgung auf sehr niedrigem Niveau hinnehmen mußte.

Trotz Bombenschäden lag das Bruttoanlagevermögen der deutschen Wirtschaft 1945 um 21 Prozent über dem Stand von 1936 und immer noch um über acht Prozent über dem von 1939 - der Krieg hatte sich ausgezahlt. Diese Fakten der deutschen Kriegskonjunktur schreibt Eichholtz, entkleiden das » Wirtschaftswunder« der »freien Marktwirtschaft« in der frühen Bundesrepublik seines mirakulösen Charakters.

Der Band untersucht nicht nur die Nachkriegsentwürfe der deutschen Industrie, auch ihren Vorkriegsplanungen ist eine Untersuchung des Potsdamer Wirtschaftshistorikers Berthold Puchert gewidmet. Die wirtschaftliche Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs begann, betont Puchert, bereits im Endstadium des Ersten Weltkriegs, als bei Militärs, Wirtschaftlern und Politikern, die sich nicht von Illusionen, sondern von Realitäten leiten ließen, die Erkenntnis wuchs, daß dieser Krieg nicht siegreich beendet werden könne. Puchert: »In gewissem Sinne erwiesen sich die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages sogar als förderlich dafür. daß nach Hitlers Machtantritt eine hochmoderne deutsche Wehrmacht geschaffen werden konnte. « Die Streitkräfte anderer Länder waren nämlich belastet mit veralteten oder veraltenden Waffen, zum Teil noch aus dem Ersten Weltkrieg, weil eben die Staatsfinanzen dieser Länder eine ständige Neuausrüstung nicht erlaubten. Die deutsche Wehrmacht konnte dagegen im wesentlichen mit modernem Gerät aufgebaut werden, wobei entscheidend gewesen ist, daß entsprechende Planungen längst abgeschlossen waren

---

Werner Röhr /Brigitte Berlekamp (Hg.): »Neuordnung Europas«. Edition Organon , 444 Seiten, 68 Mark

Konkret 04/98, S. 17

Peter-Paul Zahl

Brief aus Jamaica

Sozialdemokratie 1

1

Der Weg ist vorgezeichnet: Die neoliberalen Monster der 80er - Thatcher, Reagan und Pinochet - stehen im Wachsfigurenkabinett, die Konservativen hocken auf dem absterbenden Ast, der erneute weltweite Durchmarsch der Sozialdemokratie scheint sicher. In Skandinavien und den Niederlanden Sozis an der Macht (auch wenn sie sich christlich oder konservativ nennen); in Italien verglühte die Christdemokratie zum schwarzbraunen Loch, statt des »historischen« oder hysterischen Kompromisses der Durchbruch der Mittelinkskoalition; Felipe González' Abwahl in Spanien eher ein kleiner Betriebsunfall: Man darf sich halt nicht erwischen lassen, wenn man sich die Taschen vollstopft und klandestine Polizeikiller mit der ETA aufräumen läßt. Ein Clinton im Weißen Haus! Blair und die Neue Labour Party in Downing Street No. 10! Chirac rief Neuwahlen aus, die zum Debakel für seine eigene Partei wurden, und dann stellt sich heraus, daß es egal ist, mit wem er kohabitiert, mit Jospin oder Yuppies oder Juppé. Und in Deutschland, klar, ist die Lektion gelernt. Der Kandidat muß gut und männlich aussehen wie in einem Werbespot für Aftershaves (oh weh, Pinocchio Lafontaine!). Die Parteifarbe nicht mehr Rot. Sondern Orange. Weil Werbepsychologen herausgefunden haben, daß Frauen diese warme, nicht aggressive Farbe lieben. Und das Sozialdemokratische Parteiprogramm - über das sich von Marx über Rosa und Karl bis zu Gremliza alle zu amüsieren pflegten, die ein Hirn statt Styropor unterm Schädeldach haben - muß weggeschmissen werden. Nein: modernisiert.

Der jeweilige Industriestandort - sei es nun Kohlistan oder Kurdistan, Neuseeland oder Neues Bundesland, Thüringen oder Taiwan - muß gefestigt werden. Die teuren Maschinen müssen an sieben Tagen in der Woche jeweils 24 Stunden laufen. Die DGB-Parole der 50er »Samstags gehört Papi mir!« gehört, wie der Nierentisch, der Vergangenheit an. Den Kapitalismus mit menschlichem Antlitz gab's nur so lange, wie es den Kommunismus mit unmenschlichem Antlitz gab. Sind die Anderen heutzutage etwa anders? Nein. Mao Tse-Tung unternahm bekanntlich den langen Marsch dafür, daß die größte Landarmee der Welt, Kalaschnikow bei Fuß, darüber wacht, daß Hunderte von Millionen Blauer Ameisen sechs Tage in der Woche, zehn Stunden am Tag, am Fließband Billigschrott für die Weltmärkte herstellen. Zum Dank wird man dann von Clinton mit dem Ehrennamen »meistbegünstigte (Handels)Nation« geschmückt. Hundertneunzig Länder treten nun an im Hindernislauf, um mit dem Titel »Billigstlohnland« auf dem Siegertreppchen zu stehen. Dafür gibt es Gold. Preisrichter: Herr Henkel. Der leimt alles und alle. Und fordert: Das soziale Netz darf nicht durchlöchert werden. Es muß nur gesenkt werden. Der große schweizerische Clown Grock machte es vor: Das Seil, auf dem getanzt wird, liegt halt auf dem Manegenboden. So riskiert man keine Abstürze - und spart das Netz.

Die »Partei der Besserverdienenden« fordert mehr 610-Mark-Jobs. Für andere. Die Grünen richten sich als Partei der »Gutverdienenden im Dienstleistungssektor« ein. Und wo alle nach rechts rücken, fällt es gar nicht weiter auf, wenn auch die PDS sich beeilt, Partner in der Nationalen Front zu werden und somit Teil der KED (Kapitalistische Einheitspartei Deutschlands).

Da fährt Herr Schröder in die Staaten, guckt sich die Niagarafälle und die Firma Microsoft an und kriegt den Großen Durchblick. Für den Arbeitgeberverband. Nun starrt man auf das Ergebnis der Niedersachsen-Wahl, Meinungsumfragen und zählt an den Fingern: Können Gerhard und Joschka Kohl besiegen? Ja. Bei Schäuble wird's schon schwieriger. Also?

2

Von Jamaica lernen heißt siegen lernen! Nur Rum, Rasta, Reggae? Nein. Auch Bobfahrer, Reggae Boyz (ein Ländchen mit der Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins nimmt an der Fußball-WM teil), Leichtathletik. Und nun auch: die Sozialdemokratie! Der Premier in Kingston, der Ehrenwerte P. J. Patterson wies am 18. Dezember 1997 den wahren Weg zum Wahlsieg. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes eine dritte Legislaturperiode für eine der beiden Parteien. Nun aufgepaßt, Scharping, Schröder, Lafontaine, so wird's gemacht:

Rückblende: Im Kampf gegen die britische Kolonialherrschaft bildet sich Ende der 30er die von der Fabian Society beeinflußte sozialdemokratische Partei. Sie nennt sich Nationalpartei. Das Colonial Office, den Linkssozialdemokraten eh nicht gut gesonnen, gibt dem legendären Gewerkschaftsführer Bustamente - ein Cousin des Führers der PNP - Geld, eine Partei zu gründen. Diese, den Tories nahestehend, nennt sich dann Arbeiterpartei. Das Wahlsystem führt zu einer Persiflage des Westminster-Modells: Stimmen werden gekauft, Wahlurnen mit Stimmzetteln vollgestopft, Wahlkämpfe mit Steinen und Flaschen ausgetragen. Ein führender Sozialdemokrat meint munter, eine gesunde Demokratie aufzubauen, bedarf es »einiger guter Schädelbasisbrüche«. Der Gegner natürlich. Je nachdem, wer gerade an der Macht ist, werden Geschenke

verteilt, die Macht zu bewahren. Insbesondere die Einwohner der Slumviertel in Kingston spüren es direkt in der Geldbörse, wenn »ihr« Abgeordneter abgewählt wird: Dann gibt es keine Arbeit bei Notstandsmaßnahmen mehr für sie, keine Möglichkeit, in den USA oder in Kanada Vertragsarbeiter zu werden, keine Zuschüsse zum Schulbesuch, keine falschen Papiere, keine Vergünstigungen jeglicher Art: Dies alles erhalten dann die Anhänger der Konkurrenzpartei. Das Parteibuch bestimmt über das Wohl und Wehe aller. So verschärfen sich die Wahlkämpfe. In einigen Wahlkreisen stimmen bis zu 103 Prozent für eine Partei. In den 60ern wendet ein wendiger Politiker der Konservativen seine Kenntnisse aus der Ethnologie an und die korrupten Praktiken der politischen Gegner besser als diese. Es entstehen nun auch Wahlkreise der JLP, wo niemand mehr aus der Reihe tanzt und sich in den Urnen nur die Stimmen einer Partei finden. Es bildet sich eine Pattsituation bei der Manipulation der Wahlergebnisse. Folge: Die bewaffneten Arme beider Parteien rüsten auf. Pfiffige Wähler, die glauben, sich nicht festlegen zu müssen, erkennen nun die Gun-Men der Konservativen an den M16, die sie mit sich führen, die der Nationalpartei an den Kalaschnikows. Der wortgewaltige Führer der Sozis bringt in den 70ern dringend notwendige Reformen auf den Weg, vergißt aber als guter Verbalradikaler, daß er nicht durch eine Revolution an die Macht gekommen ist, und präsentiert sich stolz als Freund von Castro, Ortega und Maurice Bishop. Die wichtigste Reform in einem Drittweltland aber setzt er völlig in den Sand: die Landreform. Und als er noch tönt, wem es nicht passe, der könne ja gehen, täglich flögen »fünf Flugzeuge von Kingston nach Miami«, setzt eine heftige Kapitalflucht ein. 1980 sind nicht nur die Regale der Supermärkte leer, es kommt zum blutigsten Wahlkampf der Geschichte Jamaicas. Den die Konservativen mit Hilfe der CIA gewinnen.

Was sollen wir also von Jamaica lernen, mögen Sharpinglafonschröder nun verdutzt fragen und sich die Augen reiben. Gemach. P. J. Patterson, Führer der hiesigen Sozialdemokratie, hat gelernt und den Schritt ins nächste Jahrhundert unternommen. In Zukunft sind Schnellfeuergewehre unnütz. Denn nun kommt die Macht - na, habt ihr's erraten? - aus den Computern! Für 18 Millionen US-Dollar (ein dicker Batzen Geld für ein armes Land) wird ein digitalisiertes Wahlsystem erworben. Jeder Wahlberechtigte wird fotografiert, Abdrücke der zehn Finger werden genommen, Daten im Computer gespeichert. Nicht wahr, das müßte »freie und faire Wahl« garantieren?

Der Wähler taucht in seinem Wahllokal auf, sein Konterfei wird mit seinem Gesicht, seine Fingerabdrücke werden mit den gespeicherten verglichen, und nun kann er elektronisch seine Stimme abgeben. Aber da ist der kühne Staatsmann der Sozialdemokraten vor. Derjenige, der den Computer programmiert, kennt auch die Präferenz seiner Pappenheimer. Im Wahlkreis Peek-Süd wohnen nur Sozis (offiziell jedenfalls), in Cloppenburg-Nord nur Labourites, in C&A dagegen fehlten »uns« nur achthundert Stimmen zum Wahlsieg letztes Mal. Ergo gibt es zwei Möglichkeiten: Der Überhang von Peek-Süd meldet sich in C&A-West an und wird dort registriert. Oder in C&A-West »verschwinden« plötzlich neunhundert gegnerische Wähler im Computer. Sie protestieren natürlich. Vergebens. Der Computer irrt sich bekanntlich nie. Oder sie finden sich, so sie gut genug suchen, im Wahlkreis Cloppenburg-Nord wieder. Die Oppositionsparteien - es gibt nun deren zwo - kreischen auf. Sind es nun »nur« 12.000 Wähler, die da spurlos verschwinden, oder gar 50.000? Wer weiß? Die internationalen Beobachter der Wahlen - federführend: das (Jimmy) Carter Centre - monieren hie und da zwar Anomalitäten und schlagen Verbesserungen vor, aber, und das ist der Knackpunkt, Blut war bei den Wahlen nicht geflossen. Und darauf war es ihnen bekanntlich angekommen.

Die nationalen Beobachter der Wahlen machen dagegen ganz andere Beobachtungen: »Die schwarzen Bücher mit den Computerdaten fehlen zumeist ... bei 171 Wählern gab es nur 44 Fotos ... keine Unterschriften ... Statt mit einem gültigen Wahlausweis tauchten die meisten mit einem PNP-Wahlführer auf ... Wähler weigerten sich, einen Finger in die Tinte zu stippen (als Beweis, daß sie von ihrem Wahlrecht bereits Gebrauch gemacht, P P Z.) ... nur Wahlbeobachter der Regierungspartei anwesend ... die anwesende Wahlaufsicht desgleichen, die Polizei und zufällige Passanten »dreckige Labourites« rufend ... von 171 Wählern tauchten nur 79 auf ... « usw. (»The Gleaner«, 21.12.97).

Die deutsche Sozialdemokratie, die meisten Bundesländer kontrollierend, kontrolliert auch deren Computersysteme für Wahlen. Was sollte sie also hindern, 1.000 Sozis in Bottrop-West ab- und in Hessen-Nord anzumelden, wo ein paar Stimmen zum Sieg fehlen? Und wäre es nicht im Sinne der Freiheitlich-Demokratischen, wenn die Protestwähler in Hamburg-Wilhelmsburg, die letztes Mal den Nazis ihre Stimmen gaben, aus den Wahllisten entfernt werden oder als Stammwähler der SPD auftauchen? Oder wenn nach dem Großen Lauschangriff nun auch kleine Kameras in den Wahlurnen installiert und mit einem digitalen Drucker verbunden werden, die aus einem X ein U machen? Vorwärts, Genossen, der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Und dann den - vorläufig - letzten Bond-Darsteller zum Kanzlerkandidaten machen! Dazu alle Bundestagsmitglieder auskunftspflichtig! Ein dezentes Logo auf dem Hemdkragen, wie sie Fußballer und Trainer im Sportstudio schon längst tragen, zeigt dem glücklichen Wähler, wer seinen Liebling sponsert: G. Schröder malt sich das VW-Logo auf die Fingernägel; Lafontaine wirbt für Feinkost-Käfer, Renate Schmidt für Milch von Bayerns glücklichen Kühen, Johannes Rau für das erste hohe C, das er sich als politischer Pfundi nicht von Kohl & Co. stehlen läßt. Und im Superwahljahr 98 wird die Sozialdemokratie frei und fair, clever und unblutig, auf der Höhe der Zeit - den Industriestandort dezent betonend - sämtliche Wahlen gewinnen.

Long Bay, Februar 1998

Konkret 04/98, S. 22

Kate Katzki

Im Herzen immer noch Nazis

Im Juli 1947 kehrte die vor den Nazis geflohene jüdische Emigrantin Kate Katzki für einige Wochen ins besiegte Deutschland zurück. Was sie dort erlebte, hat sie noch im gleichen Jahr in einem Bericht festgehalten, den KONKRET in diesem und im nächsten Heft erstmals veröffentlicht

Endlich war alles bereit. Über ein Jahr hatte ich gehofft - und ich muß gestehen, auch gefürchtet -, daß ich eine Erlaubnis erhalten würde, nach Deutschland zu fahren. Bereits im letzten Winter hatte ich sie bekommen, konnte dann aber die Reise nicht antreten. Ich war keineswegs traurig gewesen, einen Grund zu haben, um die Reise nicht antreten zu müssen. In den 13 Jahren meiner Abwesenheit war schließlich viel geschehen. Ich konnte mich nicht dagegen wehren, mir Gedanken zu machen, wie mich Dinge beeindrucken würden, wie ich sie akzeptieren oder ablehnen würde. Mit meinen eigenen Augen und Ohren wollte ich herausfinden, wie die Dinge in Deutschland standen. Nur mit Menschen darüber zu reden, ist nicht genug. Sie geben dir immer nur ihren Eindruck wieder, der von ihrem persönlichen Hintergrund, ihren Stimmungen und Erfahrungen geprägt ist. Je mehr man mit ihnen spricht, um so mehr möchte man selbst erfahren. Das war, was ich darüber dachte. Und dieses Gefühl wuchs stetig in mir. So bemühte ich mich erneut um einen Passierschein.

Die Lage hatte sich aber in der Zwischenzeit geändert, und es war nicht mehr so einfach, die erforderlichen Papiere zu bekommen. Viele bürokratische Hürden waren zu nehmen. Ende Juni 47 bekam ich schließlich einen Brief vom Military Permit Office, in dem stand, daß für mich eine Aufenthaltsgenehmigung für alle drei Zonen, die amerikanische, britische und französische, bereitlag. Vorher müßte ich allerdings noch die Gültigkeit meines Passes auf Deutschland erweitern lassen. Es war sehr seltsam, im Konsulat zu sein und eine Marke in meinen Paß geklebt zu bekommen, die ihn für Deutschland gültig erklärte. Dies war wirklich der erste Schritt zur Realisierung meines »Projektes«. Der nächste war, mir die Erlaubnis der Militäradministration abzuholen. Und dann war es soweit, eingestempelt in meinen Paß: »Gültig für einen Monat«.

Von diesem Zeitpunkt an war ich in den wenigen verbleibenden Tagen bis zur Abfahrt voll damit beschäftigt, meine Arbeiten im Büro abzuschließen und die Reise vorzubereiten. Ich mußte die Route planen und die Anzahl der Kilometer festlegen. Da ich mit dem Auto fahren wollte, mußte ich eine ausreichende Menge Benzin beschaffen und mir einen angemessenen Vorrat an Proviant zulegen, um unterwegs gegen eine unzureichende Lebensmittelversorgung gewappnet zu sein. Mit dem Auto zu fahren, statt mit dem Zug, bedeutete viel. Es bedeutete, mehr zu sehen, anhalten zu können, wo ich wollte, völlig ungebunden und auf mich allein gestellt zu sein. Es war, als wäre ich eine Entdeckerin, die ein unbekanntes Land erforschte. Mir war vollkommen klar, daß ich in ein mir völlig fremdes Deutschland fuhr und daß ich nicht wußte, was mit mir geschehen würde. Ich kannte die Menschen nicht und war mir nicht sicher, ob ich die Städte wiedererkennen würde, auch nicht diejenigen, die ich sehr gut gekannt hatte.

Der Tag meiner Abreise war Samstag, der 5. Juli 1947. Ich fuhr gegen neun Uhr abends los. Mit Stolz hatte ich das Abzeichen des Joint auf den Ärmel meiner Uniform genäht. Es war eine herrliche Sommernacht, und zu diesem Zeitpunkt wußte ich, daß ich, was auch immer geschehen möge, in der Lage sein würde, damit fertig zu werden. Gegen elf Uhr nachts kam ich in Lüttich an und hatte keinerlei Probleme, ein Hotelzimmer zu finden. Wie gewöhnlich kam ich am nächsten Morgen gut aus dem Bett und frühstückte ausgiebig. Entgegen meiner üblichen Gewohnheit aß ich zwei Portionen Rührei. Ich wollte nicht hungern und gab meiner Neigung nach, soviel Eßbares wie möglich in mich hineinzustopfen. Ich bat sogar den Kellner um eine Serviette, um mir noch zwei Brötchen als Wegzehrung einzupacken. Man konnte ja nie wissen.

Ich verließ Lüttich gegen 8.30 Uhr in Richtung Aachen. Es war ein seltsames Gefühl, das Straßenschild »Aix les Chapelles« zu sehen. »Allemagne« oder »Deutschland« stand nicht darauf, nur »Aix les Chapelles« mit der entsprechenden Kilometerangabe. Kurz hinter Lüttich stieß ich auf einen Wegweiser zum Friedhof »Henry Chapelles«. Ich hatte nicht gewußt, daß ich an dem Friedhof vorbeikommen würde, auf dem Bob Gould [ein Freund Kate Katzkis, der sich als Freiwilliger zur amerikanischen Armee gemeldet hatte, d.Ü.] beerdigt wurde. Ich hatte mir schon öfter vorgenommen, nach Lüttich zu fahren, um sein Grab zu besuchen. So nutzte ich jetzt diese Gelegenheit und bog ab. Es schien ein passender Anfang für eine Reise wie diese zu sein: ein riesiger Friedhof mit über 17.000 Gräbern. Es ist schwer vorstellbar, daß dort 17.000 junge Soldaten ruhen, Seite an Seite, jeder einst mit einer eigenen Geschichte, einem eigenen Leben. Jetzt sah ein Grab aus wie das andere. Bobs Ruhestätte lag am Anfang einer langen Gräberreihe. Ich legte ein paar Blumen nieder. Ein Sergeant, der mich begleitet hatte, erzählte mir, was ich bereits wußte: Bob war im Hürtgenwald getötet worden. Bevor ich den Friedhof verließ, warnte mich der Sergeant, zwischen Lüttich und Aachen nicht auf dem Seitenstreifen zu fahren. Dort konnten sich noch immer Minen befinden.

Nach weniger als einer Stunde lag sie nun vor mir, die Grenze! In diesem Augenblick war ich mir sicher, daß irgend etwas mit meinen Papieren schiefgehen würde. Ich hatte ein impulsives Verlangen, nicht zurückgeschickt zu werden, sondern

weiterzufahren in dieses unbekannte Land, das vormals - es schien eine lange, lange Zeit her zu sein - mein Land gewesen war. Wie auch immer, die Papiere wurden kontrolliert und für in Ordnung befunden. Alles lief erstaunlich glatt. Ich dachte, sie würden vielleicht eine Bemerkung fallenlassen, weil ich in Deutschland geboren war, aber sie taten es nicht. Ich hatte das Bedürfnis, diesen belgischen Gendarmen begreiflich zu machen, daß nach Deutschland zu fahren für mich nicht bedeutete, in meine »Heimat« zurückzukehren. Ich hatte das Bedürfnis, mich ihnen zu erklären, tat es aber nicht. Sie fragten nicht, und freiwillig gab ich keine Auskunft.

Nach 100 Metern erreichte ich eine weitere Holzbarriere - die Grenze zwischen dem Niemandsland und Deutschland. Dort waren nur deutsche Grenzposten. Es war wie ein Schlag ins Gesicht, diesen Menschen, die wahrscheinlich noch vor nicht allzu langer Zeit ihren Arm zum Hitlergruß gehoben hatten, meinen Ausweis zeigen zu müssen. Einige von ihnen trugen hellgraue Uniformen, andere zivile Kleidung. Alle waren sehr jung. Ich ging in ein Gebäude, um registriert zu werden. Sie fragten nur nach meinem Namen und meiner Ausweisnummer. Natürlich sprach ich Englisch mit ihnen. Ein Grenzer fragte, ob er mitfahren dürfe, und weil mein Auto bislang noch nicht kontrolliert worden war, hatte ich das Gefühl, nicht ablehnen zu können. Sie funktionierte, die gute alte deutsche Seele, die für einen kleinen Gefallen gekauft werden kann. Niemand kontrollierte mein Auto, und ich kam mit all meinen Sachen durch, obwohl jeder mir vorher erzählt hatte, daß die Kontrolle sehr rigide wäre und man nur wenige Vorräte über die Grenze mitnehmen dürfe. Wir fuhren durch Wälder über eine stark beschädigte Straße. Bomben und Panzer hatten ihre Spuren hinterlassen. Ich sprach nicht mit dem Deutschen, der neben mir saß, und er sprach auch nicht mit mir. Nur einmal durchbrachen wir das Schweigen, als ich ihn fragte, ob wir gerade den Hürtgenwald durchquerten, und er mir höflich versicherte, daß wir dies gerade täten. Das reichte, um mich von jeder weiteren Konversation abzuschrecken.

Wir erreichten, was früher einmal Aachen gewesen war, nach einer halben Stunde. Es sah aus wie eine Geisterstadt, nur daß lebendige Menschen in den Straßen unterwegs waren - ganz viele, und alle waren sauber gekleidet. Es war Sonntag. Aber es sah nicht aus wie Sonntag, da dies ja üblicherweise ein Tag ist, an dem die Geschäfte geschlossen sind. Hier gab es aber überhaupt keine Geschäfte, die hätten geschlossen werden können - zumindestens nicht in den Straßen, die ich durchfuhr. Sie waren alle ausgebombt. Riesige Stein- und Schutthaufen säumten die Wege. Sie bedeckten häufig die Bürgersteige, so daß die Menschen mitten auf der Straße laufen mußten. Die Gebäude waren ausgehöhlt, nur die Mauern standen noch, und manchmal fehlten selbst diese. Der Bahnhof, an dem der Deutsche ausstieg, war größtenteils nicht vorhanden. »Hauptbahnhof« stand an dem Gebäude geschrieben, und ich mußte das glauben. Dies war vielleicht einmal eine Stadt gewesen, jetzt war es nur eine Ruine.

Ich fuhr weiter nach Düsseldorf. Auf einer Straße inmitten von Weizenfeldern hielt ich an. Zwischen dem Weizen wuchsen blaue Korn- und rote Mohnblumen. Es sah sehr hübsch aus, wie eben ein Weizenfeld in jedem anderen Land auch. Es sah nicht so aus, als ob auf eben diesem Boden vor zwei Jahren ein Krieg stattgefunden hatte. Viel Blut war in die Erde gesickert, und doch wuchs der Weizen. Es sah friedvoll aus. In der Ferne läuteten Kirchenglocken. Ich pflückte ein paar Blumen und befestigte sie am Rückspiegel des Autos. Ich tat es teilweise aus Sentimentalität, aber mehr noch wünschte ich mir, es sollten die Blumen sein, die der Sieger zum Zeichen seines Triumphes trägt. Als ich dieses friedvolle Bild sah und mich an die schrecklichen Dinge erinnerte, die hier geschehen waren, stieg Bitterkeit in mir auf, und ich spürte Rachegefühle. Für einen Augenblick war ich froh, daß ich nicht - wie einige Leute es mir geraten hatten - eine Pistole mitgenommen hatte. Ich wäre versucht gewesen, den erstbesten Deutschen zu erschießen, der vorgehabt hätte, die Straße zu überqueren. Aber ich hatte keine Pistole, und niemand ging über die Straße.

Auf einer von der britischen Armee nahe Düsseldorf errichteten Holzbrücke überquerte ich den Rhein. Ich mußte in einer Schlange von Militärfahrzeugen warten, bis wir das Signal zum Überqueren bekamen. Während ich wartete, näherte sich eine ältere deutsche Frau meinem Auto. Sie ging auf einen Spazierstock gestützt und fragte, ob ich sie über die Brücke mitnehmen könne. Ich schüttelte den Kopf: »Nein.« Vielleicht waren sie und ihre Familie Nazis oder Mitläufer gewesen. Soll sie sich doch mit dem Stock behelfen. Es gibt so viele Juden, die nicht einmal mehr mit einem Stock gehen können, nie mehr!

Düsseldorf ist ein einziger Trümmerhaufen. Ich weiß nicht, durch welche Straßen ich fuhr. Alle Gebäude waren mehr oder weniger zerbombt. Ich folgte den Schildern nach Essen. Ich muß über die Königsallee gefahren sein, bin mir aber nicht sicher. Nichts war wiederzuerkennen. Ich nahm zwei britische Soldaten mit, die zur Autobahn wollten. Wir suchten den Weg in Richtung Essen-Zentrum. Wir kamen an der ehemaligen Krupp-Fabrik und an der Krupp-Siedlung vorbei - alles ausgebombte Ruinen. Die Soldaten versicherten mir, daß wir in der Nähe des Zentrums seien, aber ich erkannte nichts wieder, obwohl ich doch früher oft in Essen gewesen war. Plötzlich tauchte inmitten all der Ruinen das riesige Skelett eines Gebäudes mit der Aufschrift »Althoff« an der Frontseite auf. Das war also alles, was von diesem großen Kaufhaus übriggeblieben war; ein aus Trümmern einsam herausragendes Gerippe.

Die beiden Soldaten stiegen in Essen aus, und ich fuhr weiter durch altvertraute Städte - oder besser gesagt: durch Städte mit altvertrauten Namen: Bochum... mit dem Bochumer Verein. Das hatte ich nicht vergessen, der Bochumer Verein bei Nacht, hell erleuchtet, geschäftig, einer der wichtigsten Orte der Stahlproduktion des Ruhrgebiets - jetzt tot, ausgebombt.

Es war das gleiche Bild wie bisher, vielleicht noch schlimmer als in anderen Städten. Ein Straßenschild auf einer engen, von riesigen Trümmerhaufen flankierten Straße sagte mir, daß ich mich gerade auf der »Kortumstraße« befand. Das war also die berühmte Hauptstraße von Bochum. Nicht ein einziges Gebäude ist intakt oder wenigstens halbwegs stehengeblieben. In einzelnen Häusern ist das Erdgeschoß notdürftig geflickt - Holzlatten verschließen die Fenster, und Zimmerdecken sind wie auch immer befestigt, so daß ein Büro oder ein kleiner Laden den Zwischenraum einnehmen kann. In den meisten Gebäuden ist noch nicht einmal dies möglich, sie sind schlichtweg nutzlos geworden.

Ganze Stadtviertel sind verschwunden. Es ist unverständlich, wo all die Menschen leben. Die Straßen sind voller Menschen, die Gebäude sind leer. Beinah jedesmal, wenn ich anhielt, kam irgend jemand zum Auto und bot seine Dienste an. Es war ekelhaft. Ich fuhr weiter. Zum ersten Mal sah ich ein Schild: »Herne - 8 Km«.

Dann sah ich eine Straßenbahn: Linie 8. Wenn mich in all den Jahren jemand nach der Straßenbahnlinie zwischen Bochum und Herne gefragt hätte, hätte ich es nicht gewußt. Aber plötzlich erinnerte ich mich, es sah irgendwie vertraut aus. Die Straßenbahnen hatten immer noch die gleiche Form wie früher, waren gelb und schmutzig, wie eh und je. Ich erkannte jede Haltestelle wieder, an der ich vorbeifuhr, und erinnerte mich an ihre Namen. Erinnerungen aus meiner Kindheit tauchten wieder auf, als wir mit der Straßenbahn nach Bochum gefahren waren, um in den Stadtgarten zu gehen. Ich war dort schon jahrelang nicht mehr gewesen, als ich Deutschland schließlich verließ ...

Auf der linken Straßenseite erschien ein Schild mit der Aufschrift »Herne«. Direkt gegenüber auf der rechten Straßenseite stand jedoch ein anderes: »Herne - 2 Km«. Als Jugendliche hatte ich oft über diese Schilder gelacht, sie danach aber längst vergessen. Sie waren immer noch da. Und dann erreichte ich das Zentrum - die Bahnhofstraße. Ich fuhr sie langsam entlang. Ich kannte jedes Haus, und jedes Haus war immer noch da. Im Gegensatz zu anderen Städten schien Herne praktisch unberührt. Da waren zwar ein paar Bombentreffer gewesen - aber nichts von Bedeutung. Sie sagten mir, Herne werde die »Goldene Stadt« des Westens genannt. Ich fuhr an dem Haus vorbei, in dem ich geboren worden und in dem unser Geschäft gewesen war. Anstelle des alten, vertrauten Namens stand dort jetzt »Kress« - es war ein typischer Tandladen, wie sie auch in New York üblich waren.

Ich ging zu der Wohnung der Freunde, die ich besuchen wollte und denen ich geschrieben hatte, daß ich kommen würde. Sie waren nicht zu Hause. Da ich nicht genau wußte, wann ich dort ankommen würde, hatte ich ihnen meine Ankunftszeit nicht angeben können. Nachbarn kamen an die Tür und sagten mir, daß sie voraussichtlich in Kürze zurück sein würden. Ich ging zum Hotel und bekam ein Zimmer, und als ich dort eintrat, hatte ich das Bedürfnis, gar nicht auszupacken und sofort wieder abzureisen. Alles war fremd. Ich gehörte dort nicht hin. Ich wollte raus. Ich ging zum Auto zurück und fuhr zu unserem ehemaligen Haus in der Nähe des Stadtparks. Die Straße sah jetzt ganz anders aus. Einen Augenblick lang war ich schockiert, ich erkannte das Haus nicht wieder. Es war das letzte Haus in der Straße gewesen, nun begriff ich, daß zwei weitere Häuser gebaut worden waren, so daß unseres nicht mehr das letzte war.

Während ich im Auto saß und mich umsah, kam ein Mann herüber und fragte mich, ob ich nach irgend etwas suche. Ich zögerte einen Augenblick. Ich wußte nicht, ob ich »ja« oder »nein« sagen sollte. Wonach suchte ich? - Ich sagte, daß ich nach der Hausnummer 59 gesucht und sie gefunden hatte. Der Mann fragte, ob ich mit den Bewohnern sprechen wolle. Ich verneinte. Ohne mich zu fragen, ging er hinüber, um nachzusehen, wer jetzt dort wohnte. Er sagte mir den Namen, es war ein gewisser »Assessor Stamm«. Ich fuhr weiter. Vielleicht hatte der Mann nach all seinen höflichen Versuchen gedacht, ich würde ihm eine Zigarette geben. Aber ich gab ihm nichts.

Ich fuhr zu meinen Freunden, die in der Zwischenzeit zurückgekommen waren. Es sind Juden, die 1933 nach Holland emigriert und dort während des Krieges geblieben waren. Während der deutschen Besetzung waren sie im Untergrund gewesen. Sie haben zwei Kinder im Alter von fünf und eineinhalb Jahren. Sie erzählten mir, daß das jüngere, ein Junge, das Ergebnis der russischen Besetzung Berlins gewesen war. Sie waren so glücklich, als die Russen Berlin einnahmen, daß sie beschlossen, ein zweites Kind zu bekommen. Der Vater war kurz nach der Befreiung nach Deutschland zurückgekehrt und ist jetzt als Journalist bei der kommunistischen Zeitung des Ruhrgebiets angestellt. Die Mutter war vor einem knappen Jahr aus Holland gekommen. Sie waren glücklich, mich zu sehen. Für sie war ich jemand von draußen, jemand, der einen Teil der Welt gesehen hat, der ihnen verschlossen ist. Die nächsten Tage verbrachte ich in ihrem Haus, nur zum Schlafen ging ich in das Hotel. Sie sind aufrechte Kommunisten und als solche bestrebt, das, was von Deutschland übriggeblieben ist, wiederaufzubauen. Und dennoch hatte ich das starke Gefühl, daß man, wenn man durch ihren Kommunismus, der sie wie ein Schutzschild umgab, bis zu ihrem innersten Wesen vordrang, eine bestimmte Resignation und ein Mißtrauen in die Zukunft Deutschlands fand. Sie mußten zugeben, daß sich die Deutschen nicht geändert hatten - im Herzen waren sie noch immer Nazis. Ja, sie hofften, daß es eines Tages möglich sein würde, die Deutschen zu verändern. Aber sie mußten eingestehen, daß dies nur eine Hoffnung war, und daß sie nicht wußten, ob sich diese Hoffnung jemals erfüllen würde.

Am ersten Abend kam die Frau eines kommunistischen Landtagsabgeordneten zu Besuch. Sie war sechs Jahre inhaftiert gewesen, aber das Gefängnis hatte ihre politischen Überzeugungen und ihren Kampfgeist nicht brechen können. Sie war davon überzeugt, daß die Deutschen umerzogen werden könnten, daß alles von den wirtschaftlichen Umständen abhing. Wir unterhielten uns und diskutierten sehr lange. Sie räumte ein, daß die Dinge sehr schlecht aussahen. Nazismus war nicht

nur ein Fehler, der von einigen wenigen begangen worden war - es war etwas, was tief in der Mehrheit der Deutschen verwurzelt war.

Am nächsten Tag besuchte ich den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, einen städtischen Angestellten. Er ist eine kleine Person, und irgendwie paßt er nicht hinter den großen Schreibtisch, an dem er jetzt sitzt. Er sitzt dort, weil er Jude ist. Seine Frau und seine Kinder sind nicht-jüdisch. Die meisten der 24 Herner Juden, die von etwa 80 Familien übriggeblieben sind, führen »gemischte« Ehen.

Ich besuchte auch den Zweiten Bürgermeister, einen Sozialdemokraten, der über viele Jahre Mitglied der SPD gewesen war. Lange vor Hitler war er bereits ein richtiger Beamter gewesen, und auch er hatte sich nicht verändert. Danach ging ich zum Katasteramt, um meine Ansprüche anzumelden. Nicht daß ich bestrebt gewesen wäre, Haus- und Grundbesitzerin zu werden. Aber ich war nicht gewillt, den Leuten Geschenke zu machen, die das Eigentum meiner Eltern übernommen hatten. Der Mann, mit dem ich in diesem Büro sprach, schien ein typischer Vertreter des gegenwärtigen deutschen Angestellten zu sein: unterwürfig und viel zu eifrig, um einem behilflich zu sein. Er war dünn, hatte eingefallene Wangen, trug einen alten Anzug und ein viel zu großes Hemd. Offensichtlich hat er schon bessere Tage gesehen, Tage, an denen er mehr zu essen hatte. Er beginnt sich sofort darüber zu beklagen, wie schrecklich es in Deutschland heutzutage sei, daß jedermann Hunger leide und keine Kleidung habe. Er - wie alle anderen auch - beklagt sich über das »Heute«. Sie haben völlig vergessen, warum Deutschland hungert. Ich sage ihm, daß es furchtbar war, was die Nazis Deutschland angetan haben. Er nickt eifrig, wie sie es immer tun, wenn man ihnen so etwas sagt.

Es ist ziemlich offensichtlich, daß sie denken, man hätte Vorurteile und würde nichts verstehen. Sie beklagen sich alle über das, was die Alliierten ihnen antun, daß sie Lebensmittel aus Deutschland ausführen und dem Land keine Chance geben, das aufzubauen, was der Krieg zerstört hat. Sie bedauern sich selbst, und wenn man ihnen erzählt, wie andere Länder gelitten haben, sagen sie nicht wirklich, daß sie einem nicht glauben, aber man spürt, daß sie es nicht tun. Es ist »Propaganda«. Und wenn man ihnen von Konzentrationslagern erzählt, zucken sie die Schultern und sagen, daß das etwas Schreckliches ist, über das man nicht redet. Sie sagen, sie hätten von all dem nichts gewußt - und damit hat es sich erledigt. Sie besitzen kein Schuldgefühl, kein Gefühl der moralischen Verantwortung, nur Selbstmitleid.

Man redet über den nächsten Krieg, als wäre er etwas Unvermeidliches. Darüber wird zwar in fast allen Ländern geredet, aber nirgendwo so häufig wie in Deutschland. Der nächste Krieg, sagen sie, wird gegen Rußland gehen, und Deutschland wird ihn gewinnen, und dann wird Deutschland von den Verlierern wieder aufgebaut werden. Viele meinen sogar, es wäre sinnlos, Deutschland jetzt wieder aufzubauen, weil schon sehr bald ein neuer Krieg kommen werde.

Wird im nächsten Heft fortgesetzt

Konkret 04/98, S. 23

Jens Hoffmann

Unter Deutschen

Kate Katzkis 1947 geschriebener und nach einundfünfzig Jahren hier erstmalig veröffentlichter Bericht gehört zu jenen Texten, für die es in Deutschland nie ein Publikum gab. Verschanzt hinter der »hartnäckigen und gelegentlich brutalen Weigerung, sich dem tatsächlich Geschehenen zu stellen« (Hannah Arendt), mochten und mögen die Leute hierzulande nicht mit Dingen behelligt werden, die ihren mit allen Mitteln herbeiphantasierten Status als unschuldige Opfer eines fiesen österreichischen Vegetariers in Frage stellen könnten. Auch Erinnerungen an die alltägliche Wirklichkeit des Nationalsozialismus werden von den Landsleuten nur dann geduldet, wenn sie die deutschen Täter und Profiteure unkenntlich lassen und in etwaigen Streitfällen diskreterweise metaphysische Instanzen bemühen, vor denen dann mindestens alle Menschen an allem schuld sind. Gereizt allerdings reagieren die Deutschen, sobald sie mit den Leiden und Verletzungen konfrontiert werden, die sie ihren Opfern, besonders ihren jüdischen Opfern, zugefügt haben. In Leidensfragen nämlich nehmen sie es so genau wie vormals nur in Reinheitsfragen und bestehen darauf mehr als alle anderen auf der Welt unter dem Nationalsozialismus gelitten zu haben. Ihre politischen Ziele verlieren sie darüber nicht eine Sekunde aus den Augen.

Kate Katzki wurde 1910 in Herne als Käthe Schiffmann geboren. Sie machte 1930 ihr Abitur am städtischen Oberlyzeum und studierte bis 1933 Soziologie, Psychologie und Philosophie an den Universitäten von München, Berlin, Leipzig und Lausanne. Ihre in Leipzig begonnene soziologische Dissertation über »Die pädagogischen Programme der Parteien« konnte Kate Katzki nicht beenden. Mit dem »Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen« vom 25. April 1933 wurde ihr als Jüdin die Arbeit an den Universitäten verboten. Im November 1934 emigrierte sie mit ihrem Mann, einem jüdischen Arzt aus Wanne-Eickel, in die USA.

Zwischen 1938 und 1944 half Kate Katzki in New York als >dockworker< des National Council of Jewish Women ankommenden Flüchtlingen und studierte an der Columbia University School of Social Work. Nach Abschluß ihres Studiums arbeitete sie von 1946 bis 1950 für das American Joint Distribution Committee, der zentralen jüdischen Hilfsorganisation für Juden und Jüdinnen in aller Welt, und wurde leitende Direktorin des »Joint«für Belgien, Luxemburg und Holland, wo diese Organisation beispielsweise Waisenhäuser für Kinder einrichtete, die die Herrschaft der Deutschen zwar in Verstecken überlebt hatten, deren Familien aber ermordet worden waren. Während dieser Arbeit lernte sie ihren zweiten Ehemann Herbert Katzki kennen, den sie 1950 heiratete.

In den folgenden Jahrzehnten war Kate Katzki für Unterorganisationen der Vereinten Nationen tätig, hielt Vorlesungen und Seminare in Frankreich, Österreich, Belgien, in der Bundesrepublik und in der Schweiz. Sie bereiste Afrika, Lateinamerika, Asien, den Nahen Osten und engagierte sich immer wieder besonders für Flüchtlinge. Mehr als zehn Jahre lang war sie Generalsekretärin des International Council on Social Welfare. Frau Katzki lebt in New York.

Die Zumutung, die in ihrem Auftreten und Verhalten als Kollektiv lag und liegt, haben die Nachkriegsdeutschen nie begreifen wollen. Die soziale und politische >Normalität<, die »die Flinkrassigen« (Jean Améry) ungerührt für sich einfordern, ist für Kate Katzki »ein Schlag ins Gesicht«. »Kann man es glauben?« schreibt Janet Flanner Ende April 1945 an ei . ne Freundin: »Sie stellen Listen von den Bombenschäden auf um den Alliierten die Rechnung vorzulegen!« Von der ersten Begegnung mit Deutschen nach seiner Befreiung aus der Konzentrationslagerhaft berichtet Primo Levi: »Mir war. als müsse jeder uns Fragen stellen, uns an den Gesichtern ablesen, wer wir waren, demütig unseren Bericht anhören. Aber niemand sah uns in die Augen, niemand nahm die Herausforderung an: Sie waren taub, blind und stumm, eingeschlossen in ihre Ruinen wie in eine Festung gewollter Unwissenheit, noch immer stark, noch immer fähig zu hassen und zu verachten. « Ruth Klüger resümiert das Verhältnis der ungebrochen antisemitischen Deutschen zu den Displaced Persons mit dem Satz: » Wir waren verhaßt, Parasiten einer verjudeten Militärregierung. « Und Jean Améry erkennt bereits während der letzten Kriegstage Siegerzüge auf den Gesichtern der Deutschen: »Ein stolzes Volk. Ein stolzes Volk, noch immer Der Stolz ist ein wenig in die Breite gegangen, das sei zugegeben. Erpreßt sich nicht mehr in mahlenden Kiefern heraus, sondern glänzt in der Zufriedenheit des guten Gewissens und der begreiflichen Freude, es wieder einmal geschafft zu haben. «

Kate Katzki reagierte 1992 zunächst mit Skepsis auf eine Einladung der Stadt Herne. » Wenn ich hätte davon ausgehen müssen, daß ich noch viele Menschen meines Alters treffe, dann wäre ich wahrscheinlich nicht gekommen«, sagte sie in einem Interview mit der » WAZ«. Nicht vergessen hatte sie die Leute, die »wirklich nur Hitlers armseliges Urteilsvermögen« verachteten, die - als wäre nichts gewesen – einfach fortführen »Naturwissenschaften zu studieren, Klavier zu spielen und sich hübsche Bilder anzusehen«. Diese durch nichts mehr zu erschütternden Leute hatten die Vergangenheit längst »erledigt«. Und nicht einmal ihre Entnazifizierung durch den Tod, in Deutschland scheinbar die

einzig dauerhaft wirksame Form von Entnazifizierung, ruft Genugtuung hervor

Konkret 04/98, S. 27

Oliver Tolmein

Versuchsmenschen

Noch eine Anhörung im Rechtsausschuß des Bundestags, dann wird auch die Bundesrepublik Deutschland das »Menschenrechtsabkommen zur Biomedizin« unterzeichnen. So plant es zumindest Bundesjustizminister Schmidt-Jortzig. Und viel spricht dafür, daß er Erfolg haben wird

»Wer glaubt, Deutschland in den Abwehrkampf gegen ein eugenisches Europa führen zu müssen, wird dazu beitragen, daß Deutschland vom Vorreiter zum Außenseiter im Prozeß der Ausbildung eines europäischen Rechtsbewußtseins wird.« Und weil die BRD als Vorreiter in Sachen »Ausbildung eines europäischen Rechtsbewußtseins« schon bei der Abschaffung des Asylrechts und der Schaffang der ohne gesetzliche Grundlagen operierenden Europol Herausragendes geleistet hat, müht sich nicht nur der SPD-Bundestagsabgeordnete Wolf-Michael Catenhusen, daß von deutschem Boden aus auch weiterhin nie ein Abwehrkampf gegen welche Eugenik auch immer geführt werden wird. Drohend bringt der Gentechnik-Experte und Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion seine Presseerklärung »Menschenrechtskonvention zur Biomedizin unterzeichnen« zuende: »Unsere gesetzlichen Regelungen zum Schutz der Menschenwürde werden in Deutschland so lange Bestand haben, wie die große Mehrheit der Bevölkerung von ihrer Notwendigkeit überzeugt ist.«

Unklar bleibt, ob Catenhusen in Ordnung findet, daß der Erhalt von Grundrechten nur bei 2/3-Mehrheit gesichert ist, oder ob er, nach dem Marsch durch die Enquete-Kommissionen weise geworden, das drohende Ende des gesetzlichen Schutzes der Menschenwürde lediglich resignierend als Faktum vermeldet. Seine politische Strategie jedenfalls entspricht den Traditionen seiner Partei: Catenhusen will den Schutz der Menschenwürde in Europa sichern, indem er erlaubt, sie ein bißchen abzuschaffen. »Auf Erkenntnis gerichtete Forschung an nichteinwilligungsfähigen Kranken könnte wichtig werden, auch wenn sie den Betroffenen nicht unmittelbar hilft.« Die Möglichkeit, sogenannte »fremdnützige Forschung« an pflege- und betreuungsabhängigen Menschen, die sich dazu nicht mehr selber äußern können, durchzuführen, ist nach übereinstimmender Auffassung aller an der Kontroverse Beteiligten ein zentrales Anliegen des »Menschenrechtsübereinkommens zur Biomedizin«, für dessen Unterzeichnung durch die Bundesrepublik Wolf-Michael Catenhusen sich zusammen mit Abgeordneten von CDU/CSU und FDP in einer ganz großen Koalition stark macht.

Diese Regelung des im Europarat verhandelten Abkommens, das bereits von 22 Staaten unterzeichnet worden ist, markiert einen endgültigen Abschied vom Nürnberger Ärztekodex, der nach dem Prozeß gegen Mediziner, die Versuche an KZ-Häftlingen und Schwerbehinderten durchgeführt hatten, 1947 vom Internationalen Gerichtshof festgeschrieben worden war. Im Mittelpunkt des Kodexes steht die bedingungslose Forderung nach Freiwilligkeit jedes medizinischen Experiments: »Das heißt, daß der Betreffende die gesetzmäßige Fähigkeit haben muß, seine Einwilligung zu geben, in der Lage sein muß, eine freie Entscheidung zu treffen, unbeeinflußt durch Gewalt, Betrug, List, Druck, Vortäuschung oder irgendeine andere Form der Beeinflussung und genügend Kenntnis von und Einsicht in die Bestandteile des betreffenden Gebietes haben muß, um eine verständnisvolle und aufgeklärte Entscheidung treffen zu können.«

Liest man die Texte von Gegnerinnen und Gegnern des »Menschenrechtsübereinkommens zur Biomedizin«, dann gewinnt man schnell den Eindruck, daß es eben genau diese gefährlichen und quälerischen Versuche der 40er Jahre sind, die nach Unterzeichnung des Abkommens wieder drohen. »Von Interesse ist zum Beispiel, ob der Proband eine Miene verzieht, wenn ihm Schmerz zugefügt wird, etwa an Nase oder Fingernägeln. Zum Programm gehört auch die >Blitzstimulation der Augen<. Dabei wird gemessen, ob bei Einsatz von Flackerlicht eine verstärkte Hirndurchblutung auftritt. Gibt es keine Veränderung beim bewußtlosen Patienten, gehen die Wissenschaftler davon aus, daß seine Großhirnrinde zerstört ist.« Beschreibt beispielsweise Klaus Peter Görlitzer in der »Taz« ein Forschungsprojekt des Berliner Neurologen Einhäupel mit Patienten im Wachkoma. Und fährt fort: »>Natürlich geht es hier nicht nur darum, komatösen Patienten Blut abzunehmen, so niedlich sehen wir die Dinge in der Tat nicht<, erklärte zum Beispiel der Neurologie-Professor Karl Max Einhäupel im vergangenen Jahr während einer Anhörung zur Biomedizin-Konvention im Berliner Abgeordnetenhaus. Der Mediziner berichtete von seiner >Apalliker-Studie<, die er am Klinikum Charité der Berliner Humboldt-Universität leitet.«

Diese »Apalliker-Studie« allerdings ist, anders als Görlitzer suggeriert, gerade nicht dadurch charakterisiert, daß sie die Patienten physisch belastet: Die von ihm erwähnte Zufügung von (leichten) Schmerzen gehört zum Standardrepertoire neurologischer Untersuchungen, ohne die gar nicht festgestellt werden kann, welche Reize ein Patient empfindet. Würde Einhäupel sie unterlassen, müßte man ihm vorwerfen, daß er nicht sorgfältig diagnostiziere. Auch die »Blitzstimulation der Augen« ist neurologische Diagnose-Routine. Und das Eingeständnis Einhäupels, es gehe um Schlimmeres als darum, den Patienten Blut abzunehmen? Im Zusammenhang klingt es noch dramatischer, Einhäupel fährt fort: »Es geht darum, mit komatösen Patienten klinische Studien durchzuführen, die theoretisch auch geeignet sind, das Leben eines komatösen Patienten zu verkürzen und ihm Schaden zuzufügen.« Nur geht es in diesem Passus, wie schnell erkennbar wird, eben keineswegs um die Apalliker-Studie Einhäupels und auch nicht um »fremdnützige Forschung«, sondern um Heilversuche, die an Patienten durchgeführt werden, für die es sonst keine oder nur völlig unzureichende therapeutischen Möglichkeiten

gibt. Konkret verweist der Berliner Neurologe auf eine Studie zur Behandlung von Menschen, die aufgrund einer Hirnvenenthrombose im Koma lagen, bei denen nach vielen Vorversuchen und schließlich mit bemerkenswertem Erfolg versucht wurde, durch Verdünnung des Blutes die Thrombose zu lösen. Auch Heilversuche an Nicht-Einwilligungsfähigen, die vom Nürnberger Ärztekodex nicht erfaßt werden, können im Einzelfall ethisch bedenklich sein. Die Problematik ist aber eine ganz andere als beim Experiment, das gerade dadurch charakterisiert ist, daß es keinerlei Nutzen für den Versuchsmenschen hat.

Lebensverkürzende und erheblich belastende fremdnützige Forschung, Experimente also, die in der unmittelbaren Tradition der KZ-Medizin, aber auch z. B. der radioaktiven Verstrahlungs-Versuche der USA der 50er Jahre stehen, werden auch durch das »Menschenrechtsabkommen zur Biomedizin« nicht erlaubt. Wer diese Unterschiede in der Auseinandersetzung ignoriert oder verwischt, riskiert nicht nur den Vorwurf der Übertreibung, sondern auch die Kritik, er ignoriere die tatsächlichen Probleme in der Debatte um medizinische Versuche oder gewichte sie jedenfalls falsch. Einhäupels Forschung liefert dafür ein gutes Beispiel. Es ist kein Zufall, daß schon die Bezeichnung seiner Patienten umstritten ist.

Die Feststellung, daß sie an einem »apallischen Syndrom« (das Pallium ist der Hirnmantel) leiden, im »Wach-Koma« liegen oder, so der englische Terminus, sich in einem »persistent vegetative state« befinden, sagt viel über die Perspektive des Betrachters, nicht aber über den Zustand der Kranken aus: Selbst die US-amerikanische »Multi Society Task Force« mußte zugestehen, daß zentrale Fragen darüber, was den »persistent vegetative state« ausmacht, unbeantwortet sind, bzw. daß darüber nur Vermutungen angestellt werden können. Grundsätzlich ist also die Durchführung von Untersuchungen, die die Diagnose sichern und Erkenntnisse über die Prognose des Syndroms liefern sollen, nicht zu kritisieren: Eine solche könnte sowohl für die unmittelbar Betroffenen wie für die Gruppe der oberflächlich als »Apalliker« diagnostizierten Menschen sogar Vorteile bringen, weil so Fehldiagnosen verhindert bzw. korrigiert werden können und sich damit bessere Ansatzpunkte für Therapien ergeben.

Einhäupels Hypothese, daß bei einer richtigen Diagnose seiner Patienten keine Chance für eine Besserung besteht, erscheint schon fragwürdiger. Allerdings sind die Einwände zunächst methodischer und nicht ethischer Natur: Es besteht die Gefahr, daß, wer von einer so festgelegten Hypothese ausgeht, seine Forschung zu sehr einengt, Untersuchungen oder Beobachtungen, die sich mit dem angenommenen Ergebnis nicht in Übereinstimmung bringen lassen, nicht durchführt oder ihre Ergebnisse ausblendet. Da aber angesichts des insgesamt eher geringen Kenntnisstandes über das »Wachkoma« nicht auszuschließen ist, daß sich Einhäupels Vermutung bestätigt, kommt es entscheidend auf etwas ganz anderes an: Was passiert mit Menschen, bei denen sich zuverlässig diagnostizieren ließe, daß ihr Zustand tatsächlich »permanent« ist, sie also eine schwerste Form von Behinderung haben? Das ist aber keine Frage der Forschung mehr, es geht dabei nicht länger um die Instrumentalisierung von Menschen für welche Zwecke auch immer. Vielmehr befinden wir uns damit im Zentrum der »Euthanasie«-Debatte.

Einhäupel läßt keinen Zweifel daran, daß er in solchen Fällen die Patienten möglichst schnell sterben lassen will, andere treten sogar dafür ein, sie zu töten: durch Unterlassen von Ernährung und Flüssigkeitszufuhr oder durch Verabreichung tödlich wirkender Spritzen. Damit wird die auf keinen Fall akzeptable Entscheidung gefällt, daß eine bestimmte Form von Leben nicht »lebenswert« ist - diese Konsequenz ergibt sich aber weder zwangsläufig aus dem Forschungsvorhaben noch aus dessen eventuellen Ergebnissen.

Anders sieht es in der Forschung an Alzheimer-Patienten aus: Hier hat sich bei manchen Psychiatern und vielen Juristen die Auffassung durchgesetzt, daß angesichts der »Bedrohung (der Gesellschaft) durch Demenzerkrankungen« die Erkrankten ein Sonderopfer im Interesse des Gemeinwohls zu leisten hätten. In einer Denkschrift der in diesem Bereich maßgeblichen Wissenschaftler (»Dürfen Ärzte mit Demenzkranken forschen?«) heißt es: »Auch leisten gerade im Falle von Demenzkranken die Mitglieder jüngerer Jahrgänge aufopfernde und ausdauernde Hilfe für jetzt alte Kranke. Aufgrund dieser Solidarität besteht bei vielen Demenzkranken erfahrungsgemäß eine Bereitschaft, durch Teilnahme an medizinischer Forschung zu besserer Gesundheit oder besseren Behandlungsmöglichkeiten von Kranken der nächsten Generation beizutragen. Ein solches Verpflichtungsgefühl kann auch bei vielen einwilligungsunfähigen Demenzkranken vorausgesetzt werden.« Hier wird der Übergang von Freiwilligkeit zur Zwangsmaßnahme fließend, die Teilnahme an Forschungsprojekten ohne jeden Nutzen wird als selbstverständlich angesehen - damit wird auch das Maß dessen, was man glaubt, Menschen zumuten zu können, die selbst keine Entscheidungen mehr treffen können, erhöht: Geht man von einem Verpflichtungsgefühl aus, erscheint logisch, daß das Ausmaß der Verpflichtung dem Ausmaß der »Gefahr« entspricht, die von der »Welle dementer Menschen, die auf uns zukommt«, ausgeht.

Nun ist aber, was die fremdnützige Forschung an Alzheimer-Kranken betrifft, in absehbarer Zeit das Problem nicht die hohe physische Intensität von fremdnützigen Eingriffen. Weder versuchsweise Hirnoperationen noch die Injektion hochgefährlicher Substanzen in den Blutkreislauf stehen auf dem Programm der Forscher. Zu befürchten ist vielmehr der immer extensivere Zugriff auf den Alltag von Patienten: tagelange psychodiagnostische Testbatterien, wochenlange Kontrollen im Schlaflabor, Experimente mit Substanzen, die zwar nicht gefährliche, aber doch unangenehme

Nebenwirkungen haben, Entnahme von Nervenwasser und Blut, regelmäßige Computertomografien des Gehirns führen, wenngleich jeweils für sich wenig problematisch, dazu, daß der letzte Lebensabschnitt der Kranken durch medizinische Zugriffe strukturiert und diktiert wird, die Betroffenen auch nicht mehr als Subjekte, sondern nur noch als Objekte der Wissenschaft begriffen werden. Diese Zwangsverpflichtungen, die, wenn das »Menschenrechtsübereinkommen zur Biomedizin« unterzeichnet wird, Routine zu werden drohen, werden auf Dauer auch den Blick der Gesellschaft auf solche Kranke insgesamt verändern. Das Tabu, daß Menschen nicht zum Mittel gemacht werden dürfen, wäre damit folgenreich gebrochen.

Konkret 04/98, S. 32

Georg Fülberth

Wir-Gefühl im Vakuum

Die autonome Bewegung zieht Bilanz und will das Gejammer über den Zerfall der Szene beenden

Obwohl die Bewegung der Autonomen noch recht jung ist, zieht sie mittlerweile eine breite Papierspur hinter sich her. Einiges davon liest sich wie der Katalog einer Sammlung von aufgespießten und getrockneten Schmetterlingen. Leider gilt dies auch für das Buch *Die Autonomen* von Thomas Schultze und Almut Gross.

Aufschlußreicher können Originaltexte sein, zum Beispiel die Dokumentation zu einem Autonomie-Kongreß, der 1995 in Berlin stattgefunden hat. Man wundert sich da allerdings manchmal über den gespreizten Stil, so etwa, wenn jemand sein Angelesenes (oder auch nur von ferne Gehörtes) spazierenführt: »Der von der Broschürengruppe so kritisierte Herbert Marcuse hat dazu bereits in den 30er Jahren Bahnbrechendes gesagt.« Ob manche Autonome am Ende gar lieber schlechte (nämlich sich derartig ausdrückende) Professoren geworden wären?

Dabei hat es diese Bewegung doch sogar schon zu einem Klassiker gebracht. Ein Autor, der sich »Geronimo« nennt, veröffentlichte unter dem Titel *Feuer und Flamme* eine historische Darstellung, die 1997 die fünfte Auflage erreichte. Im selben Jahr kamen seine »Reflexionen zur Politik der autonomen Bewegung« heraus: *Glut und Asche.* Der gedämpfte zweite Titel klingt fast schon nach Abschied. Stellenweise erweckt der Autor den Eindruck, als habe er nicht übel Lust, sich das Adjektiv »autonom« patentieren zu lassen, damit es nicht von anderen unnützlich geführt wird. Er befürchtet Verfall, Epigonentum und Erbschleicherei.

Fragen wir aber zunächst nach dem Original. »Wichtig ist uns, daß wir glücklich sein wollen. Und das können wir nur, wenn unsere Freiheit, d. h. die Freiheit des Einzelnen, in der Freiheit aller aufgeht. So etwas ließe sich wohl als Kommunismus bezeichnen, und da ist uns klar, daß wir diese wirkliche Bewegung der freien Assoziation aller Menschen auf der Welt im Bündnis mit dem aktuellen System nicht erreichen werden« *(Glut und Asche,* im folgenden: G&A, S. 192). Unsterbliches *Manifest der Kommunistischen Partei!* Marx und Engels! MEW 4, S. 482: »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« Freilich, der rocher de bronce, den die beiden Alten in ihrem Text plazierten: »Aufhebung des Privateigentums« (S. 475), fehlt bei dem Jüngeren. Vielleicht ist es Zufall, vielleicht auch ist ihm etwas anderes wichtig: die »Unabhängigkeit von der jeweiligen Macht« (G&A, S. 130).

Nicht zufällig hatten sich die Autonomen in ihrer Aufstiegsphase gern auf ein Buch des Frankfurter Professors Joachim Hirsch berufen: *Der Sicherheitsstaat* (1980). Da ging es um den Pakt von Unternehmern, Öffentlicher Gewalt, SPD und Gewerkschaften, der Kapital und Arbeit scheinbar versöhnte, während gegen alle, die entweder von vornherein nicht dazugehörten oder nicht mitmachen wollten, Repression teils angedroht, teils ausgeübt wurde. An den Bauplätzen für Atomkraftwerke und in bisherigen Wohngebieten, die plattsaniert werden sollten, wurden die Frontlinien sichtbar. In den Hausbesetzungen 1980-1982 hatte man beides: die Verteidigung gegen die Offensive der anderen Seite (»Widerstand«) und die Autonomie in einem begrenzten, wenngleich ständig gefährdeten eigenen Bereich.

Hirsch seinerseits verwies gern auf Herbert Marcuses Thesen vom »Eindimensionalen Menschen« und von der »Großen Weigerung«, die dagegenzusetzen sei. Den Autonomen gefällt das so, daß sie ihre aktuelle Tradition, soweit sie ausschließlich Deutschland im Blick haben, gern bis auf das Jahr 1968 zurückverfolgen. Damals hatte Marcuse dem akademischen Nachwuchs seine schon etwas älteren Stichworte massenhaft nahebringen können. (Eine zweite, eher illegitime Ahnengalerie richtete man sich in Italien ein.)

Die Macht, der gegenüber Unabhängigkeit gewahrt werden sollte, war aber keine »jeweilige«, sondern eine ganz bestimmte: der sozialdemokratisch-keynesianische Staat. Ab 1982 kam er den Autonomen zumindest in der Form, in der sie ihn gekannt und gehaßt hatten, allmählich abhanden. An seine Stelle trat das neoliberale Modell. Darauf waren sie nicht gefaßt, und daraus entstand - mit einer Verzögerung von ein paar Jahren - ihre Krise, die sie heute selbst so gerne diskutieren.

Längst schon hatte auch die CDU den Kampf gegen das sozialdemokratische Staatsmodell propagiert. 1975 verkündete sie die »neue soziale Frage« und warf sich zur Interessenvertreterin derer auf, die beim Pakt zwischen Kapital und Arbeit zu kurz gekommen seien. Sie meinte damit allerdings nicht die Freien und Gleichen, sondern wohl eher alle diejenigen, die nicht in der Gewerkschaft waren. Die zwischenzeitlich sozialliberale FDP wurde wieder marktradikal und hätte am liebsten den Staat abgeschafft, zumindest, soweit er Steuern erhob.

Als dieses Programm ab 1982 allmählich eine Chance erhielt, erfaßte die Autonomen nicht etwa ein Gefühl grenzenloser Freiheit, sondern eher der Horror vacui. So etwas hatten sie nicht gewollt (und ja auch nicht gemacht): »Das aus den bitteren Repressionserfahrungen mit dem fordistischen)Sicherheitsstaat< (Hirsch) gespeiste Autonomen-Ressentiment von: >Weg mit dem Scheiß-Staat!< wird nun von den Etagen der Macht in Staat, Gesellschaft und Kapitalverbänden im

Zusammenhang eines zunehmend entfesselten Konkurrenzprinzips in die mit Wucht exekutierte Praxis des >Sozial-Staat? Hau weg den Scheiß!< präzisiert« (G&A, S. 208). Der Verdacht erhärtete sich, daß unter dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, welches im Artikel 2 des Grundgesetzes garantiert ist, am Ende in erster Linie das ungehemmte Wirken der Unternehmer-Persönlichkeit verstanden werden muß. (Arbeitsgerichte der fünfziger Jahre hatten das allerdings auch schon gewußt.) Wo der Staat einmal nicht geräumt und geprügelt, sondern Zugeständnisse gemacht hatte, zeigte sich ein neues Problem: »Viele der geforderten Freiräume sind legalisiert und sind doch heute meistens Leerräume, mit denen wir gar nichts anzufangen wissen.« So liest man es in einem Papier des Kongresses von 1995.

Während die Autonomen in den achtziger Jahren öffentlich deutlich sichtbar waren und an quantitativer Stärke gewannen, brach gleichzeitig ein Teil ihrer bisherigen politischen Geschäftsgrundlagen weg. Die Wende von 1989/90 hatte damit eigentlich gar nichts zu tun. Allerdings merkten damals die Letzten - und es waren nicht wenige -, daß inzwischen viel anders geworden war.

Da die Abgrenzung entlang den alten Linien nicht mehr ausreichte, stellte sich die Frage nach der »Identität«. (Dies war ohnehin das Lieblings-Substantiv vieler linker »Zusammenhänge« und Organisationen in den achtziger Jahren.) Die Definition der Bewegungs-Inhalte landete bei den sogenannten Anti-Ismen: Anti-Rassismus, Anti-Nationalismus, Anti-Sexismus, Anti-Faschismus.

Geronimo ist da mißtrauisch. Das seien Ersatzparolen, die sogar, ohne daß man im Einzelfall daran denkt, einer Vorschrift des Nazis Carl Schmitt folgen: Politik als die Scheidung von Freund und Feind. Zu den Konsequenzen gehöre die Haltung des Kriegers und der Gestus leerer Militanz, etwa dort, wo an der Haltung zum bewaffneten Kampf entschieden werden soll, wer dazugehört oder nicht. Wenn dann passiert, was man sinnvollerweise doch nicht beabsichtigt hatte, werden die Distanzierungen zu Verrenkungen: Man ist froh, wenn man sich als Phrasendrescher, den sein Geschwätz von gestern nicht interessiert, herausziehen kann. Geronimo diskutiert dies einleuchtend am Beispiel der Schüsse an der Startbahn West und der Tötung eines als Faschist bezeichneten Mannes namens Kaindl in Berlin. Eine nicht namentlich gezeichnete Kritik, nachlesbar in einem Kongreßpapier, geht da sehr weit: »Würden die IdealistInnen sich nicht als rein antirassistisch und antinationalistisch vortäuschen, wären sie schon im Lager des Feindes.« Unter »Idealismus« wird hier ein Bekenntnis zur Militanz verstanden, das die Bereitschaft zur Gewaltanwendung isoliert und es zentral stellt.

Was ist in dieser Situation noch möglich? Vielleicht der Traum von der Großen Assoziation, die in Aktionen vorweggenommen wird. Wenn es gut geht, entsteht dabei mehr als Kampf, nämlich Freiheit und Kombination zugleich: »Autonomie ist selbstbestimmte Abhängigkeit« - diese Losung war auf dem Kongreß von 1995 prominent. Allerdings fragt sich dann, worin der Unterschied zum schieren Wir-Gefühl besteht. (Und tatsächlich findet sich dieser bedenkliche Ausdruck in den Druckschriften der Bewegung.) Zuweilen fahren »Frauen aus Hamburg« und anderswo dazwischen und erklären, die Sache sei männerdominiert, und sie könnten da nicht mitmachen. Es kommt dann zur Sezession, und im nachhinein freut man sich darüber, daß die Sexismus-Diskussion einen Kongreß gerettet habe, weil sie ihm ein Thema gab, um das man sich - wenngleich getrennt in Männer-, Frauen- und gemischte Plenen - versammeln konnte.

Derlei Probleme beheben sich am ehesten, wo die »jeweilige Macht« sich aktuell so benimmt, wie man es gelernt hat (und wie sie im Kein ja auch ist). Wenn der Castor übers Land rollt, erneuert sich die autonome Bewegung. Und als es gelang, die Vergabe der Olympischen Spiele 2000 nach Berlin zu verhindern, erlebte Geronimo ' der 1998 immerhin auch schon sechsunddreißig wird, noch einmal »Kampagnenglück«.

Das wird es immer geben, solange der Kapitalismus hobelt. Die Bewegung der Autonomen wird Krisen und Durchhänger haben, aber wohl so schnell kein Ende. Zu einer einigermaßen festen Habitus-Szene hat es inzwischen immerhin gereicht, auch wenn das Wort »Gegenkultur« wohl doch ein bißchen großsprecherisch ist. Zwei Sätze sind gleichermaßen wahr:

Erstens: »In den 80er Jahren sind >die Autonomen< in der Öffentlichkeit teils zum Mythos, teils zum BürgerInnenschreck geworden, in den 90er Jahren - nicht unverschuldet - eher zur Karikatur« (Kongreß-Broschüre, S. 16).

Und zweitens: »Wir denken, daß es nun auch an der Zeit ist, das ständige Gejammer über den Zerfall der Autonomen zu beenden« (»Interim« Nr. 328; ebd., S. 145).

Die Beobachtung, es handele sich auch um ein Stück bürgerliche Jugendkultur in antibürgerlicher Absicht, wie einst der »Wandervogel«, der 1901 an einem Steglitzer Gymnasium entstand, muß nicht unbedingt als hämisch verstanden werden. So wie der Kapitalismus immer wieder seine Nachteile produziert, erzeugt er auch stets neue Dissidenz im Nachwuchs der von ihm begünstigten Klassen und Schichten. Dies geschieht besonders dann, wenn die rüstigen Alten an den Strukturen festhalten, welche ihnen nützen, immer größere Teile der Jungen aber ausschließen. Das wirkt natürlich noch viel schlimmer außerhalb der Bourgeoisie. Dort reagiert man teilweise anders. Zuzug ohne gymnasialen Hintergrund haben die Autonomen immer wieder einmal gehabt, auch wenn sie mit der von Karl-Heinz Roth entdeckten »neuen Proletarität« mehrheitlich nichts anfangen können.

Die Siebzehnjährigen, die sich ihnen heute anschließen, treffen häufig auf Vierzigjährige, für welche sich die Welt in den vergangenen Jahren so schnell gedreht hat, daß sie nicht mehr mitkommen. Aber einiges läßt sich schon weitergeben -

darunter die herrliche Parole von der freien Entwicklung eines (und einer) jeden als Bedingung für die freie Entwicklung aller.

Gewiß: Viele verlassen den bürgerlichen Pferch nie völlig. Die meisten werden nach einem Jahrzehnt wieder zurückkehren. Aber eben nicht alle. Daß die Autonomen in höherem Maße eine Fließ- als eine Bestandsgröße sind, ist gut und nicht schlecht. Fortschrittliche Eltern sähen ihre Kinder lieber in der Jungen Union. Da könnten diese sich wenigstens noch nach links entwickeln.

Literatur:

Autonomie-Kongreß der undogmatischen linken Bewegungen. Standpunkte - Provokationen - Thesen. Herausgegeben und remixed unter wissenschaftlicher Betreuung des Instituts für Elbvertiefung, Bewegungslehre und Politikberatung Hamburg, Berlin, New York, o.0. o.J., Vertrieb: Unrast Verlag, Münster.

Geronimo: *Feuer und Flamme. Zur Geschichte der Autonomen. 5.* Aufl., Berlin, Amsterdam, Edition ID-Archiv 1997.

Geronimo: *Glut und Asche. Reflexionen zur Politik der autonomen Bewegung.* Münster, Unrast Verlag 1997.

Thomas Schultze und Almut Gross: *Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der autonomen Bewegung.* Hamburg, Konkret Literatur Verlag 1997.

Konkret 04/98, S. 34

Jürgen Elsässer

Das große Fressen

Weltmarkt und globale Einflußzonen werden durch Mega-Fusionen und die Asien-Krise neu sortiert. Deutschland hat dabei die Nase vorn

Einen »Epochenwechsel in der Weltwirtschaft« notierte das »Handelsblatt« Ende vergangenen Jahres. »Früher wuchs die Produktion schneller als der Handel. Dann übernahm der Handel die Führungsrolle. Seit wenigen Jahren wachsen die Direktinvestitionen schneller als der Handel.« Linke mögen sich da an Lenin erinnern, der den Imperialismus unter anderem deswegen als besonderes (»höchstes«) Stadium des Kapitalismus definierte, weil der Kapitalexport den Warenexport überflügelt hatte. Was die heutige Situation von der Jahrhundertwende unterscheidet, ist wohl doch eher die Form des Kapitalexports. »Früher wurden Auslandsmärkte durch Investitionen auf der grünen Wiese ausgebaut. Heute nur über Fusionen oder den Erwerb von Beteiligungen«, stellte die Zeitung klar. Die Bilanz des Kapital-Organs liest sich wie eine Resolution der Komintern: »Über Grenzen und Kontinente hinweg - das große Fressen geht weiter. Damit wird weltweit das Eigentum am Produktionsvermögen umgekrempelt wie nie zuvor.«

Der Wert der weltweiten Übernahmen und Zusammenschlüsse lag 1997 bei 1.300 Milliarden US-Dollar - diese historische Rekordsumme übertrifft zum Beispiel die gesamte jährliche Wirtschaftsleistung Italiens. Um zwei Drittel niedriger lag der addierte Wert der konventionellen Auslandsinvestitionen, also ohne Übernahme ganzer Unternehmungen - mit knapp 400 Milliarden US-Dollar war aber auch dies mehr als je zuvor.

Der weltweite Kapitalexport wird von den USA, Deutschland, Großbritannien, Japan, Frankreich und der Schweiz - in dieser Reihenfolge - dominiert. So werden, legt man einen Report der UNCTAD von 1996 zu Grunde, sechzig Prozent der Übernahmen und zwei Drittel der globalen Direktinvestitionen von Konzernen dieser fünf Länder getätigt. Das deutsche Kapital, dessen Auslandsbesitz nach dem der USA der zweitgrößte ist, hat sich auch die neue Art des Take over kompletter Firmen schnell zu eigen gemacht: Der Wert der getätigten Übernahmen hat sich von 1991 auf 1995 verdreifacht, mit 21,2 Milliarden Kaufsumme belegten die Deutschen damit schon vor drei Jahren den dritten Platz.

Die UNCTAD kommt zu dem Schluß, daß »100 transnationale Konzerne den größten Teil der internationalen Produktion« kontrollieren. Linksnationalisten wie die Subsistenz-Romantikerin Maria Mies sehen da bereits - etwa im Zusammenhang mit dem MAI-Abkommen, das schon bald die Auslandsinvestitionen in den OECD-Staaten vor profitschmälernden Regierungseingriffen schützen soll - die »politische Weltherrschaft der multinationalen Konzerne« und das »Ende des Nationalstaates« heraufziehen. Wenn es doch nur so wäre! In Deutschland zumindest kann man zwar durchaus von der Herrschaft transnationaler Konzerne sprechen - diese aber sind transnational nur hinsichtlich ihres Operationsgebietes, keineswegs hinsichtlich ihrer Besitzverhältnisse. Das Produktivvermögen in Deutschland ist hoch konzentriert, zwei Prozent der Haushalte besitzen 90 Prozent der Aktien und anderer Eigentumstitel. Ein ausländischer Interessent könnte Privatiers ohne besondere patriotische Bindung zwar mit lukrativen Angeboten ihre Aktien abkaufen und so eine »feindliche Übernahme« versuchen - doch die meisten Aktionäre lassen, eine Spezialität des deutschen Rechtssystems, ihr Aktienstimmrecht von den Großbanken treuhänderisch verwalten (»Depotstimmrecht«). Diese haben ausländische Offerten immer wieder abgeschmettert - Fusionen in Deutschland sind in aller Regel deutsche Fusionen.

So sorgte die Deutsche Bank in den siebziger Jahren dafür, daß die kuwaitischen Ölmilliardäre bei Daimler Benz nur eine Minderheitsbeteiligung kaufen konnten (im Klartext: Jene geben Kapital, ohne über dessen Verwendung entscheiden zu können). Als sich 1991 die Gerüchte über eine Übernahme der Dresdner Bank verdichteten, stockte die Allianz-Versicherung ihre direkte und indirekte Beteiligung an dem Bankriesen auf de facto über 50 Prozent auf - nichts ging mehr gegen ihren Willen. Deutsche und Dresdner Bank gemeinsam organisierten schließlich Anfang der neunziger Jahre einen Aktienpool zur Verteidigung des deutschen Reifenherstellers Continental gegen die Akquisition durch die italienische Firma Pirelli. Chancenlos war das Auslandskapital auch bei der Privatisierung der ehemaligen DDR-Wirtschaft: Via Treuhand rissen sich die BRD-Monopole alles unter den Nagel - mit Ausnahme des Chemie-Dreiecks Leuna/Bitterfeld, wo der französische Staatskonzern Elf-Aquitaine dank großzügiger Pflege der politischen Landschaft wenigstens punktuell ein Gegengewicht bilden konnte.

Wenn Wolf-Dieter Narr und Alexander Schubert *(Weltökonomie,* edition suhrkamp) also - zu Recht - von der »Transnationalisierung der Vermögen« sprechen, so betrifft das nur die Transnationalisierung von Geldvermögen, nicht von Produktivkapital. Narr und Schubert schreiben: »Die Besitzer von Geldkapital sind immer weniger an den besonderen Wirtschaftsentwicklungen in den einzelnen Ländern interessiert. Ihnen geht es um günstige Anlagemöglichkeiten ihres Geldes. Und das können an einem Tag US-Aktien oder Staatspapiere, am nächsten Tag Anleihen japanischer Unternehmen und kurz darauf Bankanlagen in Deutschland sein.« Das klappt, solange staatenloses Geldkapital Minderheitsbeteiligungen ohne Einfluß auf Unternehmensentscheidungen erwerben will - will es mehr, bricht sich seine Attacke an den Abwehranlagen der Nationalwirtschaften, die von den ökonomischen Staatsapparaten unter Führung der Großbanken

organisiert werden. Man sollte also die schätzungsweise 700 Milliarden US-Dollar Privatgelder, die als liquide Mittel in Off-shore-Finanzzentren für die weltweit günstigste Anlagemöglichkeit geparkt sind, nicht dämonisieren - denn sie stehen nicht unter einem einheitlichen Kommando, sondern sind in viele konkurrierende Fonds aufgesplittert. Diese müssen in der Schlacht um eine Unternehmensübernahme einem hochzentralisierten Finanzkoloß wie der Allianz-Versicherung unterliegen. Die Allianz nimmt jedes Jahr 100 Milliarden Mark an Prämien ein - mehr Fresh money als jedes andere Finanzinstitut in Europa - und hat allein 25 Milliarden Mark als »stille Reserven« gebunkert - Kapital, das schnell und punktgenau eingesetzt werden kann.

Das Beispiel Allianz-Versicherung demonstriert die Funktionsweise der ökonomischen Verteidigungsanlagen in Deutschland. Die Allianz hat die ihr anvertrauten Kundengelder vor allem in festverzinslichen Wertpapieren von Konzernen und Öffentlicher Hand angelegt (nach einer Untersuchung von 1996 waren das 174 Milliarden Mark, damals etwa die Hälfte des Allianz-Vermögens). Das bedeutet: Die Allianz ist einer der Hauptkrediteure des Staates - wenn die Bundesregierung zur Deckung von Budget-Defiziten wieder Staatsanleihen bzw. Schatzbriefe anbietet, kauft die Versicherung die Papierschnipsel gegen echte Deutschmark auf Der Anlagezwang der Allianz - mittlerweile müssen jeden Tag 150 Millionen Mark neu geparkt werden - und der Finanzhunger des defizitären Staates führen so zu einer immer stärkeren gegenseitigen Abhängigkeit. Dies wird ergänzt durch die wechselseitige Durchdringung mit dem Industriekapital: Allein die Allianz war 1994 an 20 der deutschen Top-100-Konzerne beteiligt.

Insgesamt stieg der gemeinsame Anteil der 100 Größten am Eigenkapital der 100 Größten - also der Anteil, zu dem die Konzerne miteinander verflochten sind - von 10,9 Prozent 1988 auf 13,8 Prozent 1992 (so die Aufstellung der staatlichen Monopolkommission von 1996). Die reale Verflechtung ist noch dichter, da die Banken über das erwähnte Depotstimmrecht auch die Kleinaktionäre auf den Hauptversammlungen der großen Aktiengesellschaften vertreten: Bei den wichtigsten 19 Konzernen halten die Banken einen Stimmrechtsanteil von 82,7 Prozent, die fünf Großbanken bringen es allein bereits auf 46,3 Prozent. Dies sind die letzten veröffentlichten Zahlen der staatlichen Monopolkommission von 1992 - doch seither sind die Bildung gemeinsamer Tochterunternehmen, die Fusionen und Übernahmen gerade unter den Großkonzernen beschleunigt weitergegangen. In den Jahren 1994/95 entfiel fast die Hälfte (44 Prozent) auf die Top-100, davon über die Hälfte auf die Top-25. (ISW-Report Nr. 32, »Macht und Herrschaft in der Marktwirtschaft«; sehr empfehlenswert! Bestellung via Fax 089/1689415.) Dieser staatsmonopolistische Komplex, das vertrustete Zentrum der »Deutschland AG«, kann von ausländischen Konzernen kaum geknackt werden - ein unschätzbarer Vorteil im weltweiten Konkurrenzkampf.

Daß diese Verflechtung kein spontaner ökonomischer Prozeß, sondern auch strategisch gewollt war, zeigt das Beispiel der Deutschen Bank, neben der Allianz-Versicherung das zweite Flaggschiff des deutschen Finanzkapitals. Für die sind multinationale Manöver nämlich bereits alt-bundesrepublikanische Vergangenheit, spätestens seit der Wiedervereinigung agiert sie wieder national-imperialistisch wie vor 1945. »Da es erklärte Absicht der Bank ist, eine eigenständige europäische Position einzunehmen, scheidet der Kooperationsansatz, der zudem zu Reibungs- und Zeitverlusten bei der Entscheidungsfindung sowie zu Abhängigkeiten führt, grundsätzlich aus«, heißt es dazu im von Hilmar Kopper autorisierten Geschichtswerk *Die Deutsche Bank 1870* - 1995 (C. H. Beck Verlag). Daher sind für die Bank - so die Autoren mit Verweis auf eine Kopper-Weisung vom Februar 1990 - »Minderheitsbeteiligungen im internationalen Bereich nur noch dann strategisch sinnvoll, wenn sie als notwendige Vorstufe zur geplanten Mehrheitsbeteiligung bzw. Fusion eingegangen werden - eine klar definierte, seitdem deutlich verfolgte Linie«.

Die supranationale Phase der Bank umfaßte im wesentlichen nur den Zeitraum 1967 bis 1976: Damals wurden mit westeuropäischen Partnern die »European American Banking Corporation« (EAB) und die »European Banks' International Company« (EBIC) gegründet, die weltweite Geschäfte tätigten. Doch schon 1976 beschlossen die Deutschen die Rückkehr zum »Going alone«, erkennbar am Aufbau eines eigenen Filialnetzes in den USA. Kaltschnäuzig wird heute zugegeben, daß eine »wesentliche Ursache für die Errichtung des EBIC ihr Charakter als Gegenoffensive zum Vordringen amerikanischer Banken« gewesen war. Auch nach der Kurswende von 1976 wurden die EBIC/EAB-Anteile zunächst gehalten und erst Ende der achtziger Jahre abgestoßen. »Der Grund für das lange Festhalten der Deutschen Bank an der EAB gründet in deren damaliger Geschäftsstruktur: Im Portefeuille befindet sich eine Vielzahl von Problemkrediten insbesondere an südamerikanische Schuldner.« Dadurch wurde, so die Bank-Geschichtsschreiber weiter, »der in der Bankbilanz offenzulegende Wertberichtigungsbedarf reduziert«.

Das »Going alone« zahlte sich für die Deutschbanker aus: Das Geldinstitut, 1990 hinter drei französischen Banken erst auf Rang vier der europäischen Hitliste, ist heute der Branchenführer des Kontinents. Die beschlossene Fusion der zwei führenden eidgenössischen Banken zur »United Bank of Switzerland« (UBS) wird die Deutschen zwar die Spitzenposition kosten, wenn man die Bilanzsumme als Vergleichsmaßstab nimmt (UBS-Banken: 1,15 Billionen Mark 1996; Deutsche Bank: 1,1 Billionen Mark 1997). Doch die Struktur des Geschäfts ist unterschiedlich: Die Schweizer machen den Umsatz vor allem im Inland, dem Ziel von Flucht- und Schwarzgeldern aus der ganzen Welt, während die Deutsche Bank seit Anfang der neunziger Jahre mehr Gewinn im Ausland macht. Auch das ändert freilich nichts daran, daß die Deutsche Bank ihren Namen ernst nimmt. Globalisierung, so der damalige Vorstandschef Herrhausen richtungsweisend 1988, bedeute die

Entwicklung »von einem deutschen Institut mit internationalem Geschäft zum multinationalen Institut mit deutscher Heimatbasis«.

Die Verteilung des deutschen Kapitalexports verweist auf die Profilierung - nicht: Durchdringung - imperialistischer Blöcke: USA contra Deutschland plus EU, wobei Rußland am deutschen Rockzipfel hängt. In Zahlen: 1987 betrug der Bestand deutscher Direktinvestitionen 141 Milliarden Mark, 1995 waren es 330 Milliarden Mark. Davon waren 1987 40,4 Prozent in EG/EU-Ländern angelegt, 28,4 Prozent in den USA. 1995 waren es schon 51 Prozent in EU-Ländern, nur noch 21,1 Prozent in den USA. »Deutsche Firmen auf Einkaufstour in Europa«, titelte die »Süddeutsche Zeitung« im Sommer 1996. In der Tat war, nachdem Anfang der neunziger Jahre die Investitionsströme kurzzeitig in die neuen Bundesländer geflossen waren, 1995 und 1996 die Zahl der Übernahmen von ausländischen Firmen durch deutsche Konkurrenten um jeweils etwa 25 Prozent gestiegen.

In Osteuropa haben die Deutschen ihre Claims ebenfalls abgesteckt - dort wird allerdings kaum investiert, sondern Abhängigkeit über Kredite geschaffen. Deutschland ist der mit Abstand größte Gläubiger der postsozialistischen Staatenwelt. Mitte 1995 beliefen sich die deutschen Forderungen an ehemalige RgW-Länder auf 104,5 Milliarden Mark, größter deutscher Schuldner ist Rußland mit 62,4 Milliarden Mark. Der deutschen Ost-Offensive stehen die Anstrengungen der US-Multis zur weltweiten Monopolisierung der Rohstoff- und Energiereserven gegenüber, vor allem ihre diesbezüglichen Erfolge in Schwarzafrika und Mittelasien (vgl. KONKRET 8/97).

Völlig unerwartet war allerdings, daß die Deutschen auch in Südostasien die Amerikaner ausstechen würden. Doch in den letzten drei Jahren haben deutsche Banken so viel Geld in die »Tigerstaaten« gepumpt, daß selbst die Kredite nach Osteuropa noch übertrumpft wurden: Bis Ende 1996 betrug die Kreditsumme 114 Milliarden Dollar - beinahe das Dreifache der von US-Banken geliehenen Gelder (44 Milliarden) und nur noch übertroffen von den Japanern (243 Milliarden). Spitzenreiter war auch hier wieder die Deutsche Bank, die an die »Tigerstaaten« 10 Milliarden, an japanische Kunden weitere 15 Milliarden Mark geborgt hat.

Nun könnte man aus dem südostasiatischen Zusammenbruch die Hoffnung schöpfen, daß diese Kredite nicht mehr bedient werden können, was den Global Players in deutschen Chefetagen etwas Zurückhaltung auferlegen würde. Diese - aus antikapitalistischer Sicht - optimistische Kalkulation geht davon aus, daß bei der Schuldenkrise Lateinamerikas in den achtziger Jahren die deutschen Banken 60 Prozent ihrer Ausleihungen abschreiben mußten, was direkt oder indirekt den Staatshaushalt belastete. Doch damals ging es nur um 20 Milliarden Mark, in Südostasien hingegegen summieren sich die deutschen Problemkredite zum zehnfachen Betrag - Abschreibungen in Höhe von 60 Prozent gleich 120 Milliarden Mark brächten für Waigel wohl endgültig den Bankrott.

Doch diese Entwicklung ist alles andere als ausgemacht, denn der IWF bemüht sich sehr engagiert um eine Begrenzung der Krise - mit einer Rekordsumme von 100 Milliarden Dollar wurden größere Zahlungsausfälle verhindert, und mit der Umschuldung hat man bereits begonnen. Der IWF rettet durch diese Mittel nicht vorrangig US-Kredite, wie das bei der Lateinamerika-Krise und der Mexiko-Krise (1995) der Fall war, sondern springt vor allem für die deutschen und japanischen Banken in die Bresche. Das ist paradox, denn der IWF ist eigentlich traditionell ein Instrument der US-Politik. Doch bleibt ihm gar nichts anderes übrig, als sich für die Interessen der US-Konkurrenten einzusetzen. Scheiterte nämlich aufgrund seiner Zurückhaltung die Umschuldung der Tigerstaaten und griffe in der Folge die Krise dann auf Japan als den Haupt-Gläubiger Südostasiens über, wäre die US-Nationalökonomie noch ernsthafter in Gefahr: Zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen im Heimatland müßten die Japaner dann ihre US-Staatspapiere verkaufen. Nur dank dieser schätzungsweise 300 Milliarden US-Dollar japanischer Guthaben in den USA gelingt es aber der Clinton-Regierung, den eigenen Staatsbankrott - die USA sind das höchstverschuldete Land der Welt - zu kaschieren.

Solange der IWF-Katastrophenschutz funktioniert, ist das wahrscheinlichste Szenario also nicht das Übergreifen der Krise auf Amerika oder Deutschland, sondern, im Gegenteil, daß amerikanische und deutsche Kapitalriesen die Krise nutzen, um ihre Weltmarktanteile auszubauen - insbesondere, um den Konkurrenten Japan auszuknocken. Denn die japanischen Banken sind zwar die größten der Welt, doch es sind Kolosse auf tönernen Füßen: Zum Jahreswechsel 97/98 mußten sie selbst einräumen, die Summe ihrer faulen Kredite bisher um zwei Drittel zu niedrig angesetzt zu haben - tatsächlich seien es umgerechnet eine Billion Mark, die Außenstände aus den Tigerstaaten noch gar nicht mitgerechnet. »In dieser Situation wäre es ganz besonders konstruktiv, wenn solvente globale Player aus den USA und Europa Teile des japanischen Marktes übernähmen, die durch die Insolvenz japanischer Institute verfügbar werden«, hatte Deutsche-Bank-Chefökonom Norbert Walter bereits im Dezember empfohlen. Stichtag hierfür ist der 1. April, der Tag, an dem Japan sein Bankensystem für ausländische Beteiligungen öffnet.

Robert Kurz konstatiert seit längerem einen globalen Überhang an »fiktivem Kapital«, das nicht durch reale Wertschöpfung gedeckt sei - eine korrekte Analyse. Die Differenz beginnt, wenn er daraus einen »globalen Entwertungsknall, sozusagen eine monetäre Atombombenexplosion« prognostiziert (»Krisis« Nr. 16/17). Der jetzt immer schneller ablaufende Zyklus von »Fressen und Gefressenwerden« verweist nämlich auf einen anderen Krisenverlauf. Um es im kleinen zu demonstrieren: Im November 1997 kaufte die US-Telefongesellschaft Worldcom für 37 Milliarden Dollar den

Konkurrenten MCI - bis dahin die größte Fusion der Unternehmensgeschichte. Die Kaufsumme wurde größtenteils nicht mit Geld bezahlt, sondern mit Aktien. Das heißt: Der spekulativ überhöhte, nur in der Hoffnung auf zukünftigen Geschäftsgewinn zu rechtfertigende Kurswert der Worldcom-Aktien generierte ohne Einsatz von Arbeitskraft zusätzlichen Wert. So wurde aus fiktivem Kapital konstantes Kapital - eine veritable Luftbuchung, eine dreiste Münchhausiade -, aber eine, die geglaubt und damit wahr wurde.

Das Firmen-Beispiel auf die innerimperialistische Konkurrenz übertragen: Könnten die USA mit ihren Staatsschulden nicht wesentlich komfortabler leben, wenn die Banken, die diese Schuldtitel halten, von japanischen in US-Besitz übergingen? Wenn die USA also mit ihrem »fiktiven Kapital«, bestehend aus wertmäßig bei weitem nicht gedeckten Dollars, auf Raubzug in Japan gingen? Die Japaner könnten sich nach dem 1. April kaum noch dagegen wehren - es sei denn, sie bemühten sich, vom Hauptkonkurrenten Amerikas Beteiligungsangebote zu bekommen, die ihnen mehr Einfluß lassen.

In keinem dieser Fälle wäre die Krise gelöst. Sie würde sich aber auch nicht in einem »finalen GAU der Weltfinanzmärkte« (Kurz) entladen - sondern die jeweils schwächsten beteiligten Nationalökonomien würden den Entwertungsschock des fiktiven Kapitals auf sich ziehen: Wenn deutsche und amerikanische Banken die marode Nippon-AG aufkaufen, wird der Yen nur noch soviel wert sein wie heute die indonesische Rupiah. Wie lange sich die Niederkonkurrierten den Spielregeln des Weltmarktes unterwerfen, ohne mit außerökonomischen Mitteln zurückzuschlagen, bleibt angesichts der amerikanischen Militärdominanz bloße Spekulation. Die Deutschen haben nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 nicht lange gebraucht, um blitzkriegsfähig aufzurüsten. Die Asiaten hingegen, so will es der hiesige Volksmund, sind höflich und geduldig.

Konkret 04/98, S. 36

Peter Hacks

Jetztzeit

AUF EINEN BRONZENEN GARTENGOTT VON SALOW

Priapos steht ohne Hosen
Zwischen Buchs und Hochstammrosen.
Seine Beine eine Stele,
Daß das Ornament nicht fehle.
Aber dann aus feisten Hoden
Überragt den Gartenboden
Unermüdlich seine Rute.
Damit segnet uns der Gute.

Unserm Gärtner, dem obläge,
Der Figur zum Zweck der Pflege
Ihre Wölbungen und Höhlen
Mit dem Lappen einzuölen,
Wirds, wenn er zur Mitte reinlich
Sorgend vordringt, immer peinlich.
In ihm schwillts zum Haß, zum fixen,
Einem Mann den Schwanz zu wichsen.

Und er hat sein Weib gebeten,
Ihn beim Wichsen zu vertreten.
Die, unangefochten fröhlich,
Reibt dem Gott die Eichel ölig.
Abends liegt sie noch wie schwebend,
Das Begebnis nacherlebend,
Leise zieht durch ihr Gemüt
Die Kontur von seinem Glied.

Konkret 04/98, S. 38

Robert Kurz

Götterschlacht am Währungshimmel

Kommt es zur Weltmacht-Konkurrenz zwischen Euro und Dollar?

Trotz Krisen- und Globalisierungsdebatte denkt die Welt immer noch in den Kategorien des bürgerlichen Politizismus, als wäre die Entwicklung der Ereignisse in erster Linie ein Resultat staatlicher Strategien. In diesem Sinne wird der Euro doppelt gedeutet: einmal als der politische Preis, den die BRD in Gestalt eines Verzichts auf den innereuropäischen DM-Imperialismus für die Zustimmung der EU-Mitglieder zur deutschen Vereinigung habe zahlen müssen - dann wäre der Euro aus der Sicht linker Polit-Aktivisten »gut«, weil gegen deutsche Machtgelüste gerichtet; zum andern aber als der Versuch, den Dollar vom Thron des Weltgeldes zu stoßen und im Kampf der »Triade« (USA, Japan/Südostasien, EU) um die Weltmacht eine strategische Offensive zu beginnen - dann müßte der Euro in den Augen derselben Linken »schlecht« sein, weil er indirekt deutsche Weltmachtträume begünstigt.

Wahrscheinlich sind beide Momente tatsächlich präsent. Aber ihre Widersprüchlichkeit verweist schon darauf, daß das Projekt des Euro nicht in politischen Strategiespielen aufgeht. Die Motive für diese wie für andere spektakuläre Maßnahmen (z. B. die teuren Rettungsaktionen des IWF in Asien und Lateinamerika) werden in letzter Instanz durch die innere Schranke des warenproduzierenden Systems und die strukturelle Überakkumulation des Weltkapitals bestimmt. Vor diesem Hintergrund hat die politische Regulation längst ihre strategische Potenz verloren und zu prekären Reaktionen auf unbeherrschbare ökonomische Prozesse geführt. Wie es sich bei der Globalisierung (oder besser: Transnationalisierung) des Kapitals um eine betriebswirtschaftliche Flucht nach vom vor der Krise der Realakkumulation handelt, so bei dem Großexperiment des Euro um eine Flucht nach vorn vor der Krise des Geldes und des Weltwährungssystems.

Der Konkurrenzdruck auf dem erschöpften Weltmarkt, der Verfall binnenökonomischer Kaufkraft durch die stetig steigende strukturelle Massenarbeitslosigkeit, der Rückgang des Steueraufkommens, die Kapitalvernichtung und Kapitalkonzentration zwingen die Konzerne zur transnationalen Diversifizierung und die Staaten in die Abhängigkeit von transnationalen Finanzmärkten. Aber diesem Prozeß der Globalisierung sind Grenzen gesetzt durch das Wechselkursrisiko, durch sogenannte politische Instabilitäten und durch drohende ökonomische Einbrüche außerhalb des eigenen Einflußbereichs, siehe Asienkrise. Deshalb scheint es nahezuliegen, in einem Raum »relativer Beherrschbarkeit« wenigstens eine dieser Grenzen zu beseitigen, nämlich die innereuropäischen Währungsschranken. Die BRD konnte dabei um so leichter auf ihren alten DM-Imperialismus verzichten, als die angeblich starke Mark sowieso durch die kapitalistisch unproduktive Billionenlast der (auf unabsehbare Zeit weiterlaufenden) Vereinigungskosten innerlich längst hohl geworden ist und auf den Finanzmärkten nur noch vom Glanz vergangener Tage zehrt.

Wenn aber schon einmal der von der Krise getriebene und hochriskante Ausbruchsversuch aus der Finanz- und Währungsfalle gewagt wird, dann mag auch der Gedanke aufkommen, mit dem Euro für den Fall des Gelingens in einem Aufwasch auch gleich die Vormachtstellung der USA weltökonomisch und finanzpolitisch in Frage zu stellen. Natürlich ist es für den europäischen ebenso wie für den asiatischen Kapitalismus seit langem ein Ärgernis, daß der US-Konkurrent trotz des relativen Rückgangs seiner kapitalproduktiven Basis mit dem Dollar weiterhin die Weltmärkte und das globale Finanzsystem beherrscht. Diese währungspolitische Vormachtstellung mußte zähneknirschend hingenommen werden, weil der Welthandel ohne eine Leitwährung als Weltgeld sofort zusammenbrechen müßte: Eine Verrechnung von mehr als hundert in ihren Wechselkursen wild schwankenden Währungen wäre ohne eine Drittwährung als dem global gültigen Maßstab gar nicht möglich; und nach dem Ende des Goldstandards hatte nun einmal der Dollar diese Funktion weitgehend übernommen.

Würde jetzt der Euro dem Dollar als Welthandels- und Reservewährung ernsthaft Konkurrenz machen, so wäre es wohl mit der weltökonomischen Selbstherrlichkeit der USA schnell vorbei. Die Europäer könnten sich dann, so vielleicht die klammheimliche spekulative Hoffnung, ebenso wie die USA in ihrem eigenen Geld auf den Weltfinanzmärkten verschulden; bis zu einer Billion Dollar (so die ersten Hochrechnungen) würden womöglich kurzfristig in den Euro umgeschichtet. Das könnte die Krise in Europa zu Lasten der USA lindern und die »einzige Weltmacht« an die Kandare eines ökonomischen, politischen und militärischen Mitspracherechts der Europäer nehmen. Befürchtungen dieser Art werden inzwischen in Washington ganz offen geäußert. Realistisch sind sie freilich nicht. Denn viel wahrscheinlicher ist, daß die europäische Flucht nach vom mit einem Fiasko endet, das freilich auch die USA mit in eine neue Großkrise reißen kann.

Ironischerweise ist es gerade der unproduktive Manunut-Militärapparat, der die Grundlage für die Weltpolizeimacht und für die Leitwährungsfunktion des Dollar bildet. Hinter dem Euro dagegen steht nicht nur keine auch nur annähernd vergleichbare Militärmacht, sondern noch nicht einmal eine nach innen (geschweige denn nach außen) handlungsfähige staatlich-politische Einheit. Schon deshalb wird es keine entscheidenden Umschichtungen aus dem Dollar in den Euro geben (notfalls können die USA dies sogar durch prophylaktische Drohungen verhindern). Gleichzeitig wird aber der Euro

innerhalb des EU-Raums seine erhoffte Beihilfe zur Transnationalisierung des europäischen Kapitals (auch als Sprungbrett für den Kampf um Anteile am Weltmarkt) nur erfüllen, indem ganze Regionen innerhalb der bisherigen nationalökonomischen Währungsräume abgekoppelt werden und die soziale Degradation sich drastisch beschleunigt. Die weiterhin nationalstaatlichen Regierungen müssen dann entweder unter gegenseitigen Beschuldigungen in einen Wettlauf zur Inflationierung des Euro treten oder eine soziale und politische Zerreißprobe in Kauf nehmen. So oder so kann das Resultat nur die Flucht aus dem Euro sein, und zwar in den Ausmaßen einer Stampede.

Damit freilich ist auch den USA nicht gedient, denn ein Zusammenbruch des Euro muß das globale Finanz- und Währungssystem derart erschüttern, daß auch die Weltmacht mit in den Strudel gerissen wird. Auf der anderen Seite des Pazifik droht aber gleichzeitig immer noch die Asienkrise das Ende des überreizten pazifischen Defizitkreislaufs herbeizuführen und die Dollar-Simulation der hochverschuldeten US-Prosperität abstürzen zu lassen. Das heißt aber nur, daß die manipulierte Weltwirtschaft nun von zwei Seiten her in die Zange genommen wird. Die USA müssen gleichzeitig wünschen, daß der Euro funktioniert und daß er nicht funktioniert.

Dieser Widerspruch zeigt, daß politisch-strategische Manöver wie die Zangengeburt des Euro die basale schwelende Krise nicht überwinden, sondern nur auf eine höhere Stufe heben können. Was auf diese Weise näher rückt, ist die Alternative von Vernichtung des fiktiven globalen Geldkapitals mit nachfolgender Weltdeflation einerseits oder Inflationierung der westlichen Währungen andererseits. Denn die stets nur relativen Kräfteverhältnisse der Währungen (weil ohne Rückbindung an eine objektive Substanz wie früher das Gold) beziehen sich gemeinsam auf einen vor sich hin schrumpfenden realökonomischen Funktionsraum. Währungspolitische Weltmachtspiele werden dabei zunehmend lächerlich - auch in der Weltliga spielt nur noch Not gegen Elend.

Konkret 04/98, S. 39

Oliver Geden

Konstruktive Rolle

»Agenda 21« und »Nachhaltige Entwicklung«: zwei Schlagworte, mit denen sich die vollständige Befriedung des umwelt- und entwicklungspolitischen Widerstands verbindet

»Insbesondere muß es der Hansestadt gelingen, die heute von allen Seiten umworbenen (und entsprechend zeitlich stark belasteten) Wirtschaftsführer zur Mitarbeit zu gewinnen. Der Zucker für sie könnte die Erschließung von Technologien der Effizienzrevolution sowie die Verbesserung der Stimmung für wirksames Sparen sein.« Dieses Zitat entstammt keineswegs dem »Handelsblatt«, sondern einem Buch aus dem Konkret Literatur Verlag. Es ist Teil eines Vorworts von Ernst Ulrich von Weizsäcker, das einen 1996 erschienenen Sammelband zum Thema *Hamburg und die Agenda 21* einleitet. Von Weizsäcker, seines Zeichens Präsident des renommierten Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt, Energie, versucht in seinem Beitrag, der Wirtschaft den Umweltschutzgedanken schmackhaft zu machen. Er plädiert für eine »wirtschaftsfreundlich gestaltete« ökologische Steuerreform und warnt eindringlich, daß Schwellenländer wie Südkorea mit der von ihnen mittlerweile entwickelten Ökotechnologie »nicht zögern werden, den chinesischen und indischen Markt vor uns zu bedienen«. Was aber bewegt einen linken Verlag dazu, sich um das Wohlergehen des Kapitals, um eine bessere »Stimmung für wirksames Sparen« zu sorgen? Die Antwort lautet: Agenda 2 1.

Innerhalb der Restbestände der Neuen Sozialen Bewegungen ist »Agenda 2 1 « das große Zauberwort der neunziger Jahre, gleichauf mit »Nachhaltige Entwicklung«. Kaum ein Umweltverband, kaum eine Soli-Gruppe, die in der Agenda 21 noch nicht den Schlüssel zur baldigen Lösung der wesentlichen Menschheitsfragen sieht - und kaum eine Regierung, kaum ein Großkonzern, dem es nicht ähnlich geht. Kaum eine Großstadt in Deutschland, in der noch nicht alle diese Fraktionen an einem (selbstverständlich runden) Tisch sitzen, um die lokale Umsetzung der Agenda 21 »konsensual« zu erarbeiten. Fast die gesamte kommunale Arbeit der Umweltverbände firmiert mittlerweile unter dem Label »Lokale Agenda«, im Berliner Landesverband von Bündnis 90/ Die Grünen gibt es gar Bestrebungen, das komplette Programm zur Abgeordnetenhauswahl 1999 an der Agenda auszurichten.

Daß der Konkret Literatur Verlag mittlerweile schon sein zweites Buch zu diesem Thema verlegt hat und daß die am Agenda-Prozeß beteiligten Gruppen mit den bisherigen Ergebnissen unzufrieden sind, ist dabei nur vordergründig Ausdruck einer berechtigten basisbewegten Unzufriedenheit mit der Unbeweglichkeit der Herrschenden in Umweltfragen. Es spiegelt eher die Anpassungsschwierigkeiten einstmals linker Gruppen an ein Memorandum wider, das von vornherein auf Entpolitisierung und Befriedung von Widerstand angelegt war.

Die Agenda 21 wurde 1992 bei der UNCED-Konferenz in Rio von über 170 Staaten unterzeichnet. In der deutschen Fassung umfaßt das Dokument knapp 300 Seiten, aufgegliedert in 40 Kapitel. Auf den ersten Blick wirkt dieses »Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert« wie das gängige Sammelsurium umwelt- und entwicklungspolitischer Kernforderungen, gespickt mit den in internationalen Dokumenten üblichen nichtssagenden Verlautbarungen: »Die Staaten sollen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit einschlägigen internationalen Organisationen ... im Rahmen des Londoner Dumping-Übereinkommens ... darauf hinwirken, daß die Bemühungen um die Beendigung der Untersuchungen über einen Ersatz des derzeitigen freiwilligen Moratoriums über die Einbringung schwachradioaktiver Abfälle ins Meer durch ein Verbot unter Berücksichtigung des Vorsorgegrundsatzes beschleunigt werden, damit eine gut informierte und baldige Entscheidung in dieser Frage getroffen werden kann. «

Bei näherer Betrachtung wird deutlich, daß die kapitalistische Weise des Produzierens an keiner Stelle auch nur ansatzweise in Frage gestellt wird. Nicht, daß dies heutzutage noch zwingend notwendig wäre, um sich der Unterstützung von umwelt- und entwicklungspolitischen Verbänden zu versichern. Es muß aber doch erstaunen, wie weit ein von den Nichtregierungsorganisationen (NROs) hochgelobtes Aktionsprogramm hinter den inhaltlichen Standards etwa der Umweltbewegung zurückbleibt. So wird im Kapitel »Umweltfreundliche Nutzung der Biotechnologie« die Gentechnologie als Mittel präsentiert, den Welthunger ebenso wie die globale Umweltzerstörung zu bekämpfen. Auch die »nachhaltige« Ausbeutung der genetischen Ressourcen der Entwicklungsländer durch die Industrienationen wird hier offen propagiert. Von grundsätzlicher Kritik an der Gentechnik findet sich in der gesamten Agenda 21 kein einziges Wort. Nicht anders bei der Atomtechnik. Im entsprechenden Abschnitt wird nicht nur ein - wie wir wissen: unmöglicher - »sicherer und umweltverträglicher Umgang mit radioaktiven Abfällen« versprochen, selbst die Konditionierung von Kernbrennstoffen wird hier zur »nachhaltigen« Technologie gekürt. Die Attraktivität der Agenda für die NROs läßt sich demnach kaum aus den spezifisch umwelt- und entwicklungspolitischen Vorstellungen des Dokuments herleiten. Entscheidend sind vielmehr die materiellen und ideellen Rahmenbedingungen, die der Agenda-Prozeß den NROs bietet.

Im Vorfeld des »Erdgipfels« in Rio waren die NROs erstmals offiziell in den Diskussionsprozeß einer großen UN-Konferenz eingebunden worden. Dies verschaffte ihnen öffentliche Aufmerksamkeit, zusätzliche staatliche Fördermittel und die Illusion, als wichtige Verhandlungspartner international ernst genommen zu werden. Gleichzeitig paßten sie sich

den Gepflogenheiten der Diplomatie und des Lobbyings an. Um ihren neugewonnenen Status nicht aufs Spiel zu setzen, verzichteten sie fürderhin auf konfrontative Aktionen, jetteten statt dessen lieber von Konferenz zu Konferenz.

Für die NROs stehen deshalb im Agenda-Prozeß einige kleine Kapitel im Vordergrund, die die stärkere Einbindung ihrer eigenen Organisationen sowie größerer Teile der Bevölkerung behandeln, als deren legitime Vertreter sich wiederum die NROs begreifen. In Kapitel 27 werden die NROs in den Status von »Mitwirkenden« gehoben, denn »ihre Glaubwürdigkeit ist durch die verantwortliche und konstruktive Rolle begründet, die sie in der Gesellschaft spielen«. In Kapitel 28, dem kleinsten des gesamten Agenda-Papiers, wird den Kommunen ihre Bestimmung zugeschrieben: »Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine >kommunale Agenda 21< beschließen.« Auf Kapitel 28 bezieht sich der Großteil der Agenda-Arbeit von Verbänden und Basisgruppen. In der Erarbeitung von »lokalen Agenden« sehen sie die Chance, Politik und Wirtschaft zum Umsteuern zu bewegen.

Allerdings haben sie vergessen, das »Kleingedruckte« zu lesen. Anstatt sich lauthals darüber zu beschweren, daß die Herrschenden ihre Macht nicht teilen wollen, hätten sie einmal Kapitel 30 überfliegen sollen, überschrieben mit »Stärkung der Rolle der Privatwirtschaft«. Sollen Bürger lediglich »konsultiert« werden, wird den NROs noch »Mitwirkung« zugestanden, so wird den transnationalen Konzernen hier der Status von »gleichberechtigten Partnern« der Politik auch offiziell zuerkannt.

Im zweiten Band zur Hamburger Agenda konkretisiert der Mitherausgeber Jochen Menzel, ehemaliger Bundesvorsitzender von Terre des hommes, wie sich die unterwürfige Haltung der NROs auf den Verhandlungsgegenstand der Lokalen Agenda auswirkt: »Die Projekte sollten Bereiche betreffen, in denen Hamburg bzw. Hamburger BürgerInnen Entscheidungen fällen, etwas beeinflussen können, in denen sie Verantwortung - auch für Unterlassungen - tragen. Eine lokale Agenda, die die Welthandelsbedingungen oder Vorgaben des Bundesgesetzgebers (z. B. im Ausländerrecht) beklagt, verfehlt ihr Ziel.« Mit einem derart eingeschränkten Programm wird der Agenda-Prozeß kaum über die Modernisierung der bestehenden Verhältnisse hinauskommen. Mehr wollen aber auch die NROs nicht, wie Menzel an anderer Stelle ausführt: »Es bedarf eines verbindlichen politischen Rahmens, der kapitalistisches Wirtschaften weltweit am Maßstab der ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit ausrichtet. ... Der Glaube daran, daß diese Forderung erfüllbar ist, mag visionär oder naiv sein - es gibt keine Alternative.«

Was Menzel hier als so alternativlos preist, sind die Verheißungen der Konzeption einer »nachhaltigen Entwicklung«, die den theoretischen Rahmen für den Agenda-Prozeß bildet. Seit Ende der achtziger Jahre ist Nachhaltigkeit bzw. Sustainable Development das unumstößliche Leitbild des internationalen Diskurses über Umwelt und Entwicklung. Diese Leitbildfunktion verdankt Sustainability vor allem ihrem Charakter, weniger als fest umrissenes Konzept vorzuliegen, sondern vielmehr als relativ unbestimmter Orientierungsrahmen. Der Sustainability-Diskurs erlaubt es auf Basis der erstmaligen Definition von Sustainable Developement im »Brundtland-Bericht« 1987 (»Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können«) einer großen Zahl politischer Akteure, ihre jeweiligen Ansätze unter dem Label »Nachhaltigkeit« zu präsentieren, seien es nun internationale Institutionen wie die Weltbank, seien es transnationale Konzerne wie Hoechst, seien es große NROs wie der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) oder gar lokale Basisgruppen aus dem umwelt- bzw. entwicklungspolitischen Spektrum.

Zwar ist der Nachhaltigkeits-Diskurs in der Phantasie der NROs dadurch gekennzeichnet, daß die »alten« Forderungen der Neuen Sozialen Bewegungen in »neuer« Form mit Regierungen und Konzernen gemeinsam umgesetzt werden können, die Realität aber sieht anders aus. Auch hier ist, nicht anders als in den Agenda-Prozessen, festzustellen, daß die Postulierung vermeintlicher Gemeinsamkeiten im wesentlichen dazu dient, die Programme der NROs weiter zu verwässern.

Die im deutsprachigen Raum bedeutendste Konkretisierung von Nachhaltigkeit ist die vom Wuppertal-Institut (WI) produzierte, von BUND und Misereor herausgegebene Studie *Zukunftsfähiges Deutschland.* In der Studie ist »Kapitalismus« ein absolutes Tabuwort. Kritisiert wird lediglich »unser« Wirtschaftssystem, an dem »wir alle« gleichermaßen beteiligt zu sein scheinen. Dieser Ansatz erlaubt es der Studie, sämtlichen Ressourcenverbrauch »menschlichen Bedarfsfeldern« zuzuordnen, weil »Wirtschaft« in der Sicht des WI nur dazu dient, quasi gemeinnützig »unsere« Bedürfnisse zu befriedigen. Dies führt in der Logik der Studie dazu, daß die Interessen von Staat und Kapital aus dem Blickfeld geraten, etwa wenn Deutschlands Export von Rüstungsgütern auf der Ressourcenseite den »Konsumenten« im Trikont zugeschlagen und damit »unsere« Umweltbilanz verbessert wird.

In der Vorabfassung der Studie sah das WI noch explizit eine »Ökologieführerschaft« für die Industriestaaten vor, auch in der Endfassung soll diesen der Schritt zur nachhaltigen Wirtschaftsweise damit schmackhaft gemacht werden, daß sie ihre beherrschende Stellung auf dem Weltmarkt behaupten könnten. Im übrigen soll ein Schuldenerlaß nur unter ökologischen Auflagen erfolgen, schließlich seien die Trikontstaaten weitgehend selbst an ihrer Misere schuld. Das binnenökonomische Ziel des WI besteht darin, einen formellen Bereich zu schaffen, der einen weltmarktfähigen »Hochlohnsektor« mit einem »Niedriglohnsektor« verkoppelt, der soziale und ökologische Arbeit umfaßt und zudem um den informellen Bereich von

Eigenarbeit und familiärer Reproduktion ergänzt wird. Mit diesem Modell würde die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung weiter verfestigt werden. Das »männliche« Leitbild läge fortan in der Entwicklung umwelttechnischer Innovationen, das »weibliche« Leitbild im häuslichen Sparen. Also: »Effizienzrevolution« für die Männer, »Suffizienzrevolution« für die Frauen. Die Vorstellung des WI, alle Personen würden im Laufe ihres Lebens in allen Bereichen und Sektoren tätig sein, kann - ganz im Sinne von Jochen Menzel - bestenfalls als naiv bezeichnet werden.

Nachhaltigkeit und Agenda 21 stehen heute für die fast vollendete Befriedung von umwelt- und entwicklungspolitisch motiviertem Widerstand. Die endgültige Umorientierung hin zur Lobbypolitik und die damit nicht selten verbundene Diffamierung von wirksamen, systemkritischen Widerstandsaktionen, wie sie etwa in der Anti-Atom-Bewegung da und dort noch üblich sind, sind in ihrer politischen Tragweite sicherlich noch bedeutsamer als die ebenfalls in den letzten zehn Jahren zunehmende Anreicherung ökologischer Politik mit rechtsextremen Ideologemen. Damit haben die »Nichtregierungsorganisationen« auch den letzten Anspruch auf eine emanzipatorische Perspektive verspielt und den nur noch formalen Sinn ihrer Benennung enthüllt - ohne die Bezeichnung NRO würde man kaum noch erkennen, daß diese Organisationen keine Bestandteile der Regierungen sind.

Germanwatch Regionalgruppe (Hg.): *Hamburg: Lokal handeln - Global Denken. Zukunftsfähige City? Hamburg und die Agenda 21.* Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1996

Eine Welt Netzwerk e.V./Jochen Menzel (Hg.): *Rio-Hamburg und zurück. Beiträge zu einer lokalen Nord-Süd-Agenda.* Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1997

Oliver Geden ist Autor des Buches »Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus« (Elefanten Press)

Konkret 04/98, S. 42

Ralf Schröder

Blutrausch

Angesichts der Ereignisse im Kosovo agitieren deutsche Liberale und Reaktionäre einmütig für den nächsten völkisch konstruierten Kleinstaat in Europa - gegen EU und USA

Das spanische Baskenland ist eine heruntergekommene Region und hat eine sogenannte Befreiungsbewegung hervorgebracht, die noch vor wenigen Jahren viel Rückhalt unter den Massen hatte und trotzdem von der hiesigen Politik und Presse stets des »Terrors« geziehen wurde, wenn sie mit Mordanschlägen gegen die spanische »Fremdherrschaft« vorging. In Nordirland kämpft die IRA gegen die britische »Fremdherrschaft«, sie hat ebenfalls Rückhalt im Volk, ihre Mitglieder werden hierzulande gleichwohl und durchweg »Terroristen« genannt. In der Türkei kämpft die PKK bewaffnet für die Befreiung Kurdistans vom »türkischen Joch«, hierzulande ist die Organisation als »terroristische Vereinigung« verboten.

Ein Bandit aber wird hierzulande zum »Kämpfer«, eine Mörderbande zur »Befreiungsarmee« geadelt, sobald sie zwei Bedingungen erfüllen. Erstens: Die Gangster müssen einen Staat ins Visier nehmen, der deutsche Expansionsinteressen blockiert oder irgendwann einmal ernstlich blockiert hat. Zweitens: An der Herrschaft darf die Bandenführer nur stören, daß sie fremd und nicht die eigene ist. Beides traf etwa auf Dudajews tschetschenische Brigaden zu, deren antirussische Revolte in deutschen Redaktionen und Parlamenten viele Sympathisanten hatte, rechts wie links.

Nun ist neuerlich eine Heimatwehr aufgetaucht, die nicht nur für den Ausgleich alter und aktueller Rechnungen tauglich scheint, sondern gleichzeitig die romantischen Affekte des deutschen Antiimperialismus wachruft: Die albanische, im serbischen Kosovo-Gebiet ansässige Ushtria Clirimtare e Kosovsk (UCK) ist mit Waffen gegen die serbische Herrschaft über international unbestritten serbisches Staatsgebiet angetreten und hat neben einer Anzahl »albanischer Kollaborateure« nach eigenem Bekenntnis bereits mehr als dreißig »serbische Polizisten und Funktionäre« umgebracht. Funktionäre: Der Begriff, er stammt aus der »FAZ«, zeigt, warum die Mörder, die - abgesehen von einem fanatischen Haß auf die Serben - noch nie ein Wort über ihr politisches Programm verloren haben, hierzulande im Zuge der Eskalation der Auseinandersetzungen im Kosovo zu Helden der Freiheit ernannt wurden. Bei der »FAZ« steht der Begriff als Ersatz für den bolschewistischen Kommissar, dem bis heute nicht verziehen ist, daß er die Armeen Stalins und Titos zum Sieg über Wehrmacht und SS führte.

Auch andere Medien machten -wie auch die deutsche Politik - weiter kein Aufhebens um die Morde der albanischen Terrortruppen, im Gegenteil: Die UCK, deren Angehörige in der letzten Februarwoche vier serbische Polizisten erschossen und damit die drakonischen Aktionen der serbischen Behörden ausgelöst haben, setzt jenen Zauber frei, der vor einiger Zeit die mexikanischen Zapatisten (trotz ihrer völlig anderen ideologischen Ausrichtung) auch hierzulande zu Medienstars machte: »Die Truppe der anonymen Rächer«, heißt es in der »Zeit« mit Bezug auf den April 1996, »schoß zurück, nachdem ein serbischer Zivilist einen albanischen Medizinstudenten auf der Straße abgeknallt hatte.« »Focus« und »Taz« nennen die UCK »die geheimnisvolle Befreiungsarmee«, über deren »Organisationsgrad und Stärke es nur Spekulationen« (»FAZ«) gebe. Bereits Mitte Januar hatte ein Redakteur der »Frankfurter Rundschau« die Freiheitskämpfer besucht: »Die Gesichter haben sie mit schwarzen Mützen vermummt. Auf den Schultern leuchtet das albanische Nationalwappen, der schwarze Doppeladler auf rotem Hintergrund. Sie tragen Armeeuniformen und halten ihre automatischen Waffen im Anschlag. ... Auf einem Fahrzeug ist ein größeres Geschütz aufgebaut. Die Männer wollen die Ausweise sehen und halten über ein Funkgerät Rücksprache.«

Im vergangenen Herbst war es im Bezirk Skenderaj (Srbica) zum ersten bewaffneten Zusammenstoß gekommen, eine »größere Einheit serbischer Soldaten« (»FR«) hatte sich nach einem Gefecht mit UCK-Leuten zurückziehen müssen. »Seit der Konfrontation im November hat sich kein uniformierter serbischer Polizist mehr in die >befreite Zone< im Zentrum des zu 90 Prozent albanisch besiedelten Kosovo gewagt« (»FR«). Weniger wertfrei äußerte sich der US-Sondergesandte für Ex-Jugoslawien Robert Gelbard: Er drohte, die Banden auf die Liste der internationalen Terror-Organisationen zu setzen. Und der Vorsitzende der serbischen Sozialisten im Kosovo erklärte: »Es gibt keinen Staat auf dieser Welt, der nicht mit entsprechenden Maßnahmen terroristische Banden bekämpfen würde, die seine Ordnungshüter umbringen.«

Solcherart wahre Feststellungen, die den Kosovo nach wie vor als serbisches Staatsgebiet betrachten, sorgen für Hysterie in der geschlossenen deutschen »Serbien muß sterbien«-Front, die Restjugoslawien irrtümlich für kommunistisch hält und deshalb die Sezession des Kosovo längst beschlossen hat. Unentwegt werden allerorten Interviews mit dem bisher pazifistisch orientierten »Präsidenten« der seit 1991 existierenden, völkerrechtlich illegalen und nur von Albanien anerkannten »Republik Kosova«, Rugova, und dessen in Bonn residierendem Exil-»Premier« Bukoshi veröffentlicht; beide sagen immer dasselbe: »Serbien versucht jetzt, aus einem Staat, den es nicht mehr gibt, einen neuen zu formen und ein Volk zu zwingen, in diesem Staat zu bleiben. Aber irgendwann gibt es einen Point of no return« (Bukoshi in der »Zeit«).

Die entsprechenden Kommentare zitieren sich pausenlos selbst und gegenseitig: »Für die albanische Bevölkerungsmehrheit ist das Leben in dem von Serben aufgezwungenen Apartheidstaat unerträglich geworden« (»Taz«) - und für die Unabwendbarkeit der Sezession bürgt ausgerechnet die Sympathie, die die unterdrückten Massen der UCK entgegenbringen: »Wo immer sie hinkommen, sie werden bewirtet«, schreibt die »FR«, und: »Männer, Frauen und sogar Kinder wollen bei der Befreiungsarmee mitmachen.« - »Bewunderung für die Befreiungsarmee der Kosovo-Albaner - wachsender Haß gegen serbische Milizen«, titelt die »FAZ«. Der »Focus« läßt einen Bergarbeiter antreten: »Alle albanischen Familien mußten einen der Söhne für die UCK geben. Ich habe das mit Stolz gemacht, die UCK wird uns die Freiheit bringen.« Wo die eigene Genugtuung noch verhohlen wird, werden reihenweise albanische Kronzeugen präsentiert. »Premier« Bukoshi, der wie die gesamte albanische Kosovo-Opposition beste Verbindungen zu deutschen Außenpolitikern hat, mault im »Focus«: »Wir haben zwar den offenen Konflikt vermieden, aber wo sind die Ergebnisse, wo ist der Wohlstand?«

Fast schon grotesk ist, daß den Serben unentwegt vorgeworfen wird, was die UCK und ihre Anhänger treiben. Belgrad bietet einen Dialog an, die Albaner verweigern ihn. Den Serben kreidet man »ethnische Säuberung« an, die UCK betreibt sie, u. a. so: »In der Nacht zum Montag stellte die Untergrundarmee ihre Aktionsfähigkeit auch in anderen Gebieten unter Beweis. ... In Klina und Djakovica wurden Granaten auf mehrere serbische Häuser geworfen.« Die »Süddeutsche Zeitung« bezeichnet den serbischen Präsidenten Milosevic in einer Schlagzeile als »Kriegstreiber vom Amselfeld«, während die albanische Kosovo-Opposition stolz herumerzählt, die Eskalation der letzten Wochen sei nicht nur dem Volkszorn geschuldet, sondern Ergebnis ihrer Strategie zur internationalen Militarisierung des Konflikts: »Die einzige Karte, die wir haben«, so Bukoshi, »ist die Warnung vor der Ausweitung eines Konflikts, der sich nicht mehr lokalisieren ließe.«

Gegen die eindeutig formulierten Ansprüche der albanischen Opposition haben die EU und die USA ebenso eindeutig Stellung bezogen. Außenkommissar van den Broek stellte Anfang März fest, daß die Europäische Union die Forderung nach Unabhängigkeit nicht unterstütze, Gelbard erklärte noch am 12. März in Kosovos Provinzhauptstadt Pristina: »Unabhängigkeit ist nicht die Antwort.« Kinkel weiß eine bessere, demnächst, wetten?

Konkret 04/98, S. 43

Georg Fülberth

In diesem Sinne - Von Lakai zu Lakai

Niemand rätselt darüber weshalb Gorbatschow den Itzenplitzen nach dem Mund redet. Diese behaupten, bei den Verhandlungen über die deutsche Einheit 1990 seien die UdSSR, die BRD und die DDR keineswegs davon ausgegangen, daß die Enteignungen von 1945-49 beibehalten werden. Eher fragt man sich, weshalb die Bundesregierung ihm widerspricht. Eine mögliche Antwort lautet: sie bleibe eben bei der Wahrheit. Aber was hat sie davon? Vielleicht Wählerstimmen. Die Bauern, denen man etwas wegnehmen müßte, sind zahlreicher als die Junker die was kriegen wollen.

Auch ökonomisch sind die ländlichen Uralteigentümer nicht attraktiv. Vergleichen wir sie doch einfach mit ihren einstigen Leidensgenossen im Osten: den Bankiers und Industriekapitalisten. Die haben nicht lange rumgejammert, sondern sich über die Treuhand bedient. Natürlich brauchten sie dazu ein paar Peanuts. Die Herren von Ar und Halm aber waren in diesem Punkt schon immer entweder klamm oder geizig oder beides. Die Treuhand-Lösung hat nicht nur frühere Eigentümer begünstigt, sondern auch neue geschaffen. Dies ist gut für die Dynamik des Kapitalismus. Die Wiedereinsetzung der Junker dagegen wäre nur restaurativ gewesen und hätte vielleicht jene Mobilisierung verhindert, welche schon längst läuft, seit ehemalige LPGs ganz einfach auf Grund des Wirkens von Marktgesetzen plattgemacht und sonstiger Verwertung zugeführt werden.

Reiter: Mag die DDR-Landwirtschaft in der Arbeitsproduktivität zwar hinter der BRD zurück gewesen sein, so hatten die Lebensbedingungen, welche sie bot, doch viele Anhängerinnen und Anhänger (vielleicht gerade darum). Anders als in der Industrie hatte der Sozialismus in diesem Sektor nicht abgewirtschaftet. Es wäre dumm von Kohl, wollte er hier eine für ihn unangenehme Debatte lostreten.

Von der Hochschätzung des Privateigentums weicht die Bundesregierung im übrigen auch in dieser Frage nicht ab. Ziel der Bodenreform war ja nicht etwa die Schaffung von Kolchosen und Sowchosen. Damals wurde lediglich eine Form des Privateigentums (»Junkerland«) durch eine andere ersetzt (»Bauernhand«). Die Kollektivierung kam erst später. und die kriegt man jetzt auch auf andere Art geregelt. Ein bißchen Linienkampf innerhalb der Rechten ist überdies dabei. Die Alteigentümer- Walze wird ja nicht nur von jenen distinguierten Herrschaften gespielt, die ihre Klitschen wiederhaben wollen. Es gibt auch Agitation aus der Gerhard-Löwenthal-, Kappel- und Brunner-Ecke. Für die Union ist es aber immer nur eine taktische Frage gewesen, wie sie potentieller Konkurrenz vorbeugt: durch Nachgeben oder Abweisung.

Der kaukasischen Männerfreundschaft von 1990 schadet die Angelegenheit im übrigen nicht. Wenn Gorbatschow lügt, gibt er Kohl eine gute Gelegenheit, sich in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt durch eine Richtigstellung beliebt zu machen. Aber wahrscheinlich ist mit dieser Interpretation die Angelegenheit viel zu hoch gehängt. Wer genauer hinsieht, merkt, daß sie gar keine Chefsache ist. Kohl kümmert sich kaum darum, sondern hat seinem ersten russischen Stiefellecker (für den er 1991 ja schon einen zweiten fand) durch seinen Vorzimmer-Minister Bohl widersprechen lassen. Damit bleibt die Affäre dort, wo sie hingehört: eine Mitteilung von Lakai zu Lakai.

Konkret 04/98, S. 43

Gerhard Nordmann

In diesem Sinne - Form und expliziter Inhalt

Wofür und wozu, wird sich schon mancher gefragt haben, steht und sitzt eigentlich die Gruppe der PDS im Deutschen Bundestag? Sieht man einmal von gewissen Repräsentationszwecken und gelegentlichen ins historische Off gerichteten Reden ab, fand ihre parlamentarische Arbeit in der Arbeit des Parlaments bisher kaum nennenswerten Niederschlag. Bisher! Denn eine erste parlamentarische Wirksamkeit hat sie mittlerweile entfaltet - mit ihrer ebenso unerwarteten wie unerschrockenen Zustimmung zur Abschaffung des Grundrechts der Unverletzlichkeit der Wohnung, vulgo Großer Lauschangriff. Warum sie sich dazu entschloß, hat das Mitglied der PDS-Bundestagsgruppe Winfried Wolf lang und breit erklärt: »Ich lehne den Lauschangriff aus prinzipiellen Gründen ab ... schwerwiegendste Eingriffe in demokratische und Menschenrechte ... Rückfall hinter Forderungen und Ziele der bürgerlichen Revolution ... Ermöglichung typischer Stasimethoden«. Eben deshalb aber hat die PDS und mit ihr Wolf nun für den Großen Lauschangriff votiert.

»Entscheidend für mein Ja zum Vorschlag des Vermittlungsausschusses«, sagte Wolf »war die Form und der explizite Inhalt der Abstimmung als solcher. « Es wäre nicht vermittelbar gewesen, wenn er. Wolf seine Stimme dort verweigert hätte, wo es um ein Verbot des Lauschangriffs für spezifische Personengruppen geht. Daher sein Ja zum eingeschränkten Lauschangriff bei gleichzeitig aufrechterhaltenem »prinzipiellen Nein zum Lauschangriff selbst«. Hätte die PDS gegen den Vorschlag des Vermittlungsausschusses gestimmt, dann hätte sie mit der CDU verhindert, daß bestimmte Personengruppen vom Lauschangriff befreit werden. So blieb ihr nichts übrig, als ihre grundsätzliche Nichtzustimmung zurückzustellen und somit Ja bei Nein zu sagen.

Die Einrichtung der parlamentarischen Demokratie ist gewiß nicht unbedingt zu verachten. Hier ermöglichte sie den Abgeordneten der PDS die Wahl zwischen Lauschangriff und Lauschangriff, und sie ermöglichte ihnen ferner, ihre prinzipielle Ablehnung mit einer vorbehaltlosen Zustimmung zum Ausdruck zu bringen. Es ist wie Nonsens, nur nicht zum Lachen.

Konkret 04/98, S. 43

Mark-Stefan Tietze

In diesem Sinne - Schluß mit lustig

Der Humor der »Harald Schmidt Show« ist in ein bedenkliches Stadium postmoderner Indifferenz getreten. Im Gespräch mit Robert Gernhardt bekannte Schmidt kürzlich, er entwickle sich als Komiker langsam »zum Automaten«. Das merkt man wohl. Was Hans Mentz vor Jahr und Tag als »furiosen Monolog« pries, ist mittlerweile einem mechanoiden Geplänkel gewichen, aus dem das Saalpublikum höchstens aufschreckt, wenn sich das Ritual gegen Frauen, Ausländer oder Bayern München wendet.

Nun hat die nachmoderne Problematik das Leben des hauptamtlichen Komikers nicht eben leichter gemacht. Sie hat ja den Glauben an eine universale, aufklärerische Komik und deren historische Mission oder Höherentwicklung zerstört. Die typisch modernen Fortschrittshoffnungen auf ein besseres Lachen, einen anderen Humor, auf neue Witzmuster oder intelligentes Leben draußen im großen Publikum wurden gründlich enttäuscht. Alle Witze nämlich, die kein spezielles Wissen erfordern, sind dort bereits gemacht worden; die schlechten, wie man hört, sogar mehrmals.

Zu Beginn seiner Karriere nutzte Schmidt, der »postmoderne Entertainer« (Georg Seeßlen), die bekannten Auswege aus dem epochalen Dilemma. Erfolgreich verschmolz er Null-Pointen, Zitate und reflektiertes Gag-Recycling. Dabei erlaubte die frei flottierende Ironie innerhalb seines schizophrenen Vortrags fast jedermann zu lachen: über Polen und Blondinen, über Mediendeppen und »Gutmenschen«. Der Meta-Humor und die mehrfach codierten Kalauer klangen oft so, als richteten sie sich auch gegen die Kommunikationsverhältnisse, in denen solche Späße normalerweise gedroschen und belacht werden.

Die serielle Fabrikation solcher Witze fordert jedoch ihren Tribut, zumal sich der einfache Mensch vor dem Bildschirm in den vielfach gespiegelten und mehrfach verschlüsselten Dimensionen dieses Humors nicht mehr zurechffindet. Statt in sich zu gehen, hält sich der Zuschauer deshalb lieber an die Zoten und Rassismen, die ihm Schmidt nun immer häufiger liefert - lustlos und widerstrebend zwar als Automat aber zu zuverlässiger Dienstleistung verpflichtet. Daß der Komiker dabei aus seiner inneren Kündigung Kapital schlägt, macht überhaupt nichts; das Publikum, selber Knecht, selber unlustig, findet sich in jener Haltung ressentimentgeladener Gleichgültigkeit erfreut wieder

Konkret 04/98, S. 44

Rayk Wieland

Deutschland, ein Osterspaziergang

Jeder sonnt sich heute so gern.

Sie feiern die Auferstehung des Herrn ...

Goethe

War man einerseits zuerst mal fasziniert und sozusagen angetan von dem kaum für möglich gehaltenen Triumphzug des Schlagerfreundes Guildo Horn beim Vorausscheid des Grand Prix d'Eurovision und, nebenbei sei's erwähnt, ebenso von subkulturell verwandten Phänomenen wie der rasant um sich greifenden Publizität des überaus medien- und im übrigen nicht ganz unversierten Mittelschichtkünstlers Christoph Schlingensief sogar im Fernsehen, stellten sich bald angesichts der deutlich zutage tretenden und kalkulierten Sentimentalität des Protagonisten sowie seines ganz auf der selben albernen Welle liegenden Publikums, das die kollektive Regression feierte und bejubelte, als gelte es, ein paar tausend Jahre Alphabetisierung wieder rückgängig zu machen, andrerseits Mißbehagen und eine gewisse Ungemütlichkeit ein, und es keimte der Verdacht, der kulturindustrielle Komplex könnte hier mit umdesignten Schrottartikeln lediglich neue Käuferschichten gewonnen und neue Gewinne aufgeschichtet haben - keimte verdächtig und bestätigte sich natürlich. Die »Bild-Zeitung« hatte, wie der »Spiegel« beiläufig vermeldete, »in enger Zusammenarbeit mit Hornmanager Kram eine der erfolgreichsten PR-Kampagnen der vergangenen Jahre« entwickelt und Anfang Februar den »Schlagerkrieg« entfesselt, dessen Ausgang schließlich Millionen mündige Bürger in den Bann zog und zwecks Tedabstimmung zum Telefon greifen ließ bzw. zum Handy, das nun gleich einer neuen, mobileren Generation den nicht unberechtigten Namen gab.

Die »Handy-Generation«, heißt es, weiß souverän mit den Medien umzugehen und sie für ihre Zwecke zu benutzen, erwartet von ihnen weder Wahrheit noch Authentizität, durchschaut die Manipulationen und falschen Versprechungen und vermag sie ironisch oder gerade ihrer Ungenießbarkeit wegen zu genießen. Sie feiert Guildo Horn dafür, daß er »die im Subtext verborgenen obszönen, narzißtischen, regressiven und komischen Züge des deutschen Schlagers unbarmherzig an die Oberfläche« (Georg Seeßlen im »Freitag«) holt und in seiner Person alles »peinliche«, »unmögliche« und »diffamierte« Gehabe wieder präsentabel macht; sie feiert Christoph Schlingensief für die schamlose Unbekümmertheit, mit der er seinen Dilettantismus, seinen Tabubruchzwang und seine hochgestapelten Projekte erfolgreich als Kunst bzw. soziales Engagement ausgibt; sie feiert Verona Feldbusch als unparodierbare Parodie auf die Frauenemanzipation - und sie feiert vor allem sich selbst als die den ganzen Schabernack checkende, Verarschung und Selbstverarschung goutierende, souverän mitspielende aufgeklärte Spaßgeneration. Die von ihr und den Medien bewerkstelligte Verwandlung von Scheiße in Nichtscheiße, von Talentlosigkeit in Virtuosität, von Inkompetenz in Autorität, von Unsinn in Sinn zeitigt, so hat es den Anschein, zunächst durchaus subversive, demokratische Effekte, indem sie gesellschaftliche Hierarchien und Legitimationsstrategien unterläuft und praktisch jeden, unabhängig von seiner Ausbildung, seinen Fähigkeiten, seiner Klassenzugehörigkeit ermächtigt, Talkmaster, Schlagerstar, Politiker zu werden oder, mit anderen Worten, sich zum bezahlten Deppen zu machen. Jeden? Nun, nicht *jeden* im Sinne von *allen,* sondern von diesem oder jenem: Wo alles ein Job ist, kann jeder ihn machen, sofern er ihn kriegt.

Subversiv oder demokratisch ist die neue Freizeitanarchie freilich nur *als* Effekt, nicht im Effekt. Stattfindet eine Ästhetisierung des Medienspektakels und einhergeht damit eine Mehrfachcodierung nahezu aller Formate von den Wetternachrichten bis hin eben zum Vorausscheid des Grand Prix d'Eurovision. Im Effekt bedeutet dies die Ummodelung einer heterogenen Öffentlichkeit zu einer Zielgruppe. »Die Begeisterung für Trivialität und Kitsch jedenfalls«, eruierte der »Spiegel«, »teilt das Massenpublikum längst mit den Intellektuellen. Sogar die seriöse Presse schwärmt mittlerweile, Verona Feldbusch, die stotternde Moderatorin der Sexsendung >Peep!<, sei eine Art Wondergirl. Und auch sonst wird dort, wo früher über Adornos Musiktheorie diskutiert wurde, heute gern der jüngste Polenwitz von Harald Schmidt wiedergekäut oder die Frage, ob ein Film wie >Ballermann 6< nur doof sei oder aber ein Kunstwerk der Blödelei.« Die Subversion besteht einfach in einer Ausweitung oder Entgrenzung der Rezeption, vulgo Umsatzmöglichkeiten; die Kommerzialisierung des sogenannten schlechten Geschmacks ergänzt lediglich die übrige. Der Vorgang ist erfreulich, in zweierlei Hinsicht.

Zum einen kann die in der Linken verbreitete hohe Meinung vom subversiven Potential subkultureller Betätigungsweisen erneut als widerlegt gelten: Trash ist auch nur eine Filiale des Massengeschmacks, und alles weitere dito. Jede denkbare Form von Medienkultur ist verkaufte Kultur und hat von den ungeahnten Möglichkeiten bloß die des Mediums. Zum anderen wird deutlich, daß Kulturkritik nur mehr möglich ist als Geschäftskritik. Leute wie Guildo Horn zu kritisieren macht keinen Sinn mehr. Gewiß läßt sich feststellen, daß seine Absicht keineswegs die ist, die Welt des Schlagers etwa als reaktionäre Idylle zu denunzieren oder zu parodieren, sondern die, ihr als Trashevent eine neue Authentizität zu verleihen.

Für das von Leuten wie Wolfgang Joop oder Alfred Biolek gesponserte »Wahlkampftheater Chance 2000« Christoph Schlingensiefs, das Nichtwähler und Arbeitslose animieren soll, sich bei der Bundestagswahl selbst zu wählen, gilt ähnliches: Sein naiver politischer Krawall-Aktionismus hat nur die Herstellung einer Art authentischerer gesellschaftlicher Repräsentation zum Ziel und ansonsten nichts. Die Kommerzialisierung reduziert den Sinn solcher Unternehmungen sinnvollerweise auf die Höhe des Absatzes und des Gewinns. Sie stellt aber auch eine Frage, nämlich die nach den Einnahmen und in wessen Tasche sie fließen.

Weniger erfreulich sind allerdings die gesellschaftlichen Frühlingsgefühle, die Gerhard Schröders Wahl- und Guildo Horns Schlagersieg ausgelöst zu haben scheinen, eine diffuse alberne Aufbruchsstimmung herrscht, die Schlingensief und seiner komischen Kampagne gerade recht kommt. Eine seiner »verrückten« Ideen sieht vor, daß »alle fünf Millionen Arbeitslosen gleichzeitig Campingurlaub am Wolfgangsee machen, am besten, wenn Kohl auch da ist. Und wenn die dann alle gleichzeitig ins Wasser gehen, dann steigt der Pegel - das haben wir ausrechnen lassen - um zwei Meter an. Das Wasser würde dann bis zu den Häusern am Ufer steigen, die Arbeitslosen berühren also immerhin die Häuser. Vielleicht sogar Kohl.« Ist das Humor, oder ist das ein Witz? Und wer soll darüber lachen? »Gerade in der Stunde der Initialzündung«, erläutert Schlingensief im Interview, »dürfen wir nicht die Frage nach dem Ziel stellen, denn das bringt uns gleich in die Bredouille zu sagen, wir wollten eine kommunistische oder marktwirtschaftliche Bundesrepublik oder so ... « So redet einer nur, der nicht weiß oder nicht wissen will, daß er sich bereits in der Bredouille befindet«indem er keine Alternativen zeigen, sondern bloß Wind machen kann. Wer sollte sich davon etwas versprechen? Die anvisierten Arbeitslosen? Schlingensief selber? Oder am Ende lediglich der Beutelschneider Wolfgang Joop?

Dies wäre, Zynismus beiseite, wirklich sehr wünschenswert, denn Kommerzialisierung ist die Voraussetzung einer fundierten Kritik. An den Geschäftsgrundlagen.

Konkret 04/98, S. 45

Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe

Die gute Nachricht

kommt von Martin Walser, er gibt keine Interviews mehr: »Jetzt ist Schluß damit!« Viele werden es nicht sein, die darüber in Tränen ausbrechen. Das »letzte« Interview gewährte er der Zeitschrift »neue deutsche literatur«, es enthält Auskünfte darüber, wie er zum Schreiben gekommen, in welchem Sinn Schreiben und Lesen als Mittel der Selbstbegegnung anzusehen seien und ob er sich zum Schriftsteller berufen gefühlt habe. Seine Antworten - der übliche Käse. Wenn er jetzt noch aufhört zu dichten, kann er einem wieder sympathisch werden.

Der fromme Wunsch

von »Tagesschausprecherin« Susan Stahnke lautet laut »Bild«-Zeitung: einmal zum Mond fliegen. »Ab und zu darf da ja eine Frau mitfliegen. Mich würde total faszinieren, die Welt von so weit oben zu sehen.« interessant, daß Frauen ab und zu zum Mond mitfliegen dürfen. Bisher war nur bekannt, daß sie gelegentlich auf den Mond gewünscht wurden. Jetzt begehren sie schon selbst, dorthin expediert zu werden. »Tagesschausprecherin auf dem Mond« - diese »Bild«-Schlagzeile würde konvenieren.

Die gleichberechtigte Thronfolge

will in einem Bündnis mit der Blair-Regierung die Queen herstellen und das seit 900 Jahren geltende männliche Vorrecht auf den Thron abschaffen. »Es kann keinen wirklichen Grund dafür geben«, verkündete der Staatsminister des Inneren vor dem Oberhaus und im Namen der Queen, »Männer und Frauen bei der Thronfolge nicht gleich zu behandeln.« Dieser Vorstoß provozierte im Oberhaus einen Sturm der Entrüstung. - Die sog. Modernisierung der Monarchie, die Lady Di eingeleitet und postmortal bewerkstelligt haben soll, kommt nicht recht voran. Eingedenk des Umstands, daß auch kein wirklicher Grund dafür vorliegt, Thronfolger, männlichen oder weiblichen Geschlechts, und andere Normalsterbliche nicht gleich zu behandeln, kann die einzige Modernisierung der Monarchie, die sich denken läßt, nur ihre Abschaffung sein. Dazu freilich müßte auch das Oberhaus abserviert und sein Oberstübchen *gesäubert* werden.

Der größte Protest

seit den Friedensmärschen in den 80er Jahren vereinte Anfang März 250.000 Menschen zu einer Demonstration in London. Teilnehmer waren Jäger und Großgrundbesitzer. Eine Hauptparole der Demonstranten richtete sich gegen das von der Labour-Regierung verhängte Verbot der Fuchsjagd, eine weitere gegen die Verfügung der Regierung, die Großgrundbesitzer zwingen will, Wanderpfade durch ihre Ländereien der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Außerdem beklagten sie einen Mangel an Demokratie und Rechten der Minderheiten, welche von der Mehrheit überrannt würden. - Erst trauerten Millionen um Lady Di, jetzt gehen Hunderttausende für die Lords auf die Straße. Ein Jahr New Labour: Der Verkehr bleibt links, die Massen stehen rechts.

Die guten Nachrichten

senden, und gut sind für Deutsche nur Nachrichten, die sie nicht mit den Querelen minderwertiger Rassen behelligen, will der niedersächsische Privatsender »ffn«, der in einem internen Papier für den Dienstgebrauch, das die »Zeit« zwischen den Jahren dokumentierte, festgelegt hat, was dabei beachtet werden muß: »Die drei berühmten Bs (Burundi, Bogotá, Bangladesh) sind kein (!) Thema für Radio ffn. ... Die Demonstration der Fußkranken in Kuala Lumpur, die Zunahme von Magenverstimmungen bei Sträflingen der JVA in Lüneburg interessieren NIEMANDEN. Auch ein Flugzeugabsturz in Äthiopien ist nur dann interessant, wenn Deutsche unter den Opfern sind. Denn: ffn ist kein Auffangbecken sozialer Randgruppen und Minderheiten. Ein grotesker Nachbarschaftsstreit in Altwarmbüchen ist wichtiger als eine Großdemonstration der Koka.Bauern um (!) ihre berufliche Existenz in Bogotá.« Für die Zeitschrift der IG Medien »M« belegt dieses Papier, »wie weit die Verflachung und Entpolitisierung der Medien inzwischen gediehen ist«. Noch tiefer und politischer aber sollen sie bitte nicht werden. Dann müßte man nämlich wieder Feindsender hören.

Viele Termine

mußte, eminent wichtige, Krista Sager, Hamburgs Wissenschafts-Senatorin, in ihrer Amtszeit schon wahrnehmen, aber unter anderem auch diesen: »Freitag, 13. März, 19 Uhr: Bürgermeisterin Krista Sager nimmt teil an der Aufführung

>Macbeth< von William Shakespeare, aufgeführt von jungen Nachwuchsschauspielern anläßlich > 100 Jahre Siemens Hamburg<«. Die Ankündigung verschweigt, in welcher Rolle Sager bei Siemens auftrat: als Wald? Als von saurem Regen bereits stark geschädigter Wald von Birnam?

Die beste Nachricht

nicht unbedingt, aber eine nicht unwillkommene: Das ZDF wird die Talkshow »Willemsens Woche« im Sommer aus dem Programm nehmen. Grund: Willemsens Marktanteil sei auf sechs Prozent gesunken und auch sein Interviewstil habe »sich überlebt«. Willemsen kommentierte die Entscheidung des Senders auf seine Weise: »Ich habe mich vom ersten Tag der Sendung damit abgefunden, daß ich unter Artenschutz stehe, der ein Verfallsdatum hat.« Ein Verfallsdatum hat jeder Quark im Kühlregal. Aber Artenschutz? Und welcher Art sollte Willemsen angehören? Den Königspudeln?

Die meisten Phrasen

sind nicht deshalb ärgerlich, weil sie, was sie meinen, nicht zu sagen vermögen, sondern weil sie auf eine vermeintliche Autorität oder auch Sentimentalität rekurrieren, welche die Lektüre korrumpiert. Im Editorial einer älteren Ausgabe der »Beute« (8/95) erklärte Roberto Ohrt, worauf die Redaktion der Zeitschrift größten Wert legt: »auf den Rhythmus des kollektiven Prozesses«. Hochtrabender ging's nicht. Der Rhythmus des kollektiven Prozesses mochte bei Galeerensklaven oder Wolgatreidlern eine gewisse Rolle gespielt haben - aber in der sehr disparat besetzten Gesamtredaktion eines linken Spartenblattes? Wurde da im Takt redigiert? Es hatte manchmal den Anschein. - Damit ist vorerst Feierabend, denn die »Beute« in ihrer bisherigen Form existiert nicht mehr und soll, nach Auskunft von Andreas Fanizadeh, vornehmlich aus pekuniären Gründen nunmehr als Halbjahresschrift mit »schärfer akzentuierten Schwerpunkten« erscheinen. Neun Mitglieder der ehemaligen Gesamtredaktion haben diese Begründung als Legende zurückgewiesen und in einem Brief an die Abonnenten erklärt, daß »die überfällige Diskussion um die zukünftige Konzeption« verhindert worden sei. Sie distanzieren sich von dem Nachfolgeprojekt »Beute/Neue Folge«, weil nun, siehe da, der Rhythmus der kollektiven Produktion zugunsten einer Chefredaktion aufgegeben werden soll. Im verblasenen Verwaltungsdeutsch des Verlagsprospektes heißt es: »Im Zuge der organisatorischen Neustrukturierung wurde ... das >Beute<-Redaktionsbüro aufgegeben.« -Als scharf akzentuierter Schwerpunkt des nächsten Heftes ist »Politik und Kunst« angekündigt.

Schröders Antwort

im Bayerischen Rundfunk beim Schwarzbieranstich am Nockherberg auf die Frage, ob er ein richtiges oder alkoholfreies Bier zu trinken gedächte: »Ich werde ein normales Bier trinken, ich küsse ja auch nicht durchs Taschentuch.« Ein enormer Lachsturm fegte durch die alberne Schenke - aber was bedeutet diese Antwort? Küßt er, wenn er alkoholfreies Bier getrunken hat, durchs Taschentuch? Oder küßt er generell durchs Taschentuch, es sei denn, er hat vor, ein normales Bier zu trinken? Oder meint er allegorisch, alkoholfreies Bier trinken ist wie durchs Taschentuch küssen? Wie auch immer, es klingt nach untenrum, obszön, ja schweinisch und heißt wahrscheinlich: Hemmungslos saufen und ungeschützt ficken, das ist mein Ding. - Schröder oder Kohl? Das mag eine Wahl sein, aber keine Alternative.

Rätsel

gibt ebenfalls eine Meldung in »Focus« auf, derzufolge ein hochrangiger Münchener Polizeibeamter in einem Film, der von einer ehemaligen »RAF-Sympathisantin« gedreht wurde, als Pornodarsteller gejobbt haben soll, Abgesehen von der Unschärferelation des Sympathisanten-Anwurfs: Was ist der Hintersinn dieser Nachricht? Daß Bullen Klöten haben und Sexisten sind? Daß ehemalige RAF-Leute heute Pornos drehen und ebenfalls Sexisten sind« Daß die Anstellung eines Polizisten in einem Schmuddelfilmchen als eine Art späte Rache und Erniedrigung aufzufassen sei? Daß es nicht mehr links und rechts gibt, sondern nur mehr oben und unten? Daß es eh immer nur um das Eine geht? Faszinierend auch die hierarchische Verschiebung: hier ein hochrangiger Polizist, der zu Sexdiensten verpflichtet wird, da lediglich eine Sympathisantin, die ihn angestellt hat. - Eines macht aber doch stutzig: Das Münchener Polizeipräsidium bestätigte den »Focus«-Bericht.

Die alten Sprachen

Griechisch und Latein, da ist der Tübinger Altrhetor Walter Jens - deo bene volente und getreu seinem Motto: »Multurn non multa« - in seinem Elemente. »Latein als Mutter der anderen Sprachen«, erläutert er im »Spiegel«Gespräch, »erlaubt es, kulturelle Ereignisse ganz anders zu verstehen. Ich würde den Lateinunterricht gern radikal reformieren: Beginnen sollte man mit den Dialogen des Erasmus - und um Gottes willen nicht mit Caesar! Und früh im Unterricht auch Latein zu sprechen, das wäre wünschenswert.« Auf die Frage, welche Norm aus der römisch-griechischen Antike im Computerzeitalter noch Gültigkeit besitze, führte Jens aus: >»Ungeheuer ist viel und ungeheurer nichts als der Mensch.<

Die Größe des Menschen ist identisch mit seiner Fallhöhe. Der Mensch ist groß, weil er so tief fallen kann. Die griechische Tragödie ist die menschliche Ausdrucksform, auf deren Zeugnisse und Prophetien man sich am ehesten verlassen kann. Das ist das Bleibende. Auch wenn das humanistische Gymnasium mehr und mehr zerfällt - es ist doch unentbehrlich.« Wenn eine Norm etwas ist, das normt, dann ist das, was Jens zu sagen einfiel, natürlich keine Norm. Es gibt aber durchaus welche, die welche sind. Z. B.: Pectus est quod disertos facit.

Hamburger Anthologie*

FREIHEIT

Etwa auf Hügeln: Tosacanablick
da springt Sie die Freiheit an.
(In Taufkirchen wirklich nicht möglich.)

Chevrolet Blazen Rücksitzfick.
Ein Berggasthof irgendwann.
(Auch alte Mühlen sind löblich.)

Oder: Schuld sind die Preise.
Gedüngt wird mit eigener Scheiße.
(Im Bayrischen Wald, kollektiv.)

Sie rennen davon und verschwinden
und die Freiheit kann sie nicht finden.
(Die ist nicht alternativ.)

»schmerzvoll lebendig« meint der prominente Pianolöwe Konstantin Wecker von seinen Versen, daß sie seien, und hat den soeben im Kiepenheuer & Witsch Verlag erschienenen Gedichtband mit diesem verlogenen Titel versehen. Das ausgewählte Stück verdeutlicht die Schamlosigkeit des Mannes, seine Epigonalität sowie sein Unvermögen, anderes als obskuranten Kitsch zusammenzureimen. Mit affigen Klammern und omnipotentem Naturburschen-Hautgout wird hier der nun wirklich abgesungenste Lyriktopos von der Freiheit noch einmal angestimmt. Sie ist natürlich Süden mit Aussicht, Amischlitten mit was zum Ficken dabei, dann wieder Räuberromantik mit Stuhlgang im Wald und schließlich auch irgendwie vergeblich. Es soll ein bißchen wie bei Benn klingen und swingen - hat aber eher den Charme jener Hautkrankheiten, die dieser hauptberuflich therapierte.

* schmerzvoll lebendiger Gedichte

Konkret 04/98, S. 50

Jürgen Roth

Body counts

»Körperwelten«, die erfolgreichste Ausstellung in der Geschichte der Bundesrepublik, ist zu Ende gegangen. Ihre Exponate: »plastinierte« Leichen

Direkt am Autobahnzubringer aus Richtung Heidelberg liegt das Mannheimer Landesmuseum für Technik und Arbeit. Erste Überlegungen zu einem Bau, in dem die Geschichte der Industrialisierung Südwestdeutschlands dargestellt, »die Erhaltung von technik- und sozialgeschichtlichem Kulturgut sowie die Förderung von Ausstellungen zu Problemstellungen der Gegenwart und deren historischen Entwicklungen« betrieben werden sollen, gehen noch auf Marinerichter Filbinger und Lothar Späth zurück. 1990 schließlich eröffnete man das Renommierprojekt, ein langgestrecktes, außen postmodern verpiepeltes, innen die Aura einer Badeanstalt verströmendes Gebäude.

Seine funktionale Tauglichkeit gilt als beschränkt. Zu viele Nischen und Treppen, zu eng bemessene Räume sorgen für Unübersichtlichkeit. Dennoch brachten die Organisatoren das übliche antiquarische Gerümpel unter, Druck- und Dampfmaschinen, Interieurs, Mehlsäcke, Werkzeuge, vergleichbar dem neuen Hamburger Museum für Arbeit. Freilich lag man mit einer so braven wie lediglich redlichen Konzeption einerseits im Trend der Zeit (Sozialgeschichte wird reduziert auf simple Anschaulichkeit, die gesellschaftliche Funktionen technischer Evolution, Fragen der Herrschaft und politische Kämpfe ignoriert), andererseits ziemlich daneben: Museum heute, da Ausstellungen zu gesellschaftlichen Großevents tendieren, wenn die Öffentlichkeit sie wahrnimmt, muß spektakulär, ästhetisch gewagt, glamourös und innovativ sein, sofern Innovation einem Kuddelmuddel aus Stilen, Attitüden und sonstwie eklektizistischen Inszenierungsversuchen gleichkommt. Wissen sei Happening, Information sei Erlebnis, lautet das Credo der total geworden Ereignisideologie und ihrer Apologeten.

Wunder nimmt da nicht, daß die Besucherzahlen des Landesmuseums und das Verhältnis zwischen aufgewendeten Geldmitteln und Ertrag unbefriedigend ausfielen. So kam Gunther von Hagens, Leiter des Heidelberger Instituts für Plastination, gerade recht mit seinem langgehegten Plan, unter dem Titel »Körperwelten - Einblicke in den menschlichen Körper« über 200 neuartige Leichenpräparate zu präsentieren, zumal nämliche Privatshow bereits in Osaka und Tokio über eine Million Menschen angezogen hatte. »Insofern«, prahlte von Hagens im Gespräch mit den »Ketzerbriefen« des Ahriman-Verlages, »kann man durchaus von einem anatomischen Urknall in Japan sprechen, den unsere Ausstellung dort ausgelöst hat«.

Der Erfolg der einmal verlängerten, bundesweit auf Litfaßsäulen und mit überdimensionalen Reklametafeln beworbenen, die letzten drei Tage vor Toresschluß am 1. März gar rund um die Uhr geöffneten Mannheimer Exposition war stupend. »Körperwelten«, besagen abschließende Zahlen, sahen zirka 775.000 Besucher, mehr als die bisherigen bundesdeutsch bestplazierten Ausstellungen zu den Staufern (Stuttgart) und zu Tutanchamun (Köln).

In der 5., erweiterten Auflage des Katalogs rühmt sich von Hagens, während der ersten vier Wochen seien vollkommen unerwartet bereits unglaubliche 100.000 Gäste nach Mannheim gepilgert, und Museumsdirektor Lothar Suhling bemerkte schon am Eröffnungstag, dem 30. Oktober 1997, keine Schau habe während der vergangenen sieben Jahre eine nur annähernd so starke Aufmerksamkeit erzielt. Die geschäftliche Kalkulation ging auf.

Sie dürfte teils dem erheblichen Presseecho, teils subtilen Zwangsverpflichtungsmaßnahmen geschuldet gewesen sein. Busladungsweise kutschierte man ganze Schulen ins häßliche badische Woodstock, die sich das stundenlange Anstehen in den letzten Tagen immerhin damit versüßen konnten, ausgiebig sonnenzubaden. Winterwochen zuvor hatte das Publikum noch froh sein müssen, einen Platz im beheizten Wartezelt zu ergattern. Als der Andrang offenbar wurde, stellten von Hagens und seine Mitarbeiter über Nacht schnell ihre Klabautermänner um. Wer nun Einlaß erhielt, durfte nicht nur schieben, sondern vieles von dem, was im Vorfeld für politischen Aufruhr gesorgt hatte, echte Komplettleichen nämlich, mit den eigenen Händen begrabbeln, eine besonders subtile, reizvolle Form elementarer Kindergartenmuseumspädagogik.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Erwin Teufel war im Oktober 97 mit dem Versuch gescheitert, »Körperwelten« zu verhindern. Der Stiftungsrat des Landesmuseums überstimmte sein Veto gegen ein Spektakel, das »in effekthascherischer Weise« die »Würde des Menschen« verletze. Beistand gewährten zunächst die Kirchen, schwenkten aber, als sie vernahmen, 98 Prozent der Besucher äußerten sich positiv und dächten nun verschärft über »das Tabu Tod« (»Stuttgarter Zeitung«) nach, auf die neue Linie ein, die lautete: kontrovers, shocking, gut. Bzw.: »Unter die Haut« (»Bild«) und »Unter die Haut« (»FAZ«).

In den achtziger Jahren galten Theaterstücke und Fertiggerichte, Sitzmöbel und Romane allenthalben als »spannend«. Heute, die Neunziger gehen zu Ende, rangieren Leichenpräparate für eine Öffentlichkeit ganz oben, der ägyptische Mumien oder organische Präparate, wie sie etwa der Wiener »Narrenturm« vorrätig hält, fade dünken. Die Sensation der »Mummies of Mannheim« (»Times«) bestand darin, »completely unwrapped« zu sein, nackte Körper-Introspektionen zu gewähren, Nerven- und Blutbahnen, Muskelstränge, Hirnmasse, Samenleiter, Gedärm, Herzen, Lungen und Gebärmütter

offenzulegen. »My purpose«, diktierte Plastinationsmeister von Hagens der »Times«, »is to push away the disgust associated with decomposition after dyingo, und dies just durch das von ihm ersonnene Verfahren der Ganzkörperplastination.

Mit von Hagens, soviel sei konzediert, befreit sich die Anatomie augenscheinlich von dem Ruch, akribisch zu schnibbeln, zu fleddern, zu zupfen und menschliche Überreste in abstoßende Formalinlösungen zu versenken. Von Hagens schafft Komplettkörper, »stoßfest, geruchsfrei, transportfähig« (»FAZ«). Er ist ein Bastler, ein ehrgeiziger Frickler, ein Tüftler mit Patent. Das Patent, mit dem er bei Fachkollegen auf Ablehnung stieß und für dessen wissenschaftliche wie öffentliche Anerkennung er seit zwanzig Jahren »gekämpft« haben will, trägt den Namen »Plastination«, ein »Verfahren, das moderne Kunststoffchemie und Anatomie vereint«, wie von Hagens in »Spektrum der Wissenschaft« (12/1997) darlegen durfte.

Zunächst werden Wasser und Gewebefett per Diffusion durch Aceton substituiert. Dann tauscht von Hagens das Aceton gegen Silikonkautschuk (das Präparat »fühlt sich weich an«) oder Epoxidharz (»hart und transparent«) aus. Anwendung findet die Methode der »forcierten Kunststoffimprägnierung im Vakuum« bei einzelnen Organen oder ganzen Leichen. »Auch ein mit Silikonkautschuk durchtränkter Körper muß, bevor das Konservierungsmittel polymerisiert, in die gewünschte Stellung gebracht sowie jeder Nerv und jeder frei schwingende Muskel mit feinen Nadeln und Schaumstoffstückchen korrekt positioniert werden.« Jene Posen, in denen sich eine Frau mit fünfwöchigem Fötus und andere fetzige Faserfiguren zeigten, waren einerseits Anlaß für Ärgernisse und Diskussionen, andererseits bildeten sie als dritter Teil der »Körperwelten«, nachdem man erst klassisch-anatomische Partikularobjekte und Körperquerschnitte zu sehen bekam, die Pointe des Schaffens eines Künstlerdarstellers, dem die gängige Medizin zu lästig, zu isoliert und ästhetisch unausgereift erscheint.

Selbstredend hält sich von Hagens einiges zugute. Er ist von edlem Stamm. »Speziell für die Plastination Begabte sind so rar wie in jedem Beruf, der hohe geistige Kompetenz und großes manuelles Geschick erfordert. ... Vor allem die Ganzkörperplastination ist eine intellektuelle und bildnerische Leistung, bei der man das Ergebnis schon zu Beginn vor Augen haben sollte wie der Künstler die Statue, die er aus einem Steinblock meißeln will.« So geraten auch die Resultate, hochglänzend, ein üppiges Hinterglasmalereienspektakel. »Das sind«, wirft sich der 3-D-Animateur, zwar ohne entsprechende Brille, aber mit täuschend echtem Beuys-Hut-Imitat, in die Brust, »zum einen nur drei Millimeter dicke Körperscheiben, die in ihrer durchsichtigen Farbigkeit wie bemaltes Glas erscheinen«, marmorierte Mobiles, die lustig im Durchzug tänzeln und ein apartes Glockenspiel abgäben, hingen an Steißbein und Knie noch jeweils Bimmeln oder Kuhglocken dran.

Hier freut sich nicht bloß der Besucher, hier freut sich vor allem der Kunstwerker persönlich. Ohne Action und Schauwert ist zu Zeiten, da Aufklärung soviel gilt wie zween Stücker trocken Brot, Wissenschaft ein obsoleter, dröger Schmarren. Die Publikumsnähe des Fräsers und Sägemannes verkaufte der Medienapparat folgerichtig als »Aufklärung«, weil er den Menschen brachte, was in den Gemächern der Weißkittel verborgen gehalten werde - ein Demokratie-Ereignis offenbar höchsten Ranges, »eine >Abstimmung mit den Füßen<«, wie der Bioethiker Axel W Bauer via Katalog ausposaunte.

Keinen anderen Begriff kolportierte die Presse hartnäckiger denn just jenen von Hagenschen der »Aufklärung«. Die neunziger Jahre, eine bislang schwerlich übertroffene Kleinepoche der Borniertheit und Remythisierung, des obszönen Gewurstels um Publicity und des Opportunismus, erstrahlt durch die Figur des Plastinateurs und seine Leichen-Peepshow im Licht der Vernunft. »Das paßt in die neunziger Jahre«, zitierte die »Stuttgarter Zeitung« einen 19jährigen Informatikstudenten, »wir wollen doch aufgeklärt sein. Jetzt wissen wir's.«

Beeindruckend seien vor allem die Föten gewesen. »Nein, das müßte jetzt nicht mehr sein«, hören wir eine Frau sagen, als wir den Raum mit den »Brummem«, so ein Mitarbeiter der Abt. Museumsmarketing, begutachten. Breitbeinig steht die eine Figur, der anderen hebt's ihr Schädeldach ab (ein sog. »expandierter Körper«), die nächste unternimmt gekonnt Schwerkraftexperimente, knickt ein, macht einen Ausfallschritt und nimmt die Belastung zurück aufs Standbein. Gebieterisch nahe oder inmitten der Lauffläche plaziert, fordert man Berührungen mit den kunstvollen Toten regelrecht heraus.

Die Seitfall-Knick-und-Spreiz-Gespenster »kommen« lässig. »Geil!« steht ungezählte Male im Gästebuch, und an Ergebenheitsadressen, zuletzt durch den »Stern« (»Meister des Makabren«), mangelte es genausowenig wie an von Hagenscher Vollangeberei, der »das Ohr sozusagen an der Masse und am Laien gehabt« habe (er über sich): »Ein Blick in die Besucherbücher beweist, wie sich die Leute richtig psycho-kathartischen Ärger von der Seele schreiben, daß es ihnen bislang verwehrt wurde, echte menschliche Präparate sehen zu dürfen.« Ist das Volk erst mal wild und geil auf seinen Volkskörpertherapeuten geworden, weiß ihm wiederum Popstar von Hagens zu schmeicheln. »Der Laie«, erklärte er dem »Stern«, »hat sich gerade in der Medienwelt ein feines Gefühl für das Echte bewahrt. Nur wenn ich einem echten Körper gegenüberstehe, erkenne ich mich selbst.«

Es dürften die Arrangements, die puppenhaften Zurichtungen, der gebieterische Gestus, aus toter Materie kecke Monster basteln zu können, sein, an denen sich die »Bewunderung« für »Körperwelten« entfachte, nicht Einblicke in somatische

Mikrostrukturen, nicht Überblicke über Blutkreislauf und Muskelsysteme, sondern die perfide Wendung zum »Echten«. »Man flaniert« (»FR«), tippt gegen dieses und jenes. Anschaulichkeit, der zentrale Gedanke des Museums, wird übersteigert zur Greifbarkeit. Der Gang durchs Monströsitätenkabinett »in hellem Licht« (von Hagens) offenbart Skelette aus Fleisch und Blut, denen Augen implantiert wurden, um, entgegen zäh wiederholter Beteuerungen der Heidelberger Anatomengruppe, die Physiognomie des Horrordummies zu evozieren, gepaart mit einer Gemütlichkeit, wie sie Zoobesuche versprechen. »Nimmt man die Parade dieser geschälten, durchlöcherten, aufgeklappten, halbierten, wie eine Babuschka quasi als Leiche in der Leiche präparierten Körper ab, mischt sich unter die leicht würgende Faszination unweigerlich Skepsis«, schrieb die »FR« und setzte doch, der »FAZ« folgend, nur zu den üblichen verquarkten säkulartheologischen Spekulationen an, jener Art, ob »>Körperwelten< auch ein Zeitzeichen enthält«. »Ist sie (die Ausstellung; J. R.) als Symptom zu lesen für die Erfahrungsleere einer Zeit, die den Tod und das Sterben in die unsichtbaren Abgründe der Hightech-Medizin verbannt hat?« (»FAZ«).

»So sieht mein Knie aus«, murmelt eine entspannt interessierte Besucherin, bevor es richtig brummt. Besonders angehende Mediziner sollen sich begeistert geäußert haben über die effektvolle Muppetshow des 1: 1 -Modellings. Konsequent und folgerichtig paradox propagiert von Hagens gegenüber dem traditionellen Naßpräparat für Forschung und Ausbildung seine zerhackstückten und rekombinierten dreidimensionalen »lebendigen Leichen« (von Hagens). Die Mannheimer Metzgerei aktualisiert das Theatrum anatomicum der Renaissance. Studenten blickten dem Anatom, während er die Leiche auf dem Seziertisch bearbeitete, über die Schulter, ein Motiv, das noch in Rembrandts Allegorie über die Erkenntnis, »Die Anatomie des Dr. Tulp« (1632), wiederkehrt. Während das antike Rom etwa Sezierverbote gegenüber Menschen kannte, wurde die erste Leichenöffnung erst zu Beginn des 13. Jahrhunderts an der päpstlichen Universität Bologna genehmigt und vollstreckt. Die Blütezeit der Anatomie, das 16. Jahrhundert, inszenierte Sektionen als öffentliche Schauspiele, ihr Protagonist war Andreas Versal, dessen schulbildende Schrift *De humani corporis fabrica libri septem* 1543 in Basel erschien und zu von Hagens Gebetsbuch wurde. Versal nämlich rückte seine Versuchsobjekte in die Vertikale und ließ förmlich die Puppen tanzen. Leichen lernten den aufrechten Skelettgang. »Während das menschliche Skelett seit Versals Wirken in der Renaissance aufrecht steht«, erläutert von Hagens die angebliche wissenschaftliche Regression des 20. Jahrhunderts (Verdrängung des Todes, Formalinpräparate, nichtöffentliche Sektionen), »mußte die nasse, tropfende Anatomieleiche auf dem Präpariertisch verweilen«. Eine Zurücksetzung, gewiß.

Der durch »Körperwelten« vollzogene Schritt vom Präparat zum Exponat folgt mithin einer bestimmten, wenigstens der von Hagenschen Logik des »Tabubruchs«. Das »artifizielle« 20. Jahrhundert ertrage, so von Hagen, den Gedanken an die Endlichkeit nicht, weshalb man mit der pietistischen Geheimniskrämerei des Ärztestandes ordentlich aufzuräumen habe. Aufklärung ist stramme Pflicht, der Mensch besitze ein Recht auf aparte Leichen, »das innere schöne Gesicht«. »)Körperwelten< berührt ein Tabu«, sei »ein unglaublicher Tabubruch« (»Stern«) und trage »zum Abbau des Schauerns vor dem Tod« bei. Solche epistemologisch wie lebenspraktisch weitreichende Tat setzt von Hagens bescheiden mit der Bibelübersetzung Luthers gleich, um bald zu kritisieren, anatomische Modelle seien »alle gleich«. Soll aber nun Aufklärung die Gesetzmäßigkeiten von Körperprozessen lehren, müßte dem Dozenten weniger an »Individualität« als an Abstraktion (Computersimulationen etc.) gelegen sein. Von Hagens schert's wenig. »Ohne den Umweg über das Abbild« der Plastik lotet er Eingeweide aus. Sein Mut und sein schmierig-obszöner Kult des »Authentischen« belohnen ihn: »Deshalb habe ich viele Freunde, aber auch viele Feinde. ... Kommt es hier in Mannheim 1997 zur Reformation der Anatomie?« Wer weiß; zu seinen besten Freunden zählt immerhin die Freiburger Reichistensekte des Ahriman-Verlages. Sie lud ihren neusten Gott zum Gedankenaustausch Über den »Tabubruch«, eine Zentralkategorie der Rechten. »Der erste Tabubruch«, prahlte von Hagens, »besteht darin, daß ich nicht, wie bisher üblich, lediglich historische Präparate zeige ... Der zweite Tabubruch liegt darin, daß ... ich mit der Plastination ... die >Auferstehung< des befleischten Leibes ... ausgeführt habe.«

Der wissenschaftliche Revolutionär, für den etliche Aufgeregte und irre Daueravantgardisten des spießigen Häretikertums von Hagens nunmehr halten, aber ist, seinem eigenen Selbstverständnis gemäß und im doppelten Wortsinn, lediglich ein umtriebiger Restaurateur. Zurück zur Ganzheitsanatomie, vulgo: Ganzheitsphilosophie, lautet der Marschbefehl, weg vom Kleinklein der rationalistisch verengten Zellenkunde. »Renata dissectiones ars - eine zweite Wiedergeburt der Zergliederungskunst nach jener ersten, die mit Andreas Vesalius (1514-1564) in der Renaissance begann«, jubiliert Axel W Bauer und rückt ins auratische Feld des klappersurrealistischen Großkitschiers vor: »Einzelne Sektionen des behandelten Körpers oder Kopfes oder von Extremitäten vermag man sogar derart zu gestalten, daß sie wie Schubladen offenstehen - der Surrealist Salvador Dali (1904 bis 1989) hatte bereits solche Figuren gemalt.«

Schöner können Geltungssucht und Blödheit, Ästhetisierung und Inszenierung, Kunstgewerblertum und Größenwahn nicht konvergieren: Die umstrittenen Posen seiner tapferen Schreckgestalten legitimiert der »Wissenschaftler« nämlich allemal als glanzvolle artistische Arbeiten, die »lebendige Leichen« erst so recht Leichen sein lassen. »Die lebensnahe Pose hilft, die Kluft zwischen Leben und Tod zu überbrücken«, und wenn das Schattenreich im Glanze lichter Aufklärung dimmert, ist ein Zeitalter neuer »Harmonie« zwischen Kunst und Medizin angebrochen. »Anatomische Kunstwerke«, verriet von Hagens dem Mannheimer Stadtmagazin »Meier«, »werden nicht geschaffen, sie werden zu Kunstwerken durch das Urteil

der Betrachter. Da der heutige Kunstbegriff offen ist, es sei hierbei nur auf Duchamp hingewiesen, kann dem nicht widersprochen werden.«

Da fehlte lediglich Bazon Brock. Für die monströs-peinliche Posterzeitung »The Cultura« des Mannheimer »Künstlers« Robert Amos ließ er dann Gott sei dank seinen üblichen Schwall an kulturdiagnostischen Schwurbeln ab: »Folgen wir von Hagens, dürfte sich unser Vertrauen auf das kulturell versprochene Glück der Dauer erheblich stärken. Viele bisherige Betrachter plastinierter Körper, der Körper gestorbener Menschen, haben mit ihren Bemerkungen im Besucherbuch bekundet, daß ihnen erst angesichts dieser Verewigten die Ehrfurcht vor dem höchsten aller kulturellen Ziele wieder zu empfinden möglich wurde.« Da jedoch Demut vor den großen Leistungen der großen Kulturleister keineswegs reicht, ernennt Brock von Hagens obendrein zum paradigmatischen Künstlerführer und trendy »Artificial Life-Wissenschaftler« des authentizitätsbedürftigen Medienjahrhunderts: »Gunther von Hagens ist ein Künstler/Wissenschaftler, der dem toten Material, dem toten Körper die Gestalt des Lebenden zu geben vermag, die Gestalt einer authentischen realen Virtualität.« - »Plastinierte Körper sind reale Virtualitäten, deren Realitätsgehalt im höchst denkbaren Maße durch ihre Authentizität ausgewiesen ist. ... Die gedoppelte Begründung von Authentizität der Plastinate - einerseits das authentiale organismische Substrat, andererseits genaue künstlerische Konzepte der Figuration - überzeugt vor allem die Betrachter der plastinierten Körper. Denn die Betrachter heben in Gesprächen über ihre Erfahrungen mit den Objekten immer wieder hervor, daß sie besonders deren Authentizität beeindrucke.« Soviel Arschgerede allerdings war selten.

Die historischen Feigenblätter, die von Hagens und seine Mitarbeiter unter Rekurs auf Leonardo da Vinci und barocke Memento-mori-Darstellungen aufzulesen sich mühen, täuschen nicht über den antirationalen, zuweilen offen mystischen Impetus des ganzen Theaters hinweg. In dieser Öffentlichkeitsbeglückung per Sendbotschaften intendierenden Bewegung einer prall-sinnlichen, missionarischen Museumspädagogik, die gegen Büchergelehrsamkeit und staubtrockenes Studium gerichtet bleibt, verkommt die beschrieene »Aufklärung«, das »Erkenne dich selbst!«, zum Plädoyer für einen »bewußten Umgang mit dem eigenen Körper«. An die Stelle distanzierter Erfahrung tritt der sensationelle Augenreiz, aus welchem die krudeste Selbstvergewisserung über »Leibhaftigkeit« (von Hagens) und die sockigste Kleinbürgerdisziplin resultieren. Sei wachsam, höre auf dein Inneres! raunt der pädagogische Begleitdienst und übertüncht, daß von Hagens und seine Truppe wenn nicht piefige AOK-Politik, so doch die vollendete Verwertung des Körpers - ein Pendant zur ungebremsten Musealisierung - propagieren. Daß sich Dummheit, Körperinszenierung und Barbarisierung gut vertragen, ist kaum von der Hand zu weisen. Ein Motiv, »Körperwelten« als »Faszinosum« (ein faschistischer Leitbegriff) zu goutieren, dürfte in der Suggestion liegen, man sterbe nicht nutzlos und für die Katz, sondern für von Hagens; der nämlich legte eine Informationsmappe aus, wie man sein Gast werden könne im Reich der »wirklichen Toten«.

Der Spuk ist einstweilen vorbei. Von Hagens sog. »informative Ästhetik« sollte dennoch Schule machen. Die Museumsszene, hören wir, sei ob von Hagens Triumphzug in Aufruhr. Das Körperthema verspreche der Renner der folgenden Jahre zu werden. Das Landesmuseum für Arbeit und Technik läßt auf »Körperwelten« zunächst seine Sonderschau »Gen-Welten« folgen, denn »Lebenswissenschaften« kämen jetzt richtig an. Und wie der Hessische Rundfunk am 3. März meldete, möchte die Stadt Heidelberg ihrem großen Sohn alsbald ein »Menschenmuseum« stiften.

Was man mit Maschinen gut und gerne, kann man mit der »Maschine Mensch« (Descartes) besser und lieber machen. Sie vermag's ja auch noch richtiggehend klasse zu finden.

Konkret 04/98, S. 53

Kay Sokolowsky

Newski Prospekt

Der 100. Geburtstag Sergej Eisensteins war dem Feuilleton willkommener Anlaß, den Regisseur und sein Werk für immer abzuwickeln. Damit eröffnet sich die Chance, ihn als Ahnherrn einer explizit linken Filmästhetik zurückzugewinnen

»Was Gott kann«, stellte Sergej Eisenstein als Kind fest, »kann ich schon lange«. Diese gesunde Arroganz war ganz hilfreich, um der neben D.W Griffith einflußreichste Regisseur der Filmgeschichte zu werden. Und Eisenstein hatte sich nicht überschätzt. Das beweist schon »Panzerkreuzer Potemkin« (1926), sein berühmtestes Stück; ein Werk, das nirgends Raum läßt für formale Alternativen; eine vollkommene, monolithische Schöpfung (von der, nebenbei, Gott noch lernen könnte, wie man es richtig macht), in bloß drei Monaten von einem kaum Achtundzwanzigjährigen herausgeschleudert, der bis zum Tag der Premiere am Endschnitt bastelte - mit Spucke zuletzt, weil keine Zeit blieb, die Filmschnipsel mit Azeton zu kleben.

Die frühe Stilsicherheit Eisensteins hat etwas durchaus Bestürzendes. »Düsternis« und »Schrecken«, gern als Charakteristika seiner Filme hervorgehoben, lassen sich am Material eher selten belegen; aber mit jenen Attributen meinen die Kritiker, die so meinen, auch weniger die Szenen als ihre ungeheure Disziplin iertheit. Bereits in seinem Debütfilm »Streik« (1925) findet sich nichts Nachlässiges, keine Ratlosigkeit; die souveräne Verfügung über die technischen Mittel und Effekte, die Kalkuliertheit der Agitation - Eisenstein sprach von »Pathos« - frappieren bis heute. Die formalen Experimente, die er in »Streik« unternimmt, haben nie einen Selbstzweck, laufen niemals ins Leere. Er wußte von Anfang an, was er tat: Das machte ihn zum meistbestaunten Filmregisseur seiner Zeit; das sollte ihm mehr Feinde als Freunde bescheren.

Eisenstein war überzeugter Kommunist bis zum Schluß; doch die letzten fünfzehn Jahre seines Lebens mußte er sich als Bourgeois, Formalist, Perverser beleidigen lassen. Er sprach passabel deutsch und französisch und besser englisch als all die europäischen Regisseure zusammen, die in den 20er und 30er Jahren nach Hollywood aufbrachen - doch als Stalin ihm 1932 befahl, von einer langen Amerikareise heimzukehren, hielt er sich nicht lange auf und gehorchte. (Das Zugabteil von Berlin nach Moskau teilte Eisenstein sich übrigens mit Bertolt Brecht.) Er, der bedeutendste Filmkünstler nicht nur der Sowjetunion, wurde kaltgestellt und alleingelassen im Kampf um die Negative seines Lieblingsfilms »Que viva Mexico!« (1932). Seine neuen Projekte - er hatte täglich neue Projekte - wurden reihenweise abgelehnt; oder zunächst genehmigt, sogar finanziert, und kurz vor Drehbeginn kassiert; oder genehmigt, finanziert, ja realisiert, aber im Giftschrank versenkt: So geschehen mit dem Film »Beschinwiese« (1937), den er auf Anordnung Stalins inszeniert hatte, dessen Negativ auf Anordnung Stalins vernichtet wurde.

Dennoch war der Regisseur in jener gefährlichen Zeit nie wirklich gefährdet. Die Idioten und Speichellecker, die seit 1928 in der sowjetischen Kulturbürokratie aufgekommen waren, haßten Eisenstein zwar und denunzierten ihn bei jeder Gelegenheit. Stalin aber, der durchaus wußte, welches Prestige der Regisseur im Ausland genoß, welche Suggestivkraft Eisensteins Arbeiten besaßen, ließ die Hyänen erst gewähren, danach verhaften und im Gulag verschimmeln - während er das Genie jedes Mal von der Leine ließ, wenn er es auf eine besondere Wirkung abgesehen hatte. Bei »Alexander Newski« (1938), einem, scheinbar, unerträglich chauvinistischen Film über jenen russischen Fürsten, der die Invasion deutscher Ordensritter ins »Heilige Rußland« aufgehalten hatte, ging die Rechnung des Vorsitzenden auf. Auch der erste Teil von »Iwan der Schreckliche« (1944) - von welchem Stück Stalin sich moralische Stärkung der Heimatfront versprochen hatte - fand Wohlwollen. Als freilich die Rote Armee gesiegt hatte, wurde der »Iwan« obsolet, sein satirisches Element unübersehbar und die Uraufführung des zweiten Teils (1946) auf Eisensteins zehnten Todestag verschoben.

Der Propagandist des Totalitarismus, den besonders eifrige Reaktionäre unter den Filmwissenschaftlern und -kritikern seit dem Kollaps der Sowjetunion aus Eisenstein schnitzen wollen, ist er freilich nie gewesen. »Alexander Newski« widerlegt das markige Geschwafel seiner Titelfigur durch Bilder des Krieges und der Agonie, die das genaue Gegenteil von Erhabenheit, nämlich erbärmlich sind; und so authentisch der Haß Eisensteins auf den deutschen Faschismus - symbolisiert durch die grotesken, mit Adlerklauen und Wolfsschnauzen verzierten Helme der Ordensritter -, so massiv ist auch sein Mißtrauen gegen den Helden, den er beim Anordnen von Selbstmordkommandos stets aus der Untersicht filmt, die Fäuste in die Seiten gestemmt, den Blick von den Gesichtern der Todeskandidaten abgewendet. »Was passiert«, hat Georg Seeßlen über die Landschaftsaufnahmen des »Newski« bemerkt, »ist in das untere Bilddrittel verlagert, es ist sehr viel >Leere< in der Komposition«: Wolkenloser Winterhimmel liegt auf dem ziehenden Heer der Russen wie eine Last, wie der Tod. Die »Leere«, von der Seeßlen redet, ist eben der »höhere Wille«, dem diese Soldaten sich unterworfen haben. Sie werden sterben, und man wird dafür nicht sie, sondern Newski zum Nationalheiligen erklären. Diese Bilder sind präzise Metaphern des Tyrannenwahns.

Eisenstein, der Gott schon lange in die Tasche steckte, ein Diener Stalins? Warum aber sieht dann der Titelheld des »Iwan« - den der Vorsitzende durchaus als seinen Ahnherrn präsentiert haben wollte - aus wie ein Hexenmeister, warum wirft er

Schatten auf die Wände des Kreml, als sei der das Cabinet des Dr. Caligari, warum hat er ständig ein dramatisches Licht auf den Augen wie alle Irren in allen Filmen der Epoche? Als der Vorsitzende ein heroisches Porträt des Zaren wünschte, der mit gezielter Grausamkeit die Einigung Rußlands betrieb, hatte er sich mit Eisenstein zwar den begabtesten, aber auch den unzuverlässigsten Porträtisten ausgesucht. Allein die Idee, Nikolai Tscherkassow, der bereits Newski gespielt hatte, erneut in der Hauptrolle zu besetzen, diesen Schauspieler, der einen Baß in der Stimme trug, als habe er sämtliche Wodkaflaschen Rußlands vorgekostet - hätte einen Sachverständigeren als Stalin stutzen lassen müssen. Eisenstein läßt Tscherkassow, einen ziemlich athletischen Mann, als Iwan den Schrecklichen am liebsten bucklig durch die Höhlengänge des Palastes schleichen. Wären die Vergleiche richtig, die seit einiger Zeit angestellt werden: Hitler müßte im »Triumph des Willens« fortwährend mit der Pistole in die Menge schießen.

Sergej Eisenstein gegen Leni Riefenstahl aufrechnen: Das war, Anfang der 90er, vermutlich die infamste Leistung des gesamtdeutschen Feuilletons, seit es wieder eines gibt. Ihn, diesen außerordentlich skrupulösen, reflektierten, neurotischen Feuerkopf mit ihr, dieser prototypisch skrupellosen, reflexionsfernen, kerngesunden Eiszapfen vergleichen, um sodann die nationalsozialistische als eine irgendwie totalitäre Ästhetik ins Reine schwafeln zu können - das ist unter den vielen Unterfangen des Überbaus, sich an die Basis anzupassen, eines der verlogensten gewesen. Denn gleichwie die gewöhnliche Diktatur niemals eine eigene Ästhetik hat, sondern immer nur einen ästhetischen Kanon ex negativo - so zeichnet sich der Nationalsozialismus durch sein restlos zu Ende entwickeltes ästhetisches Programm aus, das neben sich kein zweites duldet. Abweichende Werke und ihre Künstler werden vernichtet, weil es sie, als Werke und Künstler, gar nicht gibt, ihre ideelle Nichtigkeit wird überführt in physische Auslöschung.

Im Dritten Reich gibt es keine Kritiker, nur mehr Kunstschriftleiter; und diese eherne Gewißheit in Fragen des Ästhetischen, diese Ineinssetzung von Politik und Präsentation fehlt dem Stalinismus. Der Sozialistische Realismus ist reines Reklameprogramm, die NS-Ästhetik ein »sittliches« Gebot. Eisenstein durfte leben und, manchmal, filmen, weil er sich gelegentlich als nützlich erwiesen hatte; Riefenstahl wurde mit »Triumph des Willens« beauftragt, weil sie den Bildern das antat, was die Nazis der Welt antun wollten. Der notorische Appell Joseph Goebbels' - 1934 an die »deutschen Filmschaffenden« gerichtet und in letzter Zeit immer wieder gegen das Werk des Kommunisten ausgespielt - es sei ein »nationalsozialistischer >Panzerkreuzer Potemkin«< herzustellen, offenbart viel weniger die innere Nähe der Agitationskunst Eisensteins zur NS-Ästhetik als die bestialische Dummheit des Propagandaministers.

Die Treppenszene von Odessa, wahrscheinlich die stärkste Sequenz der Filmgeschichte, führt die Uniform, den Gleichschritt, das Militär als Sinnbild entmenschlichter, dumpfer Gewalt vor; im »Triumph des Willens« wird das Uniforme, das Exerzieren, das Einreihen zum Ausdruck übermenschlicher, höherer Gewalt. Eisenstein selbst war zutiefst empört über das Kompliment Goebbels' und bemerkte in einem Offenen Brief an ihn, die Nazis mögen erst einmal verschwinden und Platz für die proletarische Revolution machen; danach würden auch die Deutschen einen eigenen »Panzerkreuzer« zustandebringen.

Der russische Filmminister jener Zeit hieß Boris Schumjazki. Er verstand nichts von der Kunst Eisensteins, wahrscheinlich verstand er von jeglicher Kunst nichts. Er dachte und redete wie ein zu früh geborener Fernsehproduzent. Der Regisseur hat seinen Dienstherrn von Herzen verachtet und sich keine Mühe gegeben, ihm zu gefallen. »Dauernd«, schrieb Eisenstein über Eisenstein 1946, »ging dieser B.S. (ihm) auf die Nerven - schlug ihm Sachen quer zu seiner Wesensart vor und provozierte ihn zu grimmigen Wutausbrüchen ...« Einen Vorschlag von »B.S.« für einen neuen Film nennt er eine »Sichel in die Eier seiner Stilistik«. Dennoch ging es ihm, materiell, nicht allzu schlecht in jenen Jahren. Das Drehbuch zur (nie realisierten) Satire »MMM« brachte Eisenstein 1933 immerhin 18.000 Rubel ein; im Jahr zuvor war er als oberster Regielehrer an die Filmschule GIK berufen worden. Er bewohnte eine Wohnung, die groß genug war, um seine stattliche, stetig anschwellende Privatbibliothek aufzunehmen (von der Reise durch Amerika hatte er 32 große Koffer, gefüllt allein mit Büchern, mitgebracht - er »könnte«, notierte er einmal, »morden um ihretwillen«).

Als Schumjazki 1938 aus seinem Amt verjagt wird, scheint es auch für den Regisseur - der es sich zwei Jahre zuvor dank »Beschinwiese« so gründlich mit der Partei verdorben hatte, daß er eine öffentliche »Selbstkritik« leisten mußte - wieder aufwärtszugehen. Er stellt »Alexander Newski« zwei Monate vor dem verordneten Produktionsschluß fertig, wofür das Team mit der »Roten Wanderfahne« belohnt wird; er beginnt eine ungemein produktive Zusammenarbeit mit dem Komponisten Sergej Prokofjew, einem der wenigen, die die »Musikalität« der Eisensteinschen Montagetechnik, ihre rhythmische Struktur, begriffen; und das russische Publikum, vom Kriegsgeschrei aus dem Dritten Reich verschreckt, zeigt sich sehr dankbar für den granitenen Patriotismus des »Newski«.

Aber eben dieser »Alexander Newski«, mit dem Eisenstein sich für die nächsten Jahre von den Anfeindungen und Denunziationen der Schumjazkis befreit, der ihn mit der Partei und dem Vorsitzenden wieder versöhnt hatte, dokumentiert, zumal in der graphischen Komposition, mit wieviel Verbitterung und Pessimismus der Regisseur ans Werk gegangen sein muß. Jeweils eine Linie beherrscht den Aufbau einer Szene: die horizontale (in der Landschaft, beim Blick auf den Heerzug), die vertikale (in der Stadt, bei den Greueltaten der deutschen Ritter, doch auch bei den Ansprachen Newskis ans zaudernde Volk) und die diagonale (auf dem Schlachtfeld). Übereinandergelegt wird daraus das Kreuz der Russisch-

Orthodoxen, ein damals nicht mehr ganz so populäres Grabzeichen. Die Experimente mit räumlichen Illusionen, mit der Schichtung verschiedener Bildelemente durch extreme Tiefenschärfe und Weitwinkeleinstellungen, die »Beschinwiese« die geballte Feindschaft der russischen Filmfunktionäre eingebracht hatten und die, wie die erhaltenen Still-shots vermuten lassen, weit über das hinausgingen, was »Citizen Karte« vier Jahre später zeigen und zum »bedeutendsten Film der Geschichte« machen sollte - diese Experimente unterläßt Eisenstein nun so demonstrativ, daß ein besonders mißtrauischer Kollege und Kader, Alexander Dowschenko, bemerkt, jenem sei die Sache »nicht immer so lieb« gewesen, wie er öffentlich vorgibt.

Nicht nur die Komposition der Bilder ist starr, auch der Schnitt des »Newski« scheint wie eingefroren (der Film spielt, bestimmt nicht nur aus Gründen historischer Authentizität, im tiefsten Winter) - bis er während des großen Gemetzels auf einem, sic, Eissee geradezu explodiert. Die »dialektische Montage«, die Eisenstein erfunden hatte als direktes Äquivalent zur dialektischen Methode des Marxismus (in den Jahren 1927/28 plante er, um seinen formalen Mitteln endlich den adäquaten Inhalt zu geben, die Verfilmung des Kapitals) - diese Technik, die revolutionär war in jeder Beziehung, hatte er, in jener öffentlichen »Selbstkritik«, als bourgeoisen Irrtum bezeichnen müssen. Die Schlachtsequenz von »Alexander Newski«, ein Musterstück der dialektischen Montage, in dem nichts als Tod und Schrecken herrschen, kann auch gelesen werden als Kommentar Eisensteins auf das, was der Stalinismus aus der Oktoberrevolution gemacht hatte: Die Synthese der Sequenz ist eine wiederum erstarrte, lange Einstellung auf das nächtliche Schlachtfeld, von Leichen übersät, hie und da sind die Fackeln suchender Kriegerwitwen zu sehen, manchmal ihre Schreie zu hören.

Eisensteins 100. Geburtstag am 23. Januar dieses Jahres ist vom hiesigen Feuilleton mit einiger Anstrengung begangen worden. Zwar trieb es nicht jeder so weit wie Claudius Seidl, der unter dem Titel »Treppenwitz der Filmgeschichte« in der »SZ« mit dem Werk (»konzentriert aufs Fragment ... Lehrbeispiel eines avancierten Videoclips«) gleich den Künstler abtreiben wollte (»Eisenstein und Marmor bricht«). Auch vollendeter Blödsinn wie von Bernd Heimberger in der »Taz« (»Forsch und forschend, fordernd und formend ... hatte den Charakter eines Clowns«) blieb rar. Es herrschte ein eher gedämpfter, bis zum Einschlafen abgewogener Respekt vor. Es ging zwar um einen Mann, der in »Panzerkreuzer Potemkin« die revolutionäre Tat, in »Oktober« (1928) den bolschewistischen Umsturz und in »Die Generallinie« (1929), seinem besten und heitersten Film, die klassenlose Gesellschaft verherrlicht hatte, um einen überzeugten Kommunisten also. Doch wie bei dem anderen Mann, der kurz zuvor totgefeiert worden war, wie bei Brecht behielten die Gratulanten sich vor, das Werk von der Ideologie, die es ausdrücklich transportiert, zu trennen. Ohne auch nur eines ihrer Vorurteile verloren zu haben, zogen sie sich zurück auf die hohe Warte der Filmhistoriker, die sie nicht sind - »seine Montagetechnik ist in vielen amerikanischen Action-Filmen präsent«, behauptete z. B., wiederum in der »SZ«, Hans Schifferle und hütete sich, dafür ein Beispiel zu geben.

Die Eingemeindung Eisensteins ins deutsche Weltkulturerbe betrieb, mit gleich zwei sehr langen Artikeln, am intensivsten die »FAZ«, und ihr auch blieb es vorbehalten, durch Gerhard Koch aussprechen zu lassen, wozu die infame Gleichsetzung des NS-Propagandafilms mit dem »Panzerkreuzer Potemkin« einige Jahre zuvor wirklich gedient hatte: den Künstler heimzuholen in das Reich, dem ein nationalsozialistischer »Panzerkreuzer« bekanntlich verwehrt geblieben ist: »Leni Riefenstahls >Triumph des Willens<«, schrieb Koch ganz leicht hin, denn eine Lüge wird im Feuilleton nach tausendfacher Wiederholung zur Wahrheit, »ist ohne das Vorbild undenkbar. ... Letztlich war (Eisenstein) auch ein Schmerzensmann.« Praktisch ein Mitglied der Inneren Emigration, fast so groß wie Veit Harlan.

Inzwischen führte die ARD im Nachtprogramm brav die Klassiker vor und ließ sogar ein Stück wie »Oktober« ganz unkommentiert passieren: Die Agitation, das Pathos des Revolutionsfilms machen keinem Bürger mehr Angst; sie sind ja historisch geworden wie das System, in und aus dem sie einst wirken sollten. Tatsächlich erscheinen die Filme, die Eisenstein in den 20er Jahren drehte, wie Zeugnisse einer Welt, die heute so weit von uns entfernt ist wie nicht einmal Atlantis. Ihre Begeisterung für den revolutionären Akt und sein Subjekt, ihr enormer Elan, den sie, wie Eisenstein stets betonte, allein daraus bezogen, im Staat der Sowjets entstanden zu sein, ihre, wenn die Formulierung erlaubt ist, nüchterne Ekstatik lassen schmerzlich ahnen, wie nah der realen Utopie ein Kommunist sich damals gefühlt haben muß. Zumal »Die Generallinie« enthält Aufnahmen von einer ganz und gar unromantischen Schönheit, die heute unmöglich zu revozieren wäre. Niemand habe »den Bildern vorbehaltloser getraut« als Eisenstein, behauptete einer der Gratulanten am Jubeltag. Das ist ahnungsloses Prunkgelaber wie eigentlich alles, was seit den 20er Jahren von bürgerlichen Kritikern zum Thema bemerkt wurde. Eisenstein hat den Bildern eben nicht getraut. Sondern allein ihrer Objektivierung und Entzauberung - durch die dialektische Montage ebenso wie durch rigide graphische Komposition und durch Perspektiven, deren »Unnatürlichkeit« immer wieder auf den Primat der Reflexion über das blanke Bild verweist. Eisenstein hatte einiges Glück, in Eduard Tissé, seinem Kameramann von »Streik« bis »Iwan der Schreckliche«, einen der größten Photographen nicht nur der Epoche an seiner Seite zu haben.

Die Feierlichkeiten sind vorbei, die Einverleibung Eisensteins in den weiten Magen der Kulturindustrie ist abgeschlossen, der Schrecken, den sein Talent und seine Stilsicherheit ausstrahlten, gebannt, sein Werk für tot, nämlich klassisch erklärt. Man darf also hoffen, daß die Halbbildungsbürger nun die Finger von ihm lassen werden. Wie wenig die Kunst Eisensteins mit ihnen zu tun haben will, ist in zwei vorzüglich edierten Neuerscheinungen des Henschel Verlags nachzulesen. *Sergej*

Eisenstein. Ein Porträt von Iwan Axjonow (140 Seiten, 39,90 Mark), 1933 geschrieben, aber erst 1991 vollständig veröffentlicht, ist weniger eine Biographie des Regisseurs als eine ambitionierte und brillante Analyse seiner Kunst und derzeit das Beste und Lesbarste, was an Texten über Eisenstein zu haben ist.

Yo - Ich selbst (2 Bände, 1.250 Seiten, 98 Mark), die fragmentarische Autobiographie Eisensteins, entstand zum größten Teil während der Rekonvaleszenz nach seinem ersten Herzinfarkt 1946 (am zweiten, 1948, starb er). Ins Deutsche übersetzt erschien sie erstmals 1985, gleichfalls bei Henschel, in der DDR; die neue Auflage wurde um einige hundert Seiten nachgelassener Notate und einen exzellenten Anmerkungsapparat Naum Klejmans erweitert. Die Perfektion, die einzigartige Forrnsicherheit der Filme geht Yo wie allen Schriften Eisensteins gänzlich ab. Der Autor redet sich selbst ständig dazwischen, verliert einen Gedanken, den er nur halb gefaßt hatte, schon mit dem nächsten Satz, springt durch die Jahrzehnte wie ein Flummi, wechselt den Stil je nach Tageslaune und bricht ein Kapitel, das ihn zu langweilen beginnt, auf der Stelle ab. Das ist bisweilen mühsam zu lesen, aber nur Trottel oder Filmkritiker werden ernstlich verlangen, daß es im Gehirn eines Genies übersichtlich zugehen soll.

Zum Geleit seiner Memoiren formulierte Eisenstein die Worte, die einst auf seinem Grabstein stehen sollten, frei nach Stendhal: »Ich habe gelebt, ich habe nachgedacht, ich habe gebrannt.« Auch das hatte er Gott, der ihm nie was vormachen konnte, voraus: Er hat gelebt, er hatte blendende Ideen, und seine Asche glüht noch.

Konkret 04/98, S. 56

Jan Pehrke

Film & Theater

U-Turn - Kein Weg zurück

Regie: Oliver Stone; mit Sean Penn, Nick Nolte, Jennifer Lopez; USA 97 (Columbia); 128 Minuten, ab 23.4. im Kino

Bei einem kleinen, schmutzigen Film noir wollte sich Oliver Stone ein wenig von seiner höheren Aufgabe als Gewissen der Nation erholen. Bobby Cooper, ein kleiner Ganove, ist auf dem Weg, eine Spielschuld zu begleichen und bleibt wegen eines defekten Autos in dem Provinznest Superior hängen. Dort scheint sich alles gegen ihn verschworen zu haben. Der Automechaniker nutzt schamlos sein Monopol aus, die Straßenbekanntschaft Grace entpuppt sich als Femme fatale, bei einem Überfall verliert Cooper sein Geld, und ständig will sich der Dorfrocker mit ihm prügeln. Um dem Ort zu entfliehen, läßt Cooper sich als Killer anheuern, wobei Grace und ihr Mann sich als Opfer und Auftraggeber abwechseln.

Oliver Stone bemüht sich zwar nach Kräften, »U-Turn« absichtslos zu halten, aber so ganz ohne Räsonnement geht es dann doch nicht ab. Der Film ist eine Art »Natural Born Killers« auf Sparflamme. Schwarzweißaufnahmen kontrastieren mit rauhem, satten Farbmaterial, eine assoziative Montage schneidet unvermittelt Aufnahmen von Vögeln oder Gesichtsdetails zwischen Dialogszenen, und eine Wackel-Kamera sorgt für nervöse Stimmung. Auch die archaische Mythologie wird wieder bemüht. Vom Animalischen im Menschen ist die Rede - als »Skorpione im Eimer«-Konstellation beschreibt Stone das »Jeder-gegen-jeden« seines Films. Eingepaßt in staubige, felszerklüftete Western-Panoramen beschwört Stone den frühen Sündenfall des Landes - die Ausrottung der Indianer. Aber das alles bleibt unterhalb der Diskurs-Schwelle und bildet nur den dekorativen Hintergrund für eine kleine Fingerübung.

Live Flesh - Mit Haut und Haar

Regie: Pedro Almodovár; mit Liberto Rabal, Francesca Neri, Angela Molina; Spanien/Frankreich 1997 (Prokino); 100 Minuten; ab 7.5. im Kino

Zu Zeiten, da Trash á la Guildo Horn Mainstream geworden ist, macht Camp-Connaisseur Pedro Almodovár seinen bis dato ernsthaftesten Film. In »Live Flesh« gibt es weder bizarre Interieurs, grelle Bonbon-Farben, hysterische Darsteller noch ein augenzwinkerndes Spiel mit Kinogenres. Nach zwölf Filmen kommt Almodovár zum ersten Mal auf Franco zu sprechen. Die Abkehr von seiner alten cineastischen Welt ist so augenfällig, daß er bereits Angst hat, fortan als Überläufer zu gelten, der eine Glorifizierung der Heterosexualität betreibt.

Der Film setzt 1970 mit einem Prolog ein. Informationsminister Manuel Fraga Iribande, später Gründer der heute in Spanien regierenden »Parti Popular«, verkündet den Ausnahmezustand. Die Straßen Madrids sind menschenleer, als in einem Autobus Victor zur Welt kommt. 20 Jahre später läßt eben jener Victor als unsterblich Verliebter den dramaturgischen Knoten des Films platzen. Er betet Elena an, eine drogensüchtige italienische Diplomaten-Tochter; sie will jedoch nichts von ihm wissen. In ihrer Wohnung kommt es zu einer Auseinandersetzung. Die beiden Polizisten David und Sancho stoßen hinzu, es löst sich ein Schuß, der David an den Rollstuhl fesseln und Victor ins Gefängnis bringen wird. Nach zweijähriger Haft entlassen, ist er entschlossen, den Faden wieder aufnehmen, obwohl Elena inzwischen mit dem querschnittsgelähmten Ex-Polizisten David verheiratet ist.

Das ist ein kruder Schmierenstoff, den Almodovár aber so ernst wie möglich nimmt. Mit großer Empathie folgt er seinen schuldhaften, zerrissenen oder einer fixen Idee nachjagenden Figuren, denen nur ihre Ehrlichkeit im Umgang miteinander ein wenig Würde verleiht. Aber genauso, wie es ihm gelingt, der Tragödie dieser unzulänglichen Menschen Größe abzugewinnen, genauso schafft Almodovár es auch, Rollstuhl-Basketball angemessen, ohne eine Spur von Mildtätigkeit, zu repräsentieren. Er filmt es, indem er den lärmigen, mitreißenden Stil der Sportberichterstattung imitiert. Auch für die Sexualität findet der Regisseur eindringliche Bilder. Ob das Elena ist, die an ihrem Körper riechend die vergangene Nacht wieder heraufbeschwören will oder akrobatischer Behinderten/Nichtbehinderten-Sex in der Badewanne.

Der Film endet, wie er begann, mit einer Geburt in den Straßen Madrids. Nun sind sie aber im Gegensatz zur Anfangsszene von Menschen bevölkert, und aus dem Off heißt es dazu: »Die Stadt hat ihre Angst verloren.« - »Live Flesh« ist am Ende ein fortschrittliches bürgerliches Trauerspiel.

Das Leben ist ein Chanson

Regie: Alain Resnais; mit Sabine Azéma, André Dussollier; Frankreich 1997 (Pandora); 120 Minuten; ab 9.4. im Kino

Für einen Film mit Gesangseinlagen setzt »Das Leben ist ein Chanson« ein unerwartet schweres Zeichen an den Anfang: die Hakenkreuzfahne. Schauplatz des historischen Prologs ist die Pariser Nazi-Kommandantur. Aus Berlin ergeht die

Order, die Stadt in Schutt und Asche zu legen, aber Hitlers Statthalter intoniert mit Josephine Bakers Paris-Hommage »J'ai deux amours« eine Befehlsverweigerung als Gesangseinlage. Wie hier der Faschismus ins Liebliche umschlägt, so tendiert der Film auch im weiteren Verlauf zu einer Gefälligkeit, die Feuilletonistenherzen höher schlagen läßt

Man merkt dem Film immer an, daß er allein auf der formalistischen Idee beruht, Chansons in eine Spielhandlung einzubinden. Die Geschichte wirkt wie ein Supplement. Es dreht sich darin alles um Schein und Sein. Jede Figur hat etwas zu verbergen. Nicolas verschweigt, daß er Chauffeur ist. Simon gibt je nach sozialem Umfeld »Hörspiel-Autor« oder »Immobilien-Makler« als Beruf an. Claude betrügt Odile. Und Marc gewinnt das Herz von Camille, indem er sie in dem Glauben läßt, er leide an gebrochenem Herzen statt an einer starken Erkältung. In einem mondänen City-Appartement, das sich dann als gar nicht so mondän entpuppt, werden schließlich alle Schleier gelüftet.

Im einzelnen ist Resnais die Einpassung der Chansons ins laufende Geschehen überzeugend gelungen. Da er kein Musical inszenieren wollte, gelangen meistens nur ein paar Zeilen eines Liedes zur Aufführung, wobei die Schauspieler sich auch besonderer dramatischer Gesten enthalten. Die Lieder sind lediglich eine Fortsetzung des Dialogs mit anderen Mitteln. Sie unterstreichen eine besondere Gefühlsaufwallung oder sagen sonst Unaussprechliches. Ein Sichselbst-Unterbrechen übersetzt der Film einmal schön mit »eine andere Platte auflegen«. Trotzdem wirkt die Finesse Resnais', mit der er in seinen drei letzten Filmen Populäres und Avanciertes fusionierte, ein wenig wie eine aufgemotzte Verlegenheitslösung, die kaschieren soll, daß er nichts mehr zu sagen hat. Er, der früher mit zeitgenössischen Modernen wie Marguerite Duras oder Alain Robbe-Grillet zusammenarbeitete, treibt's nun unangekränkelt populär.

Konkret 04/98, S. 61

Joachim Rohloff

Herrenmensch auf Reisen

Der Käfer- und Kriegsfreund Ernst jünger hatte auch ein Herz für »Neger«. Seine Tagebuchnotate über eine Reise nach Angola zeigen ihn als einen ganz ordinären Rassisten

Im Oktober 1966, ein Jahr nach ihrer großen Asienreise, sind Ernst Jünger und seine Frau Liselotte, genannt *das Stierlein*,* wieder an Bord. Diesmal heißt das Ziel Angola. Die Tagebücher *Siebzig verweht* berichten ausführlich. In Lissabon gab es erste Anzeichen, Jünger werde des ewigen Bildungsurlaubs, der ewigen Museen, Konsuln und Speisekarten, der ewigen *Bögen und Säulen, Türme und Kuppeln von Tempeln und Moscheen, von Synagogen und Kathedralen* allmählich müde: So *sehen wir auch die Heiligtümer, doch das Heilige nicht.* Und eines Abends *büßte das Stierlein ei . nen Absatz ein. Obwohl es schon dunkelte, versprach ich ihm, daß der Schaden bald behoben sein würde.*

So geschah es, und am nächsten Morgen war die Stimmung sonnig. Jünger, der im Dritten Reich nichts zu fürchten hatte außer Ehrungen, ließ sich auch in Lissabon von der Gestapo nicht die Laune verderben. Die Reisenden wurden zur Geheimpolizei einbestellt: *Sie heißt die »Pide« und wird als effektiv bezeichnet; sie soll bei der Gestapo in die Lehre gegangen sein. Daß wir, um die Stempel zu erhalten, am Nachmittag wiederkommen sollten, erstaunte uns nicht und verdroß uns noch weniger. An solchen Orten wird verlorene zu gewonnener Zeit. Wir verließen die Wachtstube in guter Laune.* Die Frage, warum Jünger zu jener Zeit ausgerechnet nach Angola fährt, ist mithin überflüssig. Warum denn nicht?

Am 11. Oktober legt der Schnelldampfer »Angola« mit tausend Reisenden ab. *Außer zwei pensionierten Engländerinnen, die in Durban wohnen, sind wir die einzigen Ausländer.* Alle anderen Passagiere *fahren auf Regierungskosten: Offiziere, Beamte, Soldaten.* Kommt Land in Sicht, und es ist nicht portugiesisch, versammeln die Soldaten sich auf Deck. Das Schiff darf *auch nur in portugiesischen Häfen anlegen, abgesehen von denen der Südafrikanischen Union,* die allerdings seit fünf Jahren »Republik Südafrika« heißt. Die Mahlzeiten nimmt Jünger *ziemlich lustlos* ein, denn *mit der Perfektion der Kühltechnik werden die Gerichte farbloser.* Zwar *stehen vom Schwertfisch bis zur Sepia ein Dutzend auf der Karte,* ihn aber ärgert *der Gedanke, daß Legionen herrlicher Fische sich unter dem Kiel tummeln.* Oberhalb des Kiels übrigens, *im Bauch des Schiffes,* vermutet Jünger, *müssen Mengen von Negern verborgen sein. Ich sah sie nur vor den Landungen mit ihren schwarzen Füßen und rosa Sohlen über die Planken hinwegtänzeln.*

Bald begegnet man einem *aus Afrika heimkehrenden Truppentransporter der »Impero«.* Trotz ihrer *die holländische fast übertreffenden Sauberkeit* behagt Jünger die Insel Madeira gar nicht. Einen dreistündigen nächtlichen Aufenthalt nutzt der famose Beobachter zur Beobachtung des touristischen Treibens: *An den Ecken standen einheimische Gruppen von Schleppern und Zutreibern, wohl auch Zuhältern ... Pilotfische, die sich in Piranhas verwandeln, wenn die Stunde geschlagen hat. Hellwach auf der untersten Stufe; der Fremde ist ein bloßes Objekt der Ausbeutung.* Dieses böse Wort fällt dem Herrenmenschen immer dann ein, wenn die Huren zu teuer sind; es soll während der nächsten Wochen nicht wieder vorkommen.

Ganz anders Sao Thomé, ein liebliches Eiland, das einst als Umschlagplatz für Sklaven diente. *Wo der Kakaobaum sich wohlfühlt, ist das vegetative Behagen groß.* »Kakaosklaverei« nennt man das System der Kontraktarbeit, das bis zur Mitte unseres Jahrhunderts fortbestand: »Freie« Arbeiter erhielten einen neunjährigen Vertrag mit festgesetztem Lohn. 1953 veranstaltete das Kolonialregime ein Massaker, dem binnen einer Woche mehr als tausend Menschen zum Opfer fielen. *Bei diesem »Es werde!« muß Jehova in bester Laune gewesen sein.* Die meisten Nahrungsmittel aber werden inzwischen, infolge der vorherrschenden Monokultur, importiert. *Die Frauen trugen Lasten, aber auch kleine Gegenstände auf dem Kopf Die Männer scheinen kaum ei . ne auszulassen, fast jede zweite kam schwanger vorbei.* Was Wunder in dieser Atmosphäre, da auch Jünger beim Anblick einer *halbnackten Schwarzen mit Zwillingen an der Brust* die Obstbanane assoziiert, *musa paradisiaca.* Immerhin streift ihn wenig später, zum ersten und zum letzten Mal während dieser Reise, eine Ahnung der sozialen Realität: *Die Sterblichkeit muß hier entweder groß sein, oder die Trauer muß lange währen; ich schloß es daraus, daß die tiefschwarze Kleidung überwog.* Tatsächlich schätzte man damals die durchschnittliche Lebenserwartung auf weniger als dreißig Jahre. Die Kindersterblichkeit betrug sechzig Prozent.

In Luanda werden die Jüngers von *Franzi Stauffenberg* erwartet, dem Besitzer einer Kaffeeplantage. Sie *tafeln* am Strand und verbringen den ersten angolanischen Abend *bei Terfloths, dem deutschen Konsul und seiner Gattin.* Die Konversation dreht sich um den *Aufstand von 1961.* Im Herbst 1960 erschossen portugiesische Soldaten dreißig Menschen bei einer Demonstration für die Freilassung des MPLA-Führers Agostinho Neto. Im Februar 1961 wurden die Gefängnisse von Luanda gestürmt und etliche Mitglieder der MPLA befreit; die Kolonialmacht und die weißen Siedler töteten daraufhin über dreitausend Afrikaner. Im März 1961 kam es im Norden Angolas zu einer Revolte des Bakongo-Stammes, die von der UPA (Uniao dos Populacoes Angolas) angeführt und alsbald von Siedlern und eilends herbeigeschafften Truppen zusammengeschossen wurde. Der nachfolgende Terror forderte schätzungsweise dreißig- bis fünfzigtausend Opfer. Jünger weiß davon nicht viel: Es sei *zunächst eine große Zahl weißer Siedler mit ihrem farbigen Anhang und dann etwa die*

dreifache an Eingeborenen getötet worden. *Die Gegensätze lassen sich nicht restlos in Weiß und Schwarz aufteilen,* hat er schon am ersten Tag beobachtet. *Sie werden durch die Weltmeinung gesteuert, auch bilden die Neger keine Einheit, sondern sind aufgesplittert in Stämme und Parteiungen.* Das ist erstaunlich, nahm man doch bisher an, Nation, Religion, Partei und Beruf der Neger sei »Neger«. *Die Portugiesen klassifizieren sie nach ihrem Bildungsgrad, der »Akkulturation«.* Jünger denkt an die sogenannten »Assimilados«, die in der Kolonialverwaltung arbeiteten und 1960 ganze 0,75 Prozent der Bevölkerung ausmachten, 99 Prozent der einheimischen Angolaner waren Analphabeten. *Vom »Kolonialismus« sind eigentlich nur noch die Schatten geblieben.*

Je länger die afrikanische Reise dauert, desto deutlicher erweist sich Jüngers berühmte »désinvolture« als gewöhnlicher Rassismus eines mangelhaft Entnazifizierten, der vom »Juden« nicht mehr sprechen darf, wie er vom »Neger« spricht. Das weltfremde Sentiment ist dabei nur eine selbstgefällige Attitüde: *Ich notiere das als Neutraler. dem alle Aussichten gleich widrig sind. Das Schwarze Afrika, der Dunkle Erdteil meiner Kindheit, ist so oder so verloren; selbst die Anarchie kann ihn nicht wiederherstellen. Ich bin mit Stanley den Kongo hinuntergefahren, aber ich stieg aus, als er den Kongostaat gründete. Lieber wüßte ich an seinen Ufern Flußpferde und Krokodile, ja selbst Kannibalen, als Kraftwerke. So* wie mancher, der mit Tante Droll durch den Westen ritt, Denver und Las Vegas am liebsten wieder abreißen würde.

Jüngers kulturhistorische Reflexionsmaschine, deren beständigem Brummen die deutsche Literatur mehrere tausend Tagebuchseiten verdankt, findet in Afrika wenig Treibstoff. Zwar gibt es die *Negerplastik,* doch sie töpfert die Eidechse, keinen Laokoon. Deshalb müssen, um das Bildungsgut in Anschlag zu bringen, ausnahmsweise die niederen Künste genügen. *Im Hotel blätterte ich noch in einer Broschüre: »Angola os dias dos desespero« von Horacio Caio, einem Bericht über den Aufstand von 1961 mit Abbildungen zerstörter Farmen und grauenvoll geschändeter Leichname. In solchen Zusammenhängen wird besonders deutlich, daß das Lichtbild mindert, indem es objektiviert,- es »nimmt ab«. Den Augenblick nicht festzuhalten und in die Zeit zu bannen, sondern ihn zu überwinden, zu sublimieren, bleibt dem Kunstwerk vorbehalten.* Was nützt das schönste Massaker, wenn es nicht von Goya gemalt wird?

Während der folgenden sechs Wochen wohnen die Jüngers auf *Senhor Stauffs* Plantage in Quilumbo. Der Vormittag gehört der *subtilen Jagd* nach Käfern und anderem Getier, ansonsten erkundet man die Umgebung und macht Besuche. Der nächste Nachbar, ein Portugiese, *hat vor kurzem eine dreijährige Haft verbüßt. Wenn ich es recht verstand, hatte er sich geärgert, daß ein Neger mit seinem Feuerzeug spielte, und ihn mit einem Fußtritt regaliert. Selbst wenn es ein böser Tritt gewesen sein sollte, schienen mir drei Jahre dafür übertrieben; vielleicht forcieren die Portugiesen jetzt nach der anderen Seite - - - ganz comme chez nous. Rasse und Hautfarbe haben hier nie eine besondere Rolle gespielt.* Allerdings sahen die Staatsbeamten und die Grundeigentümer seltsam blaß aus. Zur Zeit der Jüngerschen Beobachtungen war die Sklaverei offiziell abgeschafft, trotzdem konnte jeder schwarze Angolaner zur Zwangsarbeit herangezogen werden, der keine anderweitige Beschäftigung nachwies, nicht mindestens fünfzig Stück Vieh oder Pflüge und anderes landwirtschaftliches Gerät besaß, der seine Steuern schuldig blieb oder den Anschein erweckte, er könne sich selbst und seine Familie nicht ernähren. Staatliche Behörden sowie lizenzierte Pflanzer und Bergwerksdirektoren konnten jederzeit bestimmte Kontingente von »Kontraktarbeitern« anfordern. Örtliche »Postenchefs« sorgten notfalls mit Gewalt für die gewünschte Anzahl. 1960 gab es 800.000 Zwangsarbeiter. In einem Bericht des UN-Sonderausschusses für Entkolonialisierung hieß es 1965, der monatliche Mindestlohn für einen gelernten afrikanischen Arbeiter betrage 500, der für einen weißen 2000 Escudos. Und der »Spiegel« berichtete 1969: »Ein schwarzer Chauffeur erhält in Angola rund 1000 Escudos (140 Mark) im Monat, sein weißer Kollege bekommt das Dreifache. Auch die Priester werden je nach Hautfarbe unterschiedlich besoldet. Und selbst Prostituierte kassieren unterschiedliche Beträge für den Liebesdienst: 500 Escudos für Weiß, 100 Escudos für Schwarz.«

Alle Ländereien weit und breit scheinen fest in deutscher Hand. Die Geschichte der Besitzergreifung verewigt den Namen eines der Gastgeber Jüngers. Aber die historischen Kenntnisse sind nicht sehr präzise: Vom Gründer der Dynastie, *dem »Ochsentrotha«, einer der legendären Gestalten des Hererokrieges, hörte ich zum ersten Mal in der Fremdenlegion durch einen Deserteur. der bei der Schutztruppe gedient hatte.* General Lothar von Trotha war der Kommandeur der Schutztruppe in Deutsch-Südwest. Er hatte an der Niederschlagung des Boxeraufstands in China teilgenommen und dezimierte das Volk der Hereros auf ein Fünftel dadurch, daß er es in eine Sandwüste trieb und dort verdursten ließ. »Die trothasche Ausrottungsstrategie«, schrieb Gustav Noske 1914, »ist in Südwestafrika wohl unzählige Male verflucht worden. Manche deutschen Truppenteile machten keine Gefangenen, sondern schossen nieder, was schwarz war.« (Bundespräsident Herzog erklärte den Nachkommen der Hereros während seines Staatsbesuchs in Namibia Anfang März 98, eine offizielle Entschuldigung dafür werde es nicht geben.)

Eines Abends besuchen die Jüngers das *Erntedankfest auf Kronheimers riesiger Farm. Auch in Südafrika hat er Besitz. Er war schon in Deutschland ein großer Herr und ist rechtzeitig emigriert. Draußen hatten die Neger sich festlich versammelt; sie tanzten bis zum Morgen unermüdlich die Batuka beim Schein des Feuers.* Jünger denkt *an den Tanz der Japaner bei Nikko - hier war mehr Dumpfheit, auch tierische Angst.* Er vernimmt das *endlose ba-na-ná, bananá.* Die Folklore besingt das Hauptnahrungsmittel. Oder versteht Jünger, wenn der Neger spricht, grundsätzlich nur Banane? *Der Aufstand soll übrigens zum Teil von amerikanischen Frauenvereinen finanziert worden sein.* Tatsächlich war Holden

Roberto, der Führer der UPA, ein angolanischer Mobutu und Agent des CIA. Aber das kann Jünger nicht wissen. Er meint wohl eher die schädlichen Wirkungen übertriebener Philanthropie.

Am Morgen des 20. November erlegt der Gastgeber einen Riedbock. *Vormittags traten die Neger zur Wurmkur an.* Um einen solchen Satz niederschreiben zu können, muß man wohl Offizier gewesen sein. Wurden noch im Ersten Weltkrieg Pferde und Soldaten bataillonsweise gegen Würmer behandelt? Jünger stellt anläßlich dieses Schauspiels grundsätzliche Fragen: *Was ist eigentlich »schwarz«? Merkt man, daß man schwarz ist, nur. wenn man mit Weißen in Berührung kommt? Oder hat der Mensch dem Schwarz gegenüber angeborene Bedenken, wie gegen die Nacht oder gegen das Dunkle im Vergleich mit dem Licht?* Doch, einiges spricht dafür, warum sonst *versuchen die Neger, sich die Haare zu entkräuseln? In Amerika lebt eine Industrie davon. Wahrscheinlich empfindet die schwarze Frau den schwarzen Mann als den schöneren. Warum wird »Schwarzer«, »Neger« als Schimpfwort empfunden?* Vielleicht liegt es daran, daß diese Wörter als Schimpfwörter gemeint sind. *»Rasse« hat heute einen Hautgout bekommen; immerhin ist der Abendländer heute der Weltmannequin. Man spricht seine Sprache, trägt seine Kleidung bis zum Schlips. Für den Negerhäuptling ist die blonde Frau ein Statussymbol. Wenn die Neger ihrem Nomos folgten, würde es hier anders, natürlicher aussehen.* Man weiß zwar nicht so recht, worin das Übel besteht, es kommt aber daher, daß der Neger seinen Nomos verfehlt. Und im Herbst 1966 bietet sich die einmalige Gelegenheit, endlich herauszubringen, was sein Nomos ist. Denn es besucht ihn ein Denker, der jederzeit mit einem Bein in der fünften Dimension steht. Das Krokodil, notfalls der Kannibalismus, würde er sagen, nicht aber das Kraftwerk. Zwar mußten die Portugiesen, um ihre Herrschaft zu errichten, erst eine Zivilisation zerstören, die der ihren in keiner anderen Hinsicht als der militärischen unterlegen war, aber davon weiß Jünger nichts.

So wie noch keiner an der gescheckten Kuh auf grüner Weide erkannt hat, daß er selbst weiß ist, haben wohl auch die Afrikaner, bevor die Europäer kamen, sich einfach als Menschen gedacht. Der naive Irrtum wurde ihnen gewaltsam ausgetrieben. Wenn die schwarze Frau mit einiger Wahrscheinlichkeit den schwarzen Mann favorisiert, so darf die Insuffizienz ihres ästhetischen Urteils gewiß auf Nachsicht rechnen. Weißen Männern ist solche Einseitigkeit fremd, Jünger gibt noch auf der Rückreise ins heimatliche Wilflingen ein Beispiel. Was aber will er uns mit dem Hautgout der »Rasse« sagen, mit dem Semikolon und dem »immerhin«? Haben die Nazis den Rassismus desavouiert? Und hat die weiße »Rasse« ihre Überlegenheit im freien Wettbewerb trotzdem bewiesen?

Worte wie »Gleichberechtigung« sind adaptiert, setzt Jünger seine Betrachtungen bei Gelegenheit der Wurmkur fort, *werden aber nur mit dem Hintergedanken an Gewaltanwendung benutzt. Die Welt ist in eine Phase eingetreten, in der einer am schlechten Gewissen des anderen zapft. Gewissensmelker, ein neuer Beruf Davon leben Völker Parteien und Einzelne, Philosophen sogar. Auch das macht die Sache nicht besser und geht vorüber,- mir waren und sind die Neger angenehm.* Das ist nett; und so kann Jünger, obwohl die Juden am deutschen Gewissenseuter zerren, sich mit einem versöhnlichen Gedanken zu Tisch begeben.

Eine Frage allerdings bleibt weiterhin unbeantwortet: Können Hunde Rassisten sein? *Daß wir für die Hunde Götter sind, merkte ich nie so wie hier* Nun, sagen wir: Herrchen. *Dagegen haben sie offenbar vor den Schwarzen Angst. Vielleicht sind diese Dämonen _für sie.* Vielleicht haben auch Hunde angeborene Bedenken gegen das Dunkle. Ein Abend auf der *Fazenda Kisuka bei Kroels* bringt nähere Aufklärung. *Auch Roussels waren gekommen; wir tauschten Erinnerungen an den Kaukasus aus, wo er es bis zum Hauptgefreiten gebracht hat. Beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges waren manche in Deutschland, andere meldeten sich von hier aus freiwillig und erreichten ihr Ziel nach mehr oder minder abenteuerlicher Fahrt. Während die Neger auf leichten Sohlen vom Antilopensteak bis zur Omelette surprise servierten,* lag *eine gestromte Dogge unter dem Tisch. Wie ich von Roussels hörte, sind die Hunde in der Tat den Schwarzen feindlich; man muß verhindern, daß sie bissig werden.* Ein anderer dächte in solcher Gesellschaft vielleicht an die Zeit der Sklaverei, als entsprungene Arbeiter mit Bluthunden gejagt wurden, oder an die Berichte von KZ-Wächtern, deren Hunde aufs Kommando »Jude!« trainiert waren. Jünger dachte an nichts: *... man muß verhindern, daß sie bissig werden, weil ihnen sonst unvermeidlich das Futter vergiftet wird.*

Nach welcher Seite das Regime forciert und wie es um das Verhältnis von Gleichberechtigung und Gewaltanwendung bestellt ist, illustriert ein Auftritt während eines weiteren Soupers auf einer anderen Fazenda. Die Schilderung besticht durch ihren feinen ironischen Ton: *Nach der Suppe kam ein Boy herein und meldete, daß bei den Wächtern »Diskussion« ausgebrochen sei. Der Schwiegersohn, Senhor Tübben, ging hinaus und kam bald wieder zurück. Er habe nur einige Hiebe ausgeteilt, sei aber nicht »in voller Aktion« gewesen - dazu die Hausfrau: »Sonst hätte ich zu verbinden gehabt«. Er habe gütlich zugeredet, und zwar mit dem schmalen Stiel einer Keule, deren gänseeiförmigen Knauf er benutzt, wenn schwierigere Lagen eintreten.*

Einige Tage später führen Jünger und besagter Roussel, der über *sechs Hausboys und zwei Köche* gebietet, beim *Fondue bourguignonne mit Antilopenfleisch* ein *ausgedehntes, ziemlich makabres Gespräch über den Kannibalismus.* An den Missionar im Kochtopf mag Jünger nicht recht glauben. Aber *die Jäger mit den spitzgefeilten Zähnen, denen wir neulich begegneten, sollen in dieser Hinsicht verdächtig sein.* Selbst die unter den Angolanern verbreitete Furcht, die Weißen schnitten menschliche Köpfe ab, *um Bauten wie Staudämme oder Fabriken magisch abzusichern,* ermöglicht nicht den

Gedanken, einschlägige Kolportagen aus Stanleys Zeit könnten ebensolcher Unfug sein. Statt dessen notiert Jünger die lustige Anekdote von zwei schwarzen Akademikern: *»Wenn ich dabei an den miserablen Fraß in der Mensa von Oxford denke« - so ein Eingeborener mit Brille zum Kommilitonen beim bewußten Mahl.* Und *ein anderer weiß sich zu rühmen: »J'ai mangé du noir j'ai mangé du blanc, j'ai mangé du gouverneur. « In der Tat soll am Kongo ein Gouverneur verschwunden sein.* Seine Bewunderer preisen Jüngers außerordentliche Bildung, die von geradezu Goetheschem Umfang sei; deshalb weiß er auch: *Man ißt nicht den eigenen Onkel, wenn er hinfällig wird, sondern tauscht ihn gegen den eines fremden Stammes aus.* Daß aber einem, der unter seinem Hirndeckel die gesamte Kulturgeschichte Europas beherbergt, die simple Wahrheit nicht auf der Hand liegt, Unterdrückung brauche immer die passende ideologische Zurichtung, ist schon erstaunlich. Des Rätsels Lösung: Sie werden gar nicht unterdrückt

Die kulturelle, wenn nicht gar natürliche Überlegenheit des Herrenmenschen begründet seine Herrschaft, deren Legitimität selbst dann unbezweifelt bleibt, wenn sie von Salazar und der »Pide« nur noch mit terroristischen Methoden behauptet werden kann. *Nach dem Aufstand wurden alle Neger, von denen man wußte oder auch nur vermutete, daß sie damit zu tun gehabt hatten, abgeholt und kamen nie wieder zurück.* Das ist die Moral. *Wie ich bereits von Kremers gehört habe, traf dieses Schicksal besonders die intelligenteren, so unentbehrliche Handwerker Die Pflanzer kämpften um diese Leute vergeblich mit der Polizei.* Das ist die Nützlichkeit. *Einer der Fälle, in denen das Recht mit der Räson kollidiert oder die Moral mit dem Nützlichen, wie ich sie leider oft genug erlebt habe.* Etwa im Kaukasus, wo seinerzeit die Frage nach Liquidierung oder Ausbeutung regelmäßig zugunsten der Moral entschieden wurde.

Das Regime bemüht sich. *Die Reformen, die sich dem Besuch Salazars im Jahr 1938 anschlossen, sind umfassend: Straßen, Eisenbahnen, Flugplätze, Krankenhäuser. Schulen in einem äußerst dünn besiedelten Land. Ein mächtiger Anlauf,* der aber gegen Hunger, chronische Mangelernährung und Epidemien wenig ausrichtete. 1965 gab es in Angola 210 Ärzte, also einen Arzt für 13.000 Einwohner. Auf den Plantagen wurde nach Kolonialherrenart *vorsorglich mediziniert; ich sah Stauff dabei zu. Ein Negerkind, das sich an seine Mutter klammerte, bekam ein Zäpfchen in seinen winzigen dunklen Hintern gesteckt. Sein älteres Brüderchen sperrte ihm dazu selbst (!) die Bäckchen auf*

Was weiß Jünger noch vom Neger zu berichten? Er ist anstellig und nicht dumm: *Der Koch ist zu loben; er kann sogar Spätzle machen wie ein Schwab. Das Stierlein brachte es ihm bei und staunte über seine Gelehrigkeit.* Er hat sogar einen Humor: *Das ist ein Kennzeichen der Neger überhaupt. Sie staunen wie Kinder, sind leicht zu erheitern und dankbar. wenn man sich ihnen in dieser Absicht zuwendet. Darin erinnern sie mich an gotische Bilder,- sie haben noch viel guten Glauben, der vernutzt werden wird.* Aber er hält stur an seinen Gewohnheiten fest: Wenn die *Negerköche abends in ihr Dorf gehen, bereiten sie sich den täglichen Brei wie eh und je. Die Gewohnheit der Weißen, verschiedene Gerichte zu essen und damit zu wechseln, halten sie für absonderlich. Bei den Negern kocht übrigens der Mann.*

Schließlich nehmen die Jüngers *Abschied von unseren »Mohren«.* An Bord der *»Principe Perfeito«* steigt ein *Gala-Abend, durch ... eine schwarze Sängerin verschönt. Die Negerin, fast pur sang, von der Tönung der scharf gerösteten Kaffeebohne, Mischung von Urwald und Moulin Rouge aus den Tagen von Toulouse-Lautrec, kam aus Brasilien, wo die Melange noch besser als in Angola gedeiht. Gutturale, brünstige Stimme, geschmeidige Wendungen, die bald an eine Leopardin, bald an eine Lazerte erinnerten. Eins jener Wesen also, von denen es in »Tausendundeiner Nacht« heißt, daß selbst Greise die Hose näßten, wenn sie es nur von ferne sahen.* Da jedoch die Negerin, selbst wenn sie scharf geröstet ist, *in eroticis nicht viel bestellen* wird, lohnt es kaum, die Beinkleider abzulegen: *Wahrscheinlich ist aber das Versprechen stärker als die Erfüllung.* Woher Jünger das nun wieder weiß? Selbstredend von den renommiertesten Negerfickern, deren Memoiren er ständig im Handgepäck trägt: *Vgl. hierzu auch die Notiz des Grafen Keyserling während seiner Südamerikareise: Amphibienblut unter glatter Eidechsenhaut. Ähnlich auch Weber im »Demokritus«: »Negerinnen, deren Haut sich wie Sammet greift, und kühl wie die Schlangen.«* (Karl Julius Weber übrigens, damit er, von Jünger falsch zitiert, nicht in Verruf gerät, beklagte das Schicksal afrikanischer Frauen, die von den Truppen der ägyptischen Expedition in Pariser Bordelle verschleppt wurden.)

Saure Trauben, aber *der Koch ist vorzüglich; ich sann darüber nach, wie er es anstellt, daß keiner der Passagiere vom Truthahn andere als Bruststücke erhält. Er erreicht es, indem er viel mehr Truthähne aufschneiden läßt, als serviert werden. Sind die »Pfaffenschnitze« verteilt, wird die »carcasse« in der Küche neu garniert.* Und nun, endlich, schwingt Jünger sich zum ersten humanen Gedanken auf. *Man müßte den Über*fluß *durch Blitzfunk in Gebiete delegieren können, in denen Hunger herrscht.* Das Niveau amerikanischer Frauenvereine hat er damit allerdings noch unterboten.

Dumm ist er ausgezogen, dumm kehrt er wieder heim. Ihm seine Jugendsünden nachzutragen, die er als Mittdreißiger beging und bis zu seinem Tod nicht bereute, gilt als unfein. Helmut Markwort empfiehlt einem jungen Mann, um ihn vom Vorurteil zu kurieren, Jünger sei ein Nazi gewesen, »als erste Annäherung einen der Tagebuchbände *Siebzig verweht.* Die sorgfältigen Aufzeichnungen Jüngers atmen die Freiheit seines Geistes.« Gewiß. Vor allem aber respirieren sie einen Rassismus, gegen den kein Odol hilft.

* alle kursiv gesetzten Passagen sind Zitate von Ernst Jünger

Konkret 04/98, S. 61

Rayk Wieland

Jünger nicht älter

Dem nunmehr und endlich und, wie es scheint, ohne Wiederkehr von hinnen gegangenen Kommißkopp Ernst Jünger ist gewiß vieles vorzuwerfen und zu -halten: die widerwärtigen antisemitischen Tiraden, das soldatische und kriegsalberne Getue und Gespreize sowie die nationalsozialistische Hetze gehören nicht dazu. Dergleichen, sollte man meinen, hält man ernstlich keinem Menschen vor, bei dem diese Tatbestände so zutage liegen, es sei denn, in einem ordentlichen Prozeß wegen Verbrechen gegen die Menschheit. Jünger aber konnte sich zeit seines Lebens derlei feuilletonisierender Anwürfe erfreuen, die auch in den Nachrufen wieder als Relativierungen seines ansonsten grandiosen Jahrhundertwerks erschienen. Er selbst hielt, 1983, »solche Sachen für vollkommen irrelevant« und erklärte: »Die heutige Situation ist die, daß wir alle unter dem Schatten von Auschwitz stehen. « Unter dem Schatten zu stehen, war allein dem Stilisten Jünger vergönnt. Er gehörte zu den Leuten, die nur die Argumente kapieren, die Genosse Mauser vorträgt. Der hat leider. wie bekannt ist, all die Jahre versäumt, sich mit diesem Mann zu unterreden.

Wobei ein derart überlanges, zähes Leben in der deutschen Provinz, das Aufklauben von 40. 000 Stück Käfern und Gewürm sowie das Schreiben eines komplett hinfälligen und törichten Werks durchaus auch als eine, wenn auch keineswegs angemessene Strafe gelten kann.

Doch gerade mit pflichtbewußten Relativierungen und galanten Nachsichtigkeiten hat die überwältigende Mehrzahl der Epiloge in der deutschen Presse die Faszination erhärtet, in die sie vor dem Lebenswerk des schreibenden Entomologen geriet. Eine Jahrhundertgestalt sei hierzu Grabe getragen worden und das ganze zurückliegende Jahrhundert mit ihm, hieß es immer wieder beschwörend, dabei steht das laufende Jahrhundert nach wie vor männiglich vor uns und der Welt, wohingegen Jünger in Wilflingen mit Erde beworfen wurde, einem Ort, der nun hofft, ei . n »oberschwäbisches Weimar« zu werden. »Es ist, als würde das Jahrhundert zu Grabe getragen«, vermeinte z. B. der Suhrkamplyriker Durs Grünbein,- ihm schloß sich Paul Virilio an, der Jünger als »menschgewordenes 20. Jahrhundert« bezeichnete; ebenso Martina Meister in der »FR«: »In die Biographie dieses Mannes hatten sich die Widersprüche des zwanzigsten Jahrhunderts so sehr eingenistet, daß er sie wie kein anderer im wahrsten Sinn des Wortes verkörperte«; ebenso Wolfram Schütte ebenda: »Nicht nur weil er wie kein zweiter Autor älter wurde als ein Jahrhundert, war Ernst Jünger eine Jahrhundert-Gestalt«; Horst Haase im »ND«: »Denn eine Jahrhundert-Figur war dieser Mann« usf - eine Figur bzw. Gestalt also des Jahrhunderts, in die sich das Jahrhundert eingenistet hatte und menschgeworden war, so daß er es, das Jünger gewordene Jahrhundert, als Jahrhundert gewordener Jünger verkörperte, im wahrsten Sinn des Wortes.

Gleichfalls en vogue war in der Nachrufabteilung der alberne, aber umstrittene Jünger-Mann-Brecht- Vergleich. Wolfram Schütte in der »FR«: » Wie Thomas Mann durch die bewußte Nachfolgerschaft eines bürgerlichen Humanismus, wie Bert Brecht durch einen leninistischen Marxismus, so hat auch der abenteuerliche Anarchist Ernst Jünger sich als Schriftsteller >diszipliniert<« und sich im weiteren durch »sein ihn von Thomas Mann und Bert Brecht radikal unterscheidendes, demonstratives Desinteresse an >der sozialen Frage<, an Ethik und Moral, die nicht allein dem erkennenden Ich gellen«, ausgezeichnet. Frank Schirrmacher hingegen notiert, »daß Jünger die Verachtung demokratischer Verkehrsformen mit Bertolt Brecht und Thomas Mann teilte«. Mit denen teilte er aber auch - was niemandem aufgestoßen ist - den Buchstaben »t« im Vornamen.

Der dritte aus dem schier uferlosen Nebbich herausragende Gipfel-Topos war die Frage, ob, warum und inwieweit Jünger als links anzusehen bzw. direkt links anzusiedeln sei. In der »Zeit« schrieb Richard Herzinger dazu: »Mit dem Verweis auf unerschütterliche seinsmäßige Gewißheiten kann der Gestus linker Gesellschaftskritik an den bestehenden Verhältnissen mit eigener Mühe bewahrt werden. « Für die » Taz« versicherte Klaus Modick, daß er der Ansicht sei, »daß einer wie Jünger, der LSD nahm, gelegentlich zum Joint griff und für eine liberalere Drogenpolitik eintrat, wohl doch eher >links< zu verorten wäre«.

Wer aber rührte den sakralsten Quark an? Es ist schwer Rolf Hochhuth etwa mit: »Eine Epoche ist zu Ende: Es lebt nun kein Deutschschreibender mehr. der noch zur Weltliteratur gehört«? Oder Frank Schirrmacher: »Aber wenn dieses Jahrhundert Späteren sofern ist wie uns das neunzehnte, wird Ernst Jüngers Werk wie ein Blick in ein beleuchtetes Aquarium sein«? Thomas Assheuer gar: »Dieses Genie der Wahrnehmung besaß einen einzigartigen Sinn für die Geheimnisse des Bewußtseins, und doch glaubte er seine Imago könne das >Sein< berühren, >die Zeit zur Strecke bringen< und alle Weltangst besiegen«? Nein, sie alle werden kassiert und im warmen Regen ihrer Phrasen stehen gelassen von dem Nekrologen Rainald Goetz, dem Jünger nachzurufen einfiel: »Die Götter und Geister die um ihn waren, denen er diente und sich verantwortlich fühlte, werden ihn führen, in diesen Stunden und Tagen. «

PS. Die Londoner »Times«faßte sich übrigens sehr kurz und verlegte den Todesort des Dichterdarstellers nach Bayern.

Konkret 04/98, S. 65

Stefan Ripplinger

Im alten Garten

Jünger hatte Jünger vor allem in Frankreich. Woher rührte die Faszination der Franzosen für den Literaten im Forstbaus?

Kaum ein deutscher Schriftsteller hat den französischen Stil so schlecht begriffen wie Ernst Jünger. Da er aber einer der sehr wenigen war, die sich überhaupt um ihn bemüht haben, fand der Schriftsteller in Frankreich doch Liebhaber, nicht nur auf der Rechten. Sie bemerken zwar, wie schlecht seine Kopie ist, aber daß einer überhaupt zu kopieren versucht, schmeichelt den Franzosen nicht wenig.

Man könnte auch sagen: Er hat dem, was man im allgemeinen und zu Recht als den französischen Stil betrachtet - Montaigne, Diderot, Stendhal -, nicht entsprochen, aber sich einer hierzulande weniger bekannten gegenrevolutionären Strömung der französischen Literatur sehr gut abkommandiert. Als seinen Anreger nennt Jünger Maurice Barrès, dessen »culte du moi« im Völkischen wurzelt. Auch den Antisemitismus findet man bei Barrès, die heroische Attitüde, die preziöse Gestik. Ein anderer Geistesverwandter ist Pierre Drieu la Rochelle, der faschistische Dandy und Dichter, über den Jünger mit François Mitterrand wie über einen verlorenen Freund plauderte. Drieu la Rochelle, zunächst Anhänger der literarischen Avantgarde, wurde unter dem Einfluß des Ex-Kommunisten Jacques Doriot zum Gefolgsmann Hitlers, die Ermordung der Juden rechnete der Dichter seinem Führer als dessen »ewiges Verdienst« an.

Jünger selbst wird häufig für einen Dandy gehalten, aber diesen Typus des ästhetischen Empörers trifft man in Deutschland und Österreich nicht an. Hier sieht man immer nur den feschen Offizier, der seinen Elitismus dem staatlichen oder militärischen Verband unterordnet, der heroisch nicht vor dem Spiegel, sondern auf dem Schlachtfeld ist. Die Verwechslung beider Typen ist allerdings möglich, und auf sie mag die Vorliebe des Edel-Kollaborateurs Jean Cocteau für Ernst Jünger zurückzuführen sein. Andere Verbindungen sind weniger leicht aufzuklären. Was brachte den Verfasser des *Corydon,* André Gide, dazu, sich für Jüngers *In Stahlgewittern* zu begeistern? Eine Adoration des männlichsten aller Helden?

Wieder andere Freundschaften beruhen möglicherweise auf Verkennung. Wir wissen, wie gern sich Jünger während der Okkupation mit dem kauzigen Enthusiasten Paul Léautaud unterhielt. Später aber schrieb der Deutsche naserümpfend über des Franzosen obszöne Tagebücher, er könne sie nicht lesen, weil sie sein »Odorat«, seinen Geruchssinn, beleidigten. Jüngers Zurückweisung C~lines ist vielleicht mehr Reaktion auf dessen pöbelndes Auftreten als auf seinen Antisemitismus. Die Autoren, die den Argot in die Literatur einführten - wie Céline -, die vor der Darstellung des Abscheulichen nicht zurückwichen - wie Sartre -, ließ Jünger seine Verachtung spüren. Den Abseitigen - wie Henri Michaux - galt sein ganzer Haß. Daß es mit Jüngers Ablehnung des Antisemitismus, die seine Apologeten gerne hervorheben, nicht weit her ist, hat Jutta Ditfurth kürzlich (»Jungle World« 9/98) durch einige Jünger-Zitate belegt, von denen das aufschlußreichste lautet, gerade die »Dezimierung der Juden« führe »zur Verbreitung jüdischer Eigenschaften in der Welt, in der alttestamentarische Züge sich ausbreiten« *(Strahlungen).*

Der Antisemitismus ist es, der im 20. Jahrhundert die Geister geschieden hat, die entschiedene Ablehnung des Antisemitismus definiert den Intellektuellen, ebenfalls ein Typus, der in Deutschland nicht, oder nicht mehr, auftritt. Maurice Blanchot, selbst einst ein Kollaborateur aus dem Kreis um Drieu la Rochelle und wenigstens bis in die Sechziger bekennender Jünger-Verehrer, beschreibt in seinem beeindruckenden Essay *Les intellectuels en question* (Paris 1996) jenen Riß, der seit dem Dreyfus-Skandal die (französischen) Intellektuellen von den Vertretern der gesellschaftlichen und staatlichen Übermacht trennt. Auf welche Moral, auf welche höhere Vernunft können sich die Intellektuellen berufen, wenn sie einen Unschuldigen verteidigen? Das ist die Frage, die sie sich bis heute gefallen lassen müssen. Barrès war einer der ersten, die sie gestellt haben. »Wir sind nicht die Meister unserer Gedanken«, bedeutete er den Verteidigern Dreyfus'; unsere Gedanken kämen nicht aus dem Verstand, »sie sind Weisen, auf sehr alte physiologische Anlagen anzusprechen oder sie umzuformen«. Kurz, das Denken leite sich vom Überlieferten, von Blut und Mythos her. Dreyfus aber sei nur ein »Entwurzelter«, der nicht in »unseren alten französischen Garten« gehöre.

>Ach bin kein Intellektueller«, sagt Barrès, »und ich wünsche vor allem, daß man sich deutlich (französisch) ausdrückt.« Dieses Französisch beherrscht Jünger allerdings: »Sprache ohne Wurzel blüht, wie Schnittblumen in der Vase, eine Zeitlang weiter ohne Frucht« *(Autor und Autorschaft).* Eine Formulierung, die im Garten Barr~s' gewachsen sein könnte, im Faschismus völkischer Prägung, der, seiner partikularen Ausrichtung zum Trotz, ein »universelles Modell« (Blanchot) geworden ist.

Der scheinbar so unpolitische Léautaud votierte gegen Dreyfus, obschon er dessen Unschuld für erwiesen hielt, er trat ein »für die Ordnung, gegen die Gerechtigkeit und gegen die Wahrheit«. Allerdings, schreibt Blanchot, können die Intellektuellen - diejenigen Künstler und Schriftsteller, die in einer politischen Auseinandersetzung zu Intellektuellen werden - nicht wissen, ob Wahrheit und Recht auf ihrer Seite sind. Gewiß ist nur, daß sie gegen das Recht und die

Wahrheit, die Staat und Gesellschaft für sich reklamieren, verstoßen. Sie begeben sich in einen Kampf, dessen Ausgang unsicher ist, sie müssen sich selbst aufs Spiel setzen.

Genau dies hat Jünger nie getan. Der Jünger-Verehrer Blanchot bemerkt über Martin Heidegger, diesem habe es »gefehlt, in manchen Stunden ein einfacher Intellektueller zu sein«. Aber noch viel mehr als für den Philosophen in der Hütte gilt dies für den Literaten im Forsthaus. Er zieht sich auf die goetheanische Position des Beobachters, des - wie er sich selbst beschreibt - »Seismographen«, zurück. Da er aber nicht gegen die Mächte der Ordnung opponiert, pflichtet er ihrem Wirken bei. Nicht in seinen nationalrevolutionären, sondern in seinen späten Schriften vollendet sich diese Haltung. Ist diese Gleichgültigkeit gegenüber der Welt der Tribut, der einem reinen Stil zu bringen ist? Im Gegenteil scheint die Gleichgültigkeit den Stil geradezu zu verderben. Zu Unrecht bezieht sich Jünger auf die französisch-aristokratischen Schriftsteller, deren Kälte er mit Phlegma verwechselt. Es fehlt die Nervosität, die die Tagebücher eines anderen Anti-Dreyfusard, Paul Valéry, auszeichnet. Den Blicken dieses kältesten aller kalten französischen Schriftsteller hielten die mythologischen Begriffe nicht stand. In Jüngers Alterswerk aber sammelt sich der »politisch-metaphysische Plunder« (Pierre Bourdieu); ein Zitaten- und Trouvaillen-Schatz, über den Helmut Heißenbüttel bemerkt, er solle nur »den zur Schau gestellten Berichterstatter illuminieren« (»General i. R. als Goethe«, in H. L. Arnold: *Ernst Jünger).*

In der Beflissenheit des Zusammentragens von Bildungsgütern aller Art spiegelt sich jene Selbstzufriedenheit, die dem Käferfreund die Sympathie der Spießer eingetragen hat. Ihr Vorbild hat diese Sammelleidenschaft im deutschen Universalgelehrten des 19. Jahrhunderts, nicht im französischen Moralisten.

Ernst Jünger - »der französischste aller deutschen Autoren« (Rudolf Burger)? So schlecht sollte man über die französische Literatur nicht urteilen. Und »rien de Barrès« (Valéry).

Konkret 04/98, S. 66

Jürgen Roth

Nachhitlerische Unschuld

Literaturkritik hat aus der Geschichte gelernt. Ihr Credo: nationale Größe oder deutsche Zeitgenossenschaft. Für letztere plädiert Gustav Seibt

Jahrelang forderte u. a. das Feuilleton der »FAZ« unermüdlich den »großen deutschen Gesellschafts-« resp. »Gegenwartsroman«. Da Günter Grass ihn versuchsweise einreichte, schien's auch nicht recht. Gustav Seibt, der Frank Schirrmacher als Literaturchef der »FAZ« abgelöst, einer fachlich versierten Kritik mehr Gewicht verschafft und blattfremde Präferenzen - z. B. für die sog. Neue Frankfurter Schule - etabliert hatte, wußte gute Gründe gegen die breit-behäbige Moralfibel vorzubringen. Nachdem er zur »Berliner Zeitung« gewechselt war, führte er weiter aus: »Die Literaturkritik jault immer noch nach dem großen Gesellschaftsroman der Bundesrepublik; doch wenn man heute einem ganz Fremden schnell erklären müßte, wie wir heute leben, könnte man ihm ohne weiteres Gernhardts Gedichte seit *Körper in Cafés* in die Hand drücken.«

Von welchem »Wir« spricht hier ein Literaturkritiker, der Botho Strauß als Nationalkitschier dechiffrierte, ein Exeget, der sich dem Humanismus verpflichtet fühlt und dessen jüngst erschienener Sammelband *Das Komma in der Erdnußbutter - Essays zur Literatur und literarischen Kritik* das Strauß-Verdikt doch nicht enthält?

Der Einsatz, mit dem man dazumal Grassens Buch lancierte, dürfte singulär gewesen sein. Jener, der für sein mutiges und gewaltiges Projekt *Ein weites Feld* zunächst gepriesen sein wollte, auf daß man ihn schließlich um so präziser in die Pfanne hauen konnte, erfüllte jedoch bloß strebsam einen Auftrag, den die Literaturkritik an ihre Dichter zu richten nicht müde ward. Jetzt lautete die Parole: Publicity, Marschrichtung Hinrichtung, und zwar, ungeachtet der literarischen Katastrophe, die Grass anzurichten sich nicht gescheut hatte, weil einer - vorgeblich - den nationalen Konsens störte. Eckhard Henscheid tat mit gebührendem Abstand das einzig Richtige und referierte für die »Titanic« (Heft 1/96) den extraordinär wuchernden Feuilleton- und Medienquatsch unter dem Titel »Fontane, Grass und manches mehr«.

Gustav Seibts Kompendium erinnert nun an die große, größtenteils Größenwahn bezeugende Grass-Kontroverse. Seine ehedem für die »FAZ« verfaßte Besprechung von *Ein weites Feld* charakterisierte das dicke Opus als zusammengedengelten, vor Symbolik ächzenden, die Nation anrufenden Plauder- und Rumpelroman, der »dauernden Gebimmels und Gekrächzes« wegen auch nur lachhafte Reaktionen verdiente, Reaktionen übrigens, die stringente Affinitäten zum Gegenstand aufwiesen: Geschmacklosigkeit, Geschwätzigkeit, Besserwisserei und Eitelkeit. Über den Kasus Grass hinaus macht Seibt indes deutlich, daß Literaturkritik ihre geschichtlichen Voraussetzungen reflektieren und eher historiographisch denn gegenwartsbezogen verfahren sollte.

Das Komma in der Erdnußbutter versteht sich zunächst folgerichtig nicht als Sammlung verstreuter tagesaktueller Arbeiten, sondern als an Einzelbeispielen durchgeführte Erörterung der geschichtlichen und begrifflichen Grundlagen von Literaturkritik, die weder dem Dünkel des Hochamtes noch der Dreistigkeit TV-gestützter Bücherbeplärrung Folge leistet. »Kritik muß«, schließt das Nachwort, »bevor sie in Begeisterung ausbricht, unbeeindruckbar sein, skeptisch und ironisch, und sie kann es, wenn sie schon vielerlei gesehen und erfahren hat, wenn sie auch mit einem Tropfen Philologie gesalbt ist. Ironie und Philologie sind heute der Ausdruck des längeren Gedächtnisses, das über die Bücherherbste und ihre reizvollen Aufregungen hinausgeht.«

Seibt formuliert hier Maßstäbe, die er nach Ansicht nicht weniger nicht eben kenntnisarmer Beobachter des bundesdeutschen Kulturmilieus durch seine Beiträge über Jahre hinweg gesetzt hat. Strenge literarhistorische Orientierung verlangt eine Rechtfertigung des wertenden Geschäfts, welche den Voluntarismus des erwählten Deuters hinter sich läßt. Literaturkritik handelt somit idealiter vor dem Hintergrund der Überlieferung, des akkumulierten ästhetischen Wissens und der je spezifischen Geschichte literarischer Techniken. Seibts exemplarische Werkstudien und Autorenporträts rekurrieren nicht umsonst beständig und umsichtig auf Gattungsprobleme, Fragen der Erzählperspektive, der Komposition. Dabei führt die Unterscheidung dreier Prototypen der Kritik ins Zentrum einer literatursoziologischen Diskussion, die sich Anfang der siebziger Jahre am Dogma der herrschenden Interpretationslehre entzündete, Texte und Kunstwerke seien allein hinsichtlich ihrer jeweils singulären internen Strukturen zu verstehen und zu bewerten.

Seit Kunst autonom wurde, ist Kritik religiöser, moralischer oder repräsentativer Funktionen enthoben und allein dem ästhetischen Gehalt verpflichtet. Seibt folgt der Ästhetik Adornos, insofern er dem Materialstand höchste Bedeutung einräumt. Zugleich unterschlägt er, einer lange betriebenen »FAZ«-Politik folgend, Adornos zentrale Vermittlungsleistung: Jener nämlich begriff das Kunstwerk als Monade, die bis in ihre feinsten kompositorischen Verästelungen hinein Aufschluß über die Klassengesellschaft gebe, diese sich mithin durch die Textur hindurch ausdrücke; dialektische Ideologiekritik gleiche demnach nicht x-beliebige äußerlich gegebene »Formen« mit isolierbaren »Inhalten« ab oder subsumiere das eine

dem anderen, Kunstkritik reflektiere den Materialstand und zugleich ideologische Konfigurationen, so daß man etwa an Partituren den Stand der Produktivkraftentwicklung und der Klassenkämpfe ablesen könne.

Adornos Engführung von Deutung und gesellschaftlicher Erkenntnis, die stets der Sache geschuldet bleibt, steht Seibt ablehnend gegenüber. Er rettet Kritik als freischwebendes Exerzitium: Sie erhellt die Immanenz von Kunstwerken und stilisiert Literatur zum rein vergeistigten Medium, das keine Spuren seiner Entstehung mehr offenbart. (»Bei Benjamin und Adorno«, schreibt Seibt, »wird die ästhetische Geschichtsphilosophie insofern materialistisch, als zwar die gestaltgebenden Intentionen der Kunst autonom gedacht werden, nicht aber das sprachliche Material, mit dem sie arbeiten muß«, was sich, gelinde gesagt, nur behaupten läßt, unterschlägt man den geschichtlichen Grund aller Kultur: die gesellschaftliche Arbeit.)

Dieser Dignität einer gelehrt-kunsthistorischen, nichtsdestotrotz abstrakten »Freiheit« entspricht die Preisgabe gesellschaftlicher Bezüge. Gegen den aufklärerischen Rationalismus und die altehrwürdige Regelpoetik Gottscheds sind der Einwände noch viele, Kritik, referiert Seibt, verkomme zum »Unter- und Anwendungsfall der universalen gesetzgebenden Vernunft«. Werden jedoch unhintergehbare Reste ästhetischer Erfahrung und Sensibilität proklamiert, die jeder begrifflichen Auflösung entzogen bleiben, entsteht bald die Notwendigkeit, sich nicht nur gegenüber Karl-Heinz Bohrers »rechtsromantischer« Reklamation des irrationalen ästhetischen Augenblicks (der sog. »Plötzlichkeit«) abzugrenzen, sondern außerdem Adorno, Benjamin und Karl Kraus »der klassisch-romantischen Kulturkritik« zuzuschlagen - um ihnen den Stachel zu ziehen.

Während Seibt das krachlederne Realismuskonzept wohlbegründet unterläuft, ist es ihm um den Habitus der Verfeinerung zu tun. Wer von Literatur was versteht, hat mit den Niederungen des Sozialen nichts am Hut, signalisiert er, und Kritik, heißt es gegen Benjamin, dürfe keinesfalls »vernichten«. So entschieden er mal Machtgebaren und »radical chic«, mal falsches Expertentum und »die Tyrannis des Haufens« konterkariert, so fickrig willfährt er dem neokonservativen Common sense und spricht Urteile, die seine Interventionen als politische Positionsbestimmungen markieren. Peter Handke, hören wir etwa, »will ... glauben machen, die Serben seien durch die Autonomiewünsche ihrer jugoslawischen Brudervölker die zuerst und eigentlich Angegriffenen in einem Krieg, den sie zwar begonnen, die anderen aber >provoziert< hätten«. - »Die serbischen Greueltaten in Bosnien sind so vielfältig belegt, daß auch die von Handke vorgetragene Kritik an Kameraeinstellungen und klischeehaften Erzählformen diese Grundbestände weder zu erschüttern noch auch nur zu relativieren vermag. Den Medien und ihren Konsumenten >Geilheit< vorzuwerfen, ist absurd angesichts eines Vorgangs, der von der westlichen Politik lange Zeit mit sträflicher Indifferenz und zynischem Fatalismus observiert wurde.«

Zu Primo Levi und zum Problem der Ästhetisierung von Auschwitz bei Peter Weiss bemerkt er, klug, zurückhaltend: »Da Scham und elementare Menschlichkeit es verbieten, das unmenschlichste Ereignis der Geschichte einfühlend oder ausmalend zu schildern, wird alle spätere Historiographie da, wo sie auf das Leiden selbst kommt, ihre Stimme immer an die wenigen Zeugen abgeben müssen. Es ist daher für alle Zeit nach Auschwitz eine wichtige Tatsache, daß die Gleichnisrede der Dichtung schon von den Opfern selbst ergriffen wurde, als sie über ihr Leiden Zeugnis ablegten.« An Stauffenberg indes begeistert ihn der elitäre Gestus der George-Schule, das Bild vom autoritär verfaßten Staat: »Stauffenbergs Heldenmut und seine rechtliche Haltung sind um so beeindruckender, als sie nicht von einem der Fanatismen des Weltbürgerkriegs genährt waren. Sein Selbstopfer ist das bewegendste Zeugnis für das erzieherische Ethos von Georges Dichterkreis.« Folgerichtig gilt auch alle Sympathie Victor Klemperers »Scham um Deutschland«, und Martin Walsers Geschwister-Scholl-Rede deutelt Seibt so lange um, bis sie im Lichte der Offenbarung des >anderen Deutschland< erstrahlt: »Allerdings weigerte sich Walser, Klemperers Option als historisch von vornherein aussichtslos abzutun: >Wer alles als einen Weg sieht, der nur in Auschwitz enden konnte, der macht aus dem deutsch-jüdischen Verhältnis eine Schicksalskatastrophe unter gar allen Umständen.< Für den ist, so könnte man hinzufügen, Geschichte erstarrt, schrecklich, erhaben, monumental, ohne humane Möglichkeiten.«

Dies andere Deutschland, von dessen humanen Möglichkeiten der Kritiker - entgegen seinen weithin historisierenden Verfahrensweisen - Kunde geben möchte, ist geläutert fast bis zur Reinheit. Ihm leiht er - durch den Resonanzraum einer ins Utopische gerichteten großen und wahren Literatur - seine Stimme, seine Zukunft imaginiert er. Insistiert Seibt darauf, Kultur und Kulturbetrieb hätten zu schweigen, wo die Opfer berichten, beklagt er doch zugleich den Verlust ästhetischer Weihe: Bildung war ihm das wirkliche Opfer dessen, was »Zivilisationsbruch« genannt wird, als sei das Grauen aus dem Nichts gekommen. Abseits des schäbigen Rezensentenwesens findet Seibt den höheren humanistischen Auftrag wieder, der seinerseits in beredtes Verschweigen und ziselierte Verdrängung mündet - jene Verdrängung der - laut Walter Benjamin - mit Kultur (und bürgerlicher zumal) eng verknüpften Barbarei.

Seibt zeigt wohl den Barbaren Handke, der menschenleere dingpoetische Räume entwirft und den Krieg beschwört (»aus ihm spricht ein Wahn von Krieg und Blut und Boden«); Seibt holt, poetologisch geschult, simultan den endlich politisch gewordenen Dichter Robert Gernhardt heim. »Wieder sichert«, kommentiert er Gernhardts Sonett »Roma aeterna«, »der moderne Komik-Zement ... dem ganzen Marmorgebäude das Fundament und dem Gedicht sein festes Stehen in der Gegenwart.« Vor Lachen, garantieren wir, fällt weder die ewige Stadt noch das Gedicht um. - Nach »vorhitlerische(r) Unschuld«, schrieb ein Gernhardt-Leser, habe dieser ihm »den Glauben an die deutsche Sprache als Spielsprache

wiedergegeben«. Seibt ergänzt: »Sehr wahr, mit einer Veränderung: Handelt es sich nicht doch um eine nachhitlerische Unschuld? Hat nicht auch Gernhardt seine Lektion aus der Geschichte des Jahrhunderts gezogen? ... Die aufklärerische Unschuld des trockenen, hellen, ironischen Tons kann doch bestenfalls eine zweite Unschuld sein, so wie man nach Gebrüll und Gestammel den Ton absichtsvoll dämpfen und zum zivilisierten Parlando zurückfinden muß. Ist Robert Gernhardt zum Dichter unserer Zeit geworden? Schön wäre es, doch wird das erst die Geschichte erweisen. In dem Band *Lichte Gedichte* gibt es auch ein politisches:« - nämlich: »Einer schreibt der Berliner Republik etwas ins Stammbuch«, wo es heißt: »Erstmals müssen alle ran, / Turnschuhe wie Krücken. / Glückt's nicht, sind wir alle dran, / ergo muß es glücken« (vgl. auch LITERATUR KONKRET 1997).

Leichten Schrittes erreicht Seibt zum guten Ende die Zeitgenossenschaft; eine negativ-idyllische, auf Harmonie bedachte, sehnsuchtsvoll deutsche. »Christian Krachts Verzweiflungssehrei«, heißt es auf der Zielgeraden des Abschlußaufsatzes »Von der Neigung deutscher Dichter zum Kulturpessimismus«, »spricht etwas Wahres aus. Deutschland ist durch seine Kriegszerstörungen und durch die materielle und moralische Verwüstung seiner Gesellschaft der industriellen Verhäßlichung besonders wehrlos anheimgefallen. Auch Häuser sind Dinge, und in Deutschland sind sie viel öfter neu und scheußlich als in den meisten anderen Ländern.« Das ist wohl wahr: Häuser bleiben Dinge, so sehr wir daran rütteln mögen, und die Deutschen bleiben Opfer ihres eigenen Krieges, so sehr wir darüber sinnen mögen.

Sätze dieser Art sind mehr als Literaturkritik; sie sind Politik: Bekräftigung von Goldhagens Verdikt, das nachhitlerische Deutschland habe sich seine Aufnahme in den Kreis der edlen, demokratischen Gesellschaften redlich verdient, unschuldig, wie es geworden ist.

Ein Bündnis eigener Art: Literaturhistoriographie appelliert an die deutsche Gegenwart, brennende Asylbewerberheime und antisemitische Hetze finden in ihr keinen Platz. Da hockt schon das Gedicht.

Gustav Seibt: *Das Komma in der Erdnußbutter - Essays zur Literatur und literarischen Kritik.* Fischer Verlag, Frankfurt/Main 1997, 192 Seiten, 18,90 Mark

Konkret 04/98, S. 68

Mark-Stefan Tietze

Avocado diaboli

Des Angestellten Wesen und sein Aktenkoffer. Eine neue Studie verrät kaum Neues über dieses Thema, wohl aber über ihren Autor - einen Angestellten

Von Angestellten hat man ja die furchtbarsten Stereotypen im Kopf Graue Duckmäuser bearbeiten da Formulare oder Kundenwünsche, träumen lebenslang von Beförderung und Urlaub und rüsten sich im »Phantom der Oper« oder beim Tai Chi für die Büro-Intrigen des nächsten Tages. Diese wiederum nennen sie heute gerne »Mobbing«, auf daß wenigstens *etwas* Existenzbedrohendes ihr trübes Dasein transzendiere.

Seit Siegfried Kracauers klassischer Studie von 1929/30 hat sich also das Bild von der Angestelltenkultur kaum verändert. Bewußtsein und Lebensstil dieser Schicht scheinen auf ewig geprägt von der fatalen Neigung zu Konformismus, Eskapismus und unangemessenem Distinktionsbestreben. Bester Beweis dafür: Wer sich heutzutage abfällig über Angestellte äußert, ist in der Regel selber einer; es hat die statistische und publizistische Dominanz des Angestelltenbewußtseins in der Dienstleistungsgesellschaft dasselbe als Gegenstand kritischer Reflexion bloß gründlich zum Verschwinden gebracht.

Dieses Scheindilemma dient dem »FAZ«-Feuilletonredakteur Mark Siemons als Ausgangspunkt seines Buches *Jenseits des Aktenkoffers: Vom Wesen des neuen Angestellten.* Dort erklärt er den verhuschten Buchhalter von gestern für tot und behauptet statt dessen augenzwinkernd, daß der »Angestellte neuen Typs« das Idealbild des freien Menschen und den »Gipfel der Emanzipation« darstelle. Reich, kultiviert, körper- und umweltbewußt, von den Medien gehätschelt und von Künstlern und Philosophen umringt, verbringt dieser smarte Erfolgsmensch seine Tage mit spannenden kommunikativen Herausforderungen, während er sich selbst in seiner Freizeit unentwegt aktiv erlebt und kreativ amüsiert. Da er sein derart bereichertes Selbst komplett in den Dienst seines Unternehmens stellt, kann er es dort auch perfekt verwirklichen. Er zieht daraus ein grandioses Selbstbewußtsein, etwa wie der Börsenmakler Shennan McCoy in Tom Wolfes *Fegefeuer der Eitelkeiten,* und wie dieser ist er, man merkt es längst, natürlich eine Kunstfigur.

Hochmut kommt vor dem Fall, zumindest im Fiktionalen, und so gibt Siemons am Ende zu bedenken, ob der Angestellte in seinem Trachten, die Welt nach seinem Bilde zu schaffen, sie damit nicht kolonisiere und zugrunde richte. In seinem unstillbaren Hunger nach Sinn, Identität, dem Anderen verschlinge er nämlich alles Unbekannte und Exotische, könne aber, da er es seinem Bedürfnis nach Ordnung und Sicherheit anverwandele, nie satt davon werden. Zumal eben am Horizont die düsteren Wolken der Weltwirtschaftskrise aufzögen und ihn daran erinnerten, daß sein abgeklärt-ironisches Selbstbewußtsein allein auf den brüchigen Fundamenten seines Wohlstands ruhe. Das klingt dann plötzlich nicht mehr so aufregend, sondern eher wie der Versuch, jene zivilisationskritische Attitüde hinterrücks einzuschummeln, die laut Siemons' erster Buchveröffentlichung *Schöne neue Gegenwelt* im gegenwärtigen Kapitalismus immer schon mitverkauft werden muß.

Immerhin, als Kracauer gegen Ende der Weimarer Republik »das normale Dasein in seiner unmerklichen Schrecklichkeit« ermessen wollte, hatte er sich nicht zufällig die Welt der großstädtischen Angestellten ausgesucht. Ihre Zahl war innerhalb von nur 30 Jahren von ein paar Prozent auf fast ein Fünftel der Erwerbstätigen angewachsen. Staatlicherseits war versucht worden, diese neue soziale Schicht mit Gründung der Reichsversicherungsanstalt zu domestizieren, aber was ihren gesellschaftlichen Typus auszeichnete - der Mangel an Klassenbewußtsein, die Anfälligkeit für Sinnsurrogate jeder Art, das verweifelte Ringen um Rang und Individualität - war ohnehin eher dazu angetan, dem linken Intellektuellen einen Schrecken einzujagen als den Herrschenden. Kracauer erklärte den spezifischen Seelenzustand der Angestellten seinerzeit mit der »geistigen Obdachlosigkeit«, in die diese aufstrebende Schicht nach dem Zusammenbruch der alten bürgerlichen Ideologie entlassen worden war. (Statt aber proletarisches Bewußtsein zu entwickeln, teilten die Angestellten und ihre Verbände eher die Ziele der späteren Deutschen Arbeitsfront: »Überwindung des Klassenkampfes, des Standesdünkels und der Gegensätze zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber«.)

Anders als Siemons hatte sich Kracauer seinem Explorationsgegenstand allerdings auch empirisch genähert. In Interviews und als teilnehmender Beobachter hatte er einiges Erhellende zutage gebracht. Nicht alles davon klingt überholt. Daß der Angestellte, der sich total mit seinem Betrieb identifiziert, auch gegen sein Interesse bereit sein muß, sich überflüssig zu machen, braucht man nicht erst bei Siemons nachzulesen, auch nicht, wie ein sportiver Körperkult der Kompensation dieser Schizophrenie und zugleich der weiteren Zurichtung des Bewußtseins dient. Wie Verantwortung und zurechenbare Moral in Wirtschaftsorganisationen diffundieren. - »die Spitze der Hierarchie verliert sich im dunklen Himmel des Finanzkapitals« -, ist bei Kracauer ebenso beschrieben wie die Existenz einer amüsierwilligen »Angestellten-Boheme«, die nach Feierabend gern mal auf die Kacke haut und den in Kunst und Halbwelt produzierten Sinnüberschuß genießt. Kurz zusammengefaßt, wo es bei Siemons heißt: »Die perfekte Angestellten-Persönlichkeit erreicht der, der ohne äußeren Druck nur noch aus dem Inneren heraus arbeitet«, schreibt Kracauer: »Die ohne Substanz tun sich leichter.«

An Gehalt, mindestens an empirischem, mangelt es Siemons' Feuilletonphilosophie tatsächlich zuallererst. Da wird drauflosschwadroniert, er kommt vom Hölzchen aufs Stöckchen, und jedes Gefasel von Werbeleuten und Unternehmensberatern wird sogleich zur Gegenwartsdiagnose aufgeblasen. Man fragt sich nur, wozu. Der Angestellte ist ja, anders als zu Kracauers Zeit, kein unbekanntes Wesen mehr, zumal es dazu bereits eine ganze soziologische Großtheorie gibt. Seit 1964 hat Niklas Luhmann, gelernter Verwaltungsjurist und Schüler von Gehlen und Schelsky, in seiner Systemtheorie den geistigen Kosmos des Angestellten in immer feiner ausgetüftelten Falten und Schlaufen vermessen. Mit dem »Paradigmenwechsel« von 1984 hat diese Theorie des Gegebenen und des Sachzwangs überdies schon jene soften Ideologeme vorweggenommen, mit denen sich der gebildete Angestellte und seine Stichwortgeber heute so plustern - nämlich den als Fortschritt ausgegebenen Wandel »von Interesse an Design und Kontrolle zu Interesse an Autonomie und Umweltsensibilität, von Planung zu Evolution, von struktureller Stabilität zu dynamischer Stabilität«.

Siemons treibt dieses Denken feuilletonistisch und in ironischen Schlenkern auf die Spitze, und wenn ihm gegen Ende doch ein bißchen schwindelig wird, raunt er vage apokalyptisch gegen das von ihm so angelegte Zukunftsszenario an. Es ist anzunehmen, daß hier einer gerne fundamental kulturkritisch wäre, es aber in seiner Umgebung nicht kann. So muß er des Teufels Avocado spielen und sich in jener von ihm selbst beschriebenen Ironie üben: »Sie gibt Selbstbewußtsein und beläßt zugleich alles so, wie es ist.«

Über den Angestellten im allgemeinen sagt das Buch also nicht viel, über den Angestellten der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« dagegen um so mehr. Als Innenansicht ihrer Firmenkultur gelesen, gewinnt es enorm: Wie öde und gemein muß es da zugehen! Alle Büros und Flure voller Wichtigtuer und Phrasendrescher, Dreiviertelgebildeter und Mobbingtäter! Mit klassischen Studien zur Angestelltenkultur hat das freilich weder methodisch noch inhaltlich etwas zu tun. Von daher - und auch diese Volte dürfte der rundumversiegelte, zitatimprägnierte und ironieverzinkte Herr Siemons geplant haben - redet das Buch dann doch wieder von der Hybris des Angestellten, dessen kleine dumme Firma ihm die ganze Welt ist.

Mark Siemons: *Jenseits des Aktenkoffers. Vom Wesen des neuen Angestellten.* Hanser Verlag, München 1997, 160 Seiten, 29,80 Mark

Konkret 04/98, S. 69

Otto Köhler

Buch & Deckel

Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Band 14: Repression und Kriegsverbrechen. Verlag der Buchläden Schwarze Risse, Berlin/Rote Straße, Göttingen 1997, 208 Seiten, 26 Mark

Der deutsche Botschafter in Athen war eingeladen. Er kam nicht, schickte nicht einmal eine Grußadresse, entsandte nur zwei Sachbearbeiterinnen, die minutiös alles aufschrieben, was gesagt wurde auf dem Internationalen Symposium für den Frieden, das die Ortschaft Distomon bei Delphi im Juni 1994 veranstaltete. Es war der 50. Jahrestag eines Massakers, bei dem die Deutschen in einem wahren Blutrausch Frauen, auch Schwangere, und Kinder massakrierten. Ein Fall wie Oradour. Doch keine deutsche Zeitung, konstatiert WDR-Redakteur Eberhard Rondholz, hat je ausführlich über diesen Fall berichtet, wenn überhaupt, gab es eine 10-Zeilen-Meldung.

»Partisanenbekämpfung und Kriegsverbrechen in Griechenland« heißt der Aufsatz von Rondholz, einem gründlichen Kenner der deutschen Besatzungspolitik im Südosten Europas. Der Aufsatz erschien im 14. Band jener Reihe, die den etwas verwirrenden Titel trägt »Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik«. Die broschierten Bände erscheinen seit 1985 in unregelmäßiger Folge und widmen sich immer wieder von der bisherigen NS-Forschung vernachlässigten Gebieten. Der vorliegende Band will aufräumen mit dem von der apologetischen Geschichtsschreibung immer noch verbreiteten Mythos, daß der deutschen Vernichtungspolitik im Osten grundsätzlich eine eher gemäßigte Okkupationspolitik im Westen und Süden gegenüberstehe - unter dem Motto: »Jedem das Seine«. Doch in Griechenland etwa gab es nicht nur das eine Distomon, es gab einige Dutzend Orte, deren Schicksal dem von Oradour und auch von Lidice vergleichbar ist und von denen man heute in der Bundesrepublik nichts weiß, nichts wissen will.

Der Band untersucht darüber hinaus den Widerstand in Amsterdam gegen die deutsche Besetzung (Guus Meershoek), das deutsche Bild der Résistance (Jean Sochany), die Bekämpfung des Widerstands durch die deutsche Militärverwaltung in Frankreich 1941 (Ahlrich Meyer) und vor allem Partisanenkrieg und Kriegsverbrechen der Wehrmacht in Italien 1943 bis 1945 in einer Studie des MGFA-Historikers Gerhard Schreiber.

Konkret 04/98, S. 69

Frank Schäfer

Buch & Deckel

Ulrich Enzensberger: Georg Forster. Ein Leben in Scherben. Die Andere Bibliothek, Eichborn Verlag, Frankfurt/M. 1996, 340 Seiten, 49,50 Mark

Das wahrhaft schmückende Epitheton »Vaterlandsverräter« haftete ihm schon zu Lebzeiten an, der *Große Brockhaus* kolportierte es das ganze 19. Jahrhundert hindurch - und auch 1993 konnte man es wieder lesen: in einem *Marbacher Magazin* (Nr. 65), das sich Therese Huber, Forsters Frau, widmet. Ächte Patrioten sind nun mal nachtragend.

Es ist aufschlußreich, was Forster selbst zum Thema Vaterlandsliebe zu sagen hat. Gleich nachdem er in den Mainzer Jakobiner-Klub eingetreten war, als Vizepräsident der provisorischen Administration die erste Republik auf deutschem Boden zu organisieren begonnen hatte, klopft ihm sein Verleger Voß auf die Demokratenfinger. Er hoffe doch sehr, daß Forster »ein guter Preuße« bleibe, »weil ich sonst offenbar in Gefahr käme, durch die so angenehme Geschäftsverbindung mit Ihnen Verdruß zu erfahren«. Von der unausgesprochenen Drohung, in diesem Fall die so angenehme Geschäftsverbindung abbrechen zu müssen, läßt Forster sich nun aber keinesfalls beeindrucken. Im Gegenteil: »Wenn ich den Wunsch, daß ich ein Preuße bleiben soll, recht verstehe, so ist er eine Zumuthung ... Ubi bene, ibi patria, muß der Wahlspruch des Gelehrten bleiben, er bleibt es auch des freien Mannes, der in Ländern, die keine freie Verfaßung haben, einstweilen isolirt leben muß. ... heißt also: ein guter Preuße seyn, Grundsätze annehmen, die nie die meinigen waren, und nicht das Wohl der Einwohner Preußens, sondern das Interesse des preußischen Hofes, des Kabinets, der Geisterseher und allenfalls des Königs, - hier in Mainz im Auge behalten, so verlangt man etwas, wofür ich verdiente, an den nächsten Laternenpfahl geknüpft zu werden.«

Mit einem solchen Furor verteidigt sich nur der Gläubige. Und das war Georg Forster sein Leben lang. Nach seiner tollkühnen, selbstverständlich gleich mitstenographierten *Reise um die Welt in den Jahren 1772-1775* unter Cook ergab Forster sich zunächst ganz der pietistischen Frömmelei. In Kassel, vom Landgraf Friedrich 11. als Naturgeschichtslehrer approbiert, pflegte er engen Kontakt mit dem bigotten Verfasser romanesker Gefühlsduseleien á la *Woldemar,* Jacobi, schließt sich den Rosenkreuzern an, wird Mitglied der Loge »Zum gekrönten Löwen«, versucht Gold zu machen und endlich zu klären, wer oder was das Universum im Innersten zusammenhält. Dann aber doch noch der Durchbruch der Vernunft: Er erkennt die ganze Freimaurerei als groß angelegten Schwindel, läutert sich zum Sensualisten und empirischen Skeptiker. Die pragmatische, »tätige Wissenschaft«, die sich der Verbesserung von Mensch und Gesellschaft verschrieben hat, tritt nun an die Stelle von Religion und Loge. Und sie verheißt Forster, dereinst »einer höheren gesellschaftlichen Glückseligkeit, als die Welt noch kannte, teilhaftig zu werden«. Als dann General Custines Revolutionstruppen Mainz im Handstreich nehmen, jene höhere gesellschaftliche Glückseligkeit also in greifbarer Nähe scheint - da zögert Forster zunächst: »Ich habe mit mehreren gutgesinnten Männern bisher von allem mich zurückgehalten; allein diese Neutralität ist mißlich, die Krisis naht heran und man wird Partei ergreifen müssen.«

Forster ergreift Partei - mit demselben Rigorismus, mit dem er zuvor seinen Religionen anhing. Er rechtfertigt selbst die Gewalttätigkeit des Aufstands. Lessings Diktum, was Blut koste, sei gewiß kein Blut wert, kontert er mit der Überlegung, daß für Meinungen von jeher Blut vergossen worden sei und daß man ohne solche gewaltsamen Mittel vermutlich noch in den Wäldern Eicheln fräße. Wer den Zweck wolle, müsse auch die Mittel wollen. Sogar die Säuberungsaktionen Robbespierres goutiert er zunächst: »Es wird vieler Menschen Leben kosten - freilich haben sie es sich selbst zuzuschreiben; für den Krebs ist nur das Messer.«

Aber da sitzt Forster in Paris fest. Die Koalitionstruppen haben Mainz zurückerobert und ein Kopfgeld (hundert Dukaten!) auf ihn ausgesetzt. Angesichts der Radikalisierung der Revolution 1793 kommen ihm nun doch ernste Zweifel, ob der Zweck wirklich auch *diese* Mittel heilige: »0 seit ich weiß, daß keine Tugend in der Revolution ist, ekelt es mich an. Ich konnte, fern von allen idealischen Träumereien, mit unvollkommenen Menschen zum Ziel gehen ... ; aber mit Teufeln, mit herzlosen Teufeln, wie sie hier sind?« Doch am republikanischen Glaubensbekenntnis hält er fest. Wenige Tage vor seinem Tod wirft er sich noch einmal in die Revoluzzerbrust: »Wir haben überall ganz löwenmäßig gesiegt«. Inhumanität für die humane Sache - diese Aporie läßt sich nicht auflösen. Auch spätere Jahrhunderte haben das nicht vermocht.

Ulrich Enzensbergers Quellenkompilation *Ein Leben in Scherben* läßt Forsters Widersprüche offen zutage treten. Das liegt wohl nicht zuletzt an der mimetischen Darstellungsform. Der Biograph versucht, diesem disparaten Leben gerecht zu werden, indem er Textzeugnisse hart und kontrastreich aneinanderfügt und auf den epischen Kleister weitgehend verzichtet - bisweilen leider auch auf die für ein angemessenes Quellenverständnis notwendigen Kommentierungen. Ohnehin ist eine solche Methode zumindest für den Historiographen durchaus fragwürdig. Bedarf es nicht gerade dort, wo sich ein Leben in Scherben darzubieten scheint, in besonderem Maße des interpretatorischen Kitts? Zwar verklärt Enzensbergers Biographie nichts, aber sie erklärt eben auch vieles nicht. Immerhin gelingt es dem Band, den Leser neugierig zu machen auf das Werk dieses Radikaldemokraten, glänzenden Stilisten - und großen Vaterlandsverräters.

-

Konkret 04/98, S. 70

Karl Pawek

Spießer im Turbo-Kapitalismus

Die Hamburger Anstalt für neue Medien hat sich dem Kampf gegen TV-Softpornos verschrieben. Ihre Zensurbegründungen wirken obszöner als jeder dieser Filme

Die meisten der des Nachts im Werbe- oder Zahlfernsehen ausgestrahlten Sexfilme sind weniger Pornographie als kalkulierter Pfusch im Rahmen des (noch) Erlaubten. Nichts an diesen Filmen stimmt, nicht einmal die Darstellung von Sexualität. Sogar in den Momenten höchster Ekstase bleiben die Brustwarzen flach wie bei der Lektüre eines Briefmarkenkataloges. (Früher halfen Assistenten mit einem Eiswürfel nach.) Kein Stückchen Haut färbt sich vor Lust, dafür zittern die Körper, als wären sie einer Elektroschockbehandlung ausgesetzt. Nur die Dümmlichkeit des Gesichtsausdrucks beim gespielten Orgasmus entspricht manchmal den Erscheinungsformen wirklicher Orgasmen, aber das ist kein Verdienst der Schauspieler, sondern Schicksal.

Die häufig nur noch komisch wirkende Verkrampftheit solcher Filme ist eine Folge ihrer Produktionsbedingungen. Um eine Freigabe durch die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) bzw. der Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen (FSF) zu erhalten, darf keine Schamlippe, kein erigierter Penis, kein Samentropfen zu erkennen sein. Diese Bedingung schuf sich ihre eigene »Ästhetik der entpornographisierten Pornographie« (Georg Seeßlen), sie bestimmt Bewegungsabläufe, Kamerapositionen und Schnittstellen und zwingt die Akteure z. B. bei Aufnahmen von der Seite zu gleichlaufenden statt gegensätzlichen Beckenbewegungen und/oder zur verhüllenden Positionierung einer Hand. Häufig erfüllt eine zufällig im Wege stehende Vase die Vorgabe der Kontrolleure. Darüber hinaus lohnt die durch das Jugendschutzgesetz eingeschränkte Distribution solcher Filme (A1tersgrenze im Kino, Zeitgrenze im Fernsehen) keinen Aufwand zur Erzielung inhaltlicher oder darstellerischer Qualität, zumal Rahmenhandlungen nur die reduzierten Erwartungen der Zuschauer stören. Unverkrampfte, realistische Film-Darstellungen von Sexualität dagegen können noch so brillant, witzig oder spannend sein, da sie wegen aufrechter Haltung oder tiefer Einblicke auf jeden Fall indiziert werden, bleiben sie in der Öffentlichkeit unbesprochen, unbeworben und daher fast unverkäuflich.

Nun wären die von Premiere , Sat. 1 oder RTL gezeigten Softpornos nicht der Rede wert, gäbe es nicht die Landesmedienanstalten, an vorderster Front die Hamburger, die ihre aus der Lizenzvergabe erwachsende Machtstellung dazu mißbrauchen, die seit den 50er Jahren erreichte Freizügigkeit nicht nur einzuschränken, sondern ganz nebenbei die Qualität der Pornographiediskussion wieder auf das Niveau der Ära Adenauer und seines Familienministers Würmeling herunterzubringen.

Bald drei Jahre lang beschäftigen nun schon zwei von Premiere selbstverständlich verschlüsselt ausgestrahlte Sexfilme drei Gutachter, mehrere Rechtsanwälte und den Vorstand der Hamburgischen Anstalt für neue Medien (HAM). Der am 29. Juli 1996 von der HAM verfügte und von Premiere bisher nicht akzeptierte Beanstandungsbescheid mit dem Verbot, diese und ähnliche Filme auszustrahlen, ist ebenso erschreckend wie zeitgeistkonform und daher viel aufregender als der schärfste Softporno.

Zwar mußte auch die HAM in ihrem Bescheid zugestehen: »Die Darstellung des Nackten (einschließlich der Genitalien) und sexueller Vorgänge (einschließlich des Geschlechtsverkehrs) als solche sind allein noch nicht pornographisch.« Dies entspricht der gängigen Rechtsprechung, nicht jedoch dem amorphen Pornographieverständnis der HAM. Ihrer Ansicht nach machen die »aufdringliche, vergröbernde und anreißerische Weise der Darstellung der sexuellen Vorgänge, die ohne inhaltlichen Kontext und ohne Sinnzusammenhang mit anderen Lebensäußerungen geschildert werden«, die »Entmenschlichung der Sexualität«, die Reduzierung des Menschen »auf ein physiologisches Reiz-Reaktionswesen« die beanstandeten Filme trotz Berücksichtigung der Kontrollvorgaben zu (unerlaubter) Pornographie.

Die Sprache (nicht nur als solche) ist verräterisch. Sie zeugt von Ahnungslosigkeit und Borniertheit. Sexualität ist (und war es einst wohl auch für den HAM-Vorstand) ein Reiz-Reaktions-Phänomen. Blicke, Gerüche, Berührungen lösen weitgehend unkontrollierbare Reaktionsabläufe aus (daher haben sich die asketischsten Asketen selbst kastriert), die zwar bis kurz vor Auslösung des Orgasmus gestört, verzögert oder verhindert werden können durch psychische, physische oder Umwelteinflüsse, doch frei von krankhaften oder störenden Eingriffen vollziehen sie sich mit verläßlicher Regelmäßigkeit nach einem physiologischen Reiz-Reaktions-Schema. Wer bei einer auf das Sexuelle reduzierten Darstellung eines sexuellen Aktes eine Entmenschlichung beklagt, kann nur das Fehlen von Angst, Scham, Zierde, Zucht u. ä. beklagen, also die mangelnde Berücksichtigung seiner aus eigener Erfahrung erwarteten Defekte.

Deutlicher wird dies noch in der Kritik der Sexszenen als »aufdringlich«, »vergröbernd«, »anreißerisch«. Trotz ihrer juristischen Gebräuchlichkeit sind das keine objektiven Kriterien, sondern subjektive Empfindungen und Wertungen und juristisch eigentlich nur brauchbar, wo mit dem »gesunden Völksempfinden« argumentiert wird. Wenn man aber schon solche Eindrücke zum Maßstab machen will, sind dann nicht Übertragungen vom Frauenturnen in der Regel noch

anreißerischer, Nachrichtensendungen noch vergröbernder und Talkshows noch aufdringlicher als ein gewöhnlicher Softporno?

Aber die HAM will noch mehr verboten wissen als nur die Darstellung seelenloser nackter Sexualität. Sie will die sexuelle Freizügigkeit in Wort und Bild zurückdrängen in die Grenzen von 1948, als Hubertus Prinz zu Löwenstein die Richtlinien der FSK entwarf: »Liebesszenen sind zu vermeiden, es sei denn, daß sie wesentlich zur Handlung gehören. Leidenschaftliche Umarmungen, übermäßiges, leidenschaftliches Küssen und anzügliche Gebärden oder Stellungen sollen nicht gezeigt werden. Liebesszenen sind so zu behandeln, daß sie im Zuschauer nicht die niederen geschlechtlichen Triebe anregen. Aufreizende Tänze und solche, die geschlechtliche Handlungen darstellen, sind verboten.«

Nichts anderes fordert die HAM, freilich im Kauderwelsch der Diskursschwätzer, wenn sie für die Beurteilung von Pornographie festschreibt: »Es genügt, daß Interaktionen eines Geschlechtsverkehrs, medial symbolisiert in Körperhaltungen und Körperbewegungen, oder orgasmische Erregungen, medial symbolisiert in tonalen, gestischen und mimischen Haltungen bzw. Aktionen, eine Darstellung als >geschlechtlichen Vorgang< begründet nahelegen und die Darstellung dabei zugleich die Kriterien der Selbstzweckhaftigkeit, der Übersteigerung oder des Anreißerischen erfüllt. Die Darstellung muß nur geeignet sein, in den Zuschauerinnen und Zuschauern eine rekonstruktive Gestaltwahrnehmung in Sinne eines >sexuellen Vorgangs auszulösen bzw. vorrangig nahezulegen<.«

Damit würde die lüsterne Phantasie verklemmter Spießer zum Maßstab für sexuelle Darstellungen und letztlich jede Andeutung eines sexuellen Aktes in den Medien verbietbar, ja, im Prinzip könnten damit womöglich auch Übertragungen des Zweierrodelns der Männer oder der Deutschen Turniertanz-Meisterschaften (Abteilung lateinamerikanische Tänze) verboten werden. Pornographisch ist für die HAM bereits, wenn »sexuelle Vorgänge ohne inhaltlichen Kontext und ohne Sinnzusammenhang mit anderen Lebensäußerungen geschildert werden«. Ganz abgesehen davon, daß damit wie schon bei den Kirchenvätern die meisten sexuellen Aktivitäten der Menschen als unzüchtig gelten müssen, drängt sich die Frage auf, warum die HAM nur für sexuelle Darstellungen einen inhaltlichen Kontext, einen Sinnzusammenhang verlangt und nicht etwa auch für die vielen Gourmetsendungen, in denen immer nur gekocht und gegessen, aber nie gehungert oder geschissen wird? Und wie kommt die HAM überhaupt darauf, Kopulationsszenen mit der Begründung als pornographisch zu bezeichnen, sie wiesen »keine zwischenmenschlichen Bezüge« auf? Ist denn Geschlechtsverkehr nicht eine der intensivsten Formen der Kommunikation, auch wenn die Laute oft sinnlos scheinen?

Als typisch für pornographische Filme erkennt der HAM-Vorstand »stereotype, mechanisch wiederholte, lang sequenzierte Abläufe des sexuellen Verkehrs«. Haben sich denn die Herrschaften noch nie beim Vögeln beobachtet? Und pornographisch seien Sexszenen »ohne Einbezug seelisch geistiger Zuneigung oder einer intensiveren personalen Beziehung«? Was hat denn Sex mit Liebe zu tun? fragen nicht nur die Huren aus der Herbertstraße die Hamburger Medienwächter.

Vollends lächerlich macht sich die HAM, wenn sie abschließend die Einhaltung des gesetzlichen Pornographieverbots fordert: »Diese Verbotsnorm hat ihre Wurzeln in den ethischen Grundlagen unserer Gesellschaft und steht damit nicht zur Disposition der jeweiligen sexuellen Akteure (gemeint sind wohl die Produzenten, Distributoren und Konsumenten von Sexfilmen, K. R). Damit sind auch die Einwände der Freiwilligkeit bzw. Zustimmung dieser Akteure im Ergebnis ohne Belang. Ebenso wenig kann vor diesem Hintergrund der Einwand berücksichtigt werden, das Verbot der Pornographie erfasse in anderen europäischen Ländern nur einen engeren, hier nicht relevanten Bereich. Die kulturelle Vielfalt Europas prägt sich nämlich auch hier in unterschiedlichen Wertentscheidungen aus.«

Solche Landesfürstenherrlichkeit im Zeitalter des Satellitenfernsehens und Internets ist allerdings nicht nur lächerlich, sondern übel manipulativ. Das Gesetz verbietet zwar (unter bestimmten Voraussetzungen) Pornographie bzw. ihre Verbreitung, aber noch lange nicht das, was die HAM unter Pornographie versteht. Und die Berufung auf kulturelle Vielfalt mußte schon vielen Unsinn rechtfertigen, aber bisher nur bei arabischen Fundamentalisten das Verbot eines Teils eben dieser Vielfalt.

Zensur ist nicht nur immer politisch, sondern auch immer reaktionär. Sogar in vermeintlich bester Absicht angewandt, dient sie doch nur der Akzeptanz und Festigung autoritärer Strukturen. Im Unterschied aber zur politischen Zensur, die - nicht selten auf Kosten des Schützenswerten - zeitweise notwendig sein mag zur Abwehr der politischen Dummheit verführbarer, aufhetzbarer Massen, gibt es für sexuelle Zensur keine Rechtfertigung, nur einen Zweck: die Formung von autoritären Charakteren.

Die rigide Sexualmoral der 50er Jahre war keine beiläufige Erscheinung, sondern der Nährboden für Untertänigkeit, Emsigkeit, Intoleranz, auch für den wütenden Antikommunismus. Wer heute in Deutschland eine wissenschaftliche Arbeit über Pädophilie veröffentlicht, ohne auf jeder Seite seine Abscheu vor diesem Thema zu betonen, wird öffentlich z. B. in der »FAZ« rufgemordet. So ist es wohl nur mehr eine Frage der Zeit, bis Homosexuelle ihrer vermeintlich »entpersönlichten« Sexualpraktiken wegen wieder diffamiert werden dürfen.

Brisant wird der Vorstoß moderner Zensoren im Kontext zunehmender kapitalistischer Radikalität. Die Sexualmoral der 50er Jahre war eingebettet in ein familiär-national-rassistisches Gesellschaftsverständnis, das freilich für die Mitglieder dieser Gesellschaft - nicht zuletzt erzwungen durch das sozialistische Gegenmodell - noch Mindeststandards sozialer und arbeitsmarktpolitischer Verantwortung kannte. Gesellschaftliche Enge, Spießigkeit und Betulichkeit der 50er Jahre entsprachen in ihrer autoritären, entmündigenden Fürsorglichkeit den familiären Verhältnissen. Das machte sie nicht erträglicher, aber letztlich harmlos und - wie die Entwicklung zeigte - überwindbar. Die moderne Fürsorglichkeit der nichtstaatlichen Schützer von Moral, Umwelt, Tieren, Frauen und Kindern dagegen fordert >Korrektheit<, ohne die ökonomischen und politischen Ursachen des >Unkorrekten< wirklich in Frage zu stellen, ohne der Brutalisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse über ihr Beklagen hinaus Widerstand entgegenzusetzen. Der Spießer im Turbokapitalismus flüchtet sich statt dessen in die Verzichtsmoral und merkt dabei nicht, daß diese vermeintliche, weil unpolitische Selbstbestimmung nur neue autoritäre Strukturen schafft. Verzichtsmoral und schrankenloser Kapitalismus aber sind eine höchst gefährliche Kombination mit beängstigenden Perspektiven.

Die nebensächlich scheinende Auseinandersetzung zwischen dem Fernsehsender Premiere und der Hamburger Anstalt für Neue Medien über die codierte mitternächtliche Ausstrahlung von Sexfilmchen ist politisch und kulturell weitaus relevanter, als es viele Linke wahrhaben wollen. Das viktorianische England, in dem schon einmal Moral die Gewalt des uneingeschränkten Kapitalismus übertünchte, bewies die kulturvernichtende Wirkung von Zensur. Aphra Behn, eine der bedeutendsten und noch im 18. Jahrhundert meistgelesenen Schriftstellerinnen, wurde ihrer Unzüchtigkeit wegen verdrängt und schließlich vergessen. Heute fühlen sich Volkserzieher bemüßigt, nicht nur nach dem Zensor, sondern gleich nach der Polizei zu rufen, um z. B. das Neonbild eines Hirschen, der das Geschlecht einer Frau leckt, aus einer Galerie entfernen zu lassen. Die Anklägerinnen, Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen in Leipzig, hatten das Recht auf ihrer Seite, die Herstellung und Verbreitung des Bildes verstößt gegen Paragraph 184 des Strafgesetzbuches.

Wie die Sexfilme in Premiere kann auch Sergej Dott für sein »Herbst«-Bild kaum den Kunstvorbehalt reklamieren, aber erschreckender als das kindische Werk ist auch in diesem Fall die Haltung der Zensoren. Frau Räuschel, eine der Initiatorinnen der Säuberungsaktion, erklärte in einem Interview mit der Tageszeitung »junge Welt« (12.2.98), sie würde auch gegen ein Bruegelgemälde juristisch vorgehen, auf dem bei genauem Hinsehen unzüchtige Schoßhündchen zu erkennen sind, denn: »Es geht nicht um die Freiheit der Kunst ... Es geht um Paragraphen, das ist es nämlich ... Pornographie ist verboten, das wird man ja wohl nicht abstreiten ... Und wenn die Staatsanwaltschaft das für richtig befindet, ist es richtig.«

Frau Räuschel ist bereits so weit, wie uns auch andere Sittenwächter bringen wollen.

Konkret 04/98, S. 72

Georg Seeßlen

Melodie & Rhythmus

Der Campus, Virgin; Romeo & Juliet, Volume 2, EMI; Jean-Luc Godard: Nouvelle Vague, ECM, New Serie

Schön, daß man immer wieder Brecht zur Hand nehmen kann, wenn's darum geht, das in seiner Offensichtlichkeit Rätselhafte zu klären. Zum Beispiel bei der Filmmusik. Brecht notierte 1942 zur »Überschwemmung unserer Filme mit Musik«: »Man ertränkt die Dialoge in Musik. Vom musikalischen Standpunkt aus macht man unsere Schauspieler zu stummen Opernsängern. Das einzige, was man für Beibehaltung von so viel Musik im Film geltend machen kann, ist, daß man sie im Grunde nicht mehr hört, denn wenn, wie beim Durchschnittsfilm, bis zu 75 Prozent der Spieldauer unter Musik steht, tritt eine Inflation ein und eine völlige Entwertung der Musik«. So ist es, und so ist es geblieben.

Beinahe. Denn mit der multimedialen Vernetzung mußte die Musik im Film wenigstens ein bißchen ihrer dienenden Funktion aufgeben, damit sie sich auch auf Tonträgern vermarkten läßt, damit man die TV-Serie zum Kinofilm zur TV-Serie mit einem akustischen Wiedererkennungs-Signal versehen kann, damit der Crossover zur Werbung gelingt.

Der größte Teil der Filmmusik gehört zum Bereich dessen, was man in Hollywood die »unhörbare Musik« genannt hat. Sie verstärkt und glättet Bild und Dialog, füllt die Lücken, damit nur ja nicht gewahr würde, ein Kinofilm sei nicht ein ganzes für die vollständige Illusion. Filmmusik ist also im Mainstream vor allem dazu da, daß man nicht allzu genau auf die Bilder sieht. Und die Bilder sind dazu da, daß man nicht allzu genau auf die Musik hört. Und beides ist dazu da, daß man nicht allzu sehr darauf achtet, mit was man da eigentlich unterhalten wird. Filmmusik zitiert historische Kompositionstechniken, um uns in die gewünschte Zeit zu versetzen, die gewünschte Lebensart schmackhaft zu machen, sie recycelt jeden kompositorischen Trick, macht das Fragende zur Antwort, verwandelt Kunst in Funktion und ist, kurz gesagt, genau das, was man in der bürgerlichen Ästhetik Kitsch nennt.

Das musikalische Material eines Films zerfällt in ein mehr oder minder eindrucksvolles Leitstück, das Stimmung und Raum/ Zeit-Gefühl eines Kinostücks zusammenfaßt, funktionalen Illustrationskitsch und das Popmusik-Zitat, das gelegentlich, wie bei Martin Scorsese oder bei den Brüdern Coen eine hochbedeutende Lesart einer Szene vorschlagen kann, meistens aber vor allem kommerzielle Überlegungen wiedergibt: Der Rock-Song verkauft den Film, der Film verkauft den Rock-Song und beide verkaufen einen Tonträger, der für sich selbst so belanglos ist wie ein beliebiges Segment von Verkehrsfunk-Radio.

Filmmusiken zu hören, ohne den Film zu sehen, ist daher, von einem gewissen fachlichen Interesse abgesehen, in der Regel eine ziemlich fade Angelegenheit. Es ist so etwas wie Senf essen und sich das Würstchen dazudenken. Und meistens macht eine CD mit Filmmusik unbarmherzig klar, daß Filmmusik keine eigentliche Substanz hat - mal ganz davon abgesehen, daß einem hier aufstößt, was im ganzen Film nicht wirklich stört, nämlich daß sie nur als zusammengeklaute funktioniert.

Filmmusik ohne Film funktioniert also zugleich als akustischer Einstieg in einst gern bewohnte Bildwelten (Martin Böttchers schwerer Geigen-Sound versetzt einen binnen weniger Takte in die jugoslawische Karl May-Welt der »Winnetou«-Filme) und als heftige Vermischung alter und neuer Musik, FuMu, Pop und E-Musik, Zitat und Effekt.

Aber seit den siebziger Jahren gibt es auch eine Gegenbewegung. Ennio Morricones Musiken zu den Italo-Western waren nicht mehr »unhörbar«, sondern schienen sogar umgekehrt die Figuren zu leiten (ihnen schon die blutige Vergeblichkeit ihres Tuns um die Ohren zu schlagen). Die Musik zu »Romeo und Juliet« (in der Hauptsache geschrieben von Craig Armstrong, Marius De Vries und Nellee Hooper) ist ein heftiger Mix aus Wagneriana, Morriconismen, überproduziertem Soul-Pop und Ballroom. Wir merken schnell, worauf es ankommt, nämlich uns von Anbeginn unter emotionalen Druck zu setzen. Was daran bestechen mag, ist vor allem die absolute Unverschämtheit der Plünderung. Unverhohlene Trash-Ästhetik.

Ganz anders verhält es sich mit dem Score von Nikolaus Glowna zum Sönke-Wortmann-Film »Der Campus«, der ziemlich exakt die Strategie von Buch und Inszenierung wiedergibt.

Daß der Soundtrack die Barry-White-Version von »in the Ghetto« als zitierten Rock-Song an den Anfang stellt, ist dabei weniger ein Akt musikalischer Ironie und nicht mal als gedankliche Schlamperei akzeptabel, sondern entspricht genau dem Enteignungsprozeß, den der Film durchführt: Das Innere der Machtzentren verkauft seine Neurosen als das Erleiden von Unterdrückung. Noch frivoler vielleicht ist die Verwendung vermatschten Indianer-Pops á la »Sacred Spirit«. Das Hauptthema dann würde jeder deutschen Fernsehserie alle Unehre machen, dieses auf den beschwingten Gang gelegte leichte Euphorisieren, das schon sein Sedativ in sich hat. Das ist vielleicht keine schlechte Filmmusik, wenn man, anders als Eisenstein, glaubt, die Komposition dürfe zur »Handlung« keinen Widerspruch, keine Erklärung und keine Konnotation enthalten. Aber in sich sagt diese Musik rein gar nichts, außer daß sie wohl zu Menschen gehört, die zu Konzentration und Stille ebenso wenig begabt sind wie zur Emphase. Und da ist diese Musik wieder ganz ehrlich. Sie gehört zu Menschen, die sich wichtig nehmen, aber nicht wissen, warum.

Wie anders, wie beglückend in der Durchsichtigkeit und, ja, Ehrlichkeit des Materials ist die Wiedergabe der Tonspur von Jean-Luc Godards »Nouvelle Vague«! Die beiden CDs enthalten den gesamten Film, also Musik, Geräusche und Dialoge des Films. Da begreift man, daß Komposition und Film eine ganz andere Beziehung zueinander haben können, daß sie sich zueinander verhalten können wie gleichberechtigte Partner (so wie sich Prokofjew und Eisenstein zueinander verhalten haben) und daß sie gerade deshalb miteinander kommunizieren, weil sie ihre Eigenständigkeit nicht aufgeben. Die Musik von Dino Saluzzi, David Darling, Paul Hindemith, Arnold Schönberg, Paul Giger, Patti Smith, Meredith Monk, Heinz Holliger und Werner Pirchner ist hier nicht »verwendet«, sondern sie wird im Zusammenhang mit Geräuschen und Dialogen, in einer Art der Meta-Komposition, auf eine neue Art lesbar gemacht. Es gibt hier keinen Ton, keinen Rhythmuswechsel, keine Unterbrechung, kein Crescendo und Decrescendo, was in sich bedeutungslos oder auch nur programmatisch ist. Und es wird überdies deutlich, daß Film-Dialog eben nicht bedeutet, daß Leute etwas sagen. Worte und Stimmen sind statt dessen auch Kompositionsmaterial.

Die Veröffentlichung dieser Doppel-CD und des sorgfältig zusammengestellten Begleitmaterials ist eine Pioniertat. Hier bekommt man durch Aufspaltung und neue Zusammenstellung des filmischen Materials paradoxerweise mehr, etwas anderes als den ganzen Film. Aber zugegeben: das klappt wohl nur mit Filmen, die eben jene Durchsichtigkeit und Genauigkeit der künstlerischen Mittel aufweisen wie der von Jean-Luc Godard.

Konkret 04/98, S. 73

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Die mich einst als der Götter Dreingabe in die Wiege dünkte: die Abgeklärtheit im Ausdruck - sie entgleitet mir immer öfter. Entsprechend häufig wechseln sich Schübe aggressionsbegleiteter Hyperaktivität, wie sie sich im Gedicht

So nicht, Katze!

Im Garten scharrt die Amsel
Im schlichten Arbeitskleid
Vielleicht duad ihrem Fleiß ja
A fetta Wurm bescheid

Die Amsel scharrt und schnabelt
Und spannt nicht wer da naht
Es ist die Katzendrecksau
Die wo sich naht ganz staad

Glei hat das blääde Luada
Die wo bloß frißt und scheißt
Die Sängerin am Wickel
I siehg scho wiases beißt

s Wird gern drauf abgehoben
Daß dieses halt so ist
Daß in der Fastfuddkette
Der oa den andern frißt

Doch ich kann dies nicht dulden
I hoi mei Luftdruckgwahr
Und brenn der Katz oans über
*Daß‘s moant sie is in Haar**

Denn wer da an Gesang hot
Und net bloß scheißt und frißt
Dem bin i Freind und Helfer
1 - der Amselleibgardist

manifestiert, ab mit apathischen Ausführungen, wie die Elegie

Vom Sinken der Abende

Es senken sich die Abende wie Kähne sinken
Kähne mit zwecks sukzessiven Sinkens in den Bodenplanken

Implantierten Ritzen; es senken sich die Abende in etwa auch wie Flanken
Die ihren Flug dem einstudierten Tritt des Rechts- oder Linksaußens danken

Die Abende: Sie sinken 'wie geschildert und wir winken
Der Kellnerin und ordern Bier und Brot und Schinken

Und wir essen schweigend und wir halten auch den Mund beim Trinken
Und wir sehn durch tabakrauchbeschlagne Fenster Abende wie Kähne sinken

Und wir fürchten uns von Mal zu Mal mehr vor der Vertikale wie des Horizontes Grüften Und, wie die Hausstaubmilbe grau ist unser Antlitz, klammern wir uns immer lebenssüchtigdreister an den Rettungsring: Der Kellnerin verschwenderische Hüften

bezeugt. Ein goodold fellow, mit dem ich unlängst in der Sauna darüber sprach, empfahl mir die Lektüre der Schriften von Eugen Schwanck und Theodor Schwündl, die im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts über das Stimmungshinundher bei Künstlern, in Besonderheit bei denen des Wortes, geforscht und gelehrt hätten, und nach denen dieses »spezifisch schöpferische« Krankheitsbild benannt sei: das Schwanck-Schwündl-Syndrom.

Schön und gut. Aber vielleicht sollte man, statt sich schmerzvollanalytisch ans eigene Leder zu gehen, lieber nach erstbestem Einfall handeln, nämlich den Laden mit den la-Skrupeln** einfach zusperrn und mit dem Festgeld mal chic ausgehn.

Man kann, sehr geehrter Herr Rainer Frenkel,

einen Menschen mit einer feuchten Wohnung erschlagen. Es geht dies aber auch mit trocken Wort. »Mit schöner Regelmäßigkeit«, schreiben Sie in der »Zeit« (12/98) »ragen beide Seiten (Gremlizas, d. V.) aus der doch gelegentlich anzutreffenden Oednis KONKRET heraus.« Als in der von Ihnen als »Oednis« topographierten Gegend des Kontinents KONKRET seit zahlreichen Jahren gegen den Wind Ansäender rufe ich Ihnen ohne Rücksicht auf Verluste auf diesem Wege zu: W i e beleidigend ja rufmörderisch Sie auch das Umfeld der HLG-Oase zur tagesliterarischen Gobi erklären, ja zu verhetzen trachten: Mir und den andern braven Kärrnern von Konki, darunter namhaften Doktoren wie Hacks und Professoren wie (»Hobbesbobbes«-)Fülberth, werden S i e das Schreiben nicht vermiesen.

Haben Sie einen Spiegel zuhaus? Dann stecken Sie sich mal folgenden dahinter!:

Wie Rainer Frenkel es auch treibt
Mit Gagaarroganzen
Die Wüste lebt die Oednis schreibt
Sie bleibt und schreibt und schreibt und bleibt
*Da gibt ~ nichts zu alfanzen****

Dr. med. Horst Tomayer
Facharzt für tropische Pyomyositis

Hotel La Strada Kassel,
Fax 0561/2090500
Hamburg, 17. März 1998

Betr.: Ihr Werbeprospekt in den ICE-Zügen

Sehr geehrte Geschäftsleitung! Vor wenigen Tagen fuhr ich in Begleitung meines dreizehnjährigen Sohnes Jean-Claude mit dem ICE 784 Johann Baptist Zimmermann von München nach Hamburg. Kurz nach dem Halt Würzburg verließ der Junge seinen Platz, um, wie er sagte, im Wagen 9 am Bordcomputer zu spielen. Es verging eine halbe Stunde und noch eine

halbe, ich begann mich um den Verbleib zu sorgen und machte mich auf die Suche. Da, im Wagen 11, ging plötzlich die Tür des Behindertenclosetts auf und J-C trat heraus, mit wie von schwerer Rosacea**** gezeichnetem Gesicht. Zur Rede gestellt, sagte er verstört, er habe die ganze Zeit im Fahrplanfaltblatt gelesen. Muß ja viel drinstehn, sagte ich, nahm es an mich und - stieß auf den Ihr Haus bewerbenden Prospekt. Augenblicks erklärte sich mir sowohl das lange Sichwegschließen Jean-Claudes im Behinderten-WC wie die ejaculatiobedingte Verschmutzung seiner Hose. Ich halte das auf dem Frontispiz Ihres Prospekts in laszivstem Outfit positionierte Frauenzimmer (trotz des mit abgebildeten Kleinkinds) nicht für Werbung, sondern für jugendgefährdende Pornographie im Sinne des Paragraphen 184/1 StGB und fordere Sie hiermit (gegen die Zusicherung, von seelischem Schmerzensgeld abzusehen) zur Übernahme der Reinigungskosten (Kleiderbad Froriep, Hamburg, DM 10,50) auf. Hochachtungsvoll

---

* Nervenklinik nahe München

** beispielsweise:

a) o Gott, was nur soll jetzt werden aus Johannes Rau?

b) der Mittelfinger - war er schuld an Pastor Flieges schwerem Autounfall mit der Sopranistin?

*** it. Possenreißen, närrisch sein, leicht betrügen

**** = Kupferfinnen, krankhafte Gesichtshautrötung

Konkret 04/98, S. 74

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Gegendarstellung:

In KONKRET Nr. 2/1998 wurde unter der Überschrift »GREMLIZAS express« unter anderem behauptet, die Hälfte der Auflage der Zeitung »Die Woche« liege in Hotelhallen, Flugzeugen, etc. kostenlos aus.

Hierzu stellen wir fest:

»Die Woche« liegt ausschließlich in Flugzeugen bzw. an den Gates zu den Flugzeugen, also nicht in Hotelhallen aus. Diese sogenannte Bordauflage beträgt weniger als ein Fünftel der verkauften Auflage; sie wird an die Lufthansa verkauft, die sie ihren Passagieren kostenlos anbietet.

Hamburg, den 9. März 1998

Hans-Joachim Waldrich

Manfred Bissinger

Geschäftsführer

Widerruf:

In KONKRET Nr. 2/1998 habe ich an dieser Stelle über die »Woche« geschrieben:

die Hälfte ihrer Auflage liegt in Hotelhallen, Flugzeugen etc. kostenlos aus ...

Ich widerrufe das.

Die »Woche« wird in Hotelhallen nicht kostenlos ausgelegt. (Zwar habe ich das Blatt vor einiger Zeit in einem Berliner Hotel von einem hohen Stapel abgegriffen, ohne daß der dabeistehende Portier die Polizei gerufen hat. Aber da es nun scheint, als sei ich unfreiwillig zum Dieb geworden, werde ich bezahlen, wenn ich das nächste Mal dort vorbeikomme und die »Woche«, so es sie dann noch gibt, liegen lassen.)

Mit der Auflage der »Woche« verhält es sich nach deren eigenen Angaben (gegenüber IVW, einem Interessenverband der Werbewirtschaft) wie folgt:

Die »verkaufte Auflage« der »Woche«, zusammengesetzt aus Abonnements, Einzelverkauf (»Einzel-VK«) und Sonderverkäufen (»Sonstige VK«), soll im 4. Quartal 1997 durchschnittlich 142.154 Exemplare betragen haben.

Die Zahl der »Woche«-Abonnenten wurde mit 58.061 angegeben. (Sie hat durch die Übernahme der »Wochenpost«-Kartei eine wundersame Vermehrung erfahren, doch davon ein andermal.) Per Sonderverkauf setzte die »Woche« angeblich 56.968 Exemplare ab. Dieser »Sonstige VK« bezeichnet die Abgabe an Großabnehmer, die das Blatt zu Werbe- und anderen Zwecken kostenlos verteilen. Bei der »Zeit« beispielsweise macht der Posten, der in der Branche als »unechter« Verkauf gilt, gerade mal vier Prozent der Auflage aus. Bei der »Woche« addieren sich die »Sonstigen VK« auf vierzig Prozent (aber nicht etwa auf »die Hälfte«) der verkauften Auflage. Von der »Woche« Nr. 41/1997 gingen 18.040 Exemplare der »Sonstigen VK« an die Lufthansa, 7.586 Exemplare wurden als »Freistücke« gratis versandt, macht zusammen 25.626. Von derselben »Woche« wurden an allen Kiosken, in allen Supermärkte und Bahnhofsbuchhandlungen ihres Verbreitungsgebiets 26.098 Exemplare verkauft, also 442 Exemplare mehr. (Sieben Wochen später setzte die Woche - immer nach ihren eigenen Angaben - im Einzelverkauf 4.073 Exemplare weniger ab, die Zahl der Bord- und Freistücke lag 750 Exemplare über dem EV).

(Wo die restlichen ca. 30.000 »Sonstigen« von jeder »Woche« jede Woche bleiben, verschweigt des IVW-Sängers Höflichkeit. Gibt es eine Untergrundarmee der anonymen »Woche«-Leser, die ja immerhin fast anderthalb mal so groß wäre wie die Leserschaft, die ihr Blatt am Kiosk kauft?)

Richtig ist, daß von der »Woche« mal etwas mehr, mal aber auch etwas weniger Exemplare an Deutschlands Kiosken verkauft als in Flugzeugen und direkt vom Verlag kostenlos abgegeben werden. Wahr ist auch, daß vierzig Prozent der als »verkauft« gemeldeten Auflage zwar verkauft und vielleicht sogar gedruckt, nicht aber an Leser veräußert werden. Alles andere ist gelogen. Ihnen darüber nicht schon im Februar die Wahrheit gesagt zu haben, bedauert aufrichtig

Ihr

Hermann L. Gremliza

Jedes Jahr verliert Springer ein paar Millionen an seiner Tageszeitung »Die Welt«, und doch hat der Verlag nie daran gedacht, sein politisches Flakschiff abzuwracken. Bis jetzt. Denn nun scheint man es sich in Deutschlands deutschestem Verlag anders überlegt zu haben. Schadenfroh meldet das »Hamburger Abendblatt«:

Mathias Döpfner (35) wird als Nachfolger von Thomas Löffelholz (65) neuer Chefredakteur der Tageszeitung »Die Welt«. Döpfner ist seit 1996 Chefredakteur der »Hamburger Morgenpost«.

Bevor er nach Hamburg kam, hatte Döpfner als Chefredakteur der »Wochenpost« mit großer Umsicht deren Untergang vorbereitet. Bei der »Morgenpost« macht er dort weiter, wo er bei der »Wochenpost« aufgehört hatte. Mit einem neuen Konzept gab er dem Abschwung der Auflage neuen Schwung und machte aus dem einfältigen Blättchen die dümmste Zeitung der westlichen Weit, die sich in Schlagzeilen wie dieser verwirklicht:

Riesenstein im Elbtunnel - Rätsel gelöst!

Und zwar so:

Hamburgs dickster Brocken der 60 Tonnen-Granit-Block aus dem Elbtunnel. Dr. Wolfgang Weitschat, Geologe der Hamburger Uni, löste das Rätsel: In der Eiszeit vor 250.000 Jahren brachte ein Gletscher den Stein aus Skandinavien mit.

Näheres dazu im Innern der Anstalt, auf Seite 8:

Hamburgs dickster Brocken - Vor 250. 000 Jahren rollte er nach Othmarschen.

Da können Colonia, Laudanum, Lutetia mit ihren lächerlichen zweitausend Jahren einpacken: 250.000 Jahre Othmarsche Was bedeuten da schon ein paa Jährchen »Morgenpost« mehr oder weniger? Das ist gewiß nicht die »Welt«.

Weil der Freund der Tennisspielerin Stefanie Graf zur Zeit nichts zu tun hat, hat ein Redakteur ihn »arbeitslos« genannt. Das war unbedacht:

Wie können Sie es wagen, Michael Bartels in die Reihe der ernsthaft Arbeitslosen einzureihen?

fragte Walter Runge aus Landesbergen/Niedersachen seine Zeitung. »Bild« ging in sich und druckte den Runge ab. Der geschändete deutsche Arbeitslosenstolz war wiederhergestellt.

Wer dichtet so schön über Wechsel und Wind?:

Ein Wind des Wechsels liegt in der Luft. Er weht aus Niedersachsen, und das so kurz nach der Wahl anhebende Panikorchester im Kohl-Lager zeigt, wie akut die Ansteckungsgefahr wird, vor der der Kanzler selbst im Mantel der Geschichte kaum noch sicher ist.

Der Kanzler ist selbst im Mantel der Geschichte kaum noch sicher vor der akuten Gefahr, sich vom Wind des Wechsels, der in der Luft liegt, anstecken zu lassen. Das Panikorchester in seinem Lager zeigt es durch Anheben. Reiner Theo, die alte »Zeit«? Nein, Reiner Oschmann, »Neues Deutschland«.

Wenn in Hamburg »Tout Hambourg«, also das Feinste wo m hat, sozusagen die Crème de la sauce, vom Bürgermeister u traditionellen Matthiae-Mahl n den Festsaal des Großen Rathauses gebeten wird, um einmal im Jahr mit Messer und Gabel zu essen, macht sich die Lokalpresse ernste Sorgen um den Ausgang des Abenteuers und ruft die »Benimm-Expertin Ulrike Krages«, die schon viele »Unternehmer und Manager« vorm Schlimmsten bewahrt hat, zur Hilfe. Im »Abendblatt« rät Frau Krages:

Die Serviette auf den Schoß legen. Man wünscht sich grundsätzlich keinen »Guten Appetit«. Die Bestecke und Gläser werden in der Reihenfolge von außen nach innen benutzt. Löffel und Gabel für *das Dessert liegen oberhalb des Tellers. Das Brot wird nicht im Stück mit Butter bestrichen, sondern erst mundgerecht gebrochen. Niemals ohne Taschentuch niesen oder husten. Das Flirten mit der Tischdame ist erlaubt, aber nicht der tiefe Blick ins Dekolleté. Gläser werden nie am Kelch, sondern am Stil angefaßt.*

Getrocknetes Nasensekret nicht in die Gegend schnippen, sondern vorsichtig in den Samtbezug des Sitzes einarbeiten. Beim Löffeln der Suppe ruht der linke Ellenbogen des Herrn von Welt leger zwischen den Beinen der Tischdame. Die linke Spitze des Zahnstochers bleibt zur Entfernung von Ohrenschmalz vorbehalten, ng die rechte darf zur Reinigung der Fingernägel benutzt werden. Zum Digestif prostet der Mann von Welt seinem Tischherrn nicht mit »Wer lang hat, läßt lang hängen ! « zu, sie

sondern wünscht ihm und ch, halblaut: »Einer geht noch, einer geht noch rein ... « So gerüstet, dürfte die »gute Gesellschaft« (»Hamburger Abendblatt«) das Highlight der hansestädtischen Ballsaison, ungeachtet der einen oder anderen bekotzten Leihfrackbrust, auch dieses Jahr wieder comme il faut hinter sich gebracht haben.